



## Plenarprotokoll (neu)

### 16. Sitzung

Mittwoch, 23. Januar 2013

<b>Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Heinz-Wilhelm Fölster, den ehemaligen Flüchtlingsbeauftragten Wulf Jöhnk, den ehemaligen Minister Dr. Franz Froschmeier sowie die ehemalige Ministerin Eva Rühmkorf.....</b>	<b>1112</b>	Lars Harms [SSW], zur Geschäftsordnung.....	<b>1116, 1117</b>
<b>Geschäftsordnungsantrag auf Änderung der vorläufigen Tagesordnung - erste und zweite Lesung des Sparkassengesetzes in dieser Tagung.....</b>	<b>1114</b>	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN], zur Geschäftsordnung.....	<b>1116</b>
Birgit Herdejürgen [SPD], zur Geschäftsordnung.....	1114	Hans-Jörn Arp [CDU], zur Geschäftsordnung.....	<b>1116</b>
Johannes Callsen [CDU], zur Geschäftsordnung.....	1115	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	<b>1117</b>
Dr. Ralf Stegner [SPD], zur Geschäftsordnung.....	1116, 1117	Wolfgang Kubicki [FDP], zur Geschäftsordnung.....	<b>1117</b>
		Beschluss: Annahme.....	<b>1118</b>
		<b>Gemeinsame Beratung</b>	
		<b>a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013.....</b>	<b>1118</b>

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/220		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	1123, 1156
<b>b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2013.....</b>	<b>1118</b>	Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1129
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/221		Dr. Heiner Garg [FDP].....	1133, 1172
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/420		Torge Schmidt [PIRATEN].....	1140
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/456 (neu)		Lars Harms [SSW].....	1146, 1163, 1173
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/458		Torsten Albig, Ministerpräsident...	1151
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/467		Wolfgang Kubicki [FDP].....	1157
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/468		Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	1159
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/459		Tobias Koch [CDU].....	1166, 1179
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/460		Lars Winter [SPD].....	1168
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/463		Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1169
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/464		Monika Heinold, Finanzministerin	1174
<b>c) Struktureller Abbaupfad bis 2020.....</b>	<b>1118</b>	Heike Franzen [CDU].....	1177
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/338		Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	1178
Thomas Rother [SPD], Berichterstatter.....	1119	Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1178
Johannes Callsen [CDU].....	1120, 1155	Rainer Wiegard [CDU].....	1180
		Dr. Patrick Breyer [PIRATEN], zur Geschäftsordnung.....	1186
		Dr. Heiner Garg [FDP], zur Geschäftsordnung.....	1186
		Johannes Callsen [CDU], zur Geschäftsordnung.....	1188
		Beschluss: 1. Tagesordnungspunkt 28 durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt	
		2. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/458, Nr. 1 in namentlicher Abstimmung	
		3. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/459, Nr. 9, 34 und 65 in namentlicher Abstimmung	
		4. Ablehnung der Änderungsanträge Drucksachen 18/460, 18/463, 18/464, 18/467 und 18/468	
		5. Annahme des Änderungsantrags Drucksache 18/456 (neu)	
		6. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/220 in der Fassung der Drucksache 18/420, geändert durch die Drucksache 18/456 (neu)	
		7. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/221 in der Fassung der Drucksache 18/420, geändert durch die Drucksache 18/456 (neu).....	1190

**Gemeinsame Beratung****a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Sparkassengesetz - SpkG) vom 11. September 2008.....**

1191

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/421**b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Sparkassengesetz - SpkG).....**

1191

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/435

Johannes Callsen [CDU]..... 1191

Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 1193, 1205

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 1197

Wolfgang Kubicki [FDP]..... 1199

Torge Schmidt [PIRATEN]..... 1202

Lars Harms [SSW]..... 1203

Tobias Koch [CDU]..... 1205

Thomas Rother [SPD]..... 1207

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 1207

Andreas Breitner, Innenminister.... 1207

Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss, den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss.....

1209

Dr. Ralf Stegner [SPD], zur Geschäftsordnung.....

1209

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

\* \* \* \*

**Beginn: 10:02 Uhr**

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 7. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt ist der Herr Abgeordnete Hartmut Hamerich. Herr Minister Meyer ist ab 17 Uhr beurlaubt.

Gestatten Sie mir die Vorbemerkung, dass meine Stimme heute etwas problematisch ist. Das hängt mit einer leichten Erkältung zusammen. Man sollte doch einen Mantel mitnehmen, wenn bei uns im Haus hin und wieder der Alarm losgeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich die traurige Aufgabe, an den Tod von vier Persönlichkeiten zu erinnern, die dem Schleswig-Holsteinischen Landtag eng verbunden waren: Heinz-Wilhelm Fölster, Wulf Jöhnk, Dr. Franz Froschmaier und Eva Rühmkorf.

Unser früherer Abgeordneterkollege **Heinz-Wilhelm Fölster** verstarb am 22. Dezember 2012 im Alter von 87 Jahren.

Er gehörte dem Schleswig-Holsteinischen Landtag mehr als 20 Jahre als Mitglied der CDU-Fraktion an; von 1967 bis 1988. Heinz-Wilhelm Fölster brachte sich hier vor allem in der Landwirtschaftspolitik und in der Sozial- und der Jugendpolitik ein. Er war Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und später des Agrarausschusses, Mitglied des Ausschusses für Jugend und Sport, des Sozialausschusses und des Landesplanungsausschusses. Von 1972 bis 1982 war er überdies Parlamentarischer Vertreter des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

1925 in Willenscharen im Kreis Steinburg geboren, durchlief Heinz-Wilhelm Fölster nach dem Abitur zunächst eine landwirtschaftliche Lehre und legte später die Prüfung zum Landwirtschaftsmeister ab. Die Liebe zur Natur, zur Landwirtschaft und zu seiner Heimat prägte Heinz-Wilhelm Fölster in ganz eigener Weise. Er lebte im Herzen unseres Landes und hatte dort tiefe Wurzeln geschlagen. Zum Wohle Schleswig-Holsteins und ganz besonders seiner Heimat Aukrug beizutragen, sich mit Weitsicht und Augenmaß für seine Mitbürgerinnen und Mitbürger einzusetzen, das Gute zu bewahren und

notwendigen Veränderungen den Weg zu bahnen, das trieb diesen Mann an.

Heinz-Wilhelm Fölster, der entscheidend zur Gründung der Gemeinde Aukrug im Jahr 1970 beigetragen hatte, erwarb sich in vielen Bereichen bleibende Verdienste: als in Jahrzehnten erfahrener Kreistagsabgeordneter und in den 25 Jahren seines Vorsitzes im Kreisbauernverband Rendsburg sowie während seiner 15-jährigen Mitgliedschaft im Vorstand des Bauernverbandes Schleswig-Holstein. Hierfür wurde Heinz-Wilhelm Fölster mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland sowie mit der Ehrenbürgerwürde seiner Heimatgemeinde Aukrug ausgezeichnet.

Tief betroffen macht uns auch der unerwartete Tod des ehemaligen Flüchtlingsbeauftragten **Wulf Jöhnk**. Er verstarb am 25. Dezember 2012 im Alter von 74 Jahren.

Wulf Jöhnk, 1938 in Hamburg geboren, machte sich zeitlebens für das gute Miteinander in einer toleranten, weltoffenen Gesellschaft stark. Mit scharfem Verstand, klaren Worten und einem unerschütterlichen Wertekanon setzte sich der Jurist in hohen Funktionen für Recht und Gerechtigkeit ein. Ganz gleich, ob als Richter am Verwaltungsgericht, als Abteilungsleiter im Innenministerium oder - von 1991 bis 1996 - als erster Präsident des Schleswig-Holsteinischen Obergerichtspräsidenten: Wulf Jöhnk hatte neben der Konfliktlösung im Einzelfall immer das große Ganze im Blick und war zudem ein hochpolitischer Mensch. 1996 wurde er deshalb als Staatssekretär in das damalige Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten berufen. Dort prägte der Sozialdemokrat bis 2003 ganz maßgeblich die Justizpolitik in Schleswig-Holstein.

Seiner Pensionierung folgte - wie bei dieser hochaktiven und engagierten Persönlichkeit nicht anders zu erwarten - kein wohlverdienter Ruhestand, sondern eine neue wichtige Aufgabe, in der Wulf Jöhnk seine Energie und all sein Können erneut zum Wohle seiner Mitmenschen einbringen konnte: 2005 wurde er Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen. Er blieb dies bis 2011 und stellte sich in dieser Zeit ehrenamtlich in den Dienst von Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund.

Wulf Jöhnk, der sich die fußballerischen Tugenden seiner jungen Jahre bewahrt hatte, war eine zähe, mitunter auch hartnäckige, aber stets faire Kämpfernatur. Oft deutlich vernehmbarer als andere empörte er sich über Ungerechtigkeit und Intoleranz,

**(Präsident Klaus Schlie)**

gesellschaftliche Benachteiligung und Diskriminierung. Als entschiedener Streiter für die Menschenrechte ging Wulf Jöhnk schonungslos mit Politik und Verwaltung ins Gericht. Er hielt unserer Gesellschaft den Spiegel vor und war immer wieder unbequemer Mahner. Mit großem persönlichem Einsatz und unkonventionellen Mitteln versuchte er, das schwere Los vieler Flüchtlinge zu erleichtern. Besonders am Herzen lagen ihm vor allem zwei Aufgaben: Zum einen die Verbesserung der Bedingungen in der Abschiebehaft, zum anderen die Lebenssituation junger Afghaninnen und Afghanen zu verbessern, die aus diesem kriegsgeplagten Land einst an Körper und Seele verletzt zu uns nach Deutschland kamen.

Wulf Jöhnk war ein aufrechter, streitbarer Demokrat, der dem Amt des Flüchtlingsbeauftragten großen Respekt verschafft hat.

Vor wenigen Tagen erreichte uns überdies die Nachricht, dass am 8. Januar 2013 der frühere Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr, Herr **Dr. Franz Froschmeier**, verstorben ist. Er wurde 82 Jahre alt.

Der 1930 in Bamberg Geborene studierte zunächst Rechtswissenschaften an der Universität München. Er arbeitete dort auch als wissenschaftlicher Assistent am gerade neu gegründeten Institut für ausländisches und internationales Patent-, Marken- und Urheberrecht.

Nach erfolgreicher Promotion trat Dr. Franz Froschmaier 1958 in den Dienst der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG. Seiner Verwendung als stellvertretender Direktor des Presse- und Informationsbüros der Europäischen Gemeinschaft in Washington folgte ab 1967 die Tätigkeit als Berater im Kabinett des EWG-Kommissionsmitglieds Hans von der Groeben.

1970 wurde Dr. Franz Froschmaier zum stellvertretenden Kabinettschef und 1973 zum Kabinettschef des Vizepräsidenten der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp, berufen. In dessen Zuständigkeit fielen die Arbeitsfelder Binnenmarkt und Rechtsangleichung, das Wirtschafts- und Finanzressort sowie die Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaft.

1981 folgte ein weiterer Aufstieg: Dr. Franz Froschmeier wurde Generaldirektor für Information, Kommunikation und Kultur bei der EG-Kommission und blieb dies bis 1987.

Im Jahr darauf gewann ihn der damalige Ministerpräsident Björn Engholm für den Wechsel in die

Landespolitik. Dr. Franz Froschmaier wurde Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein. Während seiner Amtszeit von 1988 bis 1992 setzte er wichtige Akzente in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. Der überzeugte Europäer ging aber auch in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit neue Wege, gilt als einer der Wegbereiter für die Region Sønderjylland-Schleswig und eine engere Kooperation der Ostseeanrainer.

Dr. Franz Froschmaier hat in wichtigen Funktionen den Weg der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Europäischen Union begleitet. Als Landesminister prägte er die europapolitische Strategie unseres Landes. Umso wertvoller war es, dass Schleswig-Holstein und Hamburg mit ihm auch nach seinem Ausscheiden aus dem Ministeramt der starken Vertretung ihrer Interessen in Brüssel sicher sein konnten: Von 1995 bis 2004, in den entscheidenden Jahren der Erweiterung und der inneren Reform der Europäischen Union, leitete Dr. Franz Froschmeier mit dem Hanse-Office unser Verbindungsbüro bei den europäischen Institutionen. Für seine Verdienste um unser Land wurde Dr. Franz Froschmeier mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Meine Damen und Herren, mit tiefer Trauer denken wir heute auch an die frühere Landesministerin **Eva Rühmkorf**, die nach langer, schwerer Krankheit in der Nacht zu Dienstag verstorben ist. Eva Rühmkorf, 1935 in Breslau geboren, wurde 77 Jahre alt.

Nach einem Studium der Psychologie, Theologie und Germanistik an den Universitäten Marburg und Hamburg arbeitete die Diplom-Psychologin zunächst als Markt- und Motivforscherin, bevor sie 1968 in die Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg eintrat. Zunächst war sie dort als Grundsatzreferentin im Strafvollzug, im Anschluss daran - von 1973 bis 1978 - als wissenschaftliche Direktorin der Jugendanstalt Vierlande in Hamburg-Bergedorf tätig.

1979 übernahm sie eine zu dieser Zeit in Deutschland einzigartige Funktion: Sie wurde in Hamburg die erste Leiterin einer Gleichstellungsstelle. 1983 folgte die Ernennung zur Staatsrätin.

Fünf Jahre später folgte der Wechsel nach Schleswig-Holstein: Eva Rühmkorf wurde Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, bekleidete von 1990 bis 1992 das Amt der Ministerin für Bundesangelegenheiten, und sie war stellvertreten-

**(Präsident Klaus Schlie)**

de Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein.

Eva Rühmkorf war eine mutige Frau, die dem Denken ihrer Zeit oft weit voraus war. Auch gegen oft beachtliche Widerstände setzte sie sich für gesellschaftliche Gleichberechtigung und die Gleichstellung von Frau und Mann ein. Sie war dabei mitunter eine Unbequeme, ein selbstbewusster Freigeist, der anderen Orientierung bot und sich mit Erfolg im bis dahin vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, von Männern dominierten Politikbetrieb durchzusetzen wusste. Als eine der engagierten und profiliertesten Frauenrechtlerinnen ihrer Generation prägte sie nachhaltig die gesellschaftspolitische Entwicklung unseres Landes. Vieles von dem, was Eva Rühmkorf auf den Weg brachte, gilt uns allen heute als selbstverständlich. Das ist es aber erst seit wenigen Jahren.

Meine Damen und Herren, der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt seines früheren Abgeordneten Heinz-Wilhelm Fölster und seines ehemaligen Flüchtlingsbeauftragten Wulf Jöhnk sowie der einstigen Landesminister Dr. Franz Froschmaier und Eva Rühmkorf in Dankbarkeit und voller Respekt. Unsere große Anteilnahme gilt ihren Angehörigen. Ich bitte Sie, den Verstorbenen in Stille zu gedenken.

- Sie haben sich zu Ehren von Heinz-Wilhelm Fölster, Wulf Jöhnk, Dr. Franz Froschmaier und Eva Rühmkorf erhoben. - Ich danke Ihnen.

Lassen Sie uns gemeinsam auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Friedrich-Junge-Gemeinschaftsschule aus Kiel begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 4, 5, 9, 12, 24 und 26 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden soll der Tagesordnungspunkt 25. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 3 und 28 - zweite Lesung des Gesetzentwurfs zum Haushalt 2013 sowie Bericht zum strukturellen Abbaupfad bis 2020 - sowie die Punkte 6 und 8, Gesetzentwürfe zur Änderung des Sparkassengesetzes. Gemeinsam beraten werden sollen auch die Punkte 14 und 22, Modellprojekt und Konzept für Familien- und

Nachbarschaftszentren. Anträge zu einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor. Wann die Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 7. Tagung.

Es gibt eine Wortmeldung der parlamentarischen Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Frau Herdejürgen, zur Festlegung der Tagesordnung:

**Geschäftsordnungsantrag auf Änderung der vorläufigen Tagesordnung - erste und zweite Lesung des Sparkassengesetzes in dieser Tagung**

**Birgit Herdejürgen [SPD]:**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt in diesem Haus sehr unterschiedliche Auffassungen, was die möglichen rechtlichen Konsequenzen aus dem bestehenden **Sparkassengesetz** angeht. Aus unserer Sicht ergibt sich für diese Sitzung eine besondere Eilbedürftigkeit im Umgang mit den Gesetzentwürfen. Daher beantragen wir abweichend von der vorliegenden Reihenfolge der Beratung, die Tagesordnungspunkte 6 und 8, Gesetzentwürfe zur Änderung des Sparkassengesetzes, zum einen in dieser Tagung in erster und zweiter Lesung zu beraten. Um den Anforderungen nach § 25 Abs. 3 Geschäftsordnung zu entsprechen, sind für die gemeinsame Sitzung von Finanz- sowie Innen- und Rechtsausschuss die kommunalen Spitzenverbände hinzugeladen.

Damit in erster und zweiter Lesung beraten werden kann, gemäß § 27 Abs. 1 Geschäftsordnung, beantragen wir zum anderen, die vorliegende Reihenfolge wie folgt zu ändern: Mittwoch, nach der Haushaltsberatung, sollen die Tagesordnungspunkte 6 und 8 behandelt werden, danach folgt Tagesordnungspunkt 29. Donnerstag beginnt die Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt 7, Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes. Danach folgt der Tagesordnungspunkt 2, Glücksspiel. Die zweite Lesung des Sparkassengesetzes könnte aus unserer Sicht ohne Aussprache erfolgen; aber es besteht natürlich die Option, eine zweite Aussprache am Freitag vorzusehen.

Ich gehe davon aus, dass die Opposition den Teil 1 unseres Antrages mit Abscheu und Empörung zurückweisen wird. Über den zweiten Teil, was die Reihenfolge der Tagesordnung angeht, gibt es aber eine Verständigung. - Danke schön!

(Birgit Herdejürgen)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem weiteren Geschäftsordnungsbeitrag erteile ich das Wort dem Herrn Oppositionsführer und Vorsitzenden der CDU-Fraktion, dem Abgeordneten Johannes Callsen.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was wir heute erleben, ist schon ein einmaliger Akt parlamentarischer Stillosigkeit.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN - Widerspruch SPD)

Es ist gute Praxis in diesem Haus, dass sich der **Ältestenrat** einvernehmlich über die Tagesordnung und den zeitlichen Ablauf verständigt. Dabei sind wir - ich will gern darauf hinweisen - am vergangenen Mittwoch einvernehmlich übereingekommen, das Sparkassengesetz am Donnerstag um 10 Uhr aufzurufen. Was auch immer sich zwischendurch bei Ihnen, Herr Dr. Stegner, getan hat: Einen Tag nach der Sitzung des Ältestenrates hat die Koalition angekündigt, diesen Tagesordnungspunkt auf Mittwoch vorzuziehen und am Freitag die zweite Lesung durchzuführen.

Ich will auf die Kommentierung zur Geschäftsordnung des Landtages hinweisen. Dort heißt es zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte:

„Grundlage ist die vom Präsidenten im Benehmen mit dem Ältestenrat vorgeschlagene Tagesordnung.“

(Beifall CDU und FDP)

Das sagt unsere Geschäftsordnung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können uns Ältestenratssitzungen sparen, wenn solche Vereinbarungen einseitig aufgekündigt werden und Politik mit der Brechstange gemacht werden soll.

(Beifall CDU und FDP)

Gerade bei der Situation der Sparkassen in diesem Land sollten wir sorgfältig die rechtlichen und tatsächlichen Argumente abwägen. Dafür - aber auch aus Gründen der Transparenz - ist eine vernünftige **Beratung** auch **im Ausschuss** unerlässlich. Ihre Pressekonferenz, Herr Dr. Stegner, die Sie gestern gemeinsam mit Herrn Boll durchgeführt haben, kann mitnichten eine solche Anhörung im Ausschuss ersetzen.

(Beifall CDU und FDP)

Dazu gehört - wie wir das übrigens 2010 sehr ausführlich praktiziert haben - auch eine Bewertung aller - ich sage: aller! - Sparkassen im Land ebenso wie eine Anhörung der kommunalen Spitzenverbände und der Wirtschaftsverbände.

Ich appelliere an die Abgeordneten der Koalition: Nehmen Sie Ihr ständiges Gerede vom Dialog endlich ernst, oder sagen Sie endlich einmal ehrlich, dass Ihnen der Dialog nichts wert ist und Sie Ihre Ideologie mit der Brechstange hier durchsetzen wollen.

(Beifall CDU und FDP)

Dass sich die Landesregierung beziehungsweise der Innenminister öffentlich überhaupt noch nicht positioniert hat, ist schon bedenklich. Wir erwarten hier ebenfalls eine Klärung auch zu der Frage, mit welchen konkreten Maßnahmen die Landesregierung denn den Sparkassen helfen will. Wir werden daher Ihren Antrag auf Veränderung der Tagesordnung ablehnen; denn wir wollen ein geordnetes parlamentarisches Verfahren.

Gestern Nachmittag haben sich sowohl die Haspa als auch der UVNord mit sehr deutlichen Worten geäußert. Die Haspa fühlt sich durch Ihr Vorgehen aus Schleswig-Holstein herausgedrängt, und der UVNord kritisiert das parlamentarische beziehungsweise das unparlamentarische Verfahren der Koalition. Es geht also um schwerwiegende Folgen dieses Verfahrens für die Sparkassenlandschaft in Schleswig-Holstein, da nicht auszuschließen ist, dass die Haspa Ihr Vorgehen als komplette Ausladung aus diesem Land versteht.

Es geht aber auch um das Ansehen des Schleswig-Holsteinischen Landtages und das Vertrauen der Menschen in ein geordnetes Gesetzgebungsverfahren. Ich beantrage daher eine Sondersitzung des Ältestenrates noch vor dieser Abstimmung. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen mir nicht vor. - Meine Damen und Herren, lassen Sie mich Ihnen bitte Folgendes mitteilen: Soeben wurde mir mitgeteilt, dass der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze und die Abgeordnete Marlies Fritzen ebenfalls erkrankt sind. Wir wünschen ihnen auch von dieser Stelle aus gute Besserung. - Ich begrüße auf der Tribüne auch noch unsere Minderheitenbeauftragte, Frau Renate Schnack.

**(Präsident Klaus Schlie)**

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Oppositionsführer hat beantragt, vor der Abstimmung über die Änderung der Tagesordnung eine Ältestenratssitzung durchzuführen. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, wir kurz unterbrechen und den Ältestenrat einberufen. - Herr Dr. Stegner.

(Zuruf CDU)

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Solche Zwischenrufe ignorierend, will ich darauf hinweisen, dass wir den Ablauf, den die Kollegin Herdejürgen in Ihrem Antrag dargestellt hat, exakt und präzise im Ältestenrat gestern so besprochen haben. Das war exakt der Vorschlag, den ich dort unterbreitet habe. Dem ist nicht widersprochen worden, was die Abläufe angeht. Wir sind immer sehr präzise, was solche Dinge angeht. Insofern können wir das zwar gern noch einmal wiederholen. Ich glaube aber, wir halten die Kolleginnen und Kollegen nur auf, wenn wir das noch einmal wiederholen. Es ist genau so abgesprochen gewesen - unabhängig von der unterschiedlichen Bewertung zu Punkt eins. Die Abläufe aber, wie Frau Herdejürgen sie vorgeschlagen hat, sind exakt von uns im Ältestenrat gestern so angekündigt worden. Insofern kann ich keinen Bedarf erkennen. Wenn wir das noch einmal wiederholen wollen, gern; aber Bedarf für eine Ältestenratssitzung sehen wir nicht.

**Präsident Klaus Schlie:**

Erst einmal zur Klarstellung der Geschäftslage: Wenn es drei Ältestenratsmitglieder gibt, die eine Ältestenratssitzung wollen, dann werden wir sie durchführen. Ansonsten müssen wir auch über die Frage der Einberufung der Ältestenratssitzung abstimmen.

Zweite Bemerkung: Angekündigt war das gestern in der Sitzung des Ältestenrates, besprochen nach meiner Erinnerung aber nicht, Herr Dr. Stegner, und abgesprochen auch nicht.

Jetzt hat sich erst einmal der Abgeordnete Lars Harms zur Geschäftsordnung gemeldet, und dann der Abgeordnete Dr. Breyer.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie es der Kollege Stegner gerade eben auch schon einmal deutlich gemacht hat, steht einer Ältestenratssitzung nichts im Weg.

(Beifall und Heiterkeit CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Dann danke ich Ihnen für die Hilfestellung, dass ich die Wortmeldung von Herrn Dr. Stegner jetzt auch richtig verstehe.

(Heiterkeit CDU)

Herr Dr. Breyer, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, dass Herr Dr. Stegner so freimütig aus der Ältestenratssitzung erzählt hat. Wir hätten es gern auch formell in der Geschäftsordnung abgesichert, dass wir das dürfen. Im Übrigen schließe ich mich aber der guten Ordnung halber dem Antrag des Kollegen Callsen an, hierzu noch einmal als Ältestenrat zusammenzutreten.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Somit haben wir genug Wortmeldungen, in denen sich für eine Ältestenratssitzung ausgesprochen wurde. - Ich unterbreche die Tagung und berufe hiermit den Ältestenrat in mein Dienstzimmer ein.

(Unterbrechung 10:26 bis 10:50)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne wieder die Sitzung. Bevor wir zur Abstimmung kommen, erteile ich dem Abgeordneten Arp von der CDU-Fraktion zur Geschäftsordnung das Wort.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte das Abstimmungsverhalten der Union kurz erklären. Aufgrund der Erfahrung der vergangenen Legislaturperiode, in der wir darunter gelitten haben, dass es kein **Pairing-Abkommen** mit den damaligen Oppositionsfractionen gab, haben wir uns am Anfang der Legislaturperiode vorgenommen, als Demokraten ein besseres Vorbild für die Menschen außerhalb dieses Hauses zu sein.

Deshalb haben wir mit den Grünen ein Pairing-Abkommen geschlossen. Nachdem ich heute Morgen von meiner Kollegin Frau Bohn erfahren habe, dass zwei Grüne krank sind - bei uns ist einer krank -, haben wir gesagt, dass das Pairing heute über den



**(Hans-Jörn Arp)**

ganzen Tag gilt. Deshalb werden bei uns nur 20 Kollegen abstimmen. Einer ist krank, und einer wird nicht mit abstimmen. Ich bitte, dies zu respektieren.

Noch einmal: Wir haben eine Vorbildfunktion als Demokraten. In diesem Fall sollten wir uns nicht so verhalten, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Vielmehr sollten wir zu unserem Wort stehen. Dafür ist die Union bekannt. Deshalb werden wir uns so verhalten, auch wenn es uns schwerfällt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem weiteren Geschäftsordnungsbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gern darauf aufmerksam machen - weil eben die Formulierung „der Opposition“ gebraucht worden ist -, dass die Sozialdemokraten ein **Pairing-Abkommen** mit der FDP haben. Wir halten es in jeder Weise für unanständig, wenn Kranke in das Parlament gebracht werden müssen. Deshalb haben wir das Pairing-Abkommen weder infrage gestellt noch können wir uns vorstellen, dass es umgekehrt so ist. Ich wollte nur der verallgemeinernden Bemerkung „die Opposition“ entgegentreten. Wir teilen die Auffassung des Kollegen Arp ausdrücklich.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem weiteren Geschäftsordnungsbeitrag erteile ich Frau Abgeordneter Dr. Bohn von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Namen meiner Fraktion bedanke ich mich ganz ausdrücklich bei der CDU-Fraktion. Ich bin auch davon ausgegangen, dass das Wort genau so eingehalten wird. Eine Sache aber ist meiner Fraktion und auch denjenigen, die Mitglieder der letzten Fraktion gewesen sind, und auch mir persönlich ganz wichtig: Wir haben bei schweren, tragischen Familiensituationen und bei Krankheit auch in der letzten Legislaturperiode immer das Pairing

gemacht. Diese Klarstellung ist mir ganz wichtig. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem weiteren Geschäftsordnungsbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms vom SSW das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Nicht, dass die PI-RATEN das auch für sich in Anspruch nehmen für die letzte Legislaturperiode!)

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den SSW gilt natürlich genau dasselbe. Es war schon immer unsere Haltung in diesem Parlament, dass auch wir am **Pairing-Abkommen** teilnehmen. Das wird auch immer so bleiben. Das ist unser demokratisches Grundverständnis. Ich bin froh, dass es immer noch so ist, dass zumindest die meisten in diesem Parlament dies auch so sehen. Ich weiß, dass es die FDP auch so sieht. Insofern gibt es sehr viele Parteien, die am Pairing-Abkommen teilnehmen wollen. Das ist auch gute demokratische Praxis.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zur Vervollständigung dieser Reihe erteile ich zur Geschäftsordnung dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab in Schleswig-Holstein schon Situationen - ich bin ja, wie Sie wissen, Alterspräsident und seit über 20 Jahren im Parlament -,

(Heiterkeit)

in denen tatsächlich Menschen aus dem Krankenhaus zur Abstimmung in den Plenarsaal des Schleswig-Holsteinischen Landtages geschoben werden mussten. Im Jahr 1992 haben wir zusammen mit den Sozialdemokraten gesagt, dass wir das nie wieder erleben wollen. Deshalb gilt für uns immer - daran haben wir uns 20 Jahre gehalten, Herr Dr. Stegner, im Verhältnis SPD zu FDP -, dass wir nicht wollen, dass Kranke hier erscheinen müssen,

(Wolfgang Kubicki)

nur um ein **Mehrheitsverhältnis** herzustellen, das die Wähler so gewollt haben. Sie können ganz sicher sein, dass wir uns auch künftig daran halten werden.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung sehe ich nicht.

Dann werden wir jetzt über den Geschäftsordnungsantrag der Abgeordneten Herdejürgen abstimmen, die beantragt hat, die Tagesordnungspunkte 6 und 8, also die Gesetzentwürfe zum Sparkassengesetz, in erster und zweiter Lesung in dieser 7. Tagung zu behandeln und nach den Haushaltsberatungen aufzurufen. Heute soll die erste Lesung und am Freitag dann die zweite Lesung stattfinden. Näheres zur Tagesordnung werde ich gleich noch sagen.

Zuerst einmal stimmen wir jetzt über diesen Geschäftsordnungsantrag ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von FDP, CDU und PIRATEN. Damit - ohne es aufgrund der Erklärungen nachzuzählen - ist dieser Geschäftsordnungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen. Wir werden dann so verfahren.

Wir fügen nach den Haushaltsberatungen die Punkte 6 und 8 in die Tagesordnung ein, gegebenenfalls auch noch - das kommt auf den Verlauf der Beratungen an - den Punkt 29. Ich erinnere Sie noch einmal daran, dass wir in der Ältestenratssitzung am Dienstag vereinbart hatten, möglichst um 18 Uhr Schluss zu machen, weil der Ältestenrat heute Abend eine Einladung ausgesprochen hat. Wir werden dann morgen früh um 10 Uhr den Tagesordnungspunkt 2, Glücksspielstaatsvertrag, und danach die Punkte 7 und 10 aufrufen. Das war das, was eben kurz im Ältestenrat abgesprochen worden ist. - Ich sehe Nicken. Dann werden wir so verfahren.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einbeziehung einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist eine einstündige Mittagspause von 13 bis 14 Uhr vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 3 und 28 auf:

## Gemeinsame Beratung

### a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/220

### b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2013

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/221

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 18/420

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/456 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/458

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/467

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/468

Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/459

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/460

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/463

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/464

### c) Struktureller Abbaupfad bis 2020

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 18/338

Ich erteile zunächst dem Herrn Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Thomas Rother, das Wort.

**Thomas Rother [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt kommen wir tatsächlich zum **Haushalt**. Der Regierungswechsel ist dafür ursächlich, dass der Landtag erst im November des letzten Jahres und heute in zweiter Lesung über den Landeshaushalt 2013 beraten und beschließen wird. Der politische Wechsel spiegelt sich in den Daten des Haushalts natürlich wider. Die Oppositionsfraktionen hätten sich wohl auch daher mehr Zeit für eine umfangreichere Beratung gewünscht. Dennoch ist es richtig, Haushaltsbeschluss und Kalenderjahresbeginn nicht zu weit auseinanderklaffen zu lassen. Investitionen sollen getätigt werden, Zuwendungspartner warten auf ihre Bescheide.

Ich möchte mich bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen des Finanzausschusses, für die konzentrierte Arbeit und das trotz aller Differenzen kollegiale Miteinander in den Beratungen bedanken. Damit haben Sie mir als neuem Finanzausschussvorsitzenden die Arbeit erleichtert. Bedanken möchte ich mich natürlich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, die das, was wir beraten haben, dokumentiert und transportiert haben. Ich hoffe, dass auch alle Unterlagen angekommen sind. Insbesondere unserem Geschäftsführer, Herrn Schmidt - das wird sicherlich weitergetragen -, an dieser Stelle ein besonderes Lob und ein besonderer Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vielen Dank auch an die Landesregierung und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere auch an die des Finanzministeriums, die unsere vielen Fragen unter Zeitdruck beantwortet haben, und den Landesrechnungshof, der die Politik kritisch begleitet. - Herr Dr. Altmann, für Sie waren es die letzten Haushaltsberatungen. Für Ihre engagierten Beiträge, Herr Dr. Altmann, die naturgemäß nicht allen gefallen und nicht allen gefallen können, für die aber immer das Wohl des Landes maßgeblich war, möchte ich mich von dieser Stelle ganz herzlich bedanken.

(Beifall)

Der Finanzausschuss führte das seit Langem praktizierte **Beratungsverfahren** durch: Nachdem die Fraktionen ihre Fragen eingereicht und die Ministerien die Fragen beantwortet hatten, beriet er mit den jeweils betroffenen Fachausschüssen die Einzelpläne und konzentrierte sich dabei auf politische Schwerpunkte. Die Ministerinnen und Minister stellten ihre Haushalte und - soweit ich mich erin-

nern kann - erstmals sogar der Ministerpräsident selbst den Haushalt der Staatskanzlei vor.

Im Zusammenhang mit dem Haushalt beschäftigten uns auch der kommende Tarifabschluss im öffentlichen Dienst, die Verständigung zwischen Landesregierung und Kommunen über die U-3-Betreuung, der Stellenabbau, insbesondere die Entwicklung der Zahl der Lehrerstellen - Herr Koch, wie ich gesehen habe, sind die letzten Fragen auch beantwortet -, die Einrichtung von Sondervermögen infolge der Zinsersparnisse, das Programm PROFI, die Situation der HSH Nordbank und viele andere Themen, die sicherlich in der folgenden Debatte noch angesprochen werden.

Das Hauptaugenmerk des Finanzausschusses liegt natürlich auf der **allgemeinen finanziellen Situation** des Landes und der **Konsolidierung der Landesfinanzen**. Die Schuldenbremse und die Anforderungen des Stabilitätsrats werden mit dem Haushalt 2013 eingehalten. Die Fraktionen und der Landesrechnungshof stimmen gewiss überein, dass das Ziel der Schuldenbremse nur durch eine Finanzpolitik der konsequenten Konsolidierung des Haushalts erreicht werden kann.

Zu der Frage, in welchen Schritten beziehungsweise mit welcher Geschwindigkeit das Haushaltsdefizit zurückgeführt wird, gibt es naturgemäß unterschiedliche Auffassungen. Der Rechnungshof bestärkt und mahnt uns alle - Parlament und Regierung -, in den Konsolidierungsanstrengungen nicht nachzulassen, die Neuverschuldung zurückzuführen, das Gebot „alternativ statt additiv“ zu befolgen und den Stellenabbau voranzutreiben. Gleichzeitig gibt die Politik natürlich ihren Gestaltungsauftrag nicht auf, und die Fraktionen suchen nach dem besten Weg, möglichst intelligent und nachhaltig zu wirtschaften.

Nach der Steuerschätzung im Herbst 2012 brachte die Landesregierung wie üblich noch Änderungsvorschläge zum Haushalt ein, die sogenannte **Nachschiebeliste**. Anfang Januar 2013 legten die Fraktionen - wie verabredet - ihre Änderungsanträge vor.

Bei der Schlussabstimmung im Finanzausschuss am letzten Donnerstag beantragte die CDU Einzelabstimmung über ihre **Änderungsanträge**. Daraufhin tauschten die Fraktionen ihre unterschiedlichen Auffassungen in den einzelnen Politikfeldern erneut aus. Die Koalitionsfraktionen erklärten, dass sie die Anträge der Oppositionsfraktionen geprüft, Teile unterstützt beziehungsweise aufgegriffen hätten und die Anträge der Einfachheit halber insgesamt

(Thomas Rother)

ablehnten. Abstimmungen über einzelne Punkte können heute noch im Rahmen der zweiten Lesung stattfinden. - Wir haben auch noch zusätzliche Anträge auf den Tisch bekommen. Ich glaube, es werden auch immer noch welche nachgereicht.

Die Anträge der CDU wurden ebenso wie die Anträge der beiden anderen Oppositionsfraktionen, FDP und PIRATEN, und die Nachschiebeliste des Landtags mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt. Die Änderungsvorschläge der Landesregierung sowie die Anträge von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW wurden mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen der Mehrheit des Finanzausschusses bitte ich Sie, das Haushaltsgesetz, das Haushaltsbegleitgesetz und den Plan des Landeshaushalts für das Jahr 2013 in der Fassung der Ihnen hoffentlich zugegangenen und in Drucksache 18/420 vorliegenden Beschlussempfehlung anzunehmen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Gestatten Sie mir folgende geschäftsleitende Bemerkungen hinsichtlich des Zeitmanagements. Die Reihenfolge der Worterteilungen in der Debatte zum Haushalt 2013 wird folgendermaßen festgelegt: zunächst die Fraktionsvorsitzenden in der Reihenfolge der Stärke ihrer Fraktion für jeweils 20 Minuten, dann der Herr Ministerpräsident, dann gegebenenfalls - wenn gewünscht - der Herr Oppositionsführer, wenn das der Fall ist, dann gegebenenfalls die Fraktionsvorsitzenden in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen.

Ich nehme an, dass wir dann die Mittagspause erreicht haben werden. Danach reden die finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen nach der Reihenfolge der Stärke ihrer Fraktionen, dann die Finanzministerin für 15 Minuten, und dann gibt es gegebenenfalls Kurzbeiträge, bevor wir in die Abstimmung eintreten.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Oppositionsführer und Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Abgeordneter Johannes Callsen.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor etwas mehr als zwei Jahren haben wir in diesem Hohen Haus zum ersten Mal einen Haushalt verabschiedet, mit dem die Ausgaben gegenüber den Vorjahren tatsächlich reduziert wurden. Unser Ziel als CDU war und ist ein **ausgeglichener Haushalt** für Schleswig-Holstein. Ich kann Ihnen versichern: Davon rücken wir auch als Opposition nicht ab.

(Beifall CDU)

Wir stehen nach wie vor zur **Schuldenbremse** und zur **Haushaltskonsolidierung**. Wir wollen bereits im Jahr 2017 die dauerhaften Ausgaben und die dauerhaften Einnahmen zur Deckung bringen. Darin liegt der Unterschied zwischen uns und den Regierungsfractionen. Wir schreiben schwarze Zahlen, und Sie schreiben rote Zahlen.

(Beifall CDU)

Wir sorgen dafür, dass Schleswig-Holstein früher aus der Schuldenfalle herauskommt, während Sie weiterhin Gelder verteilen, die Schleswig-Holstein eigentlich gar nicht zu verteilen hat. Sie machen lieber mehr neue Schulden, um Ihre Wahlgeschenke zu finanzieren und Ihre Klientel zu bedienen. Besser aber ist es, die knappen Landesmittel dort einzusetzen, wo sie für das ganze Land und für alle Menschen in Schleswig-Holstein einen Mehrwert bringen.

Was Sie hier machen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, ist Klientelpolitik - so hätten Sie es uns in der Vergangenheit vorgeworfen, und nichts anderes. Das ist keine Politik der neuen, sondern das ist eine Politik der begrenzten Horizonte.

(Beifall CDU)

Diese Linkskoalition verlässt mit diesem Haushalt den eingeschlagenen Kurs der Haushaltskonsolidierung, weil ihr Weg kein gerader Weg ist, sondern ihr Weg ist ein gepflasterter Umweg, und zwar ein kostspieliger für dieses Land, dessen Ende ungewiss ist.

Anstatt heute schon mit einem Haushalt **Risikoversorge** durch eine **Reduzierung der Nettoneuverschuldung** zu treffen, schieben Sie Ihre Verantwortung auf die folgenden Jahre. Ihre Devise dabei ist: abwarten, Tee trinken und viele neue Schulden für andere Dinge machen. So geht das aber in Schleswig-Holstein nicht!

(Beifall CDU)

(Johannes Callsen)

Mit dieser Politik kommen Sie der **Schuldenbremse** keinen Schritt näher. Ihre „Küstennebelkoalition“ lebt auf Pump, bis nichts mehr geht, oder bis sie von den Risiken überrollt wird. Die CDU will hingegen mit ihrem Antrag - er liegt Ihnen vor: „Reduzierung der Nettoneuverschuldung“ - insgesamt 133 Millionen € weniger ausgeben; denn uns ist klar: Schulden schaffen keine Zukunft, sondern sie verbrauchen Zukunft. Sie aber vergrößern mit Ihren Schulden die Hypothek für unsere Jugend. Das ist alles andere als generationengerecht. Mit Ihrem neuen Ankurbeln der Schuldenspirale machen Sie die notwendigen politischen Handlungsspielräume für die Zukunft zunichte.

Herr Ministerpräsident, Sie und Ihre Regierungsmannschaft machen lieber neue Schulden, weil Ihnen schlichtweg das Rückgrat fehlt.

(Beifall CDU)

Ich will Ihnen gern drei prägnante Beispiele dafür nennen.

Erstens Ihr Lieblingsprojekt **PROFI**: Das ist im Grunde eine gute Idee, doch sind aus unserer Sicht die insgesamt 50 Millionen € viel zu hoch angesetzt. Um das Projekt zu starten, schlagen wir zunächst 10 Millionen € vor und wollen Aufwüchse über die nächsten Jahre strecken. Im Ergebnis werden wir durch energetische Sanierung nicht nur die Umwelt schützen, sondern auch die Betriebskosten senken.

Zweites Beispiel, die **Bio-Informenta**: Sie wollen 380.000 € in ein Projekt stecken, das - das ist allen bekannt - schon im mecklenburgischen Nieklitz krachend gescheitert ist.

(Volker Dornquast [CDU]: Skandal!)

Allein die Machbarkeitsstudie soll 130.000 € kosten - viel zu viel, wie auch Experten schätzen.

Doch damit nicht genug: Einem von der CDU im Finanzausschuss geforderten Haushaltsvermerk stimmte diese Linkskoalition nicht zu, obwohl sie doch in der Presse - und zwar SPD, Grüne und SSW gleichermaßen - gesagt hat: Erst wollten sie die Studie abwarten, dann prüfen und dann, erst dann, gebe es den Rest - 250.000 € für den Ankauf von diversen Ausstellungsgegenständen.

Wir fragen Sie: Weshalb haben Sie dem Sperrvermerk dann nicht zugestimmt? Weshalb lassen Sie Ihren Worten keine Taten folgen? Ist das die neue Transparenz einer dialogorientierten Politik dieser neuen Koalition in Schleswig-Holstein?

Man kann über die Sinnhaftigkeit der Bio-Informenta trefflich streiten. Wir sind der Überzeugung, dass es wichtigere Aufgaben in unserem Land gibt. Aber es ist eben auch eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit, seinen Worten auch Taten folgen zu lassen.

(Beifall CDU)

Das dritte Beispiel ist noch ein **zusätzlicher Staatssekretär** im Wirtschaftsressort, den eigentlich keiner so wirklich braucht.

Das ist alles unnötig, wie bei so vielen Ihrer zusätzlichen Ausgaben, die wir in diesem Haushalt finden. Wir haben festgestellt, dass rote, grüne und auch die SSW-Politiker gern und viel Geld ausgeben, vorzugsweise natürlich das Geld anderer. Damit aber nicht genug: Es darf aber - wie hier erkennbar - auch noch ein bisschen mehr sein. Anstatt im Bundesrat dem Steuerabkommen mit der Schweiz zuzustimmen und eine halbe Milliarde € zusätzlicher Einnahmen nach Schleswig-Holstein zu holen, blockieren Sie dieses Projekt aus wahltaktischen Gründen in der Bundespolitik.

(Beifall CDU und FDP)

Liebe Kollegen von der Koalition, Sie setzen lieber auf **Steuererhöhungen**. Das ist Ihre einzige Hoffnung, um Ihre Ausgaben finanzieren zu können. Eines können wir den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den Unternehmen in diesem Land schon jetzt versichern: Steuererhöhungen würden kommen, wenn Rot-Grün ab September auch in Berlin regieren dürfte. Aber dazu wird es Gott sei Dank nicht kommen; seien Sie versichert! Wir werden es nicht zulassen, dass Sie noch mehr Geld der Steuerzahler ausgeben, das Sie nicht vorher eins zu eins erwirtschaftet haben.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das entscheiden die Wähler, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, verantwortungsvolle Politik sorgt auch dafür, dass es der **Wirtschaft** in Schleswig-Holstein gut geht, dass Arbeitsplätze geschaffen werden, dass dadurch die Steuereinnahmen fließen. Auch hier machen Sie genau das Gegenteil von dem, was vernünftig ist. Der Ministerpräsident predigt einmal mehr und immer wieder salbungsvoll den **Dialog** mit den Menschen, und die Regierungsfractionen exekutieren auf der anderen Seite knallhart ihre ideologische Politik. Sie tun so, als ob Sie das Urteil der Menschen interessierte, aber in Wahrheit steht das Ergebnis Ihres Dialoges von vornherein fest.

(Johannes Callsen)

Wir haben hier über das Vorschaltgesetz zum Schulgesetz ausreichend diskutiert.

Mit dem neuen **Tariftreue- und Vergabegesetz** überziehen Sie unseren Mittelstand und das Handwerk mit einem Bündel an zusätzlichen Auflagen und Forderungen, dass den Menschen angst und bange wird. Die Anhörung im Wirtschaftsausschuss hat ganz klar gezeigt: Ihr Gesetzentwurf wurde dort in der Luft zerrissen, weil er zum Mühlstein unserer Betriebe wird, weil er die Unternehmen belastet und weil er Arbeitsplätze gefährdet.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Ministerpräsident, auf dem Kieler IHK-Empfang haben Sie gesagt, Sie wollten durch den Dialog von den Betroffenen lernen. Wenn diese Worte auch nur einen Funken Wahrheit haben, dann ziehen Sie dieses Gesetz komplett umgehend zurück!

(Beifall CDU und FDP)

Herr Ministerpräsident, auf der NORLA im vergangenen Jahr haben Sie mit Blick auf die Fischer gesagt, einen solch ehrlichen Beruf dürfe man nicht mit Bürokratie ersticken. Nun kommt Ihr Umweltminister und hat nichts Besseres zu tun, als für die **Küstenfischerei** weiträumige **Fangverbote** zu verhängen.

(Zurufe CDU: Unerhört!)

Die Fischer sind von Ihrer Dialogkultur nicht nur enttäuscht, sie fürchten schlicht um ihre Existenz. Auch hier gefährdet die „Küstennebelkoalition“ Existenzen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen.

(Beifall CDU und FDP)

Sie greifen aber nicht nur ideologisch in die Unternehmen ein, Sie hängen mit Ihrer **Infrastrukturverhinderungspolitik** auch den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein insgesamt ab. Auch wenn Sie noch so oft Beruhigungspillen zur A 20 und zur westlichen Elbquerung finden - die Meinungsunterschiede in Ihrer Koalition sind doch überhaupt nicht zu überhören. Herr Ministerpräsident, Sie und Ihr Wirtschaftsminister verweisen in blumigen Worten in jeder Rede immer wieder auf das Gaspedal. Wirklich gefunden haben Sie das Gaspedal allerdings immer noch nicht.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Die Grünen dagegen wissen sehr genau, wo die Bremse ist, und ich bin sicher, sie werden munter davon Gebrauch machen. Die von Umweltminister Habeck angekündigten neuen Untersuchungen zur Fehmarnbelt-Querung waren doch nur ein Vorge-

schmack auf das, was uns bei der weiteren Planung der A 20 und bei der Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan noch blühen wird.

Seit Sonntag kriegen die Grünen auch noch Oberwasser aus Niedersachsen.

(Zuruf)

Es wird doch niemand bezweifeln, dass der westlichen Elbquerung - -

- Ich habe den Zwischenruf wohl vernommen; wir dokumentieren das gern.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es wird doch niemand bezweifeln, dass der **westlichen Elbquerung** jetzt von beiden Seiten der Elbe grüne Fesseln angelegt werden sollen. Der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein würde dadurch massiv abgehängt. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall CDU und FDP)

Denn mit dieser Politik verschlechtern Sie die Chancen unserer Betriebe, Sie gefährden Arbeitsplätze, und Sie verhindern weitere und höhere Steuereinnahmen. Wir werden nicht zulassen, dass Sie eine Politik zulasten unseres Mittelstands sowie der fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, für uns Christdemokraten gehört es auch zur politischen Verantwortung, die **Neuverschuldung** soweit wie möglich zu reduzieren, um die Schuldenbremse auf jeden Fall und möglichst schon früher einzuhalten. In diesem Bewusstsein hat die CDU-Landtagsfraktion ihre Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf der Landesregierung formuliert. Wir wollen die Neuverschuldung reduzieren und gleichzeitig **Schwerpunkte** setzen, die dem ganzen Land zugute kommen.

Ich will wenige Beispiele nennen. Wir investieren in ein Landärzte-Programm, einen Fonds für Barrierefreiheit, ein Modellprojekt für Nachbarschaftszentren und eine deutliche Aufstockung der Pflegeausbildungsplätze. Das sind unsere Schwerpunkte in den Bereichen Familien, Kinder und Senioren.

(Beifall CDU - Lachen SPD)

Wir machen Vorschläge zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls, und wir stellen zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur bereit, wo Sie in Ihrem Haushalt verantwortungslos kürzen.

(Johannes Callsen)

Anders als im Haushaltsentwurf der Landesregierung sind alle Mehrausgaben bei uns **solide gegenfinanziert**. Das ist solide Finanzpolitik.

Mit unseren Änderungsanträgen sinkt die Nettoneuverschuldung von 460 Millionen auf 327 Millionen €. Das sind rund 133 Millionen € weniger als im Entwurf der Landesregierung. Weil wir weniger Geld ausgeben wollen als die Landesregierung, sparen wir auch Zinsen, die uns in der Zukunft sonst belasten würden. Wir behalten damit Luft nicht nur für Risiken, die möglicherweise vor uns liegen, sondern auch für die Übertragung des Tarifabschlusses der Angestellten auf die Beamten. Wir wollen den Tarifverhandlungen allerdings nicht mit konkreten Beträgen vorgeifen, aber die Beamtinnen und Beamten sollen wissen - das hat die Debatte im Dezember 2012 hier im Haus gezeigt -: Die CDU steht zur zeit- und wirkungsgleichen Übernahme des Tarifabschlusses. Dass die Koalition hierzu in der letzten Landtagstagung ein klares Bekenntnis verweigerte, ist schon bemerkenswert.

(Beifall CDU)

Ich fordere die Landesregierung auf, im Sinne einer soliden Finanzpolitik endlich damit aufzuhören, Wahlgeschenke zu verteilen, sondern ihrer Verantwortung für unser gesamtes Land gerecht zu werden. Wer das Land stärken will, muss bei der Haushaltspolitik anfangen. Gesunde Finanzen sind die Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Der vorliegende Haushalt zeigt, dass diese Erkenntnis bei der Landesregierung und der Regierungskoalition noch nicht angekommen ist.

Sehr geehrter Herr Albig, lassen Sie Ihren zahlreichen blumigen Reden endlich Taten folgen! Landauf, landab betonen Sie, dass Sie ein starkes Schleswig-Holstein wollen, mit starken Menschen und sicherlich auch mit starken und guten Finanzen. Mit diesem Haushalt stärken Sie unser Land nicht, Sie vernichten wichtige Handlungsspielräume für die Zukunft. Das hat Schleswig-Holstein nicht verdient. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsdebatten im Parlament verdienen mit Recht eine besondere Aufmerksamkeit. Die Haus-

haltspolitik hat Auswirkungen auf nahezu alle Politikfelder und entscheidet über viele Fragen. Wie geht es weiter mit den Schulen in unserem Land? Was kostet die Energiewende? Was wird für die Schwächsten in unserer Gesellschaft getan? Der heutige Beschluss dieses Parlaments über den Haushalt wird Antworten geben und ein wichtiges Stück des von den Bürgerinnen und Bürgern gewollten und gewählten Politikwechsels in Schleswig-Holstein beschreiben.

Der Haushalt 2013 ist geprägt von dem Bewusstsein um die **soziale Verantwortung** gegenüber den Menschen in unserem Land. Das wurde schon im Haushaltsentwurf der Landesregierung deutlich. Mein Dank dafür gilt dem Regierungsteam von Ministerpräsident Torsten Albig und an erster Stelle unserer klugen Finanzministerin Monika Heinold.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem gemeinsamen sozialen und nachhaltigen Politikverständnis dieser Koalition und der transparenten und verantwortungsbewussten Regierungsarbeit ist es zu verdanken, dass nur wenige Änderungen des Entwurfs notwendig geworden sind, deutlich weniger als in früheren Jahren.

Da, wo wir Änderungen vorgenommen haben, unterstreichen wir nochmals die von uns gesetzten **Schwerpunkte**, nämlich Bildung, Energiewende, soziale Gerechtigkeit. Mit diesem Haushalt beweisen wir, dass wir neue Impulse, intelligente Investitionen, soziale Verantwortung und die Einhaltung der Schuldenbremse miteinander verbinden können.

Im Gegensatz zu unserer Vorgängerregierung - Herr Callsen, in Ihrem Wortschatz würde das wohl „Rechtskoalition“ heißen - tun wir dies, ohne das Land kaputtzusparen.

(Christopher Vogt [FDP]: Mitte-Rechts-Koalition!)

Ich habe es schon einmal gesagt und wiederhole es: Eine Kürzungspolitik ohne Sinn und Verstand, ohne soziale Verantwortung, ohne volkswirtschaftliche Logik, ohne Nachhaltigkeitsvernunft und ohne Respekt vor den Betroffenen wird es in diesem Land mit unserer Koalition nicht geben.

Diese Landesregierung wird keine Politik auf Kosten von Kommunen, Verbänden und der Bürgerinnen und Bürger machen, sondern mit ihnen und für sie. Wenn die Opposition in diesem Haus - Ihre Rede hat das einmal mehr gezeigt - das nicht verstanden hat und grundsätzlich anders sieht, unterstreicht

(Dr. Ralf Stegner)

sie nur die Klugheit des Wählervotums vom 6. Mai 2012.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Callsen, die Katerstimmung nach der Niedersachsenwahl war Ihnen in Ihren Worten anzumerken. Ich bin mir sicher, die werden in Hannover mit Stephan Weil eine genauso kluge Koalitionsvereinbarung treffen wie wir. Wir bauen die A 20 bis zur A 7. Ich fürchte, die Niedersachsen machen das von der anderen Seite nicht bis dahin, aber sie werden eine kluge Entscheidung treffen. Da bin ich ganz sicher. Rot-Grün funktioniert in Kiel und wird auch in Hannover funktionieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nur haben die den SSW nicht. Da sind wir noch ein Stück besser, lieber Herr Kollege Harms. Ansonsten aber klappt das gut.

**Haushaltskonsolidierung** macht dann Sinn, wenn sie nachhaltig und gerecht ist. Haushaltskonsolidierung macht dann Sinn, wenn nachfolgende Generationen künftig Freiräume erhalten, die sie nutzen können. Haushaltskonsolidierung macht dann Sinn, wenn wir unseren Kindern und Enkeln eine soziale Gesellschaft in einem lebenswerten Land hinterlassen.

Wir halten die Schuldenbremse ein und nutzen die wenigen Spielräume, die wir zur politischen Gestaltung haben. Das dürfte keinen überraschen, denn wir tun ja schlicht und einfach das, was wir vorher gesagt haben. Kurz: Wir halten unsere Wahlversprechen. Genau dafür haben uns die Menschen auch gewählt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir stehen zu unserer Verantwortung. Deshalb begrüßen wir auch die Veränderungen im **Aufsichtsrat** der **HSH Nordbank**. Mit dem neuen Aufsichtsratsvorsitzenden Thomas Mirow und unserem kompetenten Staatssekretär Thomas Losse-Müller übernimmt die Politik nämlich auch an dieser Stelle wieder Verantwortung, wie sich das gehört. Wichtig für die HSH Nordbank ist allerdings die Rückendeckung für ihre Neuaufstellung, die wir im Landtag gemeinsam vornehmen sollten.

Beim Landtag stellen wir Mittel ein, um die **Reform der Landesverfassung** anzugehen: Deutsche Einheit, neues Europa, digitale Welt, mehr Bürgerbeteiligung, viel ist in den letzten 20 Jahren anders

geworden. Ich will an dieser Stelle deutlich sagen, dass es sich hierbei um eine gemeinsame Aufgabe handelt, die es zu erfüllen gilt. Die Aufnahme der Rechte von Sinti und Roma in die Landesverfassung im vergangenen Jahr war dafür ein guter Ausgangspunkt.

Das hat übrigens deutlich gemacht, dass Schleswig-Holstein ein weltzugewandtes und offenes Land ist. Wir wollen ein stärkeres **europäisches Bewusstsein** deutlich machen. Dazu gehören auch internationale Kontakte und intensiviert Ostseekooperationen. Wir wollen das mit unseren Anträgen unterstreichen. Die Krise in Europa zeigt, dass wir uns darum auch vor Ort kümmern müssen.

Bei allen gemeinsamen Herausforderungen unterscheidet sich unser Haushalt deutlich von der schwarz-gelben Politik der Vorjahre.

(Christopher Vogt [FDP]: Leider!)

Bestes Beispiel dafür - hören Sie gut zu, Herr Kollege Vogt! -: **Bildung** ist in der Haushaltspolitik dieser Koalition kein Akzent, sondern erste Priorität. Ihre Irrlichterei in Sachen Bildungspolitik wurde abgewählt. Auch wenn Sie es nicht mehr hören können oder wollen, ich sage es Ihnen noch einmal: Wer an der Bildung spart, wird morgen für die Folgekosten einen hohen Preis bezahlen müssen. Deswegen tun wir das nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb haben wir einen umfangreichen Bildungsdialo g begonnen. Ministerin Wende tut da deutlich mehr als Sie, die Sie das nur einfordern. Wir wollen mit allen Beteiligten ein gemeinsames Schulgesetz erarbeiten, das Bestand haben wird und endlich Verlässlichkeit für die Familien in unserem Land bringt.

Wir haben die 300 strittigen Lehrerstellen in den Haushalt zurückgeführt.

Um mehr Kindern ein Abitur zu ermöglichen, brauchen wir mehr Oberstufen. Wir sind froh, dass es künftig ein vielfältiges und flächendeckendes Angebot geben wird - in acht Jahren an Gymnasien, in neun Jahren an Gemeinschaftsschulen und an beruflichen Schulen.

Die Mittel für die Schulsozialarbeit werden um 2,9 Millionen € aufgestockt.

Die Verpflichtung der Kreise, die Eltern an den Schülerbeförderungskosten zu beteiligen, wird rückgängig gemacht.



(Dr. Ralf Stegner)

Wir stellen zusätzlich 100.000 € für die Fortbildungsoffensive der Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung.

Die Mittel für die deutschen Schulen in Nordschleswig sind bedarfsgerecht erhöht worden. Die Förderung für die öffentlichen Schulen der dänischen Minderheit wird wieder auf 100 % gesetzt. Dass die CDU hier wieder einschlägige Anträge einbringt, zeigt ihre Unfähigkeit, aus eigenen Fehlern für die Zukunft zu lernen.

(Beifall SPD)

Die „**Anti-SSW-Wahlanfechtungen**“ aus Ihren Reihen und Ihre öffentlichen Einlassungen dazu sind in der Sache peinlich und zeigen Sie nur als schlechte Verlierer. Der SSW hat ein vollgültiges politisches Mandat und ist ein starker Teil unserer Regierungskoalition. Das ist und wird so bleiben.

(Jens-Christian Magnussen [CDU]: Was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

Eine Aufstockung der **Hochschulmittel** ist um rund 30 Millionen € vorgesehen und stellt im Gegensatz zu unserer Vorgängerregierung weder Lübeck noch andere Hochschulstandorte infrage. Wir verzichten auf die Kürzungen für die staatlich anerkannte private Fachhochschule Wedel. Auch wenn unsere Verantwortung in erster Linie den Hochschulen in der Trägerschaft des Landes gilt, wollen wir doch dieses bewährte Bildungsangebot in der Pinneberger Region in seinem Bestand sichern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wir entwickeln Zukunftsperspektiven für das UKSH, ohne - wie Sie - das Heil in Privatisierungen zu suchen. Deshalb auch das klare Landesveto gegen den geplanten Provinzial-Deal.

Wir haben uns auch auf einen Punkt verständigt, der in den letzten Tagen - wie ich finde - unter falscher Akzentsetzung negativ kommentiert worden ist. Wenn wir heute vorschlagen, eine Machbarkeitsstudie über die mögliche Einrichtung einer **Bio-Informanta** zu erstellen und dafür im Rahmen des Exzellenz- und Strukturbudgets der Hochschulen Startmittel einzustellen, ist das nicht - wie Sie behaupten - „Gefälligkeitspolitik“ gegenüber unserem früheren Umweltminister Professor Dr. Heydemann. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Der Ton und Stil der Opposition im Umgang mit einem seit Jahrzehnten angesehenen Wissenschaftler ist schlichtweg unanständig.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erinnere an den Umweltpreis der Bundesstiftung Umwelt. Wir machen eine Machbarkeitsstudie. Wir werden über alles andere reden. Ich nehme übrigens wahr, dass es im Kreis Herzogtum Lauenburg auch bei CDU und FDP ein parteiübergreifendes Interesse gibt, Herr Landtagspräsident, diese Chance zu prüfen. Lassen Sie uns die nicht von vornherein vergeben. Wir tun nicht mehr und nicht weniger. Sie brauchen sich gar nicht so aufzuregen.

Meine Damen und Herren, im **sozialen Bereich** ist es eine Politik kleiner Schritte, geringer Umschichtungen, mit denen wir mehr soziale Gerechtigkeit schaffen.

Wir geben den Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen Planungssicherheit und stärken die Mädchenarbeit beim Landesjugendring. Ich habe gesehen, dass die FDP einen gegenteiligen Vorschlag macht. Unbelehrbar - kann ich da nur sagen -, unbelehrbar!

(Beifall SPD)

Wir erhöhen das Blindengeld für Erwachsene wieder auf 300 €. Die Opposition will es bei 200 € belassen. Unbelehrbar, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Vereinzelter Beifall SPD)

Beim Kinderschutz wollen wir wieder an die frühe Vorreiterrolle Schleswig-Holsteins anknüpfen.

Wir unterstützen die lesbisch-schwule Emanzipationsarbeit und setzen die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften im Beamtenrecht endlich vollständig um. Die Union ist auch in dieser Frage fest im Vorgestern. Auch das zeichnet sie aus.

Mit der Entwicklung eines Demenzplans wollen wir dem demografischen Wandel Rechnung tragen und Vorsorge treffen. Pflege muss bei einer alternierenden Bevölkerung im Mittelpunkt der sozialpolitischen Debatte stehen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Sie sollten darüber keine Scherze machen. Das ist ein sehr ernstes Thema, meine Damen und Herren. Wir kümmern uns um die Menschen, die auf gute Pflege angewiesen sind. Darüber sollten wir uns hier im Hause eigentlich einig sein. Deshalb 200 Plätze mehr in der Altenpflegeausbildung. Wir müssen junge Menschen dazu motivieren, diesen gesellschaftlich wertvollen Job zu übernehmen. Da-

(Dr. Ralf Stegner)

zu gehört, dass sie für ihre Ausbildung kein Schulgeld bezahlen müssen. Das müssen wir ändern. Wir versuchen, das mit unseren Anträgen voranzubringen.

Wir versuchen, eine Politik zu machen, die den Titel „Soziales“ wieder verdient. Für uns ist Sozialpolitik keine Pflichtübung, sondern Herzensangelegenheit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir haben etwas geschafft, was die Vorgängerregierung nicht geschafft hat. Sie wurden verklagt, was die Kinderbetreuung - U 3 - angeht. Wir haben mit den Kommunen für die Kita-Finanzierung eine gemeinsame Lösung gefunden. Herzlichen Glückwunsch, Frau Sozialministerin! Das war eine sehr gute Einigung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben den Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren in Schleswig-Holstein langfristig finanziell gesichert und die Kommunen dabei entlastet und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt. Wenn wir das nicht endlich aus den Sonntagsreden in die Alltagspolitik bringen, versagen wir vor unserer Verantwortung für die Zukunft. Das ist ein ganz wesentliches Thema, um das wir uns mit aller Entschiedenheit kümmern werden.

Man sieht an dieser Stelle die Unterschiede. Wir erkennen die zentralen Zukunftsfragen und erarbeiten Lösungen. Wir tun das nicht gegen die **Kommunen**, sondern gemeinsam mit ihnen.

Der Landesregierung ist es außerdem gelungen, mit den Kommunen eine Einigung über die Kosten in der Eingliederungshilfe zu vereinbaren. Die Umsteuerung in den ambulanten Bereich wird durch das, was dort begonnen hat, ein Stück erleichtert.

Um Menschen, die von **Diskriminierung** betroffen sind, zu helfen, haben wir eine zusätzliche Stelle bei der **Bürgerbeauftragten** eingerichtet, die übrigens woanders eingespart wird.

Eine weitere halbe Stelle ist beim **Beauftragten für Menschen mit Behinderung** für das Monitoring im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention vorgesehen. Auch hier muss ich sagen: Menschen mit Behinderung gehören dazu - nicht nur in der Schule, sondern überall. Sie haben auch das Anrecht darauf, dass wir so damit umgehen und das nicht als ein Randthema behandeln.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch im Bereich der Innen- und Justizpolitik stehen wir für den Politikwechsel in diesem Land.

Der mangelnde Wohnraum ist ein großes Thema. Um **bezahlbare Wohnungen** zu fördern, stellt die Regierung ein Darlehen für 180 Millionen € zur Verfügung. Das ist ein sozial wichtiges Thema, nicht nur in den großen Städten. Es wird immer wichtiger. Wir müssen uns darum kümmern. Es kann nicht sein, dass Menschen nicht mehr anständig wohnen können, ihre Wohnung nicht mehr bezahlen können. Wir haben in unserem Land teilweise Zustände! Auf Sylt wohnen kaum noch Einheimische. Es ist irre, wie die Schere auseinandergeht. Da müssen wir meiner Meinung nach ran.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unsere Regierung hat auch eine Lösung für die von Ihnen verschleppte Frage der **Sicherungsverwahrung** erarbeitet. Den Begriff „Lohnfortzahlung“, den ich in diesem Zusammenhang in einer Zeitung gelesen habe, finde ich übrigens skandalös. Es ist ein notwendiger Punkt, der gemeinsam mit Hamburg geregelt worden ist. Man sieht: Zusammenarbeit funktioniert, wenn es professionell gemacht wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir unterstützen die **Kommunen** bei der **Haushaltskonsolidierung** mit zusätzlichen 15 Millionen €, weil wir uns ihrer Situation bewusst sind. Wir kennen ihre Lage und wissen: Es geht nur gemeinsam.

**Bürgerbeteiligung** nehmen wir ernst und intensivieren sie. Dazu gehört die Absenkung des Wahlalters auf 16 bei Landtagswahlen und das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Bürgerbeteiligung.

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die sehr viel für unser Land leisten und sehr viele Überstunden haben, aber auch der gesamte **öffentliche Dienst** kann sich auf uns verlassen. Die FDP will jetzt schon einmal 45 Millionen € für den Tarifabschluss der Beamten einstellen. Die laufenden Tarifverhandlungen werden dadurch jedoch nicht leichter, Herr Kollege Garg. Ich kann nur wiederholen: Wir treffen im Haushalt eine Vorsorge und warten das Tarifergebnis ab, wie es sich gehört.

(Dr. Ralf Stegner)

(Zurufe FDP: Und dann?)

Flächendeckende Mindestlöhne zu Land, zu Wasser und in der Luft zu bekämpfen, aber bei der Beamtenbesoldung auf Arbeitervertreter zu machen - diese Pose steht Ihnen denkbar schlecht, meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb.

(Christopher Vogt [FDP]: Schön abgelenkt!)

Wir stocken die Mittel zur **Bekämpfung** des **Rechtsextremismus** auf und beschäftigen uns gleichzeitig mit der **Aufarbeitung** der **NS-Vergangenheit** in Schleswig-Holstein. Das ist angesichts der aktuellen Debatte über den Fremdenhass in Deutschland ein gutes, ein wichtiges und ein notwendiges Signal.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Durch Investitionen in die **Abschiebehaftanstalt** werden wir die Lebensbedingungen der dort untergebrachten Flüchtlinge verbessern. Dass das nötig ist, hat die Würdigung zu Beginn dieser Sitzung unterstrichen. Das ist ein wichtiges Thema, um das man sich kümmern muss. Das sind übrigens keine Häftlinge, sondern das sind Menschen, die hierher geflohen sind. Diese muss man ein Stück weit anders behandeln, als das ansonsten gilt. Gelder für Sprachkurse für Flüchtlinge sollen den Weg zur Teilhabe verbessern. Auch hier haben wir einen neuen Akzent gesetzt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unseren Vorschlägen stehen die Vorschläge der Opposition gegenüber. Die CDU meint, die Ansätze für **Migrationssozialberatung** könne man kürzen, man könnte diese lassen, es sei nicht nötig, hier etwas zu tun. Das zeigt, dass Sie immer noch nichts dazugelernt haben. Wir haben Ihre fatalen Kürzungen in diesem Bereich rückgängig gemacht und sichern damit die Strukturen. Im Übrigen ist alles, was der Integration dient und sie fördert, vernünftig und dient dem sozialen Frieden. Es hilft Menschen aufzusteigen. Ein Aufstieg muss für alle möglich sein. Daran arbeiten wir in allen Bereichen, von der Schule bis hin zu den anderen Gebieten. Das gilt auch hier, und das sehen Sie in unseren Anträgen.

Wir sorgen für gute Arbeit. Sozial ist nicht, was Arbeit schafft, sondern sozial ist, was gute Arbeit schafft, von der man leben kann. Dazu gehören die Gesetze zur **Mitbestimmung** und zur **Tariftreue**, die nicht nur gute Löhne und eine angemessene Altersversorgung garantieren sollen, sondern die auch

Respekt vor der Lebens- und Arbeitsleistung der Menschen in unserem Land spiegeln.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen sagen: Sie haben immer noch nicht verstanden, dass es nichts mit Marktwirtschaft zu tun hat, Dumpinglöhne mit Steuergeldern zu unterstützen. Das ist von gestern. Sie mögen das nicht hören. Ich werde das so lange vortragen, bis das geändert ist und bis auch Sie das begriffen haben, Herr Kollege Garg. Ich bin hier ganz zuversichtlich.

(Beifall SPD und SSW)

Die Vernunftbegabtheit der Menschen ist unermesslich, das gilt selbst für die FDP, Herrn Kollege Garg. Ich bin guten Mutes, dass wir das hinkriegen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist eine Büttenrede!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Fraktionsvorsitzender, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Wenn Sie die Uhr anhalten, dann gern.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die Uhr halten wir an.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Herr Kollege Stegner, das wird eine Zwischenbemerkung. Ich lasse mir das von Ihnen gern zehn- oder zwanzigmal erzählen. Würden Sie bitte im Gegenzug zur Kenntnis nehmen, dass die FDP Schleswig-Holstein längst eine Beschlusslage herbeigeführt hat, die besagt, dass wir für **Lohnuntergrenzen** eintreten, und zwar Lohnuntergrenzen, wie sie beschrieben wurden: Menschen, die an fünf Tagen in der Woche acht Stunden am Tag arbeiten, müssen von ihrem Einkommen leben können. Es hat nichts mit Marktwirtschaft zu tun, wenn Steuerzahler dauerhaft Niedriglöhne subventionieren. Würden Sie das freundlicherweise zur Kenntnis nehmen? - Sie sind intellektuell ja ganz gut aufgestellt: Würden Sie hier bitte auch zwischen den Oppositionsfractionen differenzieren?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Ich nehme vor allem zur Kenntnis, dass der vom Kollegen Kubicki so kraftvoll unterstützte Bundesvorsitzende der FDP in dieser Frage in der Bundesregierung eine ganz andere Haltung einnimmt. Die Bundesregierung verhindert genau dies. Sie redet zwar von Mindestlöhnen, aber diese stehen nur auf dem Etikett, es sind keine drin. Die Menschen wissen ganz genau: Das Etikett ist ganz gut. Wenn die Flasche aber leer ist, dann taugt das beste Etikett nichts.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Fraktionsvorsitzenden Kubicki?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Da die Kollegen ein bisschen Unterhaltung wünschen, wie ich das den Gesichtern ansehe, gern.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Kollege Dr. Stegner, darf ich Ihre Äußerungen so verstehen, dass Sie jede Äußerung Ihres Spitzenkandidaten Peer Steinbrück zur Bundestagswahl eins zu eins teilen?

(Beifall FDP und PIRATEN)

- Nein, das dürfen Sie so nicht verstehen. Es fällt mir aber deutlich leichter, vieles von dem zu teilen, was Peer Steinbrück vertritt, als das bei Ihnen mit Herrn Rösler der Fall sein kann. Da bin ich ganz sicher.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Insofern ist es gut, dass wir das hier noch einmal klargestellt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den Gesetzen zur **Tariftreue** und zur **Mitbestimmung** will ich sagen, dass wir nach der Anhörung natürlich in den Details Gesprächsbereit sind. Ich sage Ihnen für die Regierungskoalition aber auch ganz deutlich: In der Substanz werden wir bei dem bleiben, was wir den Menschen vor der Wahl versprochen haben, nämlich dass es in Schleswig-Holstein keine Förderung von Dumpinglöhnen geben wird und dass wir eine ordentliche Mitbestimmung wiederherstellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist schon kurios, dass Sie jetzt mit der **Konnexität** und allen möglichen Dingen im Zusammenhang

mit der Mitbestimmung ankommen, die Sie versucht haben einzuschränken. Hier ist nichts eingespart worden. Wir stellen den ordentlichen Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder her, und nun kommt die große **Konnexitätskeule**. Das ist reichlich lächerlich. Wer im Übrigen etwas über Mitbestimmung lernen möchte, der sollte vielleicht nicht nur den Landrat X oder Y fragen, sondern sich eher mit den Bürgerinnen und Bürgern, die hier arbeiten, unterhalten.

Wir stärken mit unseren Anträgen die **Tourismusagentur**. Wir freuen uns, dass wir mit unserem Wirtschaftsminister einen richtigen Tourismusfachmann haben, der jetzt auf diesem Stuhl sitzt. Das ist ein angenehmer Unterschied zu anderen, die dieses Amt schon ausgeübt haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir fördern mit dem **Standortmarketing** eine wichtige Wirtschaftsbranche Schleswig-Holsteins. Bei der **Bäderregelung** wird das Gleiche passieren wie im Zusammenhang mit den Kitas: Das Land ist verklagt worden, Sie sind verklagt worden. Gelöst wird dieses Problem von unserer Regierung mit einem Kompromiss ohne die Einbeziehung von Gerichten. So wird das sein.

(Widerspruch bei der FDP)

Wirtschaftsminister Meyer wird das hinkriegen, da gebe ich Ihnen Brief und Siegel. Ich freue mich darauf, dass Sie das loben werden, wenn wir das gemacht haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser **Programm PROFI** leistet mit 50 Millionen € einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung und unterstützt gleichzeitig die Wirtschaft vor Ort durch die konsequente Umsetzung der Energiewende. Wer immer noch nicht begriffen hat, dass Energieeinsparungen die größte Energiequelle sind, dem ist wirklich nicht zu helfen. Die Energiewende wollen, ist das eine. Die Energiewende umsetzen können, ist das andere. Sie wollen sie ein bisschen, wir können sie richtig. Schauen Sie in unser Programm, das ist die richtige Antwort darauf.

(Beifall SPD und SSW)

Wichtige **infrastrukturelle Maßnahmen** werden vorangebracht, und der **ÖPNV** wird im Sinne einer umfassenden Verkehrswende gestärkt. Die Tatsache, dass es zukünftig fünf norddeutsche Regierun-

(Dr. Ralf Stegner)

gen geben wird, die von Sozialdemokraten in guten Koalitionen mit den Grünen und dem SSW geführt werden, wird dazu beitragen, dass wir gegenüber dem Süden mehr Dinge durchsetzen können. Das ist auch dringend notwendig. Das werden wir machen.

(Zuruf FDP: Schauen wir mal!)

- Hier werden Sie lange zugucken können. Mehr bleibt Ihnen auch nicht übrig.

(Beifall SPD und SSW)

Im **Umweltbereich** haben wir die Mittel für das Freiwillige Ökologische Jahr aufgestockt. Wir werden dafür sorgen, dass mit den Trägern mehrjährige Verträge geschlossen werden. Bei der Umweltbildung wollen wir eine institutionelle Förderung. Es kann nicht sein, dass wir das einzige Land sind, das den Ökolandbau nicht mehr fördert, obwohl wir in diesem Bereich mehr produzieren und obwohl mehr Menschen Ökoprodukte wollen. Das wollen wir ändern, auch das ist ein Markenzeichen dieser Koalition. Es ist geradezu grotesk, dass das Saarland dies fördert und wir nicht. Auch diesen Missstand beenden wir.

(Beifall SPD)

An all dem kann man sehen, die Unterschiede zwischen der schwarz-gelben Haushaltspolitik der vergangenen Jahre und unserer sind wirklich deutlich. Sie haben sich hier hingestellt und noch einmal für das **deutsch-schweizerische „Steuerhinterzieherbegünstigungsabkommen“** geworben. Das zeigt auch den Unterschied zu der Einschätzung dessen, was normale Menschen denken. Arbeitnehmern wird die Steuer vom Lohn abgezogen, und Sie helfen denjenigen, die Steuern in Millionenhöhe hinterzogen haben. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns. Wir sind gegen solche Abkommen. Sie sind falsch.

(Beifall SPD und SSW - Widerspruch CDU und FDP)

Herr Kollege, wenn ich die am Boden liegende führungslose CDU sehe, dann glaube ich, dass Küstennebel eher woanders getrunken wird. Mein Eindruck ist, dass Sie sich vielleicht ein bisschen weniger mit sich selbst und mehr mit den Problemen des Landes beschäftigen sollten. Wir tun das jedenfalls. Hören Sie auf, unnötig Ängste zu verbreiten. Die Menschen in Schleswig-Holstein haben uns am 6. Mai 2012 ihr Vertrauen ausgesprochen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mit einer Riesenhierarchie!)

Wir werden sie nicht enttäuschen, und wir werden tun, was sie sagen. Ich kann Ihnen nur sagen: Eine solide und soziale Haushaltspolitik ist zentraler Bestandteil des Politikwechsels in Schleswig-Holstein. Willy Brandt hat oft gesagt: Politik taugt nur etwas, wenn sie das Leben der Menschen besser macht. Dieser erste gemeinsame Haushalt von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW mit seinen neuen Schwerpunkten und einer ganz anderen Haltung von der Bildungs- bis zur Sozialpolitik macht das Leben der Menschen in Schleswig-Holstein ein wenig besser. Machen Sie mit, stimmen Sie zu. Sie sind herzlich eingeladen. Das ist ein guter Haushalt. Herzlichen Dank an die Landesregierung. Die Koalition steht zusammen. Sie müssen fünf Jahre lang mit uns rechnen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Friedrich-Junge-Gemeinschaftsschule in Kiel und des Johann-Rist-Gymnasiums in Wedel. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der vergangenen Woche war ich auf dem IHK-Neujahrsempfang in Lübeck.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Bravo!)

- Sie hätten vielleicht dort hingehen sollen. Dann hätten auch Sie das gehört, was wir gehört haben. Der heute 14-jährige Felix Finkbeiner hat dort seine Initiative **„Plant-for-the-Planet“** vorgestellt. Ich glaube, alle, die dort waren, auch die Oppositionsangehörigen, waren sehr beeindruckt von dem, was der junge Mann uns dort vorgestellt hat. Als er neun Jahre alt war, hat er diese Initiative gegründet. Seitdem hat er zusammen mit anderen Kindern 12 Milliarden Bäume gepflanzt. Bei seinem Vortrag hat er allen, die ihm zugehört haben, den Spiegel vorgehalten. Er hat gesagt: Ihr müsst Politik so machen, dass wir später mit den Folgen leben können.

(Beifall CDU und FDP - Christopher Vogt [FDP]: Ja, deswegen weniger Schulden!)

**(Eka von Kalben)**

- Genau.

Dieser Gedanke der **Nachhaltigkeit** wurde uns vorgehalten. Nachhaltigkeit bedeutet, dass wir nicht bei **wichtigen Investitionen** sparen dürfen; denn das hätten spätere Generationen auszubaden. Das gilt zum Beispiel für die folgenden Bereiche: Verfall von Gebäuden und Kulturdenkmälern, Mangel an gut ausgebildeten Menschen, langfristige Umweltschäden. Wir brauchen einen Perspektivwechsel. Wir brauchen eine Politik, die aus dem Blick unserer Kinder und Enkel gemacht wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Heute ist ein guter Tag für Schleswig-Holstein; denn mit der Verabschiedung des Haushalts 2013 wird unser Politikwechsel im Land, dieser Perspektivwechsel, besiegelt und in Zahlen gegossen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Zahlen, über die wir hier sprechen, sind immer noch rot. Aber Stück für Stück und mit harter Arbeit nähern wir uns der schwarzen Null.

(Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

So will es die Landesverfassung, und so will es auch die Küstenkoalition. Wir müssen den Schuldenberg abtragen, damit die Landespolitik handlungsfähig wird, und damit wir wieder Luft zum Atmen bekommen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Machen Sie es doch einmal!)

Aber das Erreichen der **schwarzen Null** darf nicht die einzige Priorität sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Aller Ehrgeiz von Schwarz-Gelb hat sich darauf konzentriert, den allerspitze Rotstift zu haben. Die wahre Herausforderung liegt aber darin, trotz begrenzter Mittel des Landes **Prioritäten zu setzen** und das Land zu gestalten.

(Christopher Vogt [FDP]: Und was machen Sie nächstes Jahr?)

Die Prioritäten der Küstenkoalition sind von Anfang an klar benannt worden - sie spannen sich wie ein rot-grün-blauer Faden durch den Haushalt -: **bessere Bildung** für alle und **Klimaschutz**. Das sind die beiden zentralen Ziele, die wir in den Zeiten der Haushaltskonsolidierung nach vorne treiben wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit kümmern wir uns um die Zukunftsherausforderungen dieses Landes. Die eine Herausforderung ist der **Fachkräftemangel**, der sich durch den demografischen Wandel weiter verschärft. Wir können uns eine schlecht ausgebildete Jugend nicht leisten. Jedes Kind braucht eine Chance.

Die andere Herausforderung ist der **Klimawandel**. Unser Land ist durch seine Küstenlage besonders davon betroffen. Andererseits können wir durch unsere günstige Lage - Stichwort Windenergie - aber auch Teil der Lösung sein.

Meine Damen und Herren, wir haben uns als Regierungsfraktion intensiv mit dem Zahlenwerk beschäftigt; das haben wir auch schon in der Opposition gemacht. Wir haben die Einzelpläne durchgearbeitet und uns durch die Stellenpläne gewählt. Schließlich sind die Haushaltsberatungen für das Parlament gleichzeitig eine große Verantwortung und eine Chance zur Gestaltung. Gemeinsam mit SPD und SSW haben wir viele Anträge gestellt, die vom Volumen her relativ bescheiden sind, aber wichtige Akzente setzen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Vom Inhalt her sehr bescheiden!)

Im Bereich **Bildung** hat die Landesregierung einen beachtlichen Aufschlag gemacht, insbesondere mit den 300 Lehrerstellen, die im System verbleiben. Damit wollen wir vor allem die Gemeinschaftsschulen und den Bereich Inklusion stärken. Weil Schule mehr ist als Unterricht, fließen künftig 3 Millionen € mehr in den Bereich der Schulsozialarbeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die dänischen Schulen bekommen wieder die volle Förderung und am Hamburger Rand können sich die Kreise über eine verbesserte Gastschulregelung freuen.

Während der Haushaltsberatungen hat sich auch im Bereich **frühkindliche Bildung** viel getan: Wir stellen das Verhältnis des Landes zu den Kommunen endlich auf eine solidere und solidarischere Basis. Mit dem Kita-Kompromiss ist es uns gelungen, den langen Streit mit den Kommunen endlich zu überwinden. Dieser Verhandlungserfolg, liebe Opposition, ist auch Teil des neuen Politikstils, den Sie immer gern belächeln. Das ist auch ein Ergebnis des intensiven Dialogs, der mit den Kommunen geführt wurde.

**(Eka von Kalben)**

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Kompromiss ist klug verhandelt. Die Kommunen werden substantiell entlastet. Unsere Schwerpunkte Bildung und Klimaschutz tragen wir mit einem Programm zur Sanierung von Kitas und Schulen jetzt auch in die Kommunen. Damit wird unser „PROFI“-Programm, unser Programm für vorsorgende Finanzpolitik, heruntergebrochen auf die kommunale Ebene.

Auch in den Bereichen **Umweltschutz** und **Energiewende** hat die Landesregierung großartige Arbeit geleistet, die wir mit unseren Fraktionsanträgen noch ergänzen.

Beispiel eins: **Freiwilliges Ökologisches Jahr**. Unsere Landesregierung sorgt dafür, dass endlich wieder deutlich mehr Mittel für dieses wichtige Programm fließen. So werden nachhaltige, ehrenamtliche Projekte gefördert, und junge Leute bekommen die Chance, sich zu beweisen. Die Fraktionen von SPD, Grünen und SSW haben bewirkt, dass die Träger der FÖJ in Zukunft mehr Planungssicherheit bekommen, indem Verpflichtungserklärungen für mehrjährige Verträge bereitgestellt werden.

Beispiel zwei: **Verbraucher- und Verbraucherschutz**. Im Haushaltsentwurf wird der Zuschuss an das Landeslabor deutlich erhöht, um eine effektivere Lebensmittelüberwachung zu sichern. Die Fraktionen machen das Paket komplett, indem sie 40.000 € zusätzlich an die Verbraucherzentralen geben. Diese Mittel sind an die Energieberatung einkommensschwacher Haushalte gebunden. Wir gestalten die Energiewende sozial.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das Programm **PROFI** habe ich bereits erwähnt. Das Programm PROFi ist unsere Antwort auf den Sanierungsstau, den uns die alten Regierungen hinterlassen haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist ja lächerlich!)

Es ist die Antwort auf steigende Betriebskosten bei den Landesgebäuden, die unseren Haushalt belasten, und es ist Teil der Antwort auf die Frage, welchen Beitrag das Land zum Klimaschutz leisten kann.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Heiner Garg?

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja, gern.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Sehr geehrte Frau Kollegin von Kalben, bei allem Respekt, glauben Sie ernsthaft, dass der Sanierungsstau, den Sie zu Recht beklagen, in zweieinhalb Jahren entstanden ist, oder könnte es möglicherweise sein, dass der Sanierungsstau auch in den vergangenen 20 Jahren, in denen auch andere Verantwortung getragen haben, entstanden ist?

- Lieber Herr Garg, wenn Sie diese Frage nicht schon im Kopf gehabt hätten, sondern mir besser zugehört hätten, hätten Sie gehört, dass ich gelesen habe: „den die alten Regierungen uns hinterlassen haben“.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Gelesen!)

Ich glaube, „die alten Regierungen“ schließt alle Regierungen ein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Heiner Garg [FDP] - Zuruf FDP)

- Wer besser zuhören muss oder wer sich besser ausdrücken muss, das bleibt dahingestellt. Es tut mir leid, Herr Garg, dass Sie mir nicht folgen konnten. Ich werde jetzt deutlich und langsam sprechen, damit auch Sie es verstehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit dem Programm PROFi schaffen wir auch Arbeit im Handwerk und das - Herr Callsen ist gerade weg - ist konkrete **Wirtschaftsförderung** und keine Luftnummer wie Ihr Traum von einer westlichen Elbquerung, die in ferner Zukunft vielleicht realisiert wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir machen jetzt konkrete Wirtschaftsförderung für den Mittelstand und für das Handwerk.

Dass alle Oppositionsfraktionen dieses Programm wieder streichen oder massiv kürzen wollen - bei den PIRATEN war das bis zum Schluss nicht ganz sicher -, ist für mich schlicht unbegreiflich. Insbesondere ist mir unbegreiflich, dass die CDU mit der Radikalkürzung des Programms PROFi die Neuverschuldungsquote reduzieren will. Herr Koch, für uns geht es hier um den Unterschied zwischen strukturellen und einmaligen Ausgaben. Wir wollen Geld bereitstellen, um strukturelle Kosten wie Kosten für Heizung und Strom zu sparen. So entlastet

**(Eka von Kalben)**

man den Haushalt dauerhaft. Genau dieses vorsorgende Prinzip ist es, was uns von Ihnen unterscheidet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Schwerpunkte der Küstenkoalition sind Bildung und Klimaschutz. Doch auch in anderen Bereichen gibt es viel zu tun. Hier folgen wir dem Motto: kleine Beträge - große Wirkung. Wir sichten kleinere Summen um und erreichen damit schon viel: für Flüchtlinge und Migranten, für Frauen und Mädchen, für Schwule und Lesben, für Behinderte und viele mehr.

Im Übrigen: Wenn man diese Politik für Menschen in Schleswig-Holstein als Klientelpolitik bezeichnet, bedeutet das, dass man glaubt, dass mindestens 95 % der Menschen, wenn nicht gar alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, zu unserer Klientel gehören. Das ist doch wunderbar. Darüber freue ich mich!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das schwarz-gelbe Motto der Haushaltspolitik war das genaue Gegenteil: Es wurden kleine Beträge bei sozialen Einrichtungen und Initiativen gestrichen, was großen Schaden bewirkte. Für die Konsolidierung hat das wenig gebracht. Ihr Image als gnadenlose Rotstiftschwinger hat das aber eindrucksvoll unterstrichen. Hier eifern wir Ihnen ganz bestimmt nicht nach, im Gegenteil. Ich bin stolz auf die 50.000 €, mit denen wir dieses Jahr in zwei Modellprojekten **Sprachkurse für Menschen ohne** dauerhaftes **Bleiberecht** fördern. Wir greifen dabei auf positive Erfahrungen in Pilotprojekten zurück. Flüchtlinge bekommen durch die Sprachkurse eine reelle Möglichkeit zur Teilhabe in Deutschland und verbessern ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt spürbar.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Auch vor den Zuständen in der **Abschiebehaft** - Herr Stegner hat es schon genannt - können wir die Augen nicht verschließen. Erst kürzlich habe ich die Abschiebehaftanstalt in Rendsburg besucht und bin dort bewegenden Schicksalen begegnet. Die oft traumatisierten Menschen, die dort leben, haben in der Regel nichts verbochen. Sie suchen hier Zuflucht und harren darauf, abgeschoben zu werden - so wie der Afghane, den in Kabul die Todesstrafe erwartete und der letzte Woche aus Norwegen abgeschoben wurde. Solche Schicksale warten dort in

der Abschiebehaft. Ich finde nicht, dass wir davor die Augen verschließen können, sondern wir müssen, solange wir keine rechtssichere Möglichkeit haben, die Abschiebehaft abzuschaffen, wenigstens die Bedingungen menschlicher gestalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Frauenhäuser** und **Mädchentreffs** waren immer ein Paradebeispiel für die unsolidarische schwarz-gelbe Kürzungspolitik. Letztendlich geht es hier für den Landeshaushalt um relativ wenig Geld. Für die betroffenen Frauen aber geht es um Schutz in existenziellen Notlagen. Ich bin erleichtert, dass die CDU-Fraktion das inzwischen eingesehen hat. Zumindest haben Sie unsere Wiedererhöhung der Mittel nicht infrage gestellt. Wir sollten uns aber nicht auf Kosten der von Gewalt betroffenen Frauen als Sparkommissare profilieren. Ich bin froh, dass die Landesregierung die Beträge wieder erhöht hat. Wir Fraktionen sichten im Sozialhaushalt noch einmal so um, dass weitere 60.000 € für Frauen- und Mädchenarbeit dazu kommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns in Zeiten der **Schuldenbremse** von alten politischen Gewohnheiten verabschieden. Der Tag, an dem früher der Landeshaushalt beschlossen wurde, war ein Tag, an dem viele große Versprechungen der jeweiligen Regierungskoalition eingelöst wurden. Nicht alle davon waren unsinnig.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Das galt für alle Regierungen, Herr Garg. - Sie wurden aber eben aus einem großen Schulden-säckel bezahlt. Heute müssen wir auch bei kleineren Versprechen, die wir umsetzen wollen, eine solide Gegenfinanzierung finden.

Wir müssen und wollen die Schuldenbremse erhalten. Das bedeutet aber nicht das Ende der gestaltenden Politik, im Gegenteil. Der Landeshaushalt für das Jahr 2013 beweist, dass es gerade in Zeiten von Haushaltskonsolidierung einen riesigen Unterschied macht, wer am Ruder steht, ob das Land konzeptlos kaputt gespart wird, wie es die Vorgängerregierung vorhatte, oder ob neben den soliden Finanzen auch die Zukunftsbereiche Klimaschutz - erstens - und Bildung - zweitens - gestaltet werden.

Aber auch mit der besten Haushaltspolitik haben wir als Landesparlament und Landesregierung nur einen relativ kurzen Hebel in der Hand, wenn wir die Schulden wirklich abtragen wollen. Dafür



**(Eka von Kalben)**

braucht es - ich höre schon Ihre Zwischenrufe - **Steuerermehreinnahmen.**

(Zurufe CDU)

- Sehen Sie! Man kann auf den Knopf drücken! - Diese Entscheidungen werden auf Bundesebene getroffen. Wir setzen uns seit Langem für eine Vermögensabgabe und dafür ein, den Solidaritätsbeitrag in einen Altschuldenfonds umzuleiten.

Die Sanierung des Landeshaushalts hängt also nicht nur mit der Weisheit unserer Finanzministerin Monika Heinold und der sie stützenden Regierungsfaktionen zusammen, sondern auch mit den Mehrheitsverhältnissen im Bundestag. Die müssen wir ändern, und das wird im September geschehen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Stegner, ob diese Koalition fünf Jahre oder möglicherweise nur noch fünf Monate regiert, werden wir gemeinsam in aller Ruhe abwarten. Ich habe mich jedenfalls bei Ihrem Referat beziehungsweise bei dem, was Sie vorgebracht haben, gefragt, über was Sie eigentlich reden. Reden Sie wirklich über den vorgelegten Haushalt und über die Ziele, die Sie mit diesem Haushalt verbinden? Ich habe die jedenfalls nicht wiedergefunden. Oder versuchen Sie hier noch einmal, sich selber Mut zu machen, weil Sie jetzt schon wissen, dass es im September mit einem Regierungswechsel in Berlin - jedenfalls so, wie Sie sich heute hier dargestellt haben - mit Sicherheit gar nichts werden kann?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Liebe Kolleginnen und Kollegen, der von Ihnen vorgelegte Haushalt ist bedauerlicherweise genau das Gegenteil dessen, was Sie uns glauben machen wollen. Er ist vielmehr ein Dokument der Mutlosigkeit, des Scheiterns und des finanzpolitischen Versagens Ihrer Regierungskoalition, Herr Dr. Stegner. Ihre Koalition scheitert bereits im ersten Regierungsjahr mit dem Anspruch, solide Finanzpolitik für dieses Land betreiben zu wollen.

Sehr geehrte Frau Finanzministerin, es ist auch Ihr ganz persönliches Versagen; denn der wahre Finanzminister dieser Regierung sind nicht Sie, sondern der heißt Ralf Stegner. Frau Heinold, Sie dürfen froh sein, dass Sie gerade noch die Schecks abzeichnen dürfen.

(Zurufe SPD)

- Nein, der **wahre Finanzminister** dieser Regierung heißt Ralf Stegner, und Sie dürfen gerade noch die Schecks abzeichnen, die Ihnen die **sozialdemokratische Ausgabenpolitik** beschert.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Andresen, Sie müssen gar nicht so empfindlich reagieren. Auf Sie komme ich später noch zu sprechen.

(Heiterkeit FDP)

Herr Andresen, Sie haben am Ende des Jahres 2012 Hilferufe an die Opposition ausgesandt, weil Sie das Land schon vor einem finanzpolitischen GAU sahen. So stelle ich mir in der Tat die Funktion des finanzpolitischen Sprechers einer der die Regierung tragenden Fraktionen vor. Er sendet Hilferufe an die Opposition aus, weil Sie selber keine Idee haben.

(Beifall FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Dr. Garg, wir halten jetzt auch die Redezeit an, wenn Sie die Frage des Abgeordneten Dr. Stegner hören wollen.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Aber selbstverständlich. Ich freue mich jedes Mal.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Ich unterbreche so eindrucksvolle Redebeiträge nur extrem ungern; aber ich möchte fragen, ob Sie vielleicht zur Kenntnis genommen haben, Herr Kollege Dr. Garg, dass das Volumen der Umschichtungsanträge aus dem Parlament und aus den Parlamentsfraktionen gegenüber dem vorzüglichen Entwurf der Landesregierung beziehungsweise der Finanzministerin deutlich kleiner ist, als das in den vorangegangenen Jahren beziehungsweise Legislaturperioden der Fall war. Haben Sie das zur Kenntnis genommen?

- Herr Kollege Stegner, ich habe zur Kenntnis genommen, dass jedenfalls Teile der die Regierung

(Dr. Heiner Garg)

tragenden Fraktionen ganz offensichtlich ihren Gestaltungsanspruch schon aufgegeben haben.

(Zurufe Serpil Midyatli [SPD])

- Auch habe ich zur Kenntnis genommen, Frau Kollegin Midyatli, dass sie ganz offensichtlich - außer dass Sie das, was die Vorgängerregierung erwirtschaftet hat, wieder ausgeben wollen - null Vorstellung davon haben, wie sie in Zukunft die Haushalte dieses Landes gestalten wollen.

(Beifall FDP und CDU)

Sie haben - da nutzen bedauerlicherweise auch keine Zwischenfragen oder vermeintlichen Scherze - keine Vorstellung; Sie haben null Ahnung, wie Sie den Weg der Haushaltskonsolidierung weitergehen wollen. Das bestätigen Sie mit Ihrem Bericht zum strukturellen Abbaupfad bis 2020, den wir heute mitberaten, sehr eindrucksvoll. Dieses Dokument, meine Damen und Herren, ist ein Ausweis der Hilflosigkeit, der Ideenlosigkeit und der Verantwortungslosigkeit. Antworten darauf, wie Sie den auszufüllenden Handlungsbedarf, also die notwendigen Einsparungen, in Zukunft erbringen wollen - beispielsweise bis zum Jahr 2016 - geben Sie schlicht und ergreifend nicht, Frau Finanzministerin, sondern das, was Sie hier abgeliefert haben, grenzt schon an Arbeitsverweigerung. Sie lassen es zu, dass die Ausgaben munter erhöht werden, obwohl Sie ganz genau wissen, dass wir auf konjunkturell schwierigere Zeiten zusteuern. Das ist verantwortungslos, es hat mit solider Finanzpolitik nicht das Geringste zu tun.

(Beifall FDP und CDU)

Die Hinweise, dass weitere Ausgabensteigerungen gegenfinanziert werden müssen, sind richtig. Sie verweisen darauf, dass sich möglicherweise die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag ändern könnten und dann ein wahres Paradies an **Steuererhöhungen** über uns hereinbricht. Das allerdings wird - das wissen Sie und alle Finanzpolitiker ganz genau - null dazu beitragen, unsere Haushalte in Ordnung zu bringen, weil wir unsere Hausaufgaben hier selber machen müssen, Frau von Kalben. Wenn Sie sagen, dass all das, was vorher unter der Regierung von CDU und FDP gemacht wurde, nichts gebracht hat, frage ich Sie: Mit was finanzieren Sie eigentlich gerade Ihre Wahlgeschenke? Doch genau mit den Ergebnissen der Vorgängerregierung.

(Beifall FDP und CDU)

Also tun Sie doch hier nicht so, als ob die Vorgängerregierung Ihnen nicht das Fundament dafür ge-

liefert hat, dass Sie in diesem Jahr fröhlich Ausgaben veranstalten können.

Dann höre ich immer die Aussage, die Vorgängerregierung habe das Land kaputtgespart. Meine Damen und Herren, kann ich dann davon ausgehen, dass die Vorgängerregierungen, insbesondere die Vorgängerregierung unter Rot-Grün mit einem Finanzminister Ralf Stegner, das Land reich verschuldet haben, oder wie habe ich das zu verstehen? Wenn Sie hier von **Kaputtsparen** reden, dann sage ich Ihnen: Sie sind mit Ihrer Finanzpolitik gerade dabei, den jungen Menschen beziehungsweise kommenden Generationen ihre Zukunftsperspektive kaputt zu machen, weil Sie zusätzliche Schulden machen, die die junge Generation in Zukunft bezahlen muss, und zwar doppelt und dreifach.

(Beifall FDP und CDU)

Dass seriöse und solide Haushaltspolitik kein Steckenpferd dieser Koalition ist, insbesondere nicht von deren Spitze, hat der Ministerpräsident bereits in seinem vorherigen Amt als Kieler Oberbürgermeister sehr eindrucksvoll bewiesen. Der **Tarifabschluss für die öffentlichen Bediensteten des Bundes und der Kommunen** vom Frühjahr 2012 hat nämlich - ich darf einmal daran erinnern - in den Kieler Haushalt tiefe Löcher gerissen, und zwar deswegen, weil der Oberbürgermeister - er hieß Torsten Albig; das hat vor ihm übrigens noch niemand im Amt des Oberbürgermeisters oder der Oberbürgermeisterin der Stadt Kiel hinbekommen - im Haushalt 2012 für die Landeshauptstadt Kiel null Euro Vorsorge für Tariferhöhungen getroffen hat, obwohl er genau wusste, dass diese Tariferhöhungen auf ihn zukommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, angesichts einer solchen finanzpolitischen Verantwortungslosigkeit und eines solchen finanzpolitischen Dilettantismus an der Spitze einer Regierung darf man sich nicht wundern, wenn es mit Schleswig-Holstein bedauerlicherweise bergab geht.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Albig, Fehler zu machen, ist nicht schlimm. Aber sie zu wiederholen, ist schlimm. Damit lassen Sie mich auf Ihre sozial ausgewogene **Tarifpolitik** zurückkommen. Sie treffen ja in Sonntagsreden und in manchen Fernsehauftritten gern die Aussage: gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP]: Bundesweit!)

Das ist richtig; das finden wir auch. Die Vorgängerregierung hat dazu übrigens auch einen Antrag ver-

(Dr. Heiner Garg)

abschiedet. Wenn Sie es nachlesen möchten: Sie finden ihn in der Drucksache 17/1324.

Aber wer in der freien Wirtschaft gleichen Lohn für gleiche Arbeit fordert, der darf anschließend den Beamten nicht schlechter bezahlen als seinen ihm gegenüberstehenden angestellten Kollegen; das sage ich in aller Deutlichkeit.

(Beifall FDP und CDU)

An der Stelle werden wir Sie auch nicht aus der Pflicht entlassen. Wer Gleichstellung fordert, der muss sie zuallererst selbst erfüllen. Ansonsten, Herr Albig, macht man sich unglaublich.

(Beifall FDP)

Menschen wie die **Polizeibeamten**, die jeden Tag zu jeder Uhrzeit für unsere Sicherheit sorgen, oder die **Lehrerinnen und Lehrer**, die jeden Tag - zum Teil unter schwierigsten Bedingungen - versuchen, den Kindern in sozialen Brennpunkten Bildung zu vermitteln, damit niemand bereits im Kindesalter abgehängt wird, haben es nicht verdient, mit Almosen abgespeist zu werden, so wie Sie sich das möglicherweise vorstellen, Herr Ministerpräsident. Statt allen Beschäftigten des Landes eine angemessene Bezahlung zukommen zu lassen, wollen Sie lieber einigen wenigen Privilegien verschaffen. Das, Frau von Kalben, was Sie hier gerade veranstalten, ist unsoziale Klientelpolitik, und zwar unsozial par excellence.

(Beifall FDP)

Der **Deutsche Gewerkschaftsbund Nord** hat in seiner Pressekonferenz in der letzten Woche auf die bereits heute bestehenden Unterschiede zwischen der Bezahlung im öffentlichen Dienst und im verarbeitenden Gewerbe hingewiesen. Wenn Sie mit Ihrer Tarifpolitik ernst machen, Herr Albig, dann wird der öffentliche Dienst zum Arbeitgeber zweiter Klasse, und zwar mit gravierenden Folgen für das Land. Wir haben im Moment eine exzellente Verwaltung, und das liegt nach wie vor an den hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die **zeit- und wirkungsgleiche Übertragung** ist ein historisch gewachsenes und bewährtes System hier im Land. Die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung von Tarifverträgen im öffentlichen Dienst, auch die von **Tarifabschlüssen**, darf nicht infrage gestellt werden, nicht durch Ihre Koalition und auch nicht in der schwierigen Haushaltssituation, vor der wir stehen.

Wir werden zu diesem Punkt eine namentliche Abstimmung beantragen. Jeder von Ihnen wird an dieser Stelle Farbe bekennen müssen. Die FDP-Frakti-

on hat einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht. Im Gegensatz zu Ihnen, Frau von Kalben, haben wir den auch finanziell unterfüttert.

Ich warne davor, Tarifübertragungen nur auf aktive Beamte, also auf Beamte im Dienst anzuwenden, und die Beamten im Ruhestand sowie deren Hinterbliebene zu hintergehen. Es wäre ein Paradigmenwechsel im öffentlichen Dienst, Menschen, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen, von Steigerungen auszunehmen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das wäre eine Unverfrorenheit und hat mit sozialer Gerechtigkeit nicht das Geringste zu tun.

(Beifall FDP)

Frau von Kalben, Sie haben vom Fachkräftemangel gesprochen. Ich würde Ihnen raten, einmal genau dort zu beginnen, wo Sie unmittelbare Einwirkungsmöglichkeiten haben, nämlich im öffentlichen Dienst.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wenn Sie weder der oppositionellen FDP noch dem Landesrechnungshof oder den Gewerkschaften Glauben schenken, dann nehmen Sie doch einmal die Ausgabe Nummer 52 des Amtsblatts Schleswig-Holstein zur Hand. In diesem Amtsblatt vom 27. Dezember 2012 schreibt der Ministerpräsident Torsten Albig zum Jahreswechsel folgende Worte an die Bediensteten des Landes - ich zitiere -:

„Regierungen sind nur so stark wie die Menschen, die für sie arbeiten. Ich freue mich, dass Sie sich alle an meiner Seite für die Menschen in unserem tollen Land einsetzen. Miteinander können wir auch 2013 zu einem erfolgreichen Jahr machen. Es liegt allein an uns. Möge 2013 für Sie und Ihre Familien ein Jahr werden, auf das Sie später mit einem Lächeln zurückschauen.“

(Vereinzelter Beifall SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Lächeln schenken, aber Lohnerhöhungen verweigern - wer da noch sagt, er möchte die besten Mitarbeiter für den öffentlichen Dienst gewinnen, dem kann man nur noch ein müdes Lächeln entgegenbringen.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Albig, ich würde Ihnen einfach den freundschaftlichen Rat geben: Hören Sie endlich auf zu betonen, wie stolz Sie darauf sind, dieses Land regieren zu dürfen. Sie sind Ministerpräsident dieses Landes und nicht Klassensprecher einer Grundschulklasse. Fangen Sie endlich an zu regieren, damit das Land stolz auf die Leistungen dieser Regie-

**(Dr. Heiner Garg)**

rung sein kann. Sie predigen in Ihren Sonntagsreden davon, dass wir ein starkes Land, starke Schulen und eine starke Wirtschaft brauchen. Was dieses Land zur Verwirklichung all dieser starken Ziele aber tatsächlich braucht, genau das tun Sie und Ihre Regierung bedauerlicherweise nicht. Sie lassen es zu, dass dieses Land weiter in den finanzpolitischen Abgrund schaut, anstatt dafür zu sorgen, dass dieses Land auf einem soliden finanzpolitischen Pfad weitergeführt wird, damit künftige Generationen wieder eigene Handlungsspielräume haben.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stegner?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Aber immer gern, auch die zweite.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Könnte es sein, Herr Kollege Dr. Garg - ich habe Sie jetzt mehrere Minuten lang darüber reden hören, dass die Regierungskoalition angeblich Menschen benachteiligt und Tarifabschlüsse nicht anwendet -, dass Ihnen entgangen ist, dass die Tarifverhandlungen noch nicht einmal begonnen haben, und könnte das vielleicht Ausweis dafür sein, dass der eigentliche Fachkräftemangel auf den Oppositionsbänken sitzt?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Sehr geehrter Herr Kollege Stegner, ich stelle vor allem fest, dass diese Landesregierung in völlig unzureichender Höhe Tarifverstärkungsmittel in diesem Haushalt bereitgestellt hat. Aber Sie verstärken Ihre Landesregierung tüchtig, indem Sie einen **zusätzlichen Staatssekretär** eingestellt haben, der nach B 9 besoldet wird, anders übrigens als die Vorgängerregierung, die mit einem Staatssekretär weniger ausgekommen ist. Ich gehe einfach einmal davon aus, dass Ihre Aussage „guter Lohn für gute Arbeit“ daran zu messen ist, dass Sie einem verdienten Sozialdemokraten eine besonders hohe Besoldung zukommen lassen wollen.

(Zuruf SPD: Wie wurden denn Ihre Staatssekretäre besoldet?)

- Unsere Staatssekretäre wurden auch nach B 9 besoldet. Allerdings haben wir insgesamt einen

Staatssekretär weniger gebraucht. Wer durch das Land läuft und so oft sagt, man wolle zuerst bei sich selbst sparen, dann aber als Erstes einen zusätzlichen Staatssekretär einstellt, der ist auch nicht gerade besonders glaubwürdig, Frau Kollegin Trauernicht.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die FDP hat in der ersten Lesung mehrere gravierende **Risiken des Haushaltsentwurfs 2013** aufgezeigt. Kaum eines davon ist beseitigt worden. Die kritische Lage der **HSH Nordbank** muss eigentlich langsam jedem hier im Haus bewusst geworden sein. Der ursprüngliche Schaden, der auf die hohen Kreditengagements der Bank zurückzuführen ist, stammt aus den Jahren vor 2008. In diesen Jahren, Herr Dr. Stegner, waren Sie Mitglied des Aufsichtsrates, wie vielleicht nicht jeder in diesem Hohen Haus weiß.

Im **Untersuchungsausschuss** zur HSH Nordbank erklärten Sie als langjähriges Mitglieds des Aufsichtsrats der Bank am 26. April 2010 öffentlich:

„So viel Arroganz, ohne das entsprechende Fachwissen zu haben, habe ich nicht, dass man so argumentieren könnte, sondern wir haben festgestellt: Die Ergebnisse waren besser als die Prognosen.“

Das heißt im Klartext: Uns fehlte das Fachwissen. Wir waren von den vorgestellten Zahlen und PowerPoint-Präsentationen, die an die Wand projiziert wurden, so beeindruckt, dass wir nebenbei die Kontrolle der Bank sich selbst überlassen haben.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, deutlicher kann man das eigene Versagen eigentlich gar nicht dokumentieren.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Dr. Garg, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage beziehungsweise Bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Aber selbstverständlich.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Herr Kollege Dr. Garg, ich kenne die Methode, aus dem Zusammenhang gerissen zu zitieren.

(Dr. Heiner Garg)

(Lachen FDP)

- Ich wende diese Methode nicht an, aber ich kenne das von Ihnen.

Ich finde es äußerst unanständig, aus einem Protokoll zu zitieren, das in einem völlig anderen Kontext stand. Der Kontext war nämlich, dass ich bei dieser Aussage darauf hingewiesen habe, dass der Aufsichtsrat von den besten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, von den Ratingagenturen und von der Bundesanstalt für Finanzaufsicht über Bilanzzahlen unterrichtet worden ist, die nicht den leisesten Hinweis darauf gegeben haben, dass die Entwicklung so ist. Es ist aber mitnichten das der Fall, was Sie geschlussfolgert haben.

Für solche Behauptungen sollten Sie sich entschuldigen. Lesen Sie das nach und zitieren Sie nicht aus dem Zusammenhang heraus! Das ist unanständig. Im Übrigen spricht es eher für die Schwäche der eigenen Argumente, wenn man so etwas nötig hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall SPD)

- Herr Dr. Stegner, ich kenne auch Ihre Methode, all das, was die Opposition vorwirft, grundsätzlich als unanständig zu bezeichnen. Außerdem darf ich Sie daran erinnern, dass Sie eine Aufgabe als Mitglied des Aufsichtsrats gehabt haben. Ich stelle hier schlicht und ergreifend fest - es ist Ihr gutes Recht, dem zu widersprechen -, dass jedenfalls meine Fraktion der Auffassung ist, dass Sie dieser Aufgabe nicht gerecht geworden sind.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Herr Ministerpräsident, ich empfehle Ihnen, sich einmal die **komplexe Lage** der **HSH Nordbank** näher erklären zu lassen. In einem Interview gegenüber dem „Flensburger Tageblatt“ vom 30. Dezember 2012 haben Sie öffentlich gefordert, dass die HSH Nordbank doch einmal im Kundensegment der **Sparkassen** herumwildern sollte. Herr Albig, ist Ihnen eigentlich bewusst, dass die HSH Nordbank über kein eigenes Einlagengeschäft verfügt und existenziell vom Einlagengeschäft der Sparkassen abhängig ist? Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass die Sparkassen ein kaum vorstellbares Druckmittel gegen die HSH Nordbank in der Hand hätten? Sollten die Sparkassen die Einlagen bei der HSH Nordbank abziehen, droht der Bank mit der vorhandenen Fristentransformation innerhalb kürzester Zeit das Ende. So unsinnig kann man sich doch gar nicht äußern, Herr Albig.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Im selben Interview toppen Sie das noch einmal. Im selben Interview haben Sie nämlich gefragt, ob man nicht etwa mit **Kleinanzeigen** nach einem **dauerhaften Investor** hätte suchen sollen. Das zeigt beispielhaft und ganz offen, wie erschreckend unwissend und provinziell Sie die Lage der HSH Nordbank wahrgenommen haben. Hat man den Einstieg der US-Investorengruppe um Christopher Flowers seit 2006 bei der HSH Nordbank eigentlich mittels Kleinanzeigen eingeworben, oder wie haben Sie sich das vorgestellt?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wahrscheinlich! - Christopher Vogt [FDP]: Ebay-Kleinanzeigen!)

Ich muss Ihnen wirklich sagen: So viel Naivität - oder was auch immer das gewesen sein mag - ist erschreckend. Und Sie stehen dieser Landesregierung vor!

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie auf das letzte große Risiko hinweisen, weil - jetzt wollte ich gerade „Oppositionsführer“ sagen, aber da bin ich meiner Zeit schon voraus, Herr Stegner - Sie als Vorsitzender der größten regierungstragenden Fraktion darauf hingewiesen haben. Dies betrifft den Bereich der **Eingliederungshilfe**. Herr Stegner, Sie haben überhaupt kein Recht, sich mit stolz geschwellter Brust hier hinzustellen und zu behaupten, Sie hätten an dieser Stelle irgendetwas in Ordnung gebracht. 22 Jahre sozialdemokratisch regiertes Sozialministerium: 22 Jahre lang ist im Bereich der Eingliederungshilfe Chaos veranstaltet worden. Sie haben einen Trümmerhaufen und ein finanzpolitisches Desaster hinterlassen. Erst die Vorgängerregierung aus FDP

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Mit dem tüchtigen Sozialminister Garg!)

und CDU hat begonnen, dieses Chaos zu beseitigen. Um sich Ihren Haushalt irgendwie schön zu rechnen, setzen Sie die Kosten der Eingliederungshilfe mit 10 Millionen € zu gering an. Das fällt Ihnen beim Haushaltsvollzug auf die Füße, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist schlicht und ergreifend verantwortungslos.

(Beifall FDP)

Was die Regierung schlecht vorgelegt hat, das haben die **regierungstragenden Fraktionen** mit ihren **Haushaltsanträgen** noch schlechter gemacht.

**(Dr. Heiner Garg)**

Sehr geehrter Herr Kollege Andresen, jetzt komme ich mit großer Freude auf Sie zu sprechen. Vorhin konnten Sie es gar nicht erwarten, dass man endlich etwas zu Ihnen sagt. Ihren Twitter-Meldungen zufolge haben Sie für diese Haushaltsänderungsanträge - -

(Zuruf FDP)

- Ich kann das verstehen. Er ist noch jung und möchte ein bisschen Aufmerksamkeit.

Ihren Twitter-Meldungen zufolge haben Sie für Ihre Haushaltsberatungen 14 Stunden benötigt. Ich frage mich, was Sie eigentlich in diesen 14 Stunden getan haben. Haben Sie ganz mutig die SPD von weiteren Ausgabewünschen abgehalten? Haben Sie für einen solchen Änderungsantrag, wie Sie ihn präsentiert haben, 14 Stunden gebraucht, weil Sie irgendwie dokumentieren wollten, dass Sie viel Zeit miteinander verbringen? Inhaltlich kann ich bei Ihren Haushaltsänderungsanträgen lediglich erkennen, dass Sie 14 Stunden lang fröhlich zusammengesessen und Schnittchen gegessen haben und bedauerlicherweise nur das weiter verfrühstückt haben, was die Vorgängerregierung hart erarbeitet hat.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Stegner hat zehn Stunden geredet!)

Herr Andresen, weil wir gerade bei Ihnen sind, möchte ich noch auf Folgendes hinweisen. Ihr politischer Hilferuf vom 29. Dezember vergangenen Jahres - -

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Dieser ging ganz offensichtlich an die Opposition. Möglicherweise ging er an die Union, möglicherweise auch an die PIRATEN, aber das kann ich nicht wissen. Sein Hilferuf - den haben nicht Sie abgesandt, sondern den hat Herr Kollege Andresen abgesandt - an die Opposition, dass das Land vor einem finanzpolitischen Gau stehe, ist schon interessant. Herr Andresen, wenn das so wäre, dann dürfen Sie heute nicht Ihre Hand für diesen Haushalt heben, sondern dann müssen Sie dagegen stimmen, damit dieser finanzpolitische Gau abgewendet wird.

(Beifall FDP und CDU - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Raffinierte Strategie!)

Herr Andresen, Sie sind doch nur Ihrem Gewissen verpflichtet. Oder habe ich da etwas falsch verstanden? Wenn Sie öffentlich vor einem finanzpolitischen Gau warnen, dann müssen Sie mit Ihrer ge-

samten Manneskraft alles dafür tun, dass dieser Gau abgewandt wird.

(Beifall FDP - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Selbstverständlich gibt es auch Frauenkraft, Herr Dolgner. Das ist gar keine Frage.

Es gab mit Sicherheit bei den Grünen zu Oppositionszeiten engagiertere Finanzpolitikerinnen als heute engagierte Finanzpolitiker in den Reihen der Grünen sitzen. Bedauerlicherweise haben Sie dieses Engagement als Finanzministerin völlig aufgegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, statt **Steuererhöhungen** anzustreben, sollten Sie vielleicht einmal die **strukturellen Schwächen** dieses Landes angehen und endlich dafür sorgen, dass diese beseitigt werden, indem Sie nämlich die Grundvoraussetzungen für mehr wirtschaftliches Wachstum schaffen. Stattdessen tun Sie genau das Gegenteil. Man kann nicht Investoren ins Land locken, indem man für eine halbe Million € Anzeigen schaltet und Hochglanzbroschüren druckt. Vielmehr müssen Sie versuchen, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Sie machen aber genau das Gegenteil. Ihr sogenanntes und von Herrn Stegner hoch gelobtes **Vergabegesetz** ist nichts anderes als bürokratischer Unsinn und übelster Pfusch, was Ihnen jeder in der Anhörung der vergangenen Woche bescheinigt hat.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Wolfgang Baasch [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Anstatt diesen Müll vom Tisch zu nehmen und dem schleswig-holsteinischen Handwerk und Mittelstand diesen Unsinn zu ersparen,

(Wolfgang Baasch [SPD]: Quatsch!)

fabulieren Sie davon, dass Sie nachbessern wollen. Herrgott noch einmal, wenn Sie es wirklich ernst meinen damit, dass Sie dieses Land voranbringen wollen, dann beginnen Sie doch einmal damit. Da müssen Sie auch gar nicht viel tun, Sie müssen nur Ihren Gesetzentwurf in den Papierkorb werfen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Serpil Midyatli [SPD]: Herr Kubicki, bitte wechseln!)

- Liebe Frau Midyatli, ich erinnere Sie bei Gelegenheit daran, dass Sie solche Sehnsucht nach Herrn Kubicki haben. Das freut mich. Ich hoffe, das gilt auch noch, wenn er tatsächlich redet.

Lassen Sie mich abschließend noch ein paar Worte zu Ihren Änderungsanträgen zur sogenannten **Bio-Informanta** sagen. Herr Kollege Stegner, jetzt mag

**(Dr. Heiner Garg)**

es ja sein, dass es von gutem Benehmen zeugt, dass man verdienten ehemaligen Ministern einer Regierung, der die Sozialdemokraten vorstanden, einen Gefallen erweist - dann aber doch bitte nicht mit Steuergeldern, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall FDP und CDU)

Mit dem Heydemann-Projekt Bio-Informenta wollen Sie ernsthaft ein Projekt nach Schleswig-Holstein holen, das gerade einmal 30 km südöstlich - Luftlinie etwas mehr als 20 km - in Mecklenburg-Vorpommern grandios gescheitert ist.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Garg, erlauben Sie mir, Sie darauf hinzuweisen, dass die vereinbarten 20 Minuten in der ersten Runde jetzt zu Ende sind. Sie würden sonst das Kontingent der zweiten Runde mit anknabbern, was ja möglich wäre.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wäre ganz bitter!)

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Zwischen meinem Fraktionsvorsitzenden und mir gibt es eine Vereinbarung, dass er mit der verbleibenden Redezeit vorlieb nimmt.

(Zurufe: Oh!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Wenn das so ist, dann respektiere ich das selbstverständlich auch.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Ja, Herr Dr. Stegner, die FDP macht so weiter.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das Heydemann-Projekt ist - wie eben ausgeführt wurde - südöstlich der Grenze grandios gescheitert. Ich gebe gern zu, dass es am Beginn gelobt wurde. Über die Jahre hat es jedoch die Erwartungen an Zuschauerzahlen weder erfüllt noch wird es sie jemals erfüllen. Genauso sind die Erwartungen an die wissenschaftlichen Erkenntnisse grandios gescheitert. Wenn Sie sich vor Augen führen, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern zehn Jahre lang, nämlich zwischen 1998 und 2008, knapp 6,9 Millionen € in dieses Projekt investiert hat; wenn Sie nun allen Ernstes vorhaben, dem Land Schleswig-Holstein mit 380.000 € genau dieses Projekt zumu-

ten zu wollen, Herr Kollege Dr. Stegner, dann sollten Sie über den Begriff Klientelpolitik noch einmal ganz in Ruhe nachdenken.

(Beifall FDP)

Ich halte es für eine Unverfrorenheit, dass Sie noch nicht einmal bereit waren, den von der Unionsfraktion vorgeschlagenen Sperrvermerk im Haushalt zu akzeptieren. Sie wollen über dieses Projekt im Ausschuss nicht mehr reden. Sie wollen darüber nicht mehr diskutieren. Das ist Ihre wahre **Dialogpolitik**. Sie machen hier die ganze Zeit bei allen Themen, die für dieses Land von existentieller Bedeutung sind, und bei Themen, bei denen Sie ausschließlich Ihre Freundschaft bedienen, Politik mit der Brechstange. Das hat mit Dialogkultur nicht das Geringste zu tun.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das hat mit Dialogkultur und mit neuer Politik nicht das Geringste zu tun.

Bedauerlicherweise hat diese Regierungskoalition aus SPD, Grünen und SSW mit diesem vorgelegten Haushaltsentwurf sehr eindrucksvoll bewiesen, dass sie versucht, sich über ein Haushaltsjahr zu retten und in dem zurechtzufindet, was die Vorgängerregierung mühsamst erarbeitet hat. Sie können sicher sein, Herr Dr. Stegner, dass niemand der Kolleginnen und Kollegen aus voller Freude bestimmte Leistungen gekürzt hat, sondern weil es schlicht und ergreifend notwendig war, um diesem Land wieder die politische Gestaltungsfähigkeit für die Zukunft zurückzugeben.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Sie müssen überhaupt kein Mitleid haben.

Wir sind nach wie vor stolz darauf, dass es die Vorgängerregierung zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten geschafft hat, einen Haushalt vorzulegen, der das Land wirklich auf den Konsolidierungspfad gebracht hat,

(Zurufe Serpil Midyatli [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

der dem Land tatsächlich die Perspektive eröffnet hat, in Zukunft wieder eigene politische Verantwortung wahrnehmen zu können. Sie verabschieden sich mit dem heutigen Haushalt genau von diesem Weg.

(Vereinzelter Beifall FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Dr. Stegner, Sie wissen ganz genau, dass Sie keine Ahnung und keine blasse Vorstellung davon

**(Dr. Heiner Garg)**

haben, wie Sie die Haushalte in den kommenden Jahren fahren wollen. Sie haben heute das Fundament dafür gelegt, dass es Schleswig-Holstein am Ende Ihrer Legislaturperiode schlechter geht als zu Beginn. Das ist verantwortungslose Finanzpolitik, und das ist auch verantwortungslose Sozial- und Gesellschaftspolitik. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung von Frau Abgeordneter Dr. Bohn?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Selbstverständlich.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Sehr geehrter Herr Kollege Garg, sind Sie als Ex-Sozialminister auch stolz auf die Kürzung bei den **Frauenhäusern** und **Frauenberatungsstellen** und stolz darauf, dass Sie diesen politischen Fehler offensichtlich beibehalten wollen?

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Lars Harms [SSW] - Christopher Vogt [FDP]: Anderes Ressort! - Zuruf: Pflege!)

- Der Zwischenruf Pflege ist die glatte Unwahrheit. Sie wissen, dass wir für den Bereich Pflege mehr ausgegeben haben als in der Vergangenheit.

(Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind bei den Frauenhäusern!)

- Ich beantworte Ihre Frage gleich. - Ich würde mit solchen Unwahrheiten schlicht und ergreifend sehr vorsichtig sein.

Frau Kollegin Bohn, ich bin stolz darauf, dass jedes Kabinettsmitglied in dem von ihm zu verantwortenden Haushalt die Verantwortung übernommen hat, auch schmerzhaftes Kürzungen vorzunehmen, um insgesamt dem Land wieder eine Perspektive zu eröffnen und in Zukunft insbesondere den jungen Menschen wieder die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen politischen Entscheidungen treffen zu können. Ja, Frau Kollegin, darauf bin ich stolz.

(Beifall FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage von Frau Abgeordneter Dr. Bohn?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Wenn es denn der weiteren Erhellung dient, selbstverständlich.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Gilt das denn auch für die jungen Menschen, die Opfer von Gewalt geworden sind und in den Frauenhäusern Zuflucht gesucht haben?

- Frau Kollegin Bohn, ich kann mich an keinen einzigen Fall erinnern,

(Christopher Vogt [FDP]: Die jungen Bio-bauern! - Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vorsicht, Christopher!)

in dem Menschen, die auf dringende Hilfe angewiesen waren, auch in den vergangenen knapp drei Jahren, diese Hilfe verweigert wurde. Insofern wäre auch ich - weil Sie gerade den Kollegen Vogt gemahnt haben - vorsichtig mit solchen subtilen Unterstellungen, von denen ich annehme, dass Sie sie so mit Sicherheit nicht gemeint haben wollen.

(Beifall FDP und CDU - Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war keine subtile Unterstellung!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich deren Vorsitzendem, Herrn Abgeordneten Dr. Patrick Breyer, das Wort.

(Zuruf)

- Oh, Entschuldigung. Das ist bei mir falsch angekommen. Dann hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt das Wort. Das liegt nur an der Aufzeichnung. Es ist hier selbstverständlich alles rechtens angekommen.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Sie werden von Herrn Breyer aber trotzdem nicht verschont bleiben. Sie werden ihn wahrscheinlich hinterher noch hören.

(Zuruf)

- Ich kenne Sie. Ich weiß, dass Sie darauf bestimmt schon sehnsüchtig warten.



(Torge Schmidt)

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der heutigen Abstimmung zum Haushalt endet für die Piratenfraktion unsere erste Haushaltsberatung hier im Kieler Landtag. Ich bedanke mich bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich über unsere Plattform Kassensturz-SH an den Haushaltsberatungen beteiligt, Konzepte hinterfragt und Ideen entwickelt haben. Ebenso bedanke ich mich bei allen anderen, die uns bei dieser schweren Aufgabe, die Haushaltsberatung zum ersten Mal zu meistern, geholfen haben, wie es zum Beispiel dem Finanzministerium, das noch kurzfristig Fragen beantwortet hat, dem Landesrechnungshof und auch jeder anderen Fraktion, die uns auf Arbeitsebene immer mit Rat und Tat zur Verfügung standen.

(Beifall PIRATEN, SPD und SSW)

Wir PIRATEN haben es uns zur Aufgabe gemacht, bei den **sozialen Fragen** genau hinzuschauen. Wir treten für eine Stärkung des mündigen Bürgers in allen Altersstufen und Lebenslagen ein, angefangen bei der politischen Bildung von Jugendlichen über die Verbraucherzentralen bis hin zum Datenschutz.

Beim Verbraucherschutz treten wir PIRATEN dafür ein, dass die **Verbraucherzentralen** gerade an der Westküste erhalten bleiben sollen, und vor allem müssen sie dauerhaft gestärkt werden.

(Beifall PIRATEN)

Aufklärung und Transparenz sind elementare Bestandteile einer modernen Wissensgesellschaft. Die Verbraucherzentralen Schleswig-Holsteins klären über den Schutz unserer Daten bei der Nutzung sozialer Netzwerke auf, beugen der Überschuldung von Schülern vor und klären Senioren über unseriöse Gewinnspiele und Kaffeefahrten auf. Dieses breite und gerade auch für wirtschaftlich schwache Menschen einzigartige und wichtige Informations- und Beratungsangebot muss in der Fläche erhalten bleiben.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD)

Wir können hier noch einmal der schwarz-gelben Landesregierung aus der letzten Legislaturperiode „danken“. Sie haben wunderbar gezeigt, wie wichtig Ihnen Prävention und Aufklärung sind. Dank Ihrer Kürzung damals stehen die Beratungsstellen in Heide und Norderstedt vor dem Aus. Prävention und Aufklärung sind der Grundgedanke einer liberalen Politik. Liebe FDP, warum haben sie das damals mit sich machen lassen?

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD - Heiner Rickers [CDU]: Gute Idee!)

Wir PIRATEN wollen die Förderung des Verbraucherschutzes dauerhaft um 70.000 € erhöhen. Immerhin teilen die Mehrheitsfraktionen unsere Auffassung, dass der Verbraucherschutz wichtig ist. Die 40.000 € mehr sind schon ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings frage ich mich, warum Sie nicht so konsequent sind und auch die Verpflichtungsermächtigung für die nächsten Jahre erhöhen.

(Beifall PIRATEN)

Müssen wir genau die gleiche Diskussion nächstes Jahr noch einmal führen? - Vielleicht überlegen Sie es sich noch einmal und tragen unseren Änderungsantrag, den wir hier im Plenum eingebracht haben, doch noch mit. Mich würde das sehr freuen. Ansonsten werden wir wahrscheinlich die Diskussionen im nächsten Jahr noch einmal führen.

Kommen wir zu einem ganz anderen Thema, den **Frauenhäusern**. Das Schauspiel, das wir hier dazu in den letzten Wochen erleben durften, war schon sehr beeindruckend und der Sache nun wirklich nicht dienlich. Wir PIRATEN hatten von vornherein deutlich gemacht, dass die Kürzung unter der schwarz-gelben Regierung an dieser Stelle ein schwerer Fehler war. Darüber konnte auch die **Anhebung der Platzpauschale** nicht hinwegtäuschen, denn eben dadurch wurden Plätze im Land abgebaut. Die Kriseneinrichtungen - das sind Frauenhäuser nun einmal - waren und sind dringend auf die Beibehaltung der Platzzahl angewiesen.

(Beifall PIRATEN, SSW und Lars Winter [SPD])

Wir können hier auch dem Landesrechnungshof nicht folgen. Frauenhäuser sind keine Hotels und können nicht nur nach **wirtschaftlichen Belegungszahlen** bewertet werden. Hier zählt nur ein Bewertungskriterium: Es muss jeder Frau geholfen werden, die Hilfe benötigt.

(Beifall PIRATEN, SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum haben wir gefordert, auf zusätzliche **Modellprojekte** zu verzichten, solange diese auf Kosten der bestehenden Frauenhäuser finanziert werden müssen.

(Beifall PIRATEN)

Immer wieder haben wir das in den beteiligten Ausschüssen thematisiert, immer wieder wurden unsere Bedenken in den Wind geschlagen. Im Sozialausschuss vom 17. Januar dieses Jahres gab die Minis-

(Torge Schmidt)

terin nun bekannt, dass die Modellversuche zunächst vom Tisch seien.

(Beifall PIRATEN)

Angebote für traumatisierte Frauen und neue systemische Ansätze lassen sich nicht ohne zusätzliches Geld realisieren. Wieso lassen Sie den Finanzausschuss nur wenige Stunden zuvor über das Budget der Frauenhäuser abstimmen, ohne diese grundlegende Änderung mitzuteilen?

(Beifall PIRATEN)

Wir begrüßen das Ergebnis. Der Weg dorthin kann nicht unsere Zustimmung finden.

(Beifall PIRATEN)

Der Landtag hat sich erst kürzlich - auf Vorschlag der PIRATEN - mit einer breiten Mehrheit für ein **Wahlrecht ab 16 Jahre** ausgesprochen.

(Beifall PIRATEN)

Die Beratungen zu dem Thema laufen noch im Ausschuss. Uns ist das ein wichtiges Thema. Wahlrecht ab 16 Jahre ist schön und gut, wir müssen nun auch den nächsten Schritt gehen. Wir Piraten fordern deshalb zur Stärkung der demokratischen Jugendbildung, die **Förderung außerschulischer politischer Jugendbildung** um 300.000 € zu erhöhen.

(Beifall PIRATEN)

Es ist von besonderer Bedeutung, dass Kinder und Jugendliche demokratische Prinzipien und Werte kennen und schätzen lernen,

(Beifall PIRATEN)

auch damit sie kritischer mit extremistischem Gedankengut umgehen können.

(Beifall PIRATEN)

Wir finden es sehr gut, dass die **Arbeit gegen Rechts** im Land gestärkt wird. Das kann aber die gezielte Aufklärungsarbeit in den Jugendverbänden nicht ersetzen. Dort hat man einen anderen Zugang zur Jugend. Dort spricht man die Sprache der jungen Leute. Mit unseren Anträgen versetzen wir den Landesjugendring in den finanziellen Stand von vor drei Jahren und fordern eine deutlich ausgeweitete Aufgabenbewältigung von ihm.

Das ist nicht so viel, wie wir gern tun würden, aber es ist mehr, als alle anderen hier machen werden.

(Beifall PIRATEN)

Ich hätte mir wenigstens an dieser Stelle, die politisch unstrittig sein müsste, mehr Zustimmung von

den anderen Fraktionen gewünscht. Dies ist ausgeblieben, und das ist schade. Wir haben diesen Punkt aber noch einmal zur Abstimmung gestellt.

(Beifall PIRATEN)

Darum ergänze ich an dieser Stelle: Auch der Zuschuss für die **Mädchenarbeit** in der Jugendverbandsarbeit soll um 70.000 € erhöht werden, wenn es darum geht, regelmäßige Treffen zu ermöglichen und den Teilnehmerinnen und den Ausführenden, den Koordinatorinnen, wenigstens Fahrtkosten oder Ähnliches erstatten zu können. Wir wollen, dass die LAG Mädchen im Landesjugendring das in die Jahre gekommene Konzept für die geschlechterspezifische Arbeit überarbeiten kann. Nach fast 15 Jahren wird das höchste Zeit.

(Beifall PIRATEN)

Die Rahmenbedingungen für Politik ändern sich. Diese Veränderungen finden sich auch in den **Schulen** wieder. Vieles, was die Regierung hier macht, finden wir gut. Das galt auch für die **Schulsozialarbeit**. Was hat die Regierung sich hier nicht gebrüht! - Ein ganz großer Schwerpunkt sollte es sein, die Schulsozialarbeit zu stärken und zu verfestigen. 4,6 Millionen € sollte der Topf dafür umfassen. Wir hatten schon in der ersten Lesung darauf hingewiesen, dass der FDP-Bildungsminister der letzten Legislaturperiode, Herr Klug, schon im vorigen Frühjahr eine Aufstockung der Mittel auf 4,7 Millionen € angekündigt hatte. Den großen Wurf konnten wir daher nicht sehen, aber allein, dass es diesen ansehnlichen Topf für die Schulsozialarbeit geben würde, fand unsere Zustimmung.

Jetzt kommen die Koalitionäre und versehen die Mittel mit einem Vermerk: „schwerpunktmäßig für die Grundschulen zum Ausbau der verlässlichen Grundschule“. Ausführungen dazu, wie die Mittel genau aufgeteilt werden sollen, gab es dazu nicht. Lapidar wurde uns auf Nachfrage im Finanzausschuss erklärt, wer Interesse an den Details habe, solle dies im Bildungsausschuss klären lassen. Begründet hatte zum Beispiel Lars Harms das Ganze damit, dass es schwierig sein werde, für Schulen ausreichend Schulsozialarbeiter zu finden, und dieses bei den Grundschulen deutlich einfacher sein werde.

Die Frage, die ich mir dabei stelle, ist: Warum steht das nicht genau so in diesem Vermerk? Wir haben uns die Mühe gemacht, die andere sich anscheinend nicht machen wollten, und haben noch einmal in den Richtlinien für die Schulsozialarbeit nachgesehen. Es geht da in der Tat auch um die Gestaltung eines Ganztagskonzepts, allerdings immer im Kon-

(Torge Schmidt)

text der Zusammenarbeit und Verflechtung von Schule und Jugendhilfe für alle Schulen. Uns ist schleierhaft, wie man aus der kalten Hose einfach so einen Bestimmungszweck abwandelt in sicherer Kenntnis darüber, wie viele Erwartungen man bei allen durch den Schwerpunkt „Schulsozialarbeit“ geweckt hat.

(Beifall PIRATEN)

Aber, da muss man ganz ehrlich sagen, das ist ein Problem dieser Koalition. Das müssen Sie nun den Leuten erklären. Und Sie wissen, dass diese sehr konsequent nachfragen werden. Wir lassen Sie da auch nicht aus der Verantwortung.

Das Gleiche gilt für die **Hochschulen**. Die Landesregierung bleibt dabei: Entweder das **Kooperationsverbot** fällt ganz oder gar nicht. Im letzten Jahr haben Sie genau mit dieser Haltung Beträge in zweistelliger Millionenhöhe für die Hochschulen verhindert.

(Beifall Heike Franzen [CDU])

Dass die Bundesbildungsministerin sich auch hier bewegen sollte, um möglichst viele Mittel - dann auch für die Schulen - freizugeben, ist unbestritten. Wenn die Kasse aber leer ist, dann ist ein bisschen doch besser als gar nichts.

(Beifall PIRATEN)

Meine Damen und Herren, wenn Sie damals in Mache aufgepasst haben, dann wissen Sie: Ein bisschen ist deutlich mehr als nichts. Wir haben im letzten Bildungsausschuss nachgefragt. Der Staatssekretär hat deutlich gemacht, dass die Landesregierung an ihrer Alles-oder-Nichts-Haltung festhalten wird, wenn es in neue Beratungsrunden auf Bundesebene gehen wird. Dafür - das sage ich hier ganz deutlich - haben wir PIRATEN kein Verständnis.

(Beifall PIRATEN und Heike Franzen [CDU])

Wie Sie mit einmalig **50 Millionen €** unsere **Hochschulen** auf Vordermann bringen wollen, bleibt Ihr Geheimnis. Daran haben auch die Haushaltsberatungen in den Ausschüssen nichts geändert. In Anbetracht der Lage - die Berichte der Hochschulen zur Halbzeitbilanz der Zielvereinbarungsumsetzung haben dies unterstrichen - brauchen die Hochschulen insgesamt mehr Geld. Sie brauchen es in verschiedenen Bereichen - für Professorinnen und Professoren, für den akademischen Mittelbau, sie brauchen etwas für den Hochschulbau. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden hier nicht nur von

**Verschönerungsmaßnahmen**, wir reden von **Tiefbau- und Hochbaumaßnahmen**. Da muss mehr her, als Sie vorgelegt haben. Da müssen regelmäßig Gelder bereitgestellt werden, da muss kontinuierlich gearbeitet werden. Genau das haben die Vorgängerregierungen nicht getan, das tun Sie nicht, und darum behalten wir den Salat, der unseren Hochschulen so schwer im Magen liegt.

(Beifall PIRATEN)

Wie Sie wissen, liegt uns PIRATEN der **Datenschutz** sehr am Herzen und ist ein Grund dafür, warum sich die PIRATEN gegründet haben. Das **ULD** tritt für den Schutz der persönlichen Daten aller Bürger in einer digitalen Gesellschaft ein und ist über die Ländergrenzen hinweg für seine Arbeit bekannt. Es ist für uns nicht länger hinnehmbar, dass dauerhaft befristete Verträge geschlossen werden müssen, weil der Haushaltsplan die Einnahmen durch die Gebühren und sonstige Entgelte unvollständig abbildet. Allein die Korrektur der Darstellung würde eine Erhöhung des **Stellenplans** um eine Stelle E 12 und zwei Stellen E 13 ermöglichen, ohne den Haushalt zu belasten. Was spricht für eine Mehrheitsfraktion dagegen, ihrem eigenen Koalitionsvertrag nachzukommen und das ULD zu stärken? Stattdessen kürzen Sie sogar noch die Stellenanzahl beim ULD um eine halbe Stelle E 12, auch wenn Sie den Haushaltsvermerk bei der Stelle E 13 „darf nur zur Hälfte besetzt werden“ wieder entfallen lassen. Warum werden hierfür die Mittel dann im Haushalt nicht auch angepasst?

(Beifall PIRATEN)

Ist das Ihre Vorstellung davon, wie Sie das ULD stärken wollen?

Ich möchte betonen, dass alle - wirklich alle - unsere Änderungsanträge gegenfinanziert sind.

(Beifall PIRATEN)

Was durften wir uns im Wahlkampf alles anhören? - „Das, was ihr fordert, kann man alles nicht bezahlen!“ - Wie gesagt, ich hoffe, wir belehren Sie hier eines Besseren.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr fordert ja auch weniger als im Wahlkampf! - Christopher Vogt [FDP]: Ihr ja auch!)

- Ihr auch. Erstens das, da muss ich Herrn Vogt Recht geben.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Torge Schmidt)

Zweitens sind solche perspektivischen Gedanken wie das BGE langfristige Konzepte und haben in den Haushaltsberatungen hier im Plenum nichts zu suchen. Das haben wir auch immer so gesagt.

(Beifall PIRATEN)

Daran müssen wir über die nächsten Jahre hinweg einfach arbeiten.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich hoffe, wir belehren Sie hier eines Besseren, dass wir zumindest in Haushaltsberatungen konsequent und konstruktiv mitarbeiten.

Wir passen zum Beispiel die bewusst zu hoch angesetzten Personalkosten im Innenministerium, die Sie auf Nachfrage sogar bestätigt haben, an den tatsächlich zu erwartenden Betrag an.

Eine Notwendigkeit externer Gutachten zur Bewertung der Mautgebühren im Herrentunnel sehen wir nicht als gegeben.

(Beifall PIRATEN)

Die Kompetenz des Wirtschaftsministeriums übertrifft die Anforderungen bei Weitem.

Die Übertragung der Zuverlässigkeitsprüfung nach dem Luftsicherheitsgesetz an die Freie und Hansestadt Hamburg muss dazu führen, dass die bisher hier gebundene Stelle um den Aufgabenumfang gekürzt wird.

(Beifall PIRATEN)

Es gilt der Satz der Gewerkschaften: Eine **Personalreduktion** ist nur mit einer **Aufgabenreduktion** machbar.

Wir streichen auch das Projekt Standortmarketing des Wirtschaftsministeriums mit einem Volumen von 500.000 €. Auf Nachfrage hat die Landesregierung kein überzeugendes Konzept vorstellen können, wie eine einheitliche Dachmarke Schleswig-Holstein geschaffen werden soll, die einen Mehrwert gegenüber dem bisherigen Wirtschaftsförderungsmodell darstellt.

(Beifall PIRATEN)

Unterm Strich entlasten wir - auch ohne die Kürzung beim Projekt PROFI, zu dem wir gleich kommen werden - den **Landeshaushalt** damit bereits um 683.000 €. Wie Sie sehen können, beschäftigen wir uns mit den Problemen des Landes und bringen konkrete **Änderungsvorschläge** ein.

(Beifall PIRATEN)

Die **Wirtschaftlichkeitsprüfung** scheint ein generelles Problem dieser Regierung zu sein, auch wenn diese in der Landeshaushaltsordnung und dem Haushaltsgrundsätzegesetz vorgeschrieben ist. Bis heute konnten uns keine - keine! - Zahlen vorgelegt werden, die die einzelnen Sanierungsmaßnahmen auflisten, geschweige denn die Rentabilität des Projekts PROFI belegen. Ein reiner Verweis auf den allgemeinen Sanierungsbedarf reicht uns nicht.

(Beifall PIRATEN)

Ihnen deswegen einen Blankoscheck in Höhe von 50 Millionen € auszustellen, können wir nicht verantworten.

(Beifall PIRATEN)

Wir wären vielleicht einer Verpflichtungsermächtigung gegenüber nicht abgeneigt, wenn Sie die rechtlichen Grundlagen mit einer ordentlichen Wirtschaftlichkeitsprüfung und detaillierter Umsetzungsplanung dafür schaffen würden. Ich zitiere einmal Lars Harms, der im Finanzausschuss am 17. Januar 2013 sagte: Wir wissen nicht, ob wir das Geld in einem oder in zwei Jahren ausgeben. - Das zeigt wunderbar, dass Sie selbst anscheinend nicht über diese Kenntnisse verfügen.

(Beifall PIRATEN - Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Allgemeinen war die Finanzausschusssitzung sehr interessant.

Wie gesagt, dies alles geschieht in einem schwierigen finanziellen Umfeld. Obwohl einige Kernaufgaben des Haushalts wie die Hochschulanierung bereits durch ein Sondervermögen abgewickelt und über den Landeshaushalt von 2012 finanziert und ausgelagert wurden, erhöht die Landesregierung die **Neuverschuldung** munter weiter auf 460 Millionen €. Das strukturelle Defizit liegt mit 784 Millionen € nur noch 9 Millionen € unter der maximalen Ausgabegrenze für das Jahr 2013. Dies entspricht einem Spielraum von gerade einmal 0,096 % der gesamten bereinigten Ausgaben. Wie sich bei dieser engen Kalkulation eine zeitnahe und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifvertrags auf Beamte finanzieren lassen soll, interessiert nicht nur die Piratenfraktion. Oder haben Sie daran kein Interesse?

(Beifall PIRATEN - Uli König [PIRATEN]:  
Das wird spannend!)

- Ja.

Verschärfend kommt hinzu, dass die Landesregierung anscheinend bewusst die **Haushaltswahrheit** umgeht. Ihnen sind bereits jetzt weitere Ausgaben

(Torge Schmidt)

in Höhe von 1,4 Millionen € im Bereich des Digitalfunks bekannt, die Sie im Haushalt nicht angeben. Die angestrebte Entnahme aus einer Rücklage zur Finanzierung dieses Postens ist im Haushalt abzubilden. In unserem Änderungsantrag zum Haushalt haben wir versucht, Ihnen da Nachhilfe zu geben. Das haben Sie leider nicht aufgenommen. Wie Sie wissen, sind alle Ausgaben für die Ausgaben-grenze relevant. Jede Ausgabe, auch wenn sie durch Einnahmen aus Rücklagen finanziert wird, verschlechtert den Finanzierungssaldo und kann zum Übersteigen der Defizitobergrenze führen. Der Spielraum für außerplanmäßige Ausgaben reduziert sich somit um weitere 1,4 Millionen €.

(Beifall PIRATEN)

Ein weiteres Schauspiel bieten die Mehrheitsfraktionen mit ihrem Änderungsantrag zur Finanzierung des vor fünf Wochen beschlossenen Sondervermögens „**Energetische Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen**“ in Höhe von 11,5 Millionen €. Dieses sei nun doch nicht ausreichend hoch, sodass die Zinserträge den Aufwand der Investitionsbank deckten und somit keine Verwendung der Mittel stattfinden könne. Mich würde ernsthaft interessieren, was für Kontoführungsgebühren für so ein Sondervermögen anfallen. Darüber können wir einmal im Ausschuss reden. Wir sollen jetzt also zustimmen, dass Geld, das für den Kita-Ausbau gedacht war, aus dem alten Sondervermögen für die energetische Sanierung zweckentfremdet wird.

Ich freue mich ausdrücklich für die **FDP**, die anscheinend entgegen des Bundestrends ihr **soziales Gewissen** wiedergefunden hat. Sie stellen sich nicht nur an die Spitze einer Bewegung der gerechten Beamtenbesoldung. Dabei können wir Sie nur unterstützen. Inwieweit sich allerdings eine Kürzung der Mittel für die Migrationsförderung und -beratung mit diesem sozialem Gewissen vereinbaren lässt, können Sie mir bestimmt noch erklären, Herr Kubicki.

(Beifall PIRATEN)

Interessant finde ich auch, dass Sie die Mittel zur Bekämpfung von Rechtsextremismus in Höhe von 120.000 € streichen wollen.

Wir müssen in dieser Haushaltsdebatte auch über die **langfristige Finanzplanung** des Landes reden. Die Landesregierung hat unser vollstes Verständnis, dass sie natürlich im zeitlichen Vollzug ist und noch keine detaillierte Auflistung aller Daten für den Zeitraum bis 2020 offenlegen kann. Dass Sie aber anscheinend schon seit September 2012 einen

Stellenabbaupfad im Finanzministerium vorliegen haben und diesen mit dem Vermerk „interne Vorlage“ den Oppositionsfraktionen erst einen Tag vor den Haushaltsberatungen zugänglich machen, kann keineswegs unsere Zustimmung finden.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich würde gern noch einmal Frau von Kalben in Anlehnung an ihr Interview mit RTL Nord vom 9. Januar 2013 daran erinnern, dass die Einhaltung der Schuldenbremse mitnichten zu einem Abbau des Schuldenbergs führt.

(Beifall PIRATEN)

Sie reduzieren lediglich den Zuwachs an weiteren Schulden, wobei Sie sich mit Ihrem jetzigen Haushaltsentwurf selbst dabei nicht sehr große Mühe geben.

Der **Abbaupfad** sieht eine Rückführung des strukturellen Defizits bis 2020 auf null vor. Selbst wenn das Land ab dann jedes Jahr 100 Millionen € Schulden tilgen würde, würde es über 270 Jahre dauern, bis der Berg komplett abgetragen wäre. Die zusätzliche Verschuldung bis 2020 ist dabei nicht einmal eingerechnet.

Mit der **HSH Nordbank** stehen wir voraussichtlich vor einer weiteren finanziellen Großbaustelle in der langfristigen Haushaltsplanung. Uns ist bereits bekannt, dass es zu einer Zweitverlustgarantie in Höhe von 1,3 Milliarden € kommen wird. Gerade deswegen sollten wir auch heute schon verantwortungsvoll und nachhaltig planen.

Unsere Änderungsanträge zeigen, dass wir auf einem guten und richtigen Weg sind. Weder handwerklich noch inhaltlich müssen wir uns hinter den anderen Fraktionen verstecken. Gelebte Demokratie, Bürgerrechte und soziale Gerechtigkeit sind Grundwerte der PIRATEN und werden weiterhin Maßstab unserer Politik sein.

(Beifall PIRATEN)

Im Ausschuss wurden alle unsere Änderungsanträge abgelehnt. Wir haben uns das Schauspiel gespart, jetzt noch einmal jeden einzelnen Antrag hier zur Abstimmung zu stellen. Nur da, wo wir überhaupt nicht verstehen können, dass Sie, liebe Koalitionsfraktionen, nicht mit uns gehen, stellen wir die Anträge noch einmal zur Abstimmung, sei es zu der politischen Jugendbildung, über die wir hoffentlich noch einmal reden können, oder auch den Verbraucherzentralen, damit wir die Diskussion nächstes Jahr nicht noch einmal führen müssen. Ich hoffe, wir können darüber abstimmen.

(Torge Schmidt)

Nichtsdestotrotz zu der Frage, wie wir gleich in den Einzelpunkten abstimmen werden: Für mich und den Großteil meiner Fraktion kann ich sagen, dass wir dem Haushalt im Gesamtpaket nicht zustimmen können. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die rot-grün-blaue Koalition wird heute einen **Haushalt** beschließen, der auf den **Grundprinzipien** beruhen wird, die wir in unserem **Koalitionsvertrag** beschlossen haben. Wir haben dort festgelegt, dass Bildung, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung die Hauptthemen dieser neuen Regierung sein werden, und dies setzen wir jetzt auch um. Hinzu kommt, dass wir uns vorgenommen haben, die Schuldenbremse einzuhalten, und auch das setzen wir um. Alle gegenteiligen Behauptungen entbehren jeder Grundlage.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Einhalten der Schuldenbremse ist Verfassungsauftrag und damit nicht infrage zu stellen. Jede Regierung muss die **Schuldenbremse** einhalten, und wir tun dies auch. Das kann man dem vorliegenden Haushalt so entnehmen. Wer also behauptet, diese Koalition verlasse den Schuldenabbaupfad, der behauptet schlicht Unsinn. Im Gegenteil, der Stabilitätsrat hat kürzlich bestätigt, dass unsere Koalition den mit dem Stabilitätsrat vereinbarten Schuldenabbaupfad einhält. Das bezieht sich nicht nur auf das reine Zahlenwerk, sondern auch auf die veränderten politischen Prioritäten, die auch dem Stabilitätsrat mitgeteilt worden sind. Meine Damen und Herren, wir setzen also das um, wofür wir von den Bürgerinnen und Bürgern am 6. Mai 2012 das Mandat bekommen haben.

(Beifall SSW und SPD - Unruhe)

Wer spart, der schafft finanzielle Freiräume für kommende Generationen. Das ist richtig, aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, dass jede sinnvolle Maßnahme, die jetzt nicht umgesetzt wird, kommenden Generationen zusätzliche Belastungen beschert. Deshalb muss man beide Seiten der Medaille nicht nur betrachten, sondern auch beachten. Die Einsparvorgaben beachten wir,

indem wir erstens die Schuldenbremse einhalten und indem wir zweitens am Jahresende auftretende Haushaltsverbesserungen für nachhaltige Investitionen nutzen. So tun wir dieses zum Beispiel, indem wir Einsparungen bei den Zinszahlungen des vergangenen Jahres für die Kita-Förderung nutzen. Das ist nachhaltig und entlastet nicht nur kommende Generationen, sondern wirkt sehr schnell auch schon jetzt zum Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Das ist die eigentliche Aufgabe einer Koalition.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Sinnvolle Maßnahmen** setzen wir aber schon jetzt um, indem wir **vorhandene Spielräume** nutzen. Wir nutzen die vorhandenen Spielräume zum Beispiel für eine Einigung mit den Kommunen über die **Kita-Finanzierung**. Damit gehen wir nicht nur einer Klage aus dem Weg, in die die alte Regierung blindlings reingerannt wäre, sondern wir sorgen auch dafür, dass die Kinderbetreuung in Schleswig-Holstein bessere Grundlagen bekommt. Gleichzeitig entlasten wir die Kommunen bei dieser Aufgabe. Wer sagt, dass die Nutzung finanzieller Spielräume der falsche Weg ist, der stellt auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine bessere Kinderbetreuung infrage. Wenn man es ganz genau hinsieht, stellt man sogar den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz an sich infrage. Wir tun dies nicht, sondern handeln so, dass dieser Anspruch auch erfüllt werden kann und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird. Das ist nachhaltige Politik, die auch kommenden Generationen dienen wird.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnliches gilt natürlich auch für die Maßnahmen, die wir in der **Schulpolitik** veranlassen. Wir erhöhen die Zahl der von der alten Regierung geplanten Lehrerstellen. Wir machen das, weil wir die Qualität der Bildung erhöhen wollen. Stichworte sind Verringerung des Unterrichtsausfalls, Integration von behinderten Kindern und Jugendlichen und Qualitätserhöhung durch ungeteilten Unterricht. Wir bleiben nicht nur bei den öffentlichen Schulen stehen, sondern unterstützen auch die Schulen in freier Trägerschaft stärker, um hier ein Zeichen zu setzen. Wir haben als Land nämlich nicht nur eine Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler, die öffentliche Schulen besuchen, sondern wir haben diese Verantwortung für alle Schülerinnen und Schüler in unserem Land.

(Lars Harms)

(Beifall SSW)

Deshalb ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Schulen des dänischen Schulvereins als Regelschulen der dänischen Minderheit wieder mit den anderen Schulen gleichgestellt werden. Es ist auch richtig, dass die anderen Schulen in freier Trägerschaft wesentlich stärker gefördert werden als bisher. So erhöhen wir die Bildungschancen in unserem Land nicht nur im öffentlichen Schulsystem, sondern in allen Schulsystemen. Das ist vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung der richtige Weg.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob nun Kita, Schule oder Hochschule - wir haben den Anspruch, unser Bildungssystem auf solide Füße zu stellen und moderner zu gestalten. Wir sehen Investitionen in Bildung als unverzichtbare Investition in unser aller Zukunft. Ich denke, diese Prioritätensetzung wird nicht zuletzt durch das **Sondervermögen Hochschulsanierung** deutlich. Mit dieser Maßnahme wollen wir die Leistungsfähigkeit der **Universitäten** spürbar erhöhen. Wir brauchen diese Investitionen, um einen wirklich attraktiven Studienstandort mit einer modernen und zukunftsfähigen Infrastruktur zu schaffen, denn leider haben unsere Vorgänger hier deutlich zu wenig getan.

Wer dagegen nicht will, dass sich die Bildungschancen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen spürbar verbessern, der trägt den sogenannten Sparzwang wie ein Mantra vor sich her. Wer aber an kommende Generationen denkt und sich darüber Gedanken macht, welche Chancen unsere Kinder - und damit unser Land - in der Zukunft haben sollen, der nutzt die Spielräume, die da sind, um diese Chancen zu gewähren. Das nicht zu tun, käme einer Versündigung gegenüber den kommenden Generationen gleich. Wer es trotzdem sinnvoller findet, in Sachen Bildung nichts oder nur das Nötigste zu tun, sollte dringend darüber nachdenken, was uns die schwarze Null im Jahr 2020 nützen soll, wenn die Bildungslandschaft in der Zwischenzeit brachliegt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie Sie sehen, halten wir es also nicht nur für angemessen, sondern sogar für zwingend notwendig, die sich bietenden Spielräume für nachhaltige Maßnahmen zu nutzen. Dies tun wir übrigens auch bei der Sanierung von Gebäuden des Landes. Wir setzen ein **Programm für vorsorgende Finanzpolitik** - kurz: PROFI - um, welches zu Energie- und Be-

triebskosteneinsparungen für das Land und bei den Kommunen führen wird und damit zukünftige Haushalte strukturell entlastet. Finanziert werden vor allem investive Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende, insbesondere zur Steigerung der Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden, und investive Maßnahmen, die die Effizienz der Landesverwaltung erhöhen. Die geförderten Maßnahmen müssen einen direkten und substanziellen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Besser kann man den Anspruch auf Nachhaltigkeit nicht umsetzen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir investieren zusätzlich einen hohen Millionenbetrag, um Kosten für die kommenden Generationen zu senken und dabei gleichzeitig Klimaschutz zu betreiben. Auch dafür lohnt es sich, Spielräume auszunutzen.

Neben diesen großen Linien in unserer Politik gilt es aber auch, darauf zu achten, dass der **gesellschaftliche Zusammenhalt** und die **soziale Balance** gewahrt bleiben. Deshalb haben wir in einer Vielzahl von Bereichen Schwerpunkte gesetzt. Schon in der ersten Lesung zum Haushalt haben wir deutlich gemacht, wo die Unterschiede liegen. Deshalb möchte ich mich überwiegend auf die Änderungen beschränken, die nach der ersten Lesung noch eingeflossen sind.

Aus Sicht des SSW ist zuerst die **Minderheitenpolitik** zu nennen. Hier wird ein eindeutiger Schwerpunkt gesetzt. Ich bin schon kurz auf die dänischen Schulen eingegangen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Minderheitenpolitik auf dem Grundsatz der Gleichbehandlung von Mehrheit und Minderheit aufbauen muss. Das Beispiel der dänischen Schulen hat überdeutlich gemacht, was es bedeutet, wenn man diesen Grundsatz verletzt. Schade, dass die FDP in ihren Haushaltsvorschlägen immer noch an der Ungleichbehandlung festhält - anders die CDU, die zwar ursprünglich die Zuschüsse ähnlich wie die FDP kürzen wollte, aber dabei von Soll-Ansätzen und nicht von den Ist-Zahlen des Jahres 2012 ausgegangen ist. Die Differenz betrug 2,7 Millionen €. Wendet man die Ist-Zahlen in der Hochrechnung auf 2013 an, dann kommt man genau auf die Zahlen, die wir im Haushalt veranschlagt haben. Die CDU nimmt nun also Abstand von ihren ursprünglichen Kürzungsvorschlägen.

Das ist aber eigentlich nicht der Kern dessen, was ich deutlich machen wollte. Die Kollegen Callsen und Koch haben zu ihren Haushaltsanträgen im Fi-

(Lars Harms)

nanzausschuss eine Pressemitteilung herausgegeben, in der sie zu den dänischen Schulen unter anderem Folgendes ausführen haben:

„Mit der von der CDU-Fraktion vorgesehenen Kürzung der Mittel für die Schulen der dänischen Minderheit“

- damals vorgesehen -

„werde die 100-%-Finanzierung nicht infrage gestellt.“

Das heißt, die CDU kommt zum Grundsatz der Gleichbehandlung zurück. Diese Wende in ihrer Politik nehmen wir anerkennend zur Kenntnis. Sie spiegelt sich heute in den Anträgen der CDU zum Haushalt wieder.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Callsen?

**Lars Harms [SSW]:**

Sehr gerne.

**Johannes Callsen [CDU]:** Kollege Harms, weil Sie uns unterstellt haben, wir hätten die Berechnung aufgrund der Ist-Zahlen vorgenommen, würde ich Sie gern darauf hinweisen: Wir haben unseren Berechnungen die von der schleswig-holsteinischen Landesregierung für das Jahr 2012 bekanntgegebenen Schülerkostensätze plus eines Inflationsausgleiches zugrunde gelegt, multipliziert um die amtliche Zahl der für 2013 an den dänischen Schulen beschulten Kinder. Insofern gehen wir davon aus, dass unsere Rechnung richtig ist.

(Zurufe SPD: Das hat er gesagt!)

- Lieber Kollege Callsen, eigentlich wollte ich Sie loben. Ich habe Sie auch gelobt. Wir hatten eine andere Vermutung, wie Sie das berechnet haben. Das für mich Entscheidende - das ist gerade in diesem Hohen Hause wichtig - ist, dass Sie von der Haltung abgegangen sind - so jedenfalls nehme ich es wahr -, dass es eine Gleichstellung der dänischen Mehrheit mit der Mehrheitsbevölkerung im Schulbereich nicht geben sollte. Dafür zolle ich Ihnen meine Anerkennung. Ich finde es sehr gut, dass Sie diesen Schritt wagen. Das unterscheidet Sie von

den Kolleginnen und Kollegen der FDP. Deswegen sage ich ganz deutlich, dass das ein ganz wichtiger Schritt ist und dieser Schritt dazu führen kann, dass wir wieder zu einem Konsens in der Minderheitenpolitik zurückkommen können, der unser Parlament einmal geprägt hat. Das ist von Ihrer Seite ein Schritt, den Sie auf uns zugehen. Das nehme ich anerkennend zur Kenntnis und zolle Ihnen gegenüber meinen Respekt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es aber um **Gleichbehandlung** geht, dann muss man auch sagen, dass dies ein ständiger und fortwährender Prozess ist. Im Rahmen dieses Prozesses haben wir als ersten Schritt die Bezuschussung für die Einrichtungen und Institutionen der Minderheiten wieder auf den ursprünglichen Stand erhöht. Dies betrifft die dänische Kulturarbeit, die friesische Kulturarbeit, das Nordfriisk Instituut, den Friesenrat, das dänische Bibliothekswesen und die Kulturarbeit der Sinti und Roma. Zusätzlich fördern wir als Land Schleswig-Holstein zum ersten Mal die Arbeit der Jugend Europäischer Volksgruppen mit 10.000 €. Diese ökonomische Unterstützung der Minderheiten ist die Grundlage dafür, dass sich die Kulturarbeit der Minderheiten überhaupt entfalten kann. Diese finanziellen Grundlagen müssen ständig dahin gehend überprüft werden, ob sie noch ausreichend sind. Wir werden das mit Sicherheit tun.

Man darf aber auch nicht vergessen, dass Gleichbehandlung nicht nur finanzielle Gleichbehandlung bedeutet, sondern auch die Chance, auf gleichem Niveau wie die Mehrheitsbevölkerung die eigene **Minderheitenkultur** leben zu können. Hier sind wir oft noch sehr weit von einer Gleichbehandlung entfernt. Gerade hier werden wir in den nächsten Jahren Akzente setzen. Die dänische und die friesische Sprache müssen beispielsweise wesentlich mehr Entfaltungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum bekommen. Der Friesischunterricht muss rechtlich abgesichert und ausgebaut werden, wozu die Einrichtung einer Friesischprofessur in Flensburg gehört. Auch die Minderheit der Sinti und Roma muss eine Grundlage erhalten, um die eigene Kultur besser leben zu können. Diese Form der Gleichstellung oder Gleichbehandlung ist eine der Richtschnüre unserer Politik, und das unterscheidet unsere Politik in der Tat markant von der der Vorgängerkoalition.

Es ist mir beim Thema Kultur wichtig zu betonen: Sie ist für diese Koalition nicht nur mit Blick auf die Minderheiten von großer Bedeutung. Wir haben



(Lars Harms)

bereits im Koalitionsvertrag festgelegt, dass das **Kulturbudget** nicht noch weiter gekürzt werden soll. Statt es bei dem alten und zu niedrigen Ansatz zu belassen, haben wir eine spürbare Steigerung gegenüber dem Soll von 2012 vorgenommen. Dies tun wir vor allem deshalb, weil wir das kulturelle Erbe unseres Landes nachhaltig sichern wollen. Dazu gehört die Sanierung von Kulturdenkmälern ebenso wie der Erhalt des schriftlichen Kulturguts. Gerade für den letztgenannten Bereich stellen wir daher mehr Mittel bereit als unsere Vorgänger.

Als weitere kulturpolitische Stichworte will ich die Ostseekooperation - und hier insbesondere die Kooperation grenznaher schleswig-holsteinischer und süddänischer Kreise und Kommunen im Rahmen der Kulturregion - nennen. Wir sind fest davon überzeugt, dass sich hier neben neuen Aufgaben vor allem große Chancen für unser Land ergeben. Last, but not least wollen wir mit der verstärkten Förderung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung substantielle Verbesserungen bei der Schnittstellenproblematik zwischen Kultur und Schule erreichen.

Ich habe es schon kurz erwähnt: Die **Wahrung des sozialen Gleichgewichts** hat für diese Koalition einen besonders hohen Stellenwert. Wir stehen zu unserer Verantwortung für die Hilfebedürftigen und die Schwächsten in unserem Land. Dieser Verantwortung wollen wir gerecht werden, statt - wie manch einer von uns hier in diesem Hohen Hause - vor bestehenden Problemen die Augen zu verschließen oder diese durch ungerechte Kürzungsmaßnahmen sogar noch zu verschärfen. Ganz konkret bedeutet das: Wir gehen nicht nur längst überfällige Themen wie eine **Sozialstaffelregelung im Kita-Bereich** an, sondern wir haben bereits viele andere Missstände im Sozialbereich ausgeräumt. So haben wir zum Beispiel das **Blindengeld** wieder erhöht und durch Umschichtungen eine zusätzliche Stelle bei der Bürgerbeauftragten geschaffen, damit Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, schneller Hilfe bekommen können.

Den **Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen** geben wir wieder die Planungssicherheit, die sie brauchen, um sich effektiv um Frauen in Not kümmern zu können. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Es geht nicht darum, dass man vor dem Hintergrund einer bestimmten Anzahl von Hilfesuchenden gerade noch einmal Hilfe leisten konnte. Vielmehr geht es darum, eine Infrastruktur bereitzustellen, die in harten Zeiten Bestand hat und bei der diese Beratungsstellen die Chance haben, sich selbst weiterzuentwickeln. Es geht nicht darum, nur

den Status quo zu erhalten. Es geht darum, nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ eine Weiterentwicklung in diesem Bereich hinzukriegen. In diesem Haushalt kann man jetzt schon sehr gut sehen, dass genau das unser Ziel ist.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stellen Geld für **Sprachkurse für Migranten** zur Verfügung, um auch hier einen wichtigen Beitrag dazu zu leisten, dass Menschen, die bei uns bleiben, auch hier ankommen können. Wir werden später bei einem anderen Tagesordnungspunkt noch auf dieses Thema eingehen. Ich glaube, es ist ganz wichtig: Wenn wir das Wort Integration im Mund führen, dann ist es auch wichtig, dass wir auf allen Ebenen handeln. Das bedeutet auch, dass Flüchtlinge, von denen wir wissen, dass sie zu einem sehr großen Teil bei uns bleiben werden, Sprachkurse angeboten bekommen, damit diese Menschen die Chance haben, sich hier in Schleswig-Holstein eine Zukunft aufzubauen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu zählen auch die lesbisch-schwule Emanzipationsarbeit sowie die Mädchenarbeit, die wir in dem Maß unterstützen, wie sie es verdienen.

(Beifall SSW und vereinzelt PIRATEN)

Auch die **Verbraucherzentrale** erhält mehr Geld für die Energieberatung für einkommensschwache Familien. Bei steigenden Energiepreisen, die besonders die Menschen mit geringem Einkommen treffen, ist auch das ein wichtiges sozialpolitisches Projekt. Ganz nebenbei erhalten wir damit die Verbraucherzentrale an den Standorten in Heide und Norderstedt und sichern so die Beratung in der Fläche. Das ist ein sehr guter Nebeneffekt, den wir dadurch erreichen.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und PIRATEN)

Darüber hinaus nehmen wir auch die Menschen, die in Zukunft verstärkt auf Hilfe angewiesen sind, mit in den Blick: Durch die Entwicklung eines **Demenzplans** wollen wir dem demografischen Wandel Rechnung tragen und Vorsorge treffen, denn wir sind an einem Punkt, an dem es nicht mehr reicht, nur auf die Einzelprobleme der Demenzbetreuung zu schauen. Wir brauchen ein Gesamtkonzept, verbunden mit dem übergeordneten Ziel, die Lebensqualität von Demenzkranken und ihren Angehörigen zu verbessern. All dies tun wir, weil es unser Anspruch ist, möglichst alle Menschen mitzu-

(Lars Harms)

nehmen und dafür zu sorgen, dass auch die leisen Stimmen in unserer Gesellschaft wieder gehört werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Koalition hat nicht nur ein Ohr für die Schwachen und Hilfebedürftigen im Land. Mit dem vorliegenden Haushalt wollen wir auch die Grundlagen dafür schaffen, dass sich das Land weiterentwickeln kann. Deshalb setzen wir nicht zuletzt im Bereich **Tourismus** Schwerpunkte, denn uns ist klar: Zielgerichtete Investitionen in diesem Feld sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes, und zwar in der gesamten Breite. Es ist kein Geheimnis: Schleswig-Holstein ist ein Tourismusland mit vielen touristischen Hochburgen. Diese stehen nicht nur in Konkurrenz zueinander, sondern sie stehen auch in Konkurrenz zu nationalen und internationalen touristischen Hochburgen.

Damit der Tourismusstandort Schleswig-Holstein in diesem Konkurrenzkampf besteht und Marktanteile zurückerobert, wollen wir den Tourismus im Land stärken und weiterentwickeln. Wir sehen die Notwendigkeit, die Strukturen im Land den Gegebenheiten anzupassen und dem Land nach außen ein einheitliches Gesicht zu geben. Das soll heißen: Schleswig-Holstein braucht eine Plattform, mit der sich der Tourismus einheitlich nach außen darstellt. Daher werden wir Mittel für eine **Dachmarkenkonzeption** zur Verfügung stellen. Sie ist hierbei ein wichtiger Mosaikstein. Das Land muss sich einheitlich nach außen präsentieren. Die Dachmarke wird diese Plattform sein, auf der mit allem geworben werden kann, was das Land zu bieten hat. Die dafür bereitgestellten Mittel sind gut angelegtes Geld und werden den Tourismus, aber auch andere Wirtschaftszweige hier im Land, stärken. Das ist das eindeutige Ziel unserer Landesregierung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir über die Stärken der Wirtschaft reden: Es ist dringend notwendig, dass wir ein **Tariftreugesetz** bekommen.

(Beifall SSW und SPD)

Nicht nur unsere soziale Verantwortung verlangt dies. Jemand, der 38,5, 39 oder 40 Stunden in der Woche arbeitet, der hat nach meiner Auffassung ein Recht darauf, vernünftig bezahlt zu werden und davon nicht nur sich, sondern auch seine kleine Familie ernähren zu können. Das ist ein Anspruch, den

wir als Politiker wirklich niemals aus den Augen verlieren dürfen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und FDP)

Wie so viele gute Gesetze, die wir noch auf den Weg bringen werden,

(Zuruf Johannes Callsen [CDU]: Nicht noch mehr Drohungen!)

ist auch dieses Gesetz dazu geeignet, unseren Unternehmen in der Region zu helfen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, wir wollen, dass unsere **Unternehmen** wieder **gleiche Wettbewerbsbedingungen** vorfinden und dass kein Unternehmen - egal ob es aus Schleswig-Holstein, aus der Bundesrepublik Deutschland oder aus einem anderen Staat kommt - mit Dumpinglöhnen in Schleswig-Holstein Arbeitsplätze vernichten kann. Auch das ist eine Verantwortung, die eine Regierung hat. Auch das ist ein Thema, das wir anpacken, und das ist gut so für die Menschen in unserem Land.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, all diese und viele andere Beispiele machen deutlich, dass wir eine neue Politik machen. Wir als SSW nehmen aus der Sicht der Minderheiten und mit unserem skandinavischen Politikverständnis bewusst an diesem Politikwechsel teil. Die rot-grün-blaue Koalition löst Wahlversprechen ein und schafft gute Grundlagen dafür, dass sich unser Land weiterentwickeln kann. Das ist unser Ziel, und das ist auch unser Anspruch, an dem wir uns messen lassen. Diesen Anspruch erfüllen wir heute mit unserem Haushalt für 2013. Ich bin sehr dankbar für die hervorragende Zusammenarbeit in unserer Koalition und für die Zusammenarbeit mit der Landesregierung. Das hat hervorragend geklappt, und ich freue mich schon auf die nächsten fünf Jahre und auf viele Jahre darüber hinaus.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, in Übereinstimmung mit der Landesregierung und nach Abstimmung mit den Parlamentarischen Geschäftsführern treten wir jetzt in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 15 Uhr wieder eröffnet.

(Unterbrechung 13:09 bis 15:02 Uhr)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne wieder unsere Sitzung und erteile das Wort für die Landesregierung dem Ministerpräsidenten Torsten Albig.

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Haushaltsentwurf ist mehr als ein bloßes Zahlengerüst. Wer sich - wir haben das heute Vormittag gesehen - mit einem großen öffentlichen Haushalt befasst, der bekommt, wenn er es gut macht, ein Gefühl dafür, welche Möglichkeiten und welche Grenzen wir haben, innerhalberer wir unser Gemeinwohl gestalten können.

Ein guter Haushalt erzählt immer auch eine Geschichte. Unser **Haushalt** ist gut; er erzählt von **Zuversicht**, von **Solidarität** und von **Aufbruch**. Dieser Haushalt, unser erster rot-grün-blauer Haushalt, schaut nach vorne. Mit großer Entschlossenheit machen wir uns auf, gemeinsam mit den Menschen unser Land gerechter, zukunftssicherer und stärker zu machen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Haushalt ist ein Schritt, um die Stärken Schleswig-Holsteins auszubauen, unser Land voranzubringen, es nicht kleiner, es nicht ärmer, es nicht schwächer zu machen, sondern es da zu stärken, wo es zu stärken ist. Niemand, auch niemand in meiner Regierung behauptet, bei uns in Schleswig-Holstein stünde bereits alles zum Besten. Wie könnte das auch sein?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lieber Herr Kubicki, wenn ich mich recht entsinne, lag eine kurze Periode, innerhalb derer Sie und die Union Verantwortung trugen, dazwischen. Vielleicht sollten wir irgendwann einmal den Punkt finden, an dem bei Ihnen der Phantomschmerz, nicht mehr in der Regierung zu sein, nachlässt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Es wirkt anders!)

- Herr Garg sagt: Es wirkt anders. Gestatten Sie mir den freundschaftlichen Hinweis, dass Sie in jeder Sitzung den Eindruck erwecken, dass Sie es nur schwer ertragen können, nicht mehr in der Regierung zu sein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich kann Ihre Rede nicht ertragen!)

Lieber Herr Kubicki, ich sage doch gar nicht, dass Sie für all das verantwortlich sind. Ich sage nur, dass wir Schwächen vorfinden und gemeinsam mit diesen Schwächen umgehen müssen. Ja, an diesen Schwächen werden wir arbeiten. Das macht gutes Regierungshandeln aus. Das tun wir.

Wer sich aber allein mit den **Schwächen unseres Landes** beschäftigt, wer sie großredet und die **Stärken** übersieht - das ist unser zentraler Vorwurf an Sie, aber auch der Vorwurf der Wählerinnen und Wähler an Sie -, der schürt nichts anderes als Verdross und Verzagtheit in Schleswig-Holstein, der redet Menschen und Land klein. Das hat Schleswig-Holstein nicht verdient. Deswegen tun wir das auch nicht. Deswegen legen wir einen Haushalt vor, der geeignet ist, diesem Land Mut zu machen, nach vorne zu schauen, der geeignet ist, Schleswig-Holstein noch stärker zu machen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeder gute Haushalt muss von Wachstum reden. Jeder gute Haushalt muss die Wachstumskerne, die ein Land hat, identifizieren und freisetzen. Das tut auch dieser Haushalt.

Wir wissen, dass dieses Land exzellente wirtschaftliche Voraussetzungen hat, dass es sich in einer exzellenten Lage befindet. Wir haben dynamische Nachbarn an beiden Seiten, Dänemark und Skandinavien auf der einen Seite, Hamburg auf der anderen. Wir liegen dazwischen: ein **attraktiver Standort** mit viel guter Fläche und viel Know-how, ordentlicher Infrastruktur und gut ausgebildeten Menschen. Unsere Nachbarn schätzen das. Unsere Nachbarn wollen das nutzen. Wir wollen das auch nutzen, auch gern mit Ihnen zusammen. Es ist unsere Aufgabe als Landesregierung und Ihre Aufgabe als Parlament, etwas aus dieser Konstellation zu machen. Wir wollen uns immer enger mit unseren Nachbarn vernetzen.

Wir wollen Arbeitsplätze, Menschen und Steuerertrag zu uns ziehen. Wir wissen, dass Steuererträge im Kern nicht über Steuererhöhungen zu generieren sind. Im Kern geht es um **Wachstum**. Wir wollen gemeinsam wachsen, gemeinsam mit den Regionen um uns herum. Wir wollen gemeinsam stark werden. Wir befinden uns in Europa nicht mehr in einer Randlage, sondern wir sind in der Mitte Nordeuropas. In dieser Mitte wollen wir uns als ein starker, auch ökonomisch starker Mitspieler aufstellen. Dafür schafft dieser Haushalt die Voraussetzungen.

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Ich beteilige mich nicht an Debatten, in denen es darum geht, Schleswig-Holstein schlechtzureden. Was noch nicht gut ist, das wollen wir besser machen. Was heute schon gut ist, das wollen wir zukunftsfest machen. Ja, wir haben dafür einen sehr geringen Finanzspielraum. Das ist uns bewusst. Das ist die Ausgangslage. Deshalb setzen wir auf einen wachstumsorientierten Konsolidierungskurs. Um Wohlstand und Einnahmen in der Zukunft zu generieren, müssen und werden wir dort, wo es klug ist, in Vorleistung gehen, und zwar mit klugen Investitionen für unser Land. Dafür steht unser Haushalt.

Natürlich - die Debatte haben wir vorhin geführt - wäre eine klügere **Steuerpolitik in Berlin** auch für unseren Haushalt ein Segen, eine klügere Steuerpolitik, die mehr darauf achtet, dass die starken Schultern etwas mehr tragen können, auch um den Weg aus der Verschuldung schneller gehen zu können. Niemand bestreitet das - bis auf die, die in Berlin im Augenblick die Verantwortung tragen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Sonst finden das alle gut?)

Aber wir können uns nicht darauf verlassen, dass Berlin uns mit Geld überhäufen wird. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass das morgen passiert. Wir werden selber schauen: An welchen Stellschrauben können wir drehen, um für mehr Wachstum in Schleswig-Holstein zu sorgen? Wo hat Schleswig-Holstein eigene Handlungsmöglichkeiten?

Unsere zentralen Handlungsmöglichkeiten, unsere zentralen Stellschrauben liegen in den Bereichen **Bildung, Infrastruktur** und **Zusammenhalt der Gesellschaft**. Diese drei Dinge braucht man, um ein Land stärker zu machen, um es voranzubringen und um Wachstum zu generieren.

Wir wollen, dass Schleswig-Holstein stärker wächst als in der Vergangenheit. Wir lagen in den letzten Jahrzehnten immer unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. 0,5 Prozentpunkte **Wachstum** - das ist das, was wir erwarten. Nehmen wir einmal an, wir erreichen den Mittelwert Deutschlands, das, was Rheinland-Pfalz schafft.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch mein reden die ganze Zeit!)

- Nicht alles, was Sie sagen, ist falsch, Herr Kubicki. Nicht alles ist falsch. - Wir nehmen uns vor, diesen Mittelwert - 1,1 % im ersten Halbjahr des letzten Jahres - zu erreichen. Das ist der **Bundesdurchschnitt**. Das ist nichts Magisches.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Dann handeln Sie doch einmal!)

Dann hätten wir dauerhaft 300 Millionen € mehr an Steuereinnahmen im Haushalt. Wenn es uns gelingt, diesen Pfad, auf dem andere schon sind, einzuschlagen, dann haben wir 300 Millionen € dauerhafte Steuereinnahmen mehr.

Dann bekäme die von Ihnen kleinteilig geführte Debatte über die **Schuldenbremse** ein ganz anderes Gesicht.

(Lachen FDP - Zuruf FDP: Weil die 300 Millionen € immer noch fehlen!)

- Dass Sie lachen, zeigt, dass Sie die Wirkungsweise der Schuldenbremse noch nicht wirklich durchdrungen haben. Das werfe ich Ihnen nicht vor. Dafür war Ihre Regierungszeit offensichtlich zu kurz.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Ihre wird noch kürzer!)

Aber wenn Sie denn glauben - und Sie glauben es zutiefst, das zeigen Ihre Beiträge -, Sie bringen ein Land voran, indem Sie bei Blinden, Frauenhäusern und bei kleinen sozialen Projekten kürzen und indem Sie weniger Lehrerinnen und Lehrer haben als dieses Land braucht, dann werden Sie erleben, was Sie jetzt auch erlebt haben, dass die Bürgerinnen und Bürger - wie Sie es auch in Hannover gesagt haben - sagen: Mit denen geht keine Zukunft, mit denen wollen wir nicht weitermachen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unser Land hat alle Voraussetzungen dafür, einen solchen Wachstumskurs zu gehen. Hier wächst - von vielen noch unbeobachtet - ein großes volkswirtschaftliches Potenzial heran. Noch schlummert es, aber tatsächlich kann es epochale Wirkungen haben, meine Damen und Herren. Bisher glaubten viele von Ihnen, wir seien nur eine **landwirtschaftliche Gunstregion**. Auch mein Amtsvorgänger hat das so gesehen. Wir erleben tatsächlich, dass wir in eine andere Gunstsituation hineinwachsen.

Wir sind einer der privilegiertesten **Standorte für erneuerbare Energien** und damit für sauberes und nachhaltiges Wachstum in Deutschland. Mit dem Abschalten der schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke verlagert sich Wertschöpfung für Energie immer stärker nach Schleswig-Holstein. Die AKW-Betreiber haben ihre Körperschaftsteuer, meine Damen und Herren, stets in Hamburg be-

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

zahlt. Das Risiko war hier, die Erträge waren dort. Damit ist Schluss.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die **Energiewende**, meine Damen und Herren, führt dazu, dass Einnahmen hier bei uns generiert werden. Die Windmüher verdienen und versteuern in Schleswig-Holstein; sie verfolgen ehrgeizige Ausbaupläne, die Milliardeninvestitionen in unser Land bringen. Rechnet man allein die Mittel aus dem EEG hinzu, die in Schleswig-Holstein eine beachtliche Wachstumskette Energie auslösen, dann kommt man zu dem Betrag von 1,1 Milliarden €, die jährlich nach Schleswig-Holstein fließen - 1,1 Milliarden € Zufluss in unser Land. Damit sind wir nach Bayern die Region, die am meisten von dem Mittelzufluss aus erneuerbaren Energien profitiert. Das ist mehr als das Zehnfache dessen, was wir im Länderfinanzausgleich bekommen - aus der Stärke und nicht aus der Schwäche unseres Landes.

(Zuruf CDU: Das haben Sie gemacht?)

- Das sagt doch gar keiner, dass wir das gemacht haben, Herr Kollege, aber wir finden es vor. Während Sie es nicht begriffen haben, wollen wir damit unser Land voranbringen, und wir wollen, aufbauend auf solchen volkswirtschaftlichen Fakten, Schleswig-Holstein zu einem Wachstumsland und nicht nur zu einem Einsparland machen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Glauben Sie selbst nicht!)

Sie glauben, dass jede Investition in dieses Land warten muss, bis wir es uns irgendwann einmal leisten können und Sie es fleißig, wie der Kämmerer im Kleingarten, erspart haben. Wir sagen Ihnen: So funktioniert noch nicht einmal der Kleingarten, schon gar keine komplexe Volkswirtschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch einfach Unsinn!)

Diese 1,1 Milliarden € fließen verlässlich. Sie werden sich verdoppeln, wenn die Effekte aus der Erweiterung der Flächen für Wind sich erst einmal auszahlen. Hier ergießt sich eine Finanzkraft nach Schleswig-Holstein - und dort insbesondere an die Westküste -, wie wir es im Norden noch nicht erlebt haben.

Wenn es uns gelingt, dieses Geld wieder **in die Region** zu **reinvestieren**, und wenn es uns gelingt,

den entscheidenden Zündfunken zu setzen, dann können wir enorme Mittel für Wachstum in unser Land Schleswig-Holstein freisetzen. Wenn wir es als Bürgergesellschaft fertigbringen, dieses Geld hier zu reinvestieren und nicht an irgendwelche anonymen Kapitalfonds zu geben, dann entstehen überall im Land kleine neue **Wachstumskerne** ohne große Player, die das abführen, direkt bei den Menschen hier vor Ort, bei Bürgerinnen und Bürgern, in landwirtschaftlichen Strukturen, die neue Visionen für Schleswig-Holstein eröffnen, die eben mehr sind als im kleinen Karo Schleswig-Holstein zurechtzurechnen.

Wir können in dieser Gunstregion ganz neue Fruchtfolgen organisieren, wir müssen es nur schaffen, diese Türen aufzustoßen. Wo die Ideen von Bürgerinnen und Bürgern auf das Geld von Bürgerinnen und Bürgern stoßen, dort wird sich neue Dynamik entfalten. Public Private Partnership kriegt eine ganz neue Bedeutung.

Beispiel **Breitband in privater Hand**: Wir können das in Schleswig-Holstein schaffen. Im südlichen Nordfriesland haben sich 600 Bürgerinnen und Bürger, Firmen und Gemeinden auf den Weg zur BürgerBreitbandNetz GmbH gemacht. Die warten eben nicht mehr auf die Telekom, die nehmen den Breitbandausbau jetzt selbst in die Hand.

Diese Initiative, meine Damen und Herren, ist ein Vorbild für unser Land, ein Vorbild für meine Regierung. Davon brauchen wir mehr. Die müssen wir unterstützen, auch mit unserer Politik unterstützen. Denen müssen wir die Türen öffnen. Das tut auch dieser Haushalt. Denn diese Initiativen brauchen vor allem eines: gut ausgebildete Menschen, gute Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt. Das werden wir fördern, und darauf setzt dieser kluge, nachhaltige Haushalt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer Geld in einen Haushalt einstellt, um solche volkswirtschaftlichen Entwicklungen zu begleiten und anzustoßen, der handelt nicht maßlos, er handelt vorausschauend. Wir müssen anfangen, **Finanzpolitik** wieder in **volkswirtschaftlichen Zusammenhängen** zu begreifen.

Wir müssen sehen, dass Investitionen in ein Arbeitsmarktprogramm - wie die 82 Millionen €, die wir einsetzen, um **Fachkräfte zu fördern** - ein Invest in unser Land sind. Wenn wir Fachkräfte besser ausbilden durch Weiterbildung, dann werden sie wertvoller für die Unternehmen. Die Unternehmen

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

werden mit solchen Fachkräften erfolgreicher sein. Erfolgreiche Unternehmen werden eine größere Anziehungskraft am Markt haben. Ihr Standort wird attraktiver. Dieser attraktive Standort zieht wieder neue Unternehmen und Fachkräfte an. Für Sie sind diese Mittel konsumtive Ausgaben. Für uns sind es Investitionen in unser Land. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese volkswirtschaftliche Rationalität zieht sich durch den gesamten Haushaltsentwurf. Wir investieren vorausschauend in die Zukunftsfelder unseres Landes, vor allem in die Bereiche **Bildung** und **Klimaschutz**. Das, was Sie von den Bänken der Opposition zu einem Projekt wie PROFI gesagt haben, zeigt, wie sehr Sie im Karo verhaftet sind und wie wenig Sie begreifen, was es heißt, nachhaltige Finanzpolitik zu machen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**PROFI** verbindet die Kraft, die wir heute haben, mit der Kraft, die wir in der Zukunft brauchen. Es ist klug von der Finanzministerin, ein solches Projekt auf den Weg zu bringen, mit dem wir morgen Energiekosten vermeiden, weil wir uns klug aufgestellt haben. Es verbindet - da wir es vor allem für Bildungsgebäude nutzen - auch auf eine geradezu geniale Art und Weise Bildung und energetische Sanierung. - Herzlichen Dank für dieses Projekt, es ist ein kluges Projekt!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir treffen heute Entscheidungen, meine Damen und Herren, die morgen wirken. Das beste Beispiel - Sie haben es in allen Beiträgen, positiv wie negativ, angesprochen - sind unsere Anstrengungen im Bereich **Bildung**. Was wir jetzt für Bildung ausgeben, spart Geld in der **Zukunft**.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann schauen wir mal!)

- Ich hoffe, Sie werden es schauen, und ich hoffe, Sie werden es nach und nach auch ein wenig stärker verinnerlichen, Herr Kollege. Ich nehme mit Freude wahr, dass Sie all meine Reden hören und all meine Texte lesen. Verstehen tun Sie sie noch nicht; aber das mag ja noch kommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir investieren auf der gesamten Bildungsstrecke - von der Krippe bis zur Uni, vom Lesenlernen bis zum Master, an der dänischen Schule genauso wie an der Gemeinschaftsschule, an dem Gymnasium und allen anderen öffentlichen Schulen.

Uns sind alle **Schulen** gleich viel wert. Wir wissen, dass Lehrerinnen und Lehrer kein beliebiger Kostenblock im Haushalt sind. Lehrerinnen und Lehrer sind die Zukunftsbauer unseres Landes. Deswegen investieren wir in sie, und deswegen stellen wir mehr ein, als Sie eingestellt hätten. Das unterscheidet unsere von Ihrer Haushaltspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aus dem Bildungsnutzer wird ein Steuerzahler. Kluge und selbstbewusste Kindern finden gute Arbeit. Diese Chance wollen wir jedem in diesem Land eröffnen. Bildung ist Zukunft. Was diese Regierung in gute Bildung investiert, das investiert sie in eine gute Zukunft. Das gilt gerade für die, die uns hier heute zuhören.

Wer aus der Energiewende tatsächlich ökonomischen Erfolg erzielen will, der braucht gut ausgebildete und nicht billigst ausgebildete junge Menschen. Wir werden das tun.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage und Bemerkung der Abgeordneten Franzen?

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Gern.

**Heike Franzen [CDU]:** Herr Ministerpräsident, Sie haben gerade erläutert, dass Sie mehr in Bildung investieren wollen, als wir es getan haben. Wie erklären Sie sich dann die Vorschläge Ihrer Finanzministerin, in den Jahren 2014 und 2015 jeweils 100 Planstellen mehr einzusparen, als wir vorgeschlagen haben?

- Liebe Frau Kollegin, Sie sehen, wie dieser Haushalt auf den Weg gebracht wird. Sie sehen, dass wir 300 Stellen zurückgeben. Wir werden diesen Weg kontinuierlich fortsetzen. Dass es für Sie schwer ist, das zu begreifen, sehe ich. Aber es fällt mir schwer, Ihnen zu erklären, wie man gute Politik macht. Sie haben sie ja nicht gemacht. Wir gehen diesen Weg. Wir gehen ihn mit unseren Schulen. Wir gehen ihn

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

für die Schülerinnen und Schüler. Wir gehen ihn für die Stärke Schleswig-Holsteins.

(Zuruf CDU: Sie haben die Frage nicht beantwortet!)

Wir unterstützen nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer, sondern wir unterstützen auch die **Kommunen** - das ist angesprochen worden - bei den Betriebskosten der **U-3-Kita-Plätze** im Jahre 2013 mit 15 Millionen €. Auch das stößt auf das Unverständnis der Opposition; ich sehe das. Dies ist ein Kraftakt der Solidarität, mit dem wir die Kommunen befähigen, das zu tun, was wir alle von ihnen verlangen: gute Krippen für unsere Kinder auf den Weg zu bringen. Das reicht noch lange nicht aus. Aber im Unterschied zur jetzigen Opposition tragen wir Diskussionen nicht vor Gerichten aus, sondern wir einigen uns mit denen, mit denen wir es gemeinsam schaffen wollen.

Bei unseren **Hochschulen** leisten wir die Kofinanzierung der Mittel für die Exzellenzinitiative. Wir finanzieren die Tarif- und Besoldungssteigerungen. Wir werden Extrahilfen für dringend überfällige Hochschulsanierungen auf den Weg bringen. Das alles sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

Die **außeruniversitären Forschungseinrichtungen** erhalten für den Pakt für Forschung und Innovation stetig 5 % mehr. Wir stärken den Bildungsbereich und damit die Zukunft unseres Landes.

Wir beweisen mit den **Umschichtungen** in den **Einzeletats**, dass wir auch mit wenig Geld dieses Land modern und weltoffen gestalten können, dass wir auch auf die Schwachen aufpassen, indem wir zum Beispiel gut umgehen mit unseren blinden Mitbürgerinnen und Mitbürgern, indem wir gut umgehen mit denen, die in Frauenhäusern und Mädchentreffs Unterstützung und Begleitung brauchen, indem wir nicht glauben, dass wir sie wegsparen könnten, sondern ihnen die Hand reichen und sie mitnehmen.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Unsere Politik hilft bei der Gesundung unserer Landesfinanzen, weil sie sich eben langfristig mehrfach rentiert. Dieser Haushalt ist eine gelungene Kombination aus finanzieller Stabilität und politischen Schwerpunkten. Ja, er dokumentiert einen Politikwechsel, meine Damen und Herren. Das soll er auch tun. Dafür sind wir auch gewählt. Wir wollen eine **Haushaltskonsolidierung**, die **nachhaltig** und **gerecht** ist. Uns reicht Ihr kleines Karo nicht aus.

Wir haben eine Vorstellung davon, wo dieses Land hin soll. Wir haben ein Bild von Schleswig-Holstein. Sie haben nur ein Rechenblatt vor Ihren Augen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Oliver Kumbartzky [FDP]: Mein Gott!)

Wir machen deutlich, dass wir alle Menschen auf diesem Weg mitnehmen, dass auch die leisen Stimmen in unserer Gesellschaft wieder gehört werden. Wenn sie allerdings so leise sind wie die von Herrn Garg, kann ich nicht dafür garantieren, dass man sie hört. Aber allen anderen reichen wir die Hand, den Starken wie den Schwachen. Wir sagen: Lasst uns gemeinsam dieses Land gestalten. Dieser Haushalt liefert die Zahlen für die Geschichte, die es jetzt zu erzählen gilt. Wir sind bereit und willens, sie zu erzählen. Ich kann Sie nur auffordern: Kommen Sie aus Ihrer Schmollecke der Wahlverlierer heraus. Machen Sie mit beim Aufbau dieses Landes. Wenn nicht, machen wir das allein. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Mit Hinweis auf § 52 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Oppositionsführer, dem Abgeordneten Callsen, das Wort.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen herzlich für dieses Grußwort;

(Heiterkeit und Beifall CDU und FDP)

denn ich habe all die Bausteine, die Sie hier eben vorgetragen haben, in den letzten Tagen auf den verschiedensten Neujahrsempfängen schon einmal gehört. Zum eigentlichen Thema, zum Haushalt, haben Sie so gut wie nichts gesagt.

(Beifall CDU und FDP - Oliver Kumbartzky [FDP]: Recycling!)

Gleichwohl will ich feststellen - ich habe nicht genau mitgerechnet, aber es war mein Eindruck -, der Applaus beim Kollegen Dr. Stegner war einen Tick länger als bei Ihnen. Das korrespondiert möglicherweise mit dem inhaltlichen Gehalt der jeweiligen Reden. Es macht auf jeden Fall die eigentliche Gewichtsverteilung in dieser Koalition deutlich. Es passt zur Arbeitsteilung: Der Ministerpräsident hält die blumigen Reden und predigt den Dialog, und

(Johannes Callsen)

die **Koalitionsfraktionen** machen die Inhalte. Alle **strittigen Gesetze** dieser Koalition werden von den Fraktionen vorgelegt. Das hat aus Ihrer Sicht den Vorteil: Sie ersparen sich die Kabinettsanhörung, und Sie ersparen sich den Dialog mit den Betroffenen.

Herr Kollege Stegner, Sie haben heute Morgen gesagt: Wir tun, was wir sagen. - Ich deute das einmal so um: Wir machen, was wir wollen. - Wir machen, was wir wollen, das ist Ihre Auffassung davon, wie man regiert, egal, zu welchem Ergebnis der Dialog kommt.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie beantragen ja auch, was Sie wollen!)

Frau Kollegin von Kalben, Sie haben freundlicherweise das Thema westliche Elbquerung angesprochen, haben von **Träumereien** gesprochen. Ich bin dankbar für diese Klarstellung auch aus Sicht der Grünen. Damit haben wir das auch deutlich im Protokoll. Noch schöner ist ja, dass damit auch Herr Ministerpräsident Albig und der Wirtschaftsminister Meyer, die sich ja immer sehr für die westliche Elbquerung einsetzen, aus Ihrer Sicht offenbar am Ende auch Träumer sind.

Herr Ministerpräsident, allerdings dürfen die blumigen Worte, die Sie auch hier wieder gefunden haben, nicht über die **Fakten** hinwegtäuschen. Die Fakten sind, dass Sie verantwortungslos die Schulden in diesem Land erhöhen. Sie reden von Wachstum. Aber unter dem Strich ist das einzige Wachstum, das Sie mit diesem Haushalt erreichen, ein Schuldenwachstum. Das einzige Wachstum ist Schuldenwachstum.

(Beifall CDU)

Wir haben historisch hohe Steuereinnahmen. Sie nutzen in dieser Situation nicht die Chance, die Neuverschuldung massiv zu senken. Sie reden von Wirtschaftswachstum. Ich habe heute Morgen schon gesagt, welche Auflagen und Bedrängnisse Sie der mittelständischen Wirtschaft mit Ihren Gesetzesvorhaben auferlegen. Die kleinen **Wachstumskerne**, von denen Sie eben gesprochen haben, sind genau die kleinen Wachstumskerne, die Sie mit Ihrer **Regulierungspolitik** von oben treffen. Das wird zur Folge haben, dass Sie kein Wachstum und keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall CDU)

Ein letztes Wort. Ich hätte mir schon gewünscht, nein, ich hätte erwartet, dass der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein heute bei der Ein-

bringung und Verabschiedung dieses Haushalts auch ein Wort zur **Stellungnahme** des **Landesrechnungshofs** zu Ihrem Haushaltsentwurf findet. Der Bericht des Landesrechnungshofs ist uns im Dezember 2012 zugegangen. Er übt vernichtende Kritik an Ihrer Haushaltspolitik. Ich finde schon, es gehört auch zur Redlichkeit, sich mit dieser Kritik des Landesrechnungshofs auseinanderzusetzen.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Ministerpräsident, Ihre Politik macht Schleswig-Holstein nicht stark. Allenfalls ist sie eine starke Fahrt in die Sackgasse. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ebenfalls unter Hinweis auf § 52 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, dem Abgeordneten Dr. Ralf Stegner, das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als der Kollege Callsen sich zu Wort gemeldet hat und die Geschäftsordnung für sich in Anspruch genommen hat, dachte ich, wir kriegen jetzt vom Oppositionsführer einmal etwas zu hören, nachdem er heute Morgen zwar geredet, aber nichts gesagt hat. Wenn wir wirklich eine Krise haben und ich mir Sorgen um unsere Landesregierung mache, dann nur in einem Punkt, nämlich ob wir die Leistungen bei kompletter Abwesenheit von Opposition in diesem Haus so aufrechterhalten können; das muss ich Ihnen wirklich sagen. Das, was Sie hier bieten, ist nicht nur keinerlei Alternative in der Sache; das ginge ja noch. Sie verstehen auch nicht - das wurde aus Ihren Bemerkungen eben sehr deutlich -, dass dieses Parlament der Haushaltsgesetzgeber ist und dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes eine Mehrheit gewählt haben, die nicht die Ihre ist und die eine andere Politik in diesem Land machen will. Und die machen wir, das ist das, was hier geschieht.

(Beifall SPD und SSW)

Ich habe - wie soll ich sagen? - kollegiale Anteilnahme an dem, was sich in der Union in Schleswig-Holstein tut. Ich verstehe das. Man ist mal oben, mal unten. Sie sind im Augenblick relativ weit unten.

Herr Kollege Callsen, es geht aber nicht, sich auf Dauer darauf zu beschränken, die Satzbausteine



**(Dr. Ralf Stegner)**

vorzutragen, die Ihnen Ihre Mitarbeiter schon seit Jahren aufschreiben, mit immer schwächer werdenden Bildern, aber nicht mit einem einzigen Argument.

Dann muss ich Ihnen sagen: Wissen Sie, ich kann relativ gut frei reden. Ich kann auch Argumente austauschen. Ich warte auf Ihre **Argumente in der Sache**, damit man sich einmal mit Ihnen auseinandersetzen kann. Dabei haben Sie aber gar nichts zu bieten.

Das Experiment, das der eigentliche Oppositionsführer nicht redet, sondern Herrn Garg reden lässt, ist auch ein bisschen danebengegangen. Es tut mir leid, Herr Garg. Sie sind zwar ein netter Kerl, substanzvoll haben Sie hier aber nichts geboten.

Der Punkt ist doch: Sie regen sich auf, dass diese Koalition, die Sie gern mit relativ billigem Klamauk gegeneinander auszuspielen versuchen, ruhig bleibt und in der Sache das tut, was wir den Wählerinnen und Wählern versprochen haben. Das ist das, was wir machen.

Der Punkt, der Sie so richtig fuchst - das konnte man auch am Wochenende merken -, ist, dass Sie immer noch glauben, dass Sie mit alten schwarzgelben Rezepten in Deutschland Mehrheiten gewinnen können. Was passiert aber in Wirklichkeit? - Überall dort, wo Schwarz-Gelb zur Wahl antritt, wird Schwarz-Gelb abgewählt, weil die Menschen Gemeinsinn wollen und nicht Egoismus, weil sie Investitionen in Bildung wollen und Arbeit, von der man leben kann, weil sie eine Energiewende wollen, die auch funktioniert, weil sie eine professionell arbeitende Regierung wollen, wie wir hier eine zu sehen bekommen, die auch mit den Bürgerinnen und Bürgern spricht und das umsetzt, was beschlossen worden ist. All das unterscheidet sich von Ihrer Regierungszeit.

Wenn ich einen Wunsch äußern darf: Nutzen Sie bitte die Ihnen zur Verfügung stehende Redezeit, um hin und wieder auch ein Argument vorzutragen! Das wäre wirklich schön.

Auf der Tribüne sitzen Menschen - im Augenblick junge Menschen -, die sich anhören, was Sie zu bieten haben, und die sagen: In einer Demokratie ist eine starke Regierung, wie wir sie haben, gut. Eine starke Opposition wäre aber auch einmal etwas. Es könnte ja einmal sein, dass man eine Alternative braucht.

Was Sie hier heute bieten, ist schwach und schwächer. Herr Callsen, es tut mir leid, aber damit wer-

den Sie nichts werden. Wir sind sehr zufrieden mit diesem Haushaltsentwurf.

Ich sage Ihnen noch etwas: Wir werden mit unserer Mehrheit heute den Politikwechsel beschließen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

In der Runde der Fraktionsvorsitzenden spricht nun Herr Kubicki als Fraktionsvorsitzender der FDP.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich bin erstaunt, dass ich seit mehreren Monaten in Ihren Reden immer wieder die gleichen drei Begrifflichkeiten wiederfinde, nämlich Größe, Kraft - nicht Hannelore Kraft, sondern Kraft - und Stärke. Sie sagen: Wir wollen ein starkes Land mit starken Menschen, das in völliger Größe zu seiner eigentlichen Stärke aufläuft.

Herr Kollege Stegner, ich habe in 20 Jahren Parlamentszugehörigkeit selten eine so sinnleere Rede gehört wie die heutige von Ministerpräsident Albig.

(Beifall FDP und CDU)

Was das Land braucht, ist zunächst ein starker Ministerpräsident. Ich habe mich die ganze Zeit über gefragt, ob ich mich nun nach Ralf Stegner sehne, mit dem ich in der Sache zwar selten einer Meinung bin, der aber wenigstens inhaltlich etwas sagt.

(Christopher Vogt [FDP]: Oder nach Peer Steinbrück!)

- Oder nach Peer Steinbrück. Das wäre wahrscheinlich insgesamt besser.

Ich möchte einige Punkte festhalten, die man bei den Auseinandersetzungen nicht außer Acht lassen sollte. Der Mehrheit des Parlaments ist es selbstverständlich unbenommen, ihren politischen Willen, für den sie gewählt worden ist, parlamentarisch und auch haushalterisch umzusetzen. Das steht überhaupt nicht infrage. Aber so zu tun, als hätte die Vorgängerregierung - mich eingeschlossen - den Menschen teilweise Geld weggenommen - was sehr schmerzhaft war -, weil wir das wollten - -

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

(Wolfgang Kubicki)

- Ich komme gleich darauf zu sprechen, Herr Baasch. Dass Sie das nicht verstehen, weiß ich, seitdem ich weiß, dass Sie AWO-Vorsitzender sind.

(Heiterkeit und Beifall FDP)

Wir wollten das nicht. Die spannende Frage war: Wie schaffen wir es, in einer Situation, in der wir ein **strukturelles Defizit** von 1,3 Milliarden € haben, das abgebaut werden muss, zunächst einmal die Ausgaben so zu reduzieren, dass wir einen Pfad einschlagen können, der zum Erfolg führt. Ich kann mich erinnern, wie der damalige Fraktionsvorsitzende der Grünen, der heute hier an anderer Stelle sitzt, aufgestanden ist und gesagt hat, das sei unmöglich, und man werde im Jahr 2020 mit 500 Millionen € im Minus bleiben.

Jetzt erklärt die heutige Regierung in Person von Monika Heinold, das sei doch möglich. Das war nur möglich - bitte erlauben Sie mir diese Anmerkung -, weil wir massiv auf die Bremse getreten sind, und zwar massiver, als wir es hätten tun müssen, weil der Einstieg immer das Schwierigste ist. Alles Weitere findet sich von selbst.

Herr Stegner, wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie einräumen, dass Sie gegenwärtig - das werfe ich Ihnen nicht vor, weil Sie dafür auch gewählt worden sind - einen Teil der Erträge verarbeiten, die zusätzlich erwirtschaftet worden sind. Das ist so.

(Beifall FDP und CDU)

Als ich gefragt habe, was es nützt, wenn wir bereits im Jahr 2017 bei einer Neuverschuldung von Null angelangt sind, dafür aber die Menschen gegen uns aufbringen, hat Rainer Wiegard gesagt, dass wir in der Verantwortung stehen, so schnell wie möglich aus der **Schuldenfalle** herauszukommen. Ich habe hingegen immer gesagt, dass es reicht, wenn wir im Jahr 2020 bei null ankommen.

Auch diesen Konflikt gab es bei uns. Deshalb werfe ich Ihnen nicht vor, dass Sie sich anders verhalten. Tun Sie aber doch bitte nicht so, als würden Sie mit Ihrer Finanzpolitik einen neuen Weg einschlagen. Sie leben auch von den Erträgen der vorherigen Regierung. Das gehört zur Ehrlichkeit auch dazu. Herr Albig, ebenso wenig werfe ich Ihnen vor, dass Sie für die 28 Milliarden € Schulden verantwortlich sind; denn dafür sind alle politischen Entscheidungsträger verantwortlich - dabei schließe ich uns mit ein -, die glaubten, auf Dauer mehr Geld ausgeben zu können als man erwirtschaftet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mit Freude vernommen, dass nicht nur die Union meine Reden klaut, sondern auch der Ministerpräsident.

Seit Jahren habe ich nicht nur im Landtag, sondern auch auf Wahlveranstaltungen gesagt, dass wir mit Sparen allein das Problem nicht lösen werden. Wir brauchen **wirtschaftliches Wachstum**. Einige von den Grünen - nicht der Kollege Andresen, dafür ist er noch zu jung - haben daraufhin gesagt: Wirtschaftliches Wachstum? Pfui Teufel! Das ist gegen die Nachhaltigkeit. Das zerstört unsere Lebensgrundlagen. Wir wollen null Wachstum. - Die Gleichen wollen jetzt Wachstum.

Jetzt frage ich Sie, was die **Bedingungen für Wachstum** sind, Herr Oberbürgermeister. Ist eine Bedingung für Wachstum, keine Straßen mehr zu bauen und keine **Infrastruktur** mehr zu errichten? Was ist die Bedingung für Wachstum? Wenn wir wirtschaftliches Wachstum wollen, was sich in den vergangenen 20 Jahren in Schleswig-Holstein unterdurchschnittlich entwickelt hat, dann müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen. Gehen Sie doch einmal zu Peer Steinbrück und lassen Sie sich das von ihm erklären. Er hat hier gesagt, Frau Simonis mache Politik auf Pepita-Niveau. Das waren nicht wir, sondern das waren Sozialdemokraten, die das gesagt haben.

Das setzen Sie nun fort. Sie geben blumige Erklärungen ab, ohne den Menschen zu sagen, wie es weitergehen soll. Schließen Sie die Läden am Sonntag: Das ist gut für Wachstum. Bauen Sie keine Straßen: Das ist gut für Wachstum. Treiben Sie Unternehmen aus dem Land: Das ist gut für Wachstum. Sie glauben doch tatsächlich, dass es für das Wachstum wichtig ist, wenn wir Anlagen errichten, die wir bezahlen müssen, obwohl sie keinen Strom einspeisen können. Das glauben Sie.

Lassen Sie uns doch einmal als Ökonomen miteinander diskutieren. Vollmundig erklären Sie hier ein Szenario, das ich für vernünftig halte, aber ohne die Bedingungen dafür zu nennen.

(Beifall FDP)

In Ihrer praktischen Politik negieren Sie aber wesentliche Tatbestände, um eine solche Politik überhaupt auf das richtige Maß setzen zu können.

Sie wissen vielleicht auch, dass Steuerpolitik unter Umständen auch Auswirkungen auf das Wachstum haben kann. Machen Sie weiter mit der **Erhöhung der Vermögensteuer**. Der BFH hat darauf hingewiesen, dass man nicht zwischen betrieblichem und nicht betrieblichem Vermögen differenzieren kann. Passen Sie aber auf, was passiert, wenn Sie die Vermögensteuer wieder einführen und die betrieblichen Vermögen besteuert werden. Das sorgt für Wachstum. Das kann ich Ihnen sagen, und zwar für

(Wolfgang Kubicki)

Wachstum der Ausreisewilligen. Erhöhen Sie die **Erbschaftsteuer**. Ich kann Ihnen sagen, was passieren wird. Das wissen Sie als Ökonom doch auch. Dann werden die Leute weniger sparen, weil die Leute das Gefühl haben, dass Sparen keinen Sinn macht, wenn man nicht für seine Kinder und Kindeskinde vorsorgen kann.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Dass Sie nichts davon verstehen, Frau von Kalben, ist mir klar.

Sie können deshalb nicht vorsorgen, weil sie nicht wollen, dass am Schluss der Staat 30 %, 40 % oder 50 % davon nimmt.

Wenn die **Sparquote** sinkt - das dürfte Ihnen bekannt sein -, dann sinkt auch die **Investitionsquote** der Volkswirtschaft. Das lässt sich eins zu eins umsetzen, und das ist vollkommen realistisch.

Versuchen Sie also nicht, so zu tun, als wäre das, was Sie propagieren, kompatibel, nämlich Wachstumspolitik zu betreiben und gleichzeitig diese Maßnahmen zu ergreifen. Das ist nicht der Fall. Wir warten nicht auf so vollmundige Worte und Erklärungen, sondern auf die Umsetzung einer Politik, die Schleswig-Holstein nach vorn bringt. Das schauen wir uns in den nächsten Jahren an. Ich glaube nicht, dass Sie mit diesem Einstieg im Land reüssieren werden.

Herr Kollege Stegner, das ist schon fast wie Glücksspiel. Wer sich heute darüber freut, dass 334 Stimmen darüber entschieden haben, dass in Niedersachsen Rot-Grün statt Schwarz-Gelb regiert, und wer uns noch vor einigen Wochen gesagt hat, wie flächendeckend angeblich die Menschen Rot-Grün wollen, der sollte vielleicht etwas bescheidener sein. Das Wahlergebnis hätte bis 22:30 Uhr genauso gut umgekehrt ausfallen können. Das ist ähnlich wie in Schleswig-Holstein.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Würde! Könnte!)

Sie sind nicht mit Macht von einer breiten Welle getragen worden, Herr Stegner. Wir haben interessanterweise in drei Wahlen deutlich bessere Ergebnisse in Relation zur Geschichte der jeweiligen Länder erzielt als die SPD.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sollte Ihnen vielleicht zu denken geben. Sie werden sehen, dass es bei der Bundestagswahl genau anders laufen wird. Darauf gebe ich Ihnen mein Wort. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich deren Vorsitzendem, Herrn Abgeordneten Dr. Patrik Breyer, das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die heutige Haushaltsdebatte eine parlamentarische Sternstunde ist, kann - glaube ich - keiner von uns behaupten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Doch! - Weitere Zurufe)

Ich bedaure, dass es hier sehr unsachlich abläuft, aber ich will einmal versuchen, ein bisschen Sachlichkeit in die Haushaltsdebatte hineinzubringen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Na! - Zuruf SPD: Gott sei Dank!)

Die erste Frage, die wir uns beim Landeshaushalt stellen müssen, ist natürlich, welches Volumen dieser Landeshaushalt haben soll. Wie viel Geld nehmen wir in die Hand? Wie viel wollen wir ausgeben? Einerseits haben wir vom Fraktionsvorsitzenden der SPD heute gehört, dass die letzte Landesregierung ein Kaputtsparen betrieben habe, und vom Ministerpräsidenten, dass sie Schleswig-Holstein zum Einsparland gemacht habe. Andererseits spielt sich Herr Garg von der FDP als Sparkommissar auf.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist ja unsachlich!)

All das muss man zurechtrücken. Fakt ist erst einmal, dass dieser Haushaltsplan vorsieht, fast ebenso viele **Schulden** neu aufzunehmen, wie es verfassungsrechtlich gerade noch möglich und zulässig ist, und das in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen und niedrigster Zinsen. Bei dieser Sachlage ist eines klar: Sobald sich eine Bedingung verändert, das kann noch dieses Jahr passieren - ich will gar nicht auf die HSH Nordbank anspielen, es kann auch eine Zinsänderung reichen -, droht dieser Haushalt, wie ein Kartenhaus zusammenzufallen.

Allerspätestens zum nächsten Jahr, wenn es um den Landeshaushalt 2014 geht, wird ein großes Heulen und Zähneklappern durch das Land gehen. Das kann ich jetzt schon sagen. Da werden Sie Einschnitte vornehmen müssen, die so extrem ausfallen, weil ganz viele Sachen zusammenkommen werden: erstmals der Einstieg in die Konsolidie-

(Dr. Patrick Breyer)

rung, dann geringere Steuereinnahmen, dann vielleicht höhere Zinsen. Das wird eine Anstrengung erfordern, die wir den Menschen nicht zumuten wollen. Das Schlimmste daran ist, dass das vor dem Hintergrund laufender Wahlen geschieht. Man will hier offensichtlich die **Kommunalwahlen** und die **Bundestagswahl** überbrücken und in der Zeit nicht die notwendigen **Konsolidierungsanstrengungen** entfalten, obwohl die Bedingungen dafür optimal wären. Das ist der Koalition vorzuwerfen.

(Beifall PIRATEN)

Vor diesem Hintergrund der letzten Landesregierung einfach das Wort des Kaputtsparens an den Kopf zu werfen, ist platte Polemik.

(Beifall PIRATEN und CDU)

Es kommt doch darauf an, an welchen Punkten wirklich konsolidiert wird. Von Sparen kann schon keine Rede sein, wenn man Geld nicht ausgibt, das man nicht hat. Das ist kein Sparen.

Der Vater unserer sozialen Marktwirtschaft, Ludwig Erhard, hat einmal ganz klar gesagt: Nur ein Lump gibt mehr, als er hat. Ich glaube, das kann jeder Bürger verstehen. Dagegen verstoßen wir leider permanent.

Herr Ministerpräsident, Sie haben das alte **Konzept der staatsfinanzierten Investitionen** wieder ins Spiel gebracht. Das ist doch schon während der SPD-Regierungen in den 70er-Jahren gescheitert und hat sich als Irrweg herausgestellt.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Das Ergebnis war: keine Auswirkungen auf Konjunktur und Wirtschaft, aber ein riesiger Schuldenberg, der sich damals aufgebaut hat. Da wurde Keynes völlig missverstanden, das, was man damals betrieben hat, ist inzwischen als falsch erkannt worden. Das kann nicht funktionieren.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie verstehen das ja prima!)

Unredlich ist es auch, Wohltaten für Witwen und Waisen zu versprechen und dann mit dem Argument einzeln darüber abstimmen zu lassen: Sind Sie etwa dagegen, diesen und jenen Gruppen zu helfen? Das ist unredlich, weil es doch darum geht, wie Sie das bezahlen wollen. Keiner will **Fördermittel** ablehnen, die natürlich gut und wichtig wären. Die Frage ist doch, um welchen Preis und wie es bezahlt wird. Deswegen ist es extrem schlecht, dass hier verschiedene Haushaltsanträge einzeln abgestimmt werden sollen, die dadurch aus dem Zusammenhang gerissen werden. Wir werden uns nicht

darauf einlassen, das gegeneinander ausspielen und uns darstellen zu lassen, als ob wir gegen sinnvolle Maßnahmen sind, obwohl wir nur gegen die Finanzierung dieser Maßnahmen sind.

Ich glaube, dass die Menschen in diesem Land dieses Spiel längst durchschaut haben und sich nicht mehr von Wohltaten und Wahlgeschenken blenden lassen. Eine Umfrage im April des letzten Jahres zeigt, dass 61 % der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner gesagt haben, dass neue Einnahmen zum **Schuldenabbau** genutzt werden sollen und eben nicht für weitere Ausgaben. Die Menschen verstehen das. Eine weitere Einnahme ist, dass sich zum Beispiel die **Zinsausgaben** reduziert haben. Warum werden die auch wieder neu ausgegeben? Wir sollten stattdessen das tun, was die Mehrheit der Menschen inzwischen als richtig erkannt hat, nämlich für unsere Zukunft daran zu arbeiten, dass dieser Haushalt wegen immer steigender Zinszahlungen nicht versteinert, sondern für die Zukunft **Bewegungsspielräume** erhalten bleiben.

Genauso unglaublich ist es allerdings, wenn sich die FDP als Sparkommission auführt. Der Blick nach Berlin genügt, um zu sehen, was Schwarz-Gelb als Bundeshaushalt für 2013 aufgetischt hat. Eine **Neuverschuldung** von 17 Milliarden € ist geplant, keine Konsolidierung, sondern ungefähr dieselbe Höhe, die seit 2010 vorhanden ist.

(Christopher Vogt [FDP]: Leider werden Sie nie in den Bundestag kommen!)

Es ist keine Rede von Konsolidierungspfaden, und das trotz **Rekorden bei den Steuereinnahmen**, trotz rekordverdächtig niedriger Zinsen, und das alles wegen völlig unsinniger bis sogar schädlicher Wahlgeschenke, Straßenbauprogrammen oder sogar Betreuungsgeld aka Herdprämie. Das zeigt, wie unglaublich Sie sind, wenn Sie hier Sparen predigen und das Gegenteil in einem Wahljahr tun.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Abgeordneter von Kalben?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Gern.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Breyer, bei Ihren Ausführungen ist mir eines überhaupt nicht klar geworden. Wenn Sie selber, was ich ja begrüße, eine

(Dr. Patrick Breyer)

bessere Ausstattung der Frauenhäuser beantragen und andererseits sagen, alle Mehreinnahmen, alle Sparmöglichkeiten sollen genutzt werden, um die Schuldenverpflichtung zu senken, dann verstehe ich nicht, warum Sie uns Unglaubwürdigkeit vorwerfen und selber für sich in Anspruch nehmen, dass Sie glaubwürdige Haushaltspolitik machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

- Liebe Frau von Kalben, Ihnen ist sicherlich bekannt, wenn Sie unsere Haushaltsanträge gelesen haben, dass wir alle unsere Vorschläge und auch die beabsichtigte **Stärkung der Frauenhäuser** gegenfinanziert haben. Uns geht es nicht darum, zusätzliche Einnahmen gleich wieder auszugeben, sondern dass wir die Ausgaben, die wir ohnehin vorhaben, anders organisieren wollen, zum Beispiel indem wir unsinnige IT-Projekte oder auch nicht konzeptionierte Marketingprojekte streichen wollen, ebenso Baumaßnahmen und Energiesparmaßnahmen, bei denen der Bedarf nicht ermittelt ist. Wir haben alles **gegenfinanziert**. Deswegen ist es durchaus glaubwürdig, wenn wir argumentieren, dass sich mit einer guten Zielerreichung eine trotzdem deutlich geringere Neuverschuldung hätte erreichen lassen.

(Beifall PIRATEN und Barbara Ostmeier [CDU])

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneten Dr. Breyer, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Auch das gern.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Kollege Dr. Breyer, habe ich Sie dahin gehend richtig verstanden, dass Sie der FDP des Schleswig-Holsteinischen Landtags vorwerfen, dass wir im Deutschen Bundestag bestimmte Sachen nicht verhindert haben. Habe ich Sie da richtig verstanden? Wenn ich Sie richtig verstanden habe, nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich dem Bundestag noch nicht angehöre, dass sich das aber ändern wird.

(Heiterkeit - Christopher Vogt [FDP]: Zweitstimme FDP!)

- Verehrter Herr Kollege Kubicki, ich habe darauf angespielt, dass Sie sich nicht nur auf Landesebene, sondern auch auf **Bundesebene** als Sparkommissar darstellen, sowohl die FDP, als auch Sie persönlich. Es ist unglaublich, wenn man auf Bundesebene, wo man wirklich an der Regierung ist, und dort sind Sie es, solche Wahlversprechen macht - in Zeiten, wo man wirklich hätte konsolidieren können - und auf diesem Weg überhaupt nicht vorankommt. Wer so eine Politik macht, der kann nicht glaubwürdig in den Ländern, in denen man keine Verantwortung trägt, das Gegenteil sagen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das machen wir auf Bundesebene!)

- Das habe ich ja dargestellt.

Ich gehe noch kurz auf Einzelpunkte ein: Herr Ministerpräsident, Sie haben zu dem Projekt PROFI gesagt, es ginge darum, morgen Investitionskosten zu vermeiden. Das Problem ist doch: Selbst wenn wir durch diese Investitionen einsparen können, fließen diese Einsparungen nicht in die Tilgung dieser Projekte zurück. Das ist der Unterschied zu dem, was ein Unternehmer machen würde. Er würde Energie einsparen, aber er würde auch die entsprechenden Kredite tilgen. Das ist bei uns nicht der Fall.

Herr Stegner, Sie haben davon gesprochen, dass mit dem **Tariftreue- und Vergabegesetz** gegen Dumpinglöhne vorgegangen werden soll. Das ist richtig, das wollen wir auch. Es geht doch aber bei diesem Gesetz um viel mehr. Da steckt doch noch viel mehr darin, nämlich die sogenannten **vergabefremden Aspekte**, bei denen von Unternehmern Bescheinigungen abgefordert werden, die kaum mehr wert sind als ein Stück Papier. Das schafft unnötige Bürokratie, bei der sogar unser Wirtschaftsminister vor einem Bürokratiemonster warnt. Das Tariftreue- und Vergabegesetz, das Sie vorgelegt haben, geht so weit über die **Vermeidung von Dumpinglöhnen** hinaus, dass es sich damit nicht mehr rechtfertigen lässt.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Herr Dr. Stegner, Sie haben gesagt, dass der **öffentliche Personennahverkehr** gestärkt werden soll. Genau das haben Sie aber nicht getan, wenn es um den Bau von Verkehrswegen geht. Sie haben pro forma 5 Millionen € für den Radwegebau ausgewiesen, die schon vorher in dieser Größenordnung dafür ausgegeben worden sind. Sie haben sich keinen Schritt in Richtung dessen bewegt, was im Koalitionsvertrag groß angekündigt wurde, dass man künftig **Schiene** ausbauen will, statt Straßen-

(Dr. Patrick Breyer)

wege auszubauen. Sie haben nur diese Symbolik getan. Das ist keine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs, so wie wir sie anstreben oder sogar so visionär, wie wir PIRATEN das wollen, nämlich Projekte eines fahrscheinlosen Nahverkehrs zu evaluieren.

(Beifall PIRATEN und Barbara Ostmeier [CDU])

Verehrte Kollegin von Kalben, Sie haben davon gesprochen, dass die Lebensmittelüberwachung gestärkt werden soll. Ich frage mich, was eine **verstärkte Lebensmittelüberwachung** bringt, wenn die Bürger überhaupt nicht erfahren, was die Ergebnisse dieser Überwachung sind. Wir haben bis heute in Schleswig-Holstein keine Veröffentlichung der Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen, obwohl es in anderen Ländern wie zum Beispiel Berlin schon lange im Internet nachlesbar ist, wie ein Restaurant getestet worden ist. Warum stecken wir keine Mittel in **Internetportale**, durch die endlich einmal die **Ergebnisse dieser Überwachung** für alle Bürger nachlesbar sind, zumal dort, wo Kontrollen Mängel ergeben haben und Gefahren für die Gesundheit der Verbraucher vorhanden sind.

(Lars Harms [SSW]: Das macht richtig Arbeit!)

Liebe Kollegen von der Koalition, Sie haben gesagt, Ihre Haushaltsschwerpunkte seien Bildung und Klimaschutz. Das ist gut und wichtig, aber das reicht uns PIRATEN nicht. Uns fehlen verschiedene Punkte. Uns fehlt, Mitbestimmung der Bürger zu gewährleisten, zum Beispiel durch einen **Bürgerhaushalt**, in dem die Bürger mitgestalten können, wie sie das Land haushaltsmäßig aufstellen wollen. Da sind noch gar keine Schritte eingeleitet worden. Wir haben mit unserem Kassensturz-Portal damit angefangen. Ich würde mir wünschen, dass sich die Landesregierung so etwas zu eigen macht und wir den nächsten Haushalt zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern aufstellen können.

(Beifall PIRATEN)

Uns fehlt ein Signal in Richtung **Transparenz**, gerade was den Haushalt angeht. Kein Mensch in diesem Land kann diesen Haushaltsplan verstehen. Wir haben einen Antrag eingereicht, wenigstens die Haushaltsdaten öffentlich verfügbar zu machen. Ich würde mir wünschen, dass man das visualisiert, dass man sich so einen Haushalt einmal vor Augen führen kann, um die einzelnen Verhältnisse zueinander einordnen zu können, wofür wie viel ausgegeben wird. Ich glaube, das brauchen wir, um den

Bürgern überhaupt verständlich zu machen, worüber wir heute reden.

(Beifall PIRATEN)

Uns fehlt ein Signal in Richtung **Bürgerrechte**. Wir wollen eine unabhängige Untersuchungskommission, zum Beispiel bei Problemen mit der Polizei, aber auch bei Problemen der Polizei. Sie haben im Koalitionsvertrag angekündigt, einen **Polizeibeauftragten** zu schaffen. Was sehen wir davon im Haushalt? - Nichts. Dafür ist kein Ansatz vorhanden.

(Zuruf Lars Winter [SPD])

Da frage ich mich schon, wie dieser Haushalt für uns zustimmungsfähig sein soll, wenn er an so zentralen Kernforderungen von uns vorbeigeht. Wir haben das Menschenbild eines selbstbestimmten Menschen, der fit ist für die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Diese Vision findet sich in diesem Haushaltsentwurf nicht wieder. Deshalb können wir ihm nicht zustimmen.

(Beifall PIRATEN - Zuruf SPD: Macht nichts! - Heiterkeit)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Humboldt-Schule Kiel und der Schule für Berufe mit Zukunft in Lübeck. - Seien Sie uns herzlich im Schleswig-Holsteinischen Landtag willkommen.

(Beifall)

Lassen Sie mich, weil es Nachfragen gegeben hat, noch einmal darauf hinweisen, dass in unserer Geschäftsordnung in § 52 Abs. 4 geregelt ist, dass nach dem Herrn Ministerpräsidenten der Oppositionsführer das Wort ergreifen kann, und dass danach, wenn gewünscht, noch einmal die Runde der Fraktionsvorsitzenden in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen eröffnet ist. Dabei sind wir jetzt gerade. Der Letzte, der sich dazu gemeldet hat, ist der Vorsitzende des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Lars Harms, dem ich gleich das Wort erteile. Danach eröffnen wir dann die Runde, soweit noch Redezeit vorhanden ist.

(Unruhe)

- Ich würde es gern auch für diejenigen erklären, die jetzt meinen, sie müssten es untereinander erörtern. Danach kommt dann die Runde der finanzpolitischen Sprecher und danach die Dreiminutenbeiträge, die schon angemeldet wurden.

**(Präsident Klaus Schlie)**

Jetzt hat als Letzter in der Runde der Fraktionsvorsitzenden Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat gerade eben noch einmal deutlich gemacht, dass es sich bei dem Haushalt eben nicht nur um einen reinen **Sparhaushalt** handelt, sondern dass es auch darum geht, wie man Wachstum hier im Land Schleswig-Holstein generieren kann. Wir haben gerade eben auch von der Opposition gehört, dass man der Auffassung ist, davon eigentlich nichts gehört zu haben. Das ist natürlich eine völlig irige Auffassung.

(Johannes Callsen [CDU]: Schön, dass du das noch einmal erklärst!)

- Lieber Kollege Callsen, ich will Ihnen das gern erklären. Wir haben jetzt ein Energiewendeministerium eingerichtet, weil wir gesagt haben, dass die **Energiewende** das Schlüsselthema für uns ist. Das unterscheidet uns natürlich auch von den Vorgängern. Es geht darum, dass wir jetzt den Netzausbau hinbekommen, damit unsere Windenergieanlagen, aber auch andere erneuerbare Energien an das Netz angeschlossen werden können, damit überhaupt die Möglichkeit besteht, Wachstum in dem Bereich zu generieren. Das bedeutet auch, dass wir uns natürlich mit unseren norddeutschen Nachbarn zusammensetzen und gerade auch unsere **norddeutschen Interessen** vertreten müssen. Wenn wir jetzt sehen, was in der Vergangenheit in dem Bereich geleistet worden ist, dass inzwischen auch die Bundeskanzlerin deutlich sagt, dass Windenergie nach Norden gehört und eben nicht nach Süden, dann ist das auch der **Lobbyarbeit** geschuldet, die gerade die norddeutschen Länder gemacht haben. Das ist eben auch ein Grund, warum das Land Schleswig-Holstein zusammen mit den anderen norddeutschen Bundesländern gute Arbeit geleistet hat.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir haben auch den Bereich des **Tourismus**. Ich habe vorhin schon angesprochen, dass wir eine große Marketingaktion durchführen. Wir stützen die **TASH**. Sie wollten sie abwickeln. Also auch das noch einmal gesagt: Die zentrale Tourismusvermarktungsorganisation, die für dieses Land eigentlich überlebenswichtig ist, die stützen wir wieder, die fördern wir wieder in alter gewohnter Weise. Schwarz-Gelb wollte sie abwickeln.

Wir werden eine **Bäderregelung** bekommen. Es ist nicht so, dass die Landesregierung gesagt hat, wir wollten nun eine neue Bäderregelung haben und diese müsse restriktiver sein als die alte, sondern wir stehen vor einer **Klage der Kirchen**. Wir haben nur zwei Möglichkeiten: Entweder, wir reden mit ihnen, oder wir werden möglicherweise vor Gericht verlieren und hätten gar keine Bäderregelung. Bevor wir das zulassen, ist es vernünftig, dass eine Landesregierung, dass ein Wirtschaftsministerium das Heft in die Hand nimmt und tatsächlich versucht zu verhandeln. Ich bin davon überzeugt, dass das natürlich von Erfolg gekrönt sein wird.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich wird es so sein, dass weiterhin Projekte gefördert werden. Da bin ich mir ziemlich sicher, dass es möglich sein wird, touristische Projekte - sowohl, was die Infrastruktur angeht, als auch einzelne Projekte in den jeweiligen Orten - zu fördern.

Auch das kann man im Haushalt sehen: Es geht nicht nur darum, beispielsweise die Hochschulen, die Baumaßnahmen und energetischen Maßnahmen zu fördern, sondern wir haben gesagt, dass das natürlich auch ein **Wirtschaftsförderprogramm** ist. Wir setzen 50 Millionen € dafür ein, die Bauten tatsächlich zu renovieren. Das werden natürlich auch Firmen sein, die hier beheimatet sind, die dann auch diese Aufträge bekommen. Damit erhalten wir nicht nur Arbeitsplätze, sondern wir schaffen sogar Arbeitsplätze.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das geht nach Vergaberecht gar nicht!)

- Natürlich wird es da eine normale Vergabe geben, aber glauben Sie mir: Unsere schleswig-holsteinischen Unternehmen sind so gut, dass sie da einen Auftrag bekommen können. Ich glaube, es ist genau der richtige Weg - bevor man am Jahresende dieses alles wegspar -, dass man sagt: Im Rahmen dessen, was uns erlaubt ist, versuchen wir, da einen Impuls zu setzen. Der Impuls von 50 Millionen € ist kein kleiner **Impuls**. Das ist genau die richtige Politik, und die schafft eben Arbeitsplätze, Einkommen und Wachstum.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Das Gleiche gilt natürlich auch für den **Kita-Ausbau**. Da läuft es genauso. Auch da haben wir gesagt, dass wir uns nicht verklagen lassen wollen. Wir wissen auch nicht, was am Ende herauskommt, sondern wir handeln jetzt. Wir handeln das mit den Kommunen aus, damit die Kommunen Planungssi-

(Lars Harms)

cherheit haben, damit Kindertagesstättenplätze geschaffen werden. Das ist gut für die Kinder, das ist gut für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das ist aber auch gut für die Unternehmen, die natürlich auch da wieder Aufträge generieren können.

Wenn wir über das **Tariftreuegesetz** reden, ist es so: Wir schaffen **Wettbewerbsgleichheit** für die Unternehmen. Das ist zum Vorteil der Unternehmen. Wir schaffen aber auch mehr Einkommen für die Beschäftigten, die endlich einen vernünftigen Lohn bekommen, den sie dann auch vernünftig konsumieren können. Auch das ist wichtig. Wir sparen **Sozialkosten** bei den Kommunen, die auf einmal nicht mehr so hohe Leistungen für Aufstocker bezahlen müssen, weil die Leute jetzt einen vernünftigen Lohn bekommen. Ich glaube nicht, dass das unbedingt gegen die Wirtschaft und gegen das Wachstum gerichtet ist, sondern auch das Tariftreuegesetz wird dazu führen, dass wir mehr Wachstum bekommen werden.

Ein weiterer Punkt ist - das ist vorhin angesprochen worden - der **Ökolandbau**: Ihr macht irgendetwas für Ökolandbau, und das ist eure große Politik. - Es geht auch da um Chancengleichheit. Alle anderen Bundesländer fördern den Ökolandbau. Das einzige Land, das das in den letzten Jahren nicht getan hat, waren wir. Das bedeutet, dass wir einem Wirtschaftszweig, der durchaus prosperierend ist, weil dem Ökolandbau tatsächlich eine tolle Zukunft vorhergesagt wird, in unserem Land schlechtere Startchancen geben, als er in anderen Bundesländern hat.

Das kann keine Landesregierung in irgendeiner Art und Weise verantworten. Deswegen werden wir dies ändern. Das ist gut so, das ist keine Klientelpolitik, sondern richtige, echte Wirtschaftspolitik.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Bei alledem, was wir da tun, können wir nie am Ende sein, sondern wir müssen natürlich auch auf **Bundesebene** gucken, dass wir **Steuermehrnahmen** bekommen. Wir haben im Land Schleswig-Holstein wenige Möglichkeiten dafür. Es sind schon die Vermögensteuer, Einkommensteuer und Erbschaftsteuer angesprochen worden. Selbstverständlich muss da etwas geschehen. Niemand soll sich Sorgen machen, dass wir das hohe Niveau der Regierung Kohl jemals erreichen werden. Da gab es wirklich hohe Sätze und hohe Einnahmen. Solche Forderungen gibt es von uns gar nicht. Aber dass etwas getan werden muss, damit die starken Schultern dazu beitragen, dass der Staat angemessen

arbeiten kann und in der Lage ist, den sozial Schwachen zu helfen und ausgleichend tätig zu sein, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit und unser Staatsverständnis sein. Zumindest ist das mein Staatsverständnis; dafür haben wir den Staat, dass er einen solchen Ausgleich schafft.

Meine Damen und Herren, ein Letztes zu diesem Thema: **Steuerhinterzieher** einfach so laufen zu lassen, auch mit dem Hinweis, dann hätten wir vielleicht kurzfristig ein paar Einnahmen, ist der falsche Weg. Wenn jemand Steuern hinterzieht, ist er zu verfolgen, dann hat er seine Steuern hier zu entrichten. Nichts anderes darf die Maßgabe sein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das machen wir schon seit 40 Jahren!)

Denn jeder normale kleine Handwerker, jeder normale kleine Angestellte, jeder normale kleine Arbeiter kann es nicht verstehen, dass bei ihm die Knete abgezogen wird, aber dass, je mehr Kohle man hat, man es desto leichter hat mit dem Staat, sich einen auszuhökern, um Steuern zu sparen. Das kann nicht die Botschaft eines Staates sein. Deswegen muss das geändert werden.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Blödsinn!)

Meine Damen und Herren, die von CDU und FDP vorgetragene Kritik an unserem Haushalt als unsachlich darzustellen, wäre gewiss nicht fair. Aber ich habe den Eindruck, dass sich Schwarz-Gelb wie zu Regierungszeiten eher mit dem Taschenrechner auseinandergesetzt hat als mit den Inhalten.

(Beifall SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kubicki?

**Lars Harms [SSW]:**

Aber selbstverständlich.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Eine Zwischenbemerkung und eine Zwischenfrage, Lars Harms, weil ich nicht will, dass etwas falsch stehen bleibt. - Mit dem **deutsch-schweizerischen Steuerabkommen** ist vorgesehen, dass die Schweizer Banken bei deutschen Steuerpflichtigen per se die Erträge nach deutschem Steuerrecht abziehen, einbehalten und abführen, etwas, was es bisher nicht gibt. Sind wir uns vielleicht einig, dass wir in den letzten 50 Jahren alle dafür werben und Sor-



(Lars Harms)

ge tragen, dass Steuerhinterziehung verfolgt wird, und die Erfolgsquote bisher vergleichsweise gering gewesen ist und das neue Abzugssystem vielleicht ein besseres System wäre, um tatsächlich Erträge zu erzielen, die man sonst nicht bekommt?

- Darüber sind wir uns nicht einig, weil ich an dem Grundsatz festhalte, dass der Staat diejenigen, die Steuern in der Bundesrepublik Deutschland hinterziehen, nach geltendem Recht verfolgen muss.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Das kann nicht anders sein, auch wenn es sich nach Ihrer Rechnung möglicherweise besser darstellt und der Staat Mehreinnahmen hat. Es kann nicht sein, dass ein Reicher anders behandelt wird als der, der nicht so viel hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wird er doch gar nicht!)

- Das ist nicht mein Verständnis, Herr Kubicki, da sind wir definitiv auseinander.

(Beifall SSW und SPD)

Der Kollege Callsen will ja eine **schwarze Haushaltsnull**. Das hat er vorhin erklärt. Das ist natürlich auch toll, das wollen auch wir. Aber Herr Callsen will sie sofort, und zwar um jeden Preis. Das ist der Unterschied, und das verdeutlicht, dass er die Botschaft der Wähler noch nicht begriffen hat. Dass er das früher gesagt hat, ist okay, damit kann ich leben, aber wenn der Wähler gesprochen hat, hätte er eigentlich begreifen müssen, was der Wähler davon denkt. Denn genau mit dieser Taschenrechnermentalität hat es die Vorgängerregierung in kürzester Zeit geschafft, wichtige Bereiche kaputtzusparen. Sie hat minderheitenpolitisches und damit auch internationales Porzellan zerschlagen, und sie hat das Land mit sozialer und kultureller Kälte überzogen. Das ist so. Der Schuldenabbau wurde vorzugsweise auf dem Rücken der schwächsten Glieder unserer Gesellschaft ausgetragen: bei Blinden, bei Frauen in Not, bei den nationalen Minderheiten, Kulturvereinen und auch bei Schülern und Studenten. Kurz gesagt: Ihr Konsolidierungswahn hat einen „sozialen Schuldenturm“ geschaffen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das gucken wir uns mal in einem Jahr an!)

Diesen Schuldenturm, der sich nicht mit dem Taschenrechner abbilden lässt, sondern sich in den Lebensbedingungen der Menschen in Schleswig-Holstein abbildet, wollen wir einreißen, damit unser Land wieder gerechter wird, damit wir wieder

nachhaltig für alle Menschen arbeiten und nicht nur für eine bestimmte Klientel. Dafür wurden wir gewählt, und genau das setzen wir jetzt mit dem vorliegenden Haushalt um, unter Einhaltung der Schuldenbremse selbstverständlich.

Meine Damen und Herren, Geld zu sparen ist nicht alles, wenn man für fast 3 Millionen Bürger in diesem Land Verantwortung hat. Das war die Botschaft, die die Wählerinnen und Wähler bei der letzten Landtagswahl 2012 ausgesprochen haben. Wir haben diese Botschaft verstanden.

Deshalb ist der vorliegende Haushalt ein guter Haushalt, der sich an den Bedürfnissen der Menschen im Land orientiert und nicht an irgendwelchen Taschenrechnerspielchen. Ich bin froh, dass wir als Koalition endlich anders arbeiten als die Vorgängerregierung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich bitte eine geschäftsleitende Bemerkung machen, weil es Nachfragen gegeben hat. Wir haben jetzt nach den Worten des Oppositionsführers entsprechend unserer Geschäftsordnung noch einmal eine Runde der Fraktionsvorsitzenden eingeleitet. Es geht immer noch um die Gesamtrededzeit von 30 Minuten, die wir für jede Fraktion vereinbart haben. Das wird natürlich auf die Gesamtrededzeit angerechnet. Wir eröffnen jetzt die Runde der finanzpolitischen Sprecher, und es steht die dann noch jeweils verfügbare Rededzeit pro Fraktion auf 30 Minuten hochgerechnet zur Verfügung. Selbstverständlich ist die Finanzministerin am Ende der Runde der finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher dran. Dann gilt das, was nach unserer Geschäftsordnung immer gilt: Falls die Finanzministerin die Gesamtrededzeit überziehen sollte, geht es wieder von vorn los. Dreiminutenbeiträge sind sowieso möglich.

Gestatten Sie mir, weil ich das Präsidium gleich an den Vizepräsidenten abgebe, noch den Hinweis, dass ich um 18 Uhr zu dem Empfang des Ältestenrats gehen werde. Wir haben heute mehrheitlich miteinander beschlossen, dass nach den Haushaltsberatungen und Abstimmungen, die einige Zeit dauern werden, noch das Sparkassengesetz diskutiert wird. Ich sage das extra an dieser Stelle, um das der Öffentlichkeit klarzumachen. - Vielen Dank, Herr Stegner, für den Hinweis. Das ist dann eben so, wie es ist. Die Parlamentsarbeit geht vor.

**(Präsident Klaus Schlie)**

Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, dass zumindest ich als Vertreter des Ältestenrats schon einmal hinübergehe und den Versuch unternehme, den gesamten Ältestenrat dort zu repräsentieren.

Jetzt hat in der Runde der finanzpolitischen Sprecher Tobias Koch das Wort.

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten - auch wenn er den Saal gerade verlässt - habe ich mich vorhin gefragt: Herr Albig, was haben Ihre sozialdemokratischen Vorgänger Björn Engholm und Heide Simonis und der damalige Finanzminister Ralf Stegner bloß falsch gemacht? Wieso ist diese angeblich so kluge sozialdemokratische Politik in 17 Jahren SPD-geführter Landesregierung so grandios gescheitert? Das Ergebnis Ihrer Politik war nicht mehr Wachstum, das Ergebnis war weniger Wachstum, mehr Arbeitslose, schlechtere Bildung und vor allen Dingen mehr Schulden.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Warum sollte der Aufguss dieser erfolglosen Politik, die der Ministerpräsident hier heute erneut präsentiert hat, jetzt im zweiten Anlauf besser funktionieren?

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns von dem rosaroten Wolkenkuckucksheim des Herrn Ministerpräsidenten zur Haushaltsrealität zurückkommen. Der Landeshaushalt hat ein Volumen von über 12 Milliarden €, Herr Dr. Breyer. Die **Änderungsvorschläge der Regierungsfaktionen** belaufen sich auf wenige 100.000 €. Trotz dieser überschaubaren Größe der Änderungsanträge ist es Ihnen, Frau von Kalben, nicht gelungen, den Anspruch einer soliden Gegenfinanzierung zu erfüllen. Sie kürzen bei der Beihilfe unserer Landesbediensteten. Das ist Ihr **Deckungsvorschlag**. Genau diese Position hat die Landesregierung zuvor mit ihrer Nachschiebeliste erhöht, mit der Begründung: Anpassung an den Bedarf. Entweder hat die Landesregierung den Landtag falsch informiert, was das Erfordernis und den Bedarf an dieser Haushaltsstelle anbelangt, oder Sie kürzen in unzulässiger Weise bei gesetzlichen Pflichtausgaben, die sich jeder politischen Einflussnahme entziehen. Noch nicht einmal bei dieser Kleinigkeit von wenigen 100.000 € gelingt es Ihnen, eine seriöse Gegenfinanzierung zu liefern.

Zweites Beispiel: Die unverhofften Umsatzsteuer-rückerstattungen bei der GMSH wurden von der

Landesregierung im Haushalt nicht veranschlagt, sondern mit der Nachschiebeliste zum Haushaltsbegleitgesetz im Text versteckt - versteckt wahrscheinlich nicht für uns, sondern eher vor den Begehrlichkeiten Ihrer eigenen Regierungsfaktionen.

(Heiterkeit CDU)

Wir haben es trotzdem gemerkt und angesprochen. Der Herr Staatssekretär erläuterte: Mittel, die über die vorgesehenen Brandschutzmaßnahmen hinausgehen, würden für eine Rückführung der Neuverschuldung eingesetzt. Genau das haben wir beantragt. Was machen Ihre Finanzpolitiker im Ausschuss? Sie lehnen diesen Antrag ab und erklären sogar ganz frank und frei und offenherzig, sie wollten sich die Flexibilität und Freiheit erhalten, dieses Geld auch auszugeben. Das ist es, was Sie wohl meinen, wenn Sie sagen, Sie könnten mit Geld umgehen. Sie können Geld ausgeben. Das scheint Ihre Politik zu sein.

Ich bin ja heilfroh, dass Sie sich eines Besseren besonnen haben und mit Ihrem nach der Sitzung präsentierten Änderungsantrag die zusätzliche unverhoffte Mehreinnahme bei der GMSH doch dazu verwenden, die Neuverschuldung zurückzuführen. Das hätten Sie auch gleich haben können, wenn Sie einmal einem unserer Anträge zugestimmt hätten. Wer auch immer sich in der Koalition durchgesetzt hat - immerhin hat an dieser Stelle die Vernunft gesiegt.

Drittes Beispiel: **Stellenabbau**. Da gab es einen Landtagsspitzenkandidaten und jetzigen Ministerpräsidenten, der durch das Land zog und sagte, er könne 25 % der Aufgaben und 25 % der Mitarbeiter abbauen, wenn man ihn nur machen ließe.

(Anita Klahn [FDP]: Genau! Was ist bisher passiert?)

Jetzt kann er machen. Was sagt er bei der ersten Kleinigkeit, bei der er auf eine neue Aufgabe stößt? - Ich brauche neue Mitarbeiter, neue Staatssekretäre, neue Stellen in der Staatskanzlei. Der Mann hat es nicht verstanden. Ein Stellenabbaupfad beschreibt nicht nur das Ziel, bei dem wir 2020 sein sollen, ein Stellenabbaupfad beschreibt auch den Weg dorthin. Neue Stellen waren da nicht vorgesehen. Frau Finanzministerin, wie konnte Ihnen so etwas durchgehen? Vier neue Stellen entgegen dem Stellenabbaupfad! Da haben Sie noch einiges zu tun.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist eine Investition!)

(Tobias Koch)

Nun mag Ihnen das alles viel zu kleinteilig sein. Taschenrechner sind bei Haushaltsberatungen auch nur hinderlich, haben wir schon gehört. Das ist alles viel zu kleinteilig. Herr Tietze würde das „Buchhalterniveau“ nennen, wenn er heute hier wäre. Ich finde, dieser Begriff ist für einen Haushaltspolitiker durchaus ein Lob.

Kommen wir zu den großen Positionen. In allem Ernst: Da reichen wir Ihnen die Hand. Da gehen wir auf Sie zu und sagen: Wir als Opposition sind bereit, uns dem größten Risiko zu stellen, das diesem Landeshaushalt droht. Wir als Opposition scheuen uns nicht der Verantwortung und werden anders als Grüne und SSW damals uns nicht verweigern

(Zuruf: Und die FDP heute!)

- und die FDP immer noch -, wenn es darum geht, eine notwendige **Garantieaufstockung** bei der **HSH Nordbank** vorzunehmen, wenn die Landesregierung die Augen vor diesen Risiken nicht verschließt und ihre Haushaltspläne darauf einstellt. Was machen Sie mit dieser ausgestreckten Hand? Auch Ihre Hand schnell vor, aber nicht, um unsere Hand zu ergreifen, sondern um uns ins Gesicht zu schlagen.

(Beifall Hans Hinrich Neve [CDU] - Lachen SPD)

Bis heute haben Sie unser Gesprächs- und Verhandlungsangebot zu diesem Thema nicht angenommen.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter - -

**Tobias Koch [CDU]:**

Ich würde meinen Gedanken gern zu Ende führen, Herr Präsident. - Wir unterbreiten einen Vorschlag, wie wir kurzfristig, bereits im Haushalt 2013, die **Neuverschuldung** so niedrig wie möglich ansetzen wollen - als ersten Schritt, um die schwarze Null möglichst schon 2017 zu erreichen. Diese Reduzierung der Neuverschuldung greift noch nicht einmal in rot-grün-blaue Inhalte ein, sondern dient nur dazu, maximale Vorsorge zu treffen, im Haushalt einen maximalen Sicherheitsabstand zu den gesetzlichen Obergrenzen aufzubauen. Und was machen Sie in bester Oppositionsmanier, kaum dass unsere Vorschläge auf dem Tisch liegen? Sie werden von Ihnen in Bausch und Bogen abgelehnt und als Fun-

damentalismus diffamiert. So gehen Sie mit Kooperationsangeboten der Opposition um.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vergiftete Angebote!)

- Was war denn daran vergiftet? - Noch einmal: Sie sagen, Sie kalkulierten Zinseinnahmen und Steuern konservativ und hätten Vorsorge eingebaut. Die größte Vorsorge, die Sie betreiben können, ist, die Neuverschuldung so niedrig wie möglich anzusetzen. Das haben wir vorgeschlagen. Dadurch wird nichts von ihrer Politik konterkariert. Das wäre zustimmungsfähig gewesen, wenn Sie ein klein wenig nachgedacht und gesagt hätten: Das ist vertretbar, das können wir machen. Das ließe Ihnen auch in der Zukunft alle Möglichkeiten, mit eigener Mehrheit einen Nachtrag zu verabschieden, mit eigener Mehrheit im Laufe des Jahres das Sondervermögen PROFI einzurichten. Das war die eine Bedingung, die wir bei diesen Haushaltsberatungen hatten. Sie lehnen diese ausgestreckte Hand ab. Das ist die Arroganz der Macht, von der der Kollege Garg in anderem Zusammenhang vollkommen zu Recht gesprochen hat.

Meine Damen und Herren, Sie fahren diesen Haushalt an die Wand. Unter günstigsten Voraussetzungen sind Sie nicht in der Lage, einen seriösen Haushalt aufzustellen. Wir haben einen Haushalt übergeben, der 2012 nahezu ausgeglichen abschließen wird. Sie haben glückliche Begleitumstände wie 15 Millionen € zusätzliche Umsatzeinnahmen bei der GMSH. Trotzdem schaffen Sie es nicht, diesen Haushalt seriös aufzustellen, seriös gegenzufinanzieren und Risikovorsorge zu betreiben. Sie kriegen es 2013 nicht hin. Wie wollen Sie es 2014 und in den Folgejahren schaffen, wenn Sie es jetzt, unter günstigsten Rahmenbedingungen, nicht hinkommen?

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Koch, erlauben Sie jetzt eine Zwischenfrage?

**Tobias Koch [CDU]:**

Ja, jetzt bin ich mit meinem Gedanken am Ende.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Sehr verehrter Herr Kollege Koch, ganz abgesehen davon, dass es uns ganz extrem fernliegt, jemandem ins Gesicht zu schlagen, auch nicht der ehrenwerten Opposition - insofern weiß ich gar nicht, wo Sie Ihre Bilder hernehmen - finde ich vor dem Hintergrund, dass wir hier ge-

(Tobias Koch)

meinschaftlich in einer schwierigen Aktion die **Garantierhöhung** für die **HSH-Nordbank** beschlossen haben und der Finanzminister von 2005 bis 2012, Rainer Wiegard, Mitglied Ihrer Fraktion ist, nicht, dass Sie das in einen Kontext bringen sollten, als sei das Ausdruck besonderer Großzügigkeit. Das ist für mich das Mindestmaß an Verantwortung, Herr Kollege Koch. Ich unterstelle Ihrer Fraktion selbstverständlich, dass sie sie wahrnimmt. Das hat überhaupt nichts mit den sehr kleinteiligen Punkten zu tun, die Sie hier aufgeführt haben. Ich gehe davon aus, dass die Union - anders als die FDP - ihre Verantwortung wahrnimmt, die wir gemeinschaftlich getragen haben, und dass das auch für die Zukunft gilt. So wie ich den Kollegen Wiegard kenne, gehe ich davon aus, dass das immer noch gilt.

(Beifall SPD und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Dr. Stegner, ich würde auf Ihre Anmerkung gern antworten. Ich kann mich gut daran erinnern, wie damals in der Großen Koalition die HSH-Rettung gemeinsam beschlossen wurde. Im Vorfeld haben Sie uns eine Forderung, eine Resolution nach der anderen präsentiert und gesagt, nur unter diesen Bedingungen sei die SPD bereit zuzustimmen. Darauf haben wir uns gemeinsam verständigt. Genau so haben wir jetzt eine einzige Bedingung formuliert. Wir haben nämlich gesagt, die Risiken, die absehbar auf uns zukommen, müssen Niederschlag in unserer Haushaltsplanung finden. Das war unsere einzige Bedingung. Bei Ihnen war es ein langer Katalog. Wir nennen eine Bedingung. Und wir müssen feststellen, dass diese Regierungsmehrheit, die auf einer einzigen Stimme beruht, nicht bereit ist, auf diesen Wunsch, auf diese Forderung der Opposition einzugehen, nicht einmal Gespräche dazu zu führen.

Damit gibt es keine Gemeinschaft zwischen Regierungsfractionen und Oppositionen. Sie nutzen unser Angebot nicht. Wir haben Ihnen signalisiert, wir wären unter dieser Voraussetzung bereit dazu. Sie haben die Chance vertan. Sie sagen: Wir beschließen mit unserer Mehrheit einen Haushalt, wir lehnen alle Oppositionsanträge ab, soll doch die Opposition fordern, was sie will, wir haben ja mit einer Stimme die Mehrheit, wir machen das jetzt so, und das war's, soll doch die Opposition sehen, wo sie bleibt. - Das meine ich, wenn ich sage: Sie schlagen uns ins Gesicht, wenn wir auf Sie zugehen und Sie so antworten. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat der finanzpolitische Sprecher, Herr Abgeordneter Lars Winter, das Wort.

**Lars Winter [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Koch, als Sie Ihre Rede begonnen haben, habe ich gleich angefangen, mir Notizen zu machen, weil ich auf den einen oder anderen Punkt eingehen wollte. Aber es kam so viel Unsinn dabei heraus, dass ich meine fünf Minuten Redezeit verschwenden würde, würde ich das tun.

Zur Handreichung mit der **HSH Nordbank** will ich Ihnen nur sagen: Wir haben in den verschiedenen Finanzausschusssitzungen darüber gesprochen und gesagt, für 2013 sind keine Einplanungen für die HSH-Absicherung zu machen. So viel dazu!

Wehrte Kolleginnen und Kollegen - ich muss ein bisschen durchrasen -, wir beraten heute in zweiter Lesung den Landeshaushalt 2013.

(Rainer Wiegard [CDU]: Das wussten wir schon!)

Es ist der erste Haushalt, den ich als Mitglied dieses Hauses mitverantworten darf. Ich bin mit dem Ergebnis sehr zufrieden. Mein Fraktionsvorsitzender Dr. Ralf Stegner hat unsere Schwerpunkte heute Vormittag klar umrissen: Wir setzen **Akzente**. Uns fällt zum Thema Konsolidierung mehr ein als ein Wettbewerb um Sparfleißpunkte. Schleswig-Holstein setzt unter der Regierung von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW einen deutlichen Schwerpunkt in Sachen **Bildung** und **soziale Gerechtigkeit**. Das wurde schon mehrfach gesagt. Die zweite gute Nachricht ist: Wir bleiben verlässlicher Partner in Sachen **Schuldenbremse**. Sie unterstellen hier immer, wir seien das nicht. Genau das Gegenteil ist der Fall. Natürlich unterscheiden sich die Ansätze von Koalitionsfraktionen und Opposition. Es wäre doch verwunderlich, wenn es anders wäre. Es gibt verschiedene Wege, die Schuldenbremse einzuhalten. Akzeptieren Sie das doch. Es wird Sie nicht verwundern, dass ich davon überzeugt bin, dass der Weg richtig ist, den wir jetzt heute einschlagen und mit dem Haushalt beschließen werden.

Ich sage aber auch deutlich, Herr Kollege Koch und Kollegen von der Opposition: Auch der Weg der Vorgängerregierung war legal. Wir teilen allerdings nicht ihre Auffassung, wie und mit welchen Prioritäten

(Lars Winter)

täten die Schuldenbremse umgesetzt und die Haushaltskonsolidierung betrieben werden soll.

Wenig hilfreich ist, dass CDU und FDP so tun, als verabschiede sich Schleswig-Holstein unter der neuen Landesregierung vom Konsolidierungspfad. Das stimmt nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das wissen Sie auch.

(Widerspruch CDU)

- Doch, doch, Sie wissen das. Sie wollen das nur nicht zugeben. - Im Mai letzten Jahres wurde auch die Haushaltspolitik, die Sie vertreten haben, abgewählt. Sie haben offenbar bis heute nicht verstanden, dass die Form der Haushaltspolitik, die Sie in der Zeit von 2009 bis 2012 an den Tag gelegt haben, nicht die ist, die die Mehrheit der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner haben wollte.

(Beifall SPD)

Sie wollen nicht, dass die Haushaltsansätze ohne Beteiligung der Vereine und Verbände und ohne die **Beteiligung der Betroffenen** mit der Rasenmähermethode gekürzt werden. Sie wollen Partizipation. Ich meine damit nicht Sie, sondern die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner.

(Zuruf CDU: Wir auch!)

Sie wollen beteiligt werden, und sie wollen mitreden. Das ist das, was sie heute auch tun.

Der Kollege Garg und der Kollege Kubicki haben heute Morgen beziehungsweise gerade eben ausgeführt, dass die rot-grün-blaue Koalition das verfrühtückte, was Schwarz-Gelb in den letzten zwei Jahren erwirtschaftet habe. Nein, wir heilen mit diesen Mitteln, was Sie in Ihrer Regierungszeit zerstört haben. In Ihrer Regierungszeit haben Sie begonnen, gut gewachsene Strukturen und aufgebautes Vertrauen zu zerstören.

(Widerspruch Wolfgang Kubicki [FDP])

So ist das.

(Beifall SPD und SSW)

Die Änderungsanträge, die die Kollegen von der FDP in den Finanzausschuss eingebracht haben, umfassen Kürzungen in Millionenhöhe. Ihre alleinige Begründung lautete: zur Einhaltung des Konsolidierungspfades. - Ich lasse keine Zwischenfragen zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es reicht doch nicht, nur zu sagen: zur Einhaltung des Konsolidierungspfades. Wenn Sie im Migrationsbereich mas-

siv kürzen wollen, oder wenn Sie bei den dänischen Schulen, bei den Frauenhäusern oder bei der energetischen Sanierung massiv kürzen wollen, dann ist das kein kompetenter Beitrag für ein Schleswig-Holstein von morgen. Wenn Sie tatsächlich meinen, dass ein **Sparen an Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit** gut für die Zukunft unserer Gesellschaft sei, dann sage ich: Zum Glück wurde auch diese Auffassung im Mai 2012 abgewählt.

Meine Damen und Herren von der FDP, Ihr gemeinsames Beharren mit der CDU, das Freiwillige Ökologische Jahr oder das Freiwillige Soziale Jahr mit weniger Mitteln auszustatten, beziehungsweise Ihre fehlende Bereitschaft, diese Mittel aufzustocken, sind ein Schlag in das Gesicht derjenigen jungen Menschen, die sich für ein soziales und ökologisches Umfeld engagieren möchten.

(Christopher Vogt [FDP]: Bundesdurchschnitt!)

- Die Lampe blinkt und zeigt mir meine restliche Redezeit. Daher kann ich meine Rede nicht fortführen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Ich kann Ihnen das aber nicht ersparen, ich gebe das zu Protokoll. Wichtiger als Ihre Verfehlungen hier aufzuführen, ist mir, mich für die gute Zusammenarbeit im Finanzausschuss zu bedanken. Auch wenn wir anderer Meinung waren und uns hin und wieder gestritten haben, so geschah dies in der Sache. Ich möchte mich bei Ministerin Heinold und beim Finanzministerium sowie bei der Landtagsverwaltung bedanken. Haushalt mag eine ernste Angelegenheit sein, das ist ohne Zweifel so. Mit Ihnen aber macht Haushalt Spaß. - Ich danke für die Aufmerksamkeit und freue mich nachher auf die Beschlüsse.

(Beifall SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das war der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Lars Winter, der sicherlich in einem Dreiminutenbeitrag noch einige Ergänzungen haben wird. Das war dann auch die Antwort auf die Frage. - Jetzt hat Herr Rasmus Andresen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Mein Vorteil ist, dass ich ein bisschen mehr Redezeit habe als der Kollege. - Oh, ich habe sogar

**(Rasmus Andresen)**

16 Minuten. Die werde ich nicht ausreizen. Vielleicht bleiben am Schluss noch ein paar Minuten für die SPD-Fraktion übrig.

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Frage ist jetzt, was man zu diesem Zeitpunkt in der Debatte noch sagt. Frau von Kalben hat heute Morgen für die grünen Fraktion die Schwerpunkte sehr deutlich gemacht. Sie hat sehr deutlich gemacht, warum wir diesem Haushaltsentwurf einschließlich der Änderungen, die von uns als Fraktion noch vorgenommen wurden, nachher geschlossen zustimmen werden.

Jetzt bleibt nur noch, sich mit den Dingen auseinanderzusetzen, die im Rahmen der letzten Stunden von der Opposition als Vorwürfe an uns herangetragen wurden. Hier gibt es vieles zu sagen. Zum einen sind sie nicht sonderlich konsistent. Sie laufen zum Großteil ins Leere, und sie können unter dem Stichwort Tricksereien abgetan werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen FDP)

Herr Koch und Herr Garg, ich kann das teilweise verstehen. Irgendetwas muss man als Opposition kritisieren.

(Christopher Vogt [FDP]: Eigentlich ist alles toll!)

Wenn man immer wieder merkt, dass bestimmte Ansätze, wie zum Beispiel bei der HSH-Vorsorge, worauf ich gleich noch zu sprechen komme, oder beim FDP-Vorstoß vor einigen Monaten, ins Leere laufen, dann muss man sich neue Kritikpunkte ausdenken. Ich möchte zumindest auf einige eingehen.

Bevor ich das aber tue, möchte ich die CDU-Fraktion in zwei Punkten loben und in einem dritten Punkt im Zusammenhang mit der Abstimmung eine Aufforderung damit verbinden. Lars Harms hat es auch getan: Ich möchte Sie beim Thema Gleichstellung der dänischen Schulen loben. Lars Harms hat vorhin schon deutlich gemacht, dass Sie inzwischen wieder bei 100 % gelandet sind. Das ist ein gutes Signal. Es ist nach den Abstimmungen zu der Frage der Aufnahme der Sinti und Roma in die Landesverfassung ein weiteres Signal in der Minderheitenpolitik, das wir sehr ernst nehmen. Ich glaube, dies wird dazu führen, dass wir in der Minderheitenpolitik in den nächsten Jahren noch viel gemeinsam machen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich nehme auch zur Kenntnis, dass Sie noch vor einer Woche im Zusammenhang mit dem **Strukturbudget der Hochschulen** Kürzungen vornehmen wollten und diese direkt auf die Hochschulen umlegen wollten. Nachdem wir im Finanzausschuss Beratungen zu der Sinnhaftigkeit von einigen Projekten, beispielsweise zur Europa-Universität in Flensburg, aber auch im Zusammenhang mit der Stärkung des Lehramtes, durchgeführt hatten, haben Sie Ihre Anträge zurückgezogen. Sie wollen jetzt in diesen Bereichen nur noch minimal kürzen. Der Großteil soll bleiben. Auch das ist ein gutes Signal in der Hochschulpolitik.

Es gibt einen dritten Punkt, den ich mit Freude zur Kenntnis nehme: Die Junge Union hat Sie heute per Pressemitteilung dazu aufgefordert, beim Thema **eingetragene Lebensgemeinschaften** Ihre konservative Politik zu beenden und gemeinsam mit allen anderen Parteien den Weg in die Moderne zu gehen. Das können Sie in dieser Landtagstagung bei genau zwei Punkten beweisen. Sie können es heute beweisen, wenn wir gleich in Einzelabstimmungen, die wir als Koalitionsfraktionen beantragt haben, zum Thema Familienzuschlag abstimmen werden. Sie können es auch am Freitag beweisen, wenn der Antrag der FDP-Fraktion zum Thema steuerrechtliche Gleichstellung bei eingetragenen Lebenspartnernschaften, dem wir anderen uns angeschlossen haben, beschlossen werden soll. Zeigen Sie, auf welcher Seite Sie in der innerparteilichen Debatte stehen und modernisieren Sie Ihre Partei ein Stück weit, so wie die Junge Union es von Ihnen erwartet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt PIRATEN)

In vielen anderen Punkten aber beweisen Sie, dass Sie in der Finanzpolitik zwar hohe Ansprüche formulieren, was man unter dem Stichwort „Schuldenbremsenfundamentalismus“ zusammenfassen kann, Ihren eigenen Ansprüchen aber nicht gerecht werden. Wenn Sie Ihren eigenen Vorstoß zum Thema Schuldenbremse bis 2017 einhalten würden, dann müssten Sie im Laufe der nächsten Jahre über 300 Millionen € mehr einsparen oder kürzen, als wir es nach der Verfassung eh schon tun müssten.

Herr Koch, natürlich hat dies Auswirkungen auf die politischen Gestaltungsspielräume des Landtags und auf die Haushaltsberatungen der nächsten Jahre. Sie bleiben den Nachweis schuldig, wie Sie das machen wollen. Das, was Sie vorlegen, wird dem Ganzen nicht gerecht. Im Prinzip machen Sie Luftbuchungen an den Stellen, an denen wir Puffer eingebaut haben. Sie rechnen damit, dass das Zinsniveau, das jetzt schon sehr sportlich und sehr niedrig

**(Rasmus Andresen)**

ist, erst einmal so bleibt. Kein Mensch weiß, ob das so sein wird, aber Sie arbeiten damit. Das ist finanzpolitisch nicht nachhaltig. Es ist sogar das Gegenteil, es ist sehr fahrlässig.

(Wortmeldung Tobias Koch [CDU])

- Ich glaube, hier gibt es eine Frage.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

(Heiterkeit)

**Tobias Koch [CDU]:** Vielen Dank, Herr Kollege Andresen. Vielen Dank, Herr Präsident, für die Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit)

Herr Kollege Andresen, Sie haben gerade erläutert, dass wir in den nächsten Jahren ein um 300 Millionen € größeres strukturelles Defizit abbauen müssten, als sonst bis 2020 vorgesehen ist.

Würden Sie mir recht geben, dass Sie uns immer vorgeworfen haben, dass wir immer mehr kürzten als notwendig sei, sodass wir das strukturelle Haushaltsdefizit schon 2012 deutlich stärker abgesenkt hatten, als es 2012 zulässig und notwendig gewesen wäre. Statt 900 Millionen € werden wir bei einem strukturellen Defizit von 600 bis 700 Millionen € landen. Diese 300 Millionen € haben wir schon erbracht. Sie machen das leider wieder rückgängig; vielleicht nicht in voller Höhe, aber in großen Teilen. Sie machen dies wieder rückgängig, indem Sie den gegenteiligen Weg einschlagen. Sie müssten nur unseren Weg fortsetzen und den eingeschlagenen Kurs fortführen, dann wäre dies bis 2017 ohne Weiteres möglich.

- Den eingeschlagenen Weg zu beenden, ist genau der Grund, warum wir gewählt wurden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Abgesehen davon zeigt Ihr eigener Wortbeitrag nach dem Einwurf der Finanzministerin, dass Ihre Rechnung nicht so ganz stimmt.

Ich sage Ihnen, warum Ihre Rechnung bei diesem Haushalt nicht aufgeht: Ich habe eben schon gesagt, dass Sie bei der **Zinslast** etwas tricksen. Sie rechnen mit Zinsen, mit denen seriöse Finanzpolitiker nie rechnen würden. Bei den Steuermindereinnahmen ist das ähnlich. Warum planen wir denn bei den Steuermindereinnahmen - anders als Sie - einen um 10 Millionen € größeren Puffer ein? Weil wir damit rechnen können, dass kurz vor der Bundestagswahl - vielleicht auch in Bezug auf Bayern -, sozusagen kurz vor Toresschluss, mal wieder irgendwelche Wählergeschenke von Schwarz-Gelb verteilt werden. Deswegen müssen wir jetzt erst einmal mit diesem Puffer planen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Frage des Abgeordneten Koch?

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja, grundsätzlich schon.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Tobias Koch [CDU]:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. Können Sie uns erläutern, was wir mit dieser Trickserei Ihrer Meinung nach machen? Was machen wir mit diesem Geld? Was machen wir mit den höheren Zinsaufwendungen, die Sie eingestellt haben, und der globalen Steuermindereinnahme? Was machen wir damit?

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich kann Ihnen sagen, was Sie damit machen: Sie täuschen damit vor, dass Sie eine seriösere Haushaltspolitik machen als wir, was de facto aber nicht zutrifft, weil der Sachverhalt so ist, wie ich es gerade eben ausgeführt habe.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sowohl bei den Steuermindereinnahmen wie bei der Zinslast sind das zwar elegante Rechenricks, aber sie sind doch sehr auffällig, und sie helfen haushaltspolitisch de facto überhaupt nicht.

Ich wurde vorhin von unterschiedlichen Personen auf einen **Zeitungsartikel**, der zwischen den Feiertagen erschienen ist, angesprochen. Da er von den

(Rasmus Andresen)

Kollegen der Opposition nicht ganz richtig verstanden worden ist, will ich hier Folgendes noch einmal deutlich machen: Natürlich ist die finanzpolitische Situation nicht rosig - das überrascht keinen -, und natürlich müssen wir in den nächsten Jahren ziemlich viel leisten, um die Schuldenbremse einhalten zu können. Ich habe aber nicht die Befürchtung, dass unsere Koalition an diesem Ziel scheitern wird. Allerdings gilt natürlich auch - darauf habe ich lediglich hingewiesen -, dass die Bundestagswahl in der Frage der **Steuerpolitik** einen erheblichen Einfluss darauf hat, wie die Länder in den nächsten Jahren auf der Einnahmeseite aufgestellt sein werden. Das haben wir schon in der Opposition gesagt. Das ist nach wie vor unsere Position. Es geht auch darum, ein gerechteres Steuersystem auf Bundesebene zu schaffen, was zu Mehreinnahmen für die Länder führt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Als wir noch in der Opposition waren und als wir im Wahlkampf waren, haben Sie immer dieselbe Schallplatte aufgelegt. Mit dieser Bemerkung will ich neun Minuten vor dem eigentlichen Ende schließen, lieber Lars Winter. Sie haben immer gesagt: Wenn Rot-Grün-Blau kommt, dann wird die Schuldenbremse gerissen, dann wird eine unseriöse Haushaltspolitik betrieben, dann gibt es gar keine Sicherheitspuffer mehr, dann steht das Land kurz vor dem Chaos, weil Rot-Grün-Blau regiert. Jetzt haben Sie festgestellt, dass Rot-Grün-Blau die **Schuldenbremse** doch einhält. Ich kann verstehen, dass das bei Ihnen die Frage aufwirft: Was machen wir? Die FDP sagt dann: Das ist alles auf Kante genäht; warten wir einmal ab, wie lange das hält. Die CDU sagt dann: Eigentlich müsste die Schuldenbremse noch viel intensiver ausgereizt werden. Man findet sozusagen immer wieder neue Parameter, um diese Koalition zu kritisieren. Darauf fallen wir nicht herein. Wir machen eine gute Haushaltspolitik. Wir haben im Rahmen der Haushaltskonsolidierung klar Schwerpunkte gesetzt. So wird das weitergehen. Wenn wir eine Bundesregierung haben, die endlich einmal eine gute Steuerpolitik macht, dann hilft uns das; aber wir sind davon nicht abhängig. - Schönen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Jetzt steht der FDP-Fraktion eine Restredezeit zur Verfügung. - Herr Abgeordneter Dr. Garg, Sie haben das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Winter, ich fand es bemerkenswert, wie Sie hier den Vorwurf von sich gewiesen haben, Sie würden das, was die Vorgängerregierung erwirtschaftet hat, verfrühstücken. Sie haben gesagt, dass Sie das nicht verfrühstücken, sondern angebliche Verfehlungen heilen würden. Nehmen wir einmal an, Sie verändern etwas, was ausgabenwirksam ist. Es ist ja Ihr gutes Recht, andere Schwerpunkte zu setzen. Können Sie dem geschätzten Haus erklären, mit welchen Mitteln Sie diese Veränderungen, die Sie hier vorgestellt haben, finanzieren?

(Zuruf Lars Winter [SPD])

- Sie können das eben nicht darstellen, weil Sie genau das verbrauchen, was die Vorgängerregierung Ihnen hinterlassen hat, um Ihre Wahlgeschenke zu finanzieren. Sie wären mitnichten in der Lage, irgendetwas auszugeben, wenn wir nicht zuvor dafür gesorgt hätten, dass etwas vorhanden ist, was Sie jetzt ausgeben können. Wenn wir denselben finanzpolitischen Kurs gefahren wären, den Sie jetzt fahren, was würden Sie dann heute machen? Was für einen Haushalt würden Sie dann vorlegen? Das sollten Sie dem Hohen Haus in Ihrem nächsten Redebeitrag einmal erklären.

Weil sich hier der eine oder andere darüber lustig gemacht hat, dass wir bei den **Tarifverstärkungsmitteln** eine ganz konkrete Summe zur Gegenfinanzierung in den Haushalt eingestellt haben, möchte ich auf einen Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 23. Januar 2013, also von heute, mit der Überschrift „**Öffentlicher Dienst** steht vor hartem Konflikt“ hinweisen. Ich zitiere:

„Bereits jetzt verdienen viele Beschäftigte bei den Ländern weniger als ihre Kollegen bei Bund und Kommunen. Gemäß einer internen Aufstellung von ver.di erhält eine Krankenschwester an einer Uniklinik - also einem Landeskrankenhaus - im Monat 61 € weniger als die Schwester an einem Kreiskrankenhaus. Nach der nächsten, für August vereinbarten Erhöhung wird die Differenz sogar 101 € betragen. Bei Straßenwärtern und Bühnenhandwerkern sind die Unterschiede ähnlich groß, in der IT-Administrati-



**(Dr. Heiner Garg)**

on beträgt die Differenz jetzt 86 €, von August an sogar 138 €.“

Genau das ist der Grund, warum wir die zeit- und wirkungsgleiche **Übertragung** eines **Tarifabschlusses** im öffentlichen Dienst fordern, übrigens auch finanziell hinterlegt. Wir wollen nicht, dass das Land ein billiger Arbeitgeber wird. Wir wollen, dass „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch für die Landesbeamten gilt. Wenn Sie dasselbe wollen, wenn Sie diesen Missstand beseitigen wollen, dann müssen Sie nachher Farbe bekennen, dann müssen Sie nachher dem FDP-Antrag in namentlicher Abstimmung zustimmen. Ich jedenfalls gehe davon aus, dass das bisher Politik der Sozialdemokratie gewesen ist.

Ein Letztes, Herr Kollege Breyer: Ich habe überhaupt kein Problem damit, dass die regierungstragenden Fraktionen die eine oder andere Einzelabstimmung zu dem einen oder anderen Änderungsantrag der FDP oder der Koalitionsfraktionen fordern. Ich habe kein Problem damit, den **Sparkurs** der vergangenen zweieinhalb Jahre hier zu verteidigen. Ich stehe dazu, genauso wie die gesamte FDP-Fraktion. Das schließt ausdrücklich auch unpopuläre Maßnahmen, über die Sie nachher abstimmen lassen wollen, ein. Wir haben das nicht aus Jux und Tollerei getan oder um irgendjemandem wehzutun, sondern weil wir der Auffassung waren, dass das der einzige mögliche Weg war, um auf einen Konsolidierungspfad zu kommen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Ich formuliere meinen letzten Satz, Herr Präsident. - Ich bin erstaunt darüber, dass sich der eine oder andere von diesem Sparkurs offensichtlich zumindest partiell verabschieden möchte. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Jetzt habe ich noch eine Restredezeit für die Abgeordneten des SSW. - Ich erteile dem Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte trotz der fortgeschrittenen

Stunde die Gelegenheit nutzen, noch einmal deutlich zu machen, warum es für den SSW so wichtig ist, dass wir den Haushalt in der Form verabschieden, wie er heute vorliegt.

Wir werden hinsichtlich der **Energiewende** wesentliche Fortschritte erreichen. Wir werden den **Tourismus** stärken, und wir werden insbesondere durch diesen Haushalt und die politischen Entschlüsse, die wir in der letzten Zeit getroffen haben, den **ÖPNV** im ländlichen Bereich stärken. Sie ahnen es: Das sind alles Punkte, die im Norden Schleswig-Holsteins eine besondere Relevanz haben, die gerade bei mir, an der Westküste, in Nordfriesland, sehr wichtig sind. Allein das ist ein sehr wichtiger Grund für den SSW, sich im Rahmen der Haushaltsberatungen sehr dafür einzusetzen.

Dass wir bei uns im SSW **soziale Gerechtigkeit** sehr großschreiben und sich das natürlich auch im Haushaltsentwurf widerspiegelt, ist etwas, worauf ich, glaube ich, nicht länger eingehen muss.

Zum Thema **Bildung** möchte ich Folgendes sagen - das ist noch nicht gesagt worden; ich finde aber, dass es wichtig ist, dass man das sagt -: Wir stärken die Gemeinschaftsschulen. Man könnte auch sagen: Dass man das macht, zeigt, dass das eine sehr dänisch orientierte Politik ist. Dass wir bei dieser Politik dabei sein dürfen, finden wir ausgezeichnet.

Zu guter Letzt: Wir ändern endlich die **Minderheitenpolitik**. Wir glauben, dass das ohne unsere Beteiligung nicht so möglich gewesen wäre. Auch das ist ein wichtiger Grund, warum wir diesen Haushalt so gut finden. Der Haushalt ist gut. Er ist in sich konsistent, und - das ist für uns ganz wichtig - er ist auch ein bisschen skandinavisch, nicht nur wegen uns, aber auch wegen uns. Damit kann der SSW gut leben. Er freut sich schon auf die nächsten Haushalte, die möglicherweise auch ein bisschen skandinavisch sein werden, weil wir - hoffentlich nicht nur die nächsten fünf Jahre, sondern auch darüber hinaus - mit dabei sein werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort für den ersten Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Heike Franzen. - Es gibt offensichtlich eine besondere Vereinbarung, dass zum Haushalt zunächst einmal die Ministerin abschließend redet und dass die Dreiminutenbeiträge - wir haben mehrere davon - dann auf jeden Fall noch geliefert werden. - Frau Finanzministerin, Sie haben

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

das Wort zum Haushalt. Sie sollen nicht länger unruhig da sitzen, sondern jetzt wirklich einmal loswerden können, was Sie sagen möchten.

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin die Ruhe selbst, und ich habe großen Respekt davor, dass ich als Finanzministerin in diesem Parlament zum Haushalt reden darf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich zuerst bei all denjenigen bedanken, die es möglich gemacht haben, dass der Haushalt heute verabschiedet wird: bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung beziehungsweise des Finanzministeriums, aber auch der anderen Ressorts, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung und der Fraktionen; bei allen Abgeordneten in den Fachausschüssen, insbesondere aber auch im Finanzausschuss, sowie auch beim Vorsitzenden des Finanzausschusses. - Ihnen allen herzlichen Dank für Ihr Engagement beziehungsweise die geleistete Arbeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, der **Haushaltsentwurf** der Landesregierung hat sich seit der ersten Lesung nur **geringfügig verändert**.

Die Oktober-Steuerschätzung geht gegenüber der Schätzung vom Mai von rund 45 Millionen € konjunkturbedingten **Steuermindereinnahmen** aus. Das bedeutet: Der Abstand zwischen Trendsteuereinnahmen und prognostizierter Steuereinnahme verringert sich konjunkturbedingt um circa 45 Millionen €. Die Kreditemächtigung steigt dementsprechend auf 461 Millionen €. Das hat nichts mit zusätzlichen Ausgaben zu tun, sondern ist ein Automatismus, der in der Planung nach der sogenannten Landesmethode angelegt ist. Wer immer fordert, dass eine bessere Steuerschätzung zu einer geringeren Neuverschuldung führen muss, versteht sicher auch, dass umgekehrt nichts anderes gilt.

Auf die Einhaltung der **Schuldenbremse** hat das keine Auswirkungen. Wir bleiben mit unserem Haushaltsentwurf innerhalb der Vorgaben der Landesverfassung. Darauf hatten wir uns 2010 sehr breit fraktionsübergreifend verständigt. Die CDU schert jetzt aus. Das ist zu akzeptieren, Herr Koch und Herr Callsen. Wichtig für Sie: Wenn Sie heute sagen, dass Sie 2017 bei einer strukturellen - nicht

bei einer konjunkturbedingten - Null sein wollen, erwarten wir, dass Sie uns einen Haushaltsentwurf 2017 vorlegen, der bei den Ausgaben strukturell um 340 Millionen € unter unserem Haushalt liegt. Darauf bin ich gespannt. Daran werden wir Sie messen, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Heike Franzen [CDU])

- Ja, so ist es, Frau Franzen. Sie mögen nicht verstanden haben, was Ihre Kollegen fordern; aber leider ist es so.

Meine Damen und Herren, in 2013 besteht zu der **Bundesevorgabe** ein **Puffer** von 537 Millionen €. Die Auszahlung der Konsolidierungshilfe von 80 Millionen € ist also gesichert.

Immer wieder hören wir, dass es aufgrund der **gestiegenen Steuereinnahmen** doch gar keine **Neuverschuldung** mehr geben dürfte. Dabei handelt es sich aber um eine Scheinlogik, die auch durch ständiges Wiederholen nicht richtig wird; denn in einer wachsenden Wirtschaft gehen wachsende Steuereinnahmen Hand in Hand mit steigenden Löhnen und steigenden Preisen - und damit eben auch mit höheren Kosten bei den Ausgaben des Staates.

Einen ausgeglichenen Haushalt erreicht man in solch einem wirtschaftlichen Umfeld, indem man dafür sorgt, dass die Ausgaben dennoch dauerhaft weniger ansteigen als die Einnahmen. Das sieht unsere Finanzplanung auch vor.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, die Änderungsvorschläge der **Nachschiebeliste** der Landesregierung sind zurückhaltend ausgefallen. Das dokumentiert den Sparwillen der Landesregierung. Trotzdem setzen wir mit der Nachschiebeliste politisch wichtige Akzente, insbesondere - das wurde erwähnt - bei der Minderheitenpolitik und bei der Bildung. Dabei handelt es sich zwar jeweils nur um vergleichsweise geringe Beträge; aber auch kleine Änderungen können große Wirkung entfalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Angesichts der zuletzt recht vollmundigen Erklärungen aus den Reihen von CDU und FDP war ich zugegebenermaßen auf die angekündigten konstruktiven Vorschläge zum Haushalt sehr gespannt. Umso größer war die Enttäuschung, als die **Andersungsanträge** auf dem Tisch lagen. Das gilt insbesondere für die Anträge der CDU, deren drei we-

**(Ministerin Monika Heinold)**

sentliche Vorschläge wie folgt lauten: Erstens. Reduzierung der Zinsausgaben. Zweitens. Reduzierung des Risikopuffers bei den Steuereinnahmen. Drittens. Weitgehende Streichung des PROFI-Programms. Meine Damen und Herren, kein einziger dieser drei Vorschläge würde dazu führen, dass mittelfristig mehr eingespart werden würde als von der Landesregierung vorgesehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Im Gegenteil, die **PROFI-Investitionen** zu verringern, ist klimapolitisch verantwortungslos und ökonomisch unklug. Energie, die durch undichte Fenster entschwindet, ist hinausgeworfenes Geld. Landesvermögen, das nicht regelmäßig gepflegt wird, muss morgen teuer repariert werden. Würden wir diesen Vorschlag aufnehmen, könnten wir uns zwar einmalig mit geringeren Ausgaben brüsten, auf Dauer hätten wir aber mit höheren Betriebskosten zu tun. Meine Damen und Herren, so stellt sich das Land nicht zukunftsfähig auf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Nun zu Ihrem Vorschlag, den **Ansatz für Zinsen und Steuermindereinnahmen** zu reduzieren. Es ist richtig, der Haushalt 2013 ist ein Haushalt mit Netz und doppeltem Boden. Wir haben einen **Puffer** für globale Mindereinnahmen vorgesehen, und wir haben einen konservativen Ansatz bei den Zinskalkulationen; denn es ist besser, vorsichtig zu kalkulieren, als das Reißen der Ausgabenlatte zu riskieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Haushaltsentwurf 2012 sah Zinsausgaben von 1,06 Milliarden € vor. Der Entwurf 2013 reduziert die Zinsausgaben auf 975 Millionen €. Wir haben also den Puffer - 150 Millionen € waren übrig - um ein Stückchen vergrößert.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Herr Koch, das ist nun einmal so. - Wir haben die Zinsausgaben also um ein Stückchen reduziert. Sollten die Zinsausgaben weiter günstig sein, werden wir mit dem Haushalt 2014 die bisher geplanten Zinsausgaben in der Mittelfristigen Finanzplanung weiter nach unten anpassen.

Meine Damen und Herren, in der November-Debatte hat uns die Opposition vorgeworfen, dem Land drohe großer Schaden, weil im Haushalt kein ausreichender Puffer vorgesehen sei. Heute werfen Sie

uns vor, der Puffer sei zu groß. Orientierungslosigkeit statt starker Oppositionspolitik, meine lieben Kolleginnen und Kollegen oder sehr geehrte Damen und Herren, insbesondere von CDU, ist für uns kein Grund, unseren Kurs infrage zu stellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Auch der Vorwurf der FDP, nicht vorsichtig genug zu planen und schon mit der zweiten Lesung die Latte der **Verfassungsgrenze** zu reißen, läuft ins Leere. Die Schuldengrenze wird nicht nur eingehalten, sondern der Abstand bis zur Verfassungsgrenze hat sich auf jetzt 19 Millionen € erhöht. Es gibt also keinen Grund für schlaflose Nächte. Der Haushaltsabschluss 2013 wird positiv werden. Er wird auch deshalb positiv, weil wir nicht, wie von der FDP beantragt, 18 Millionen € Einnahmen aus dem Glücksspielgesetz einplanen - ein Betrag, den keiner meiner Haushaltsexperten auch nur annäherungsweise nachvollziehen kann.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung spekuliert nicht mit dem Haushalt. Wir machen seriöse Haushaltspolitik nach dem Vorsichtsprinzip der hanseatischen Kauffrau.

Die Schuldenbremse führt dazu, dass das alte Klischee vom angeblich sparsamen schwarz-gelben Lager und vom verschwenderischen Rest nicht mehr funktioniert. Alle Parteien haben sich dem gemeinsam beschlossenen Konsolidierungspfad verpflichtet, und nur dieser ist Maßstab bei der Frage, ob eine Landesregierung solide wirtschaftet. Alles andere sind Scheingefechte. Das ist schade für Sie. Aber so ist es nun einmal mit der Schuldenbremse. Auch das ist Teil der Schuldenbremse.

Meine Damen und Herren, das größte finanzielle Risiko für den Landeshaushalt ist die Entwicklung der **HSH Nordbank**. Seit verganginem Herbst müssen wir davon ausgehen, dass die Bank die Zweitverlustgarantie in den kommenden Jahren tatsächlich in Anspruch nehmen wird. Dabei wissen wir: Höhe und Zeitpunkt der Inanspruchnahme können zwar prognostiziert werden. Endgültig planbar sind sie aber angesichts der dynamischen Entwicklung nicht.

Im Handelsrecht ist für solche Fälle die Bildung einer **Rückstellung** vorgesehen. Genau das wird auch die Länderrückstellung tun, die 2009 für die Garantie gegründet worden ist. Ab 2013 wird die Anstalt Drohverlustrückstellungen bilden. Dazu soll die Garantiegebühr eingesetzt werden, die zurzeit in Höhe von 280 Millionen € jährlich von der Bank an die Anstalt fließt. Darüber hinausgehende Risiken bil-

**(Ministerin Monika Heinold)**

den wir in der Finanzplanung in den Jahren ab, in denen sie nach der derzeitigen Prognose voraussichtlich anfallen werden. Damit setzen wir das um, was 2009 von der damaligen Landesregierung im Staatsvertrag zur Errichtung des Finanzfonds geregelt wurde. Die Einnahmen aus der Garantie sollen auch zur Erfüllung der damit verbundenen Verpflichtungen dienen.

Entscheidender ist zurzeit aber eine andere Frage: Wie kann es gelingen, die **Bank** so zu **stabilisieren**, dass sie trotz Schiffahrtskrise über ausreichend Kernkapital verfügt und ihr Vertrauen in den Markt zurückgewinnt? Die Ratingagentur Moody's hat letzte Woche dokumentiert, wie wichtig ihr das Vertrauen der Länder in die Bank ist, wie entscheidend die Bereitschaft der Anteilseigner ist, die Wiedererhöhung der Garantie mit Nachdruck auf den Weg zu bringen. Darauf müssen wir uns jetzt konzentrieren, und es wäre ein starkes Signal, wenn es im Parlament dafür eine breite Mehrheit gäbe. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie tragen Verantwortung für den Weg, der damals eingeschlagen wurde. Ich hoffe, dass Sie auch die Folgen Ihres damals eingeschlagenen Weges mittragen und sich nicht in die Büsche schlagen.

Die FDP hat die Landesregierung aufgefordert darzulegen, mit welchen konkreten Maßnahmen das strukturelle Defizit bis 2020 abgebaut werden soll. Der Finanzplan, der Stabilitätsbericht und der Bericht über die Umsetzung des Konsolidierungsprogramms zeigen den Weg für den **strukturellen Abbaupfad** bis 2020 auf. Zur Begrenzung des Personalbudgets halten wir daran fest, bis 2020 circa 5.300 Stellen abzubauen, von denen bis Ende 2013 circa 980 Stellen geschafft sein werden. Die endgültige Festlegung des Abbaupfades wird voraussichtlich zur Beschlussfassung über den Haushaltsentwurf 2014 erfolgen.

Erfreut habe ich zur Kenntnis genommen, dass weder CDU noch FDP die Streichung der von uns zusätzlich eingebrachten **300 Lehrerstellen** beantragt haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Nur Zahlentrickserei!)

- Sie haben keinen Antrag gestellt, der darauf zielt, die 300 Stellen wieder herauszunehmen.

Das heißt im Umkehrschluss, jetzt sind alle Fraktionen in der Verantwortung, alternative Vorschläge auch für diesen Teil des Personalaufbaupfades zu machen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Dass Sie das nicht möchten, kann ich verstehen. Es ist aber so.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Damit Sie uns anschließend wieder beschimpfen können!)

- Es geht noch weiter! - Die gemeinsame Verantwortung dafür, eine **Gegenfinanzierung** zu finden, gilt auch für die Finanzierung der **Kindertagesstätten**. Das Land lässt die Kommunen bei der Kinderbetreuung nicht länger im Regen stehen und beteiligt sich kräftig an der Finanzierung der U 3-Plätze. Auch dies ist inzwischen ein breit getragener Kompromiss; denn niemand von Ihnen hat heute per Haushaltsantrag diese Einigung infrage gestellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, das zeigt, Sozialministerin Alheit hat mit den Kommunen eine gute und tragfähige Lösung gefunden. - Vielen Dank dafür!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Diese finanzielle Zusage gegenüber den Kommunen ist ein enormer Kraftakt. Sie führt auch dazu, dass wir in dem Budget für Zuweisungen und Zuschüsse bis 2017 noch eine Lücke von circa 300 Millionen € haben. Dazu wird die Landesregierung mit dem Haushalt 2014 weitere Vorschläge machen, auch im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung. Sie werden sehen, es wird uns gelingen, Stück für Stück den Konsolidierungspfad weiterzugehen.

Noch ist nicht alles geschafft. Aber in den ersten Monaten haben wir schon einiges auf den Weg gebracht. Das Projekt „Zukunft Steuerverwaltung 2020“ ist beschlossen.

(Zuruf CDU)

- Ja, Sie haben es nicht beschlossen.

Der Bildungs- und Sozialdialog hat begonnen. Der Landesrahmenvertrag zur Eingliederungshilfe wurde geschlossen. Bezüglich des Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetzes wurde Einvernehmen mit den Kommunen erzielt. Der Zuwendungsvertrag mit dem Bund Deutscher Nordschleswiger wurde unterzeichnet. Bei der Sicherungsverwahrung wurde eine dauerhafte Lösung mit Hamburg gefunden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr gut!)

**(Ministerin Monika Heinold)**

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung arbeitet liegengeliebene Entscheidungen ab und bringt eigene Projekte auf den Weg: Konsolidierung, Investition in Bildung und Klimaschutz und soziale Verantwortung. Der Haushaltsentwurf 2013 macht unser Land fit für die Zukunft. Ich lade Sie ein, diesem Haushaltsentwurf zuzustimmen.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, die vereinbarte Redezeit wurde von der Landesregierung um 5 Minuten 17 Sekunden überzogen. Diese Redezeit steht nun allen Fraktionen zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne die Postsenioren aus Kiel und die Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung der Christian-Albrechts-Universität in Kiel. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Zunächst kommen wir zu den Dreiminutenbeiträgen. Das Wort hat nun die Frau Abgeordnete Heike Franzen von der CDU-Fraktion. Frau Abgeordnete, ich entschuldige mich noch einmal. Aber die Absprache war dem Ältestenrat so nicht bekannt. - Sie haben das Wort!

**Heike Franzen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau von Kalben, Sie haben gesagt, wir könnten uns eine schlecht ausgebildete Jugend nicht leisten. Da haben Sie völlig Recht. Sie laufen ja auch durchs Land und erzählen überall, Sie hätten **300 zusätzliche Lehrerplanstellen** geschaffen. Wir haben im letzten Jahren mehrfach durch Kleine Anfragen herauszufinden versucht, wo denn diese Lehrerplanstellen tatsächlich sind. Das ist uns nie beantwortet worden; das muss man einmal ganz deutlich sagen. In diesem Jahr schaffen Sie tatsächlich 120 Lehrerplanstellen im Haushalt. Im August jedoch werden 213 wieder abgebaut. Das heißt, unter dem Strich bleiben 87 Lehrerplanstellen übrig. Man kann sagen, das ist die erste Luftbuchung, die Sie in diesem Haushalt getätigt haben.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich verweise gern auf den Umdruck 18/620.

(Zuruf von der SPD: Wir hätten nie 213 geschrieben! Das steht da nicht drin!)

- Nein, das steht da nicht drin. Gucken Sie einmal in Ihren Haushaltsentwurf. Da steht ganz klar drin, dass es 87 Planstellen sind. Der Umdruck 18/620, auf den ich gerade verwiesen habe, weist sehr deutlich aus, dass es 87 Planstellen in diesem Jahr sind. Der Haushaltsentwurf sieht vor, 213 Planstellen im Sommer zu streichen.

Meine Damen und Herren, Sie gehen sogar noch darüber hinaus. Das ist das, Herr Ministerpräsident, wonach ich Sie gefragt habe. An der Stelle wissen Sie offensichtlich nicht, was Ihr Finanzministerium tut.

Die Finanzministerin hat einen weiteren **Abbaupfad von Planstellen** vorgeschlagen. Danach sollen im Jahr 2014 365 Lehrerplanstellen abgebaut werden. Unser Abbaupfad sah 255 Lehrerplanstellen vor. Im Jahre 2015 sollen wiederum 365 Lehrerplanstellen abgebaut werden. Unser Abbaupfad sah 276 Lehrerplanstellen vor. Sie gehen noch darüber hinaus, indem Sie bis 2020 im Bereich der Referendariate 475 Referendariatsstellen abbauen wollen. Von uns waren 275 vorgesehen.

Das ist eine Drucksache, die Ihre Ministerin angefertigt hat.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Heike Franzen [CDU]:**

Nein. Ich habe nur noch wenig Zeit, und ich gestatte keine Zwischenfrage.

Meine Damen und Herren, ich will gern noch einmal darauf hinweisen, was Sie hier im Zusammenhang mit dem Vertretungsfonds zum Thema Unterrichtsausfall abliefern.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ja billig!)

Meine Damen und Herren, der **Unterrichtsausfall** an unseren Schulen wird in den nächsten Jahren wahrscheinlich deutlich größer ausfallen, als dies bisher der Fall war. Sie stellen keine weiteren Mittel für den **Vertretungsfonds** zur Verfügung. Das wird dazu führen, dass das, was wir zu unserer Regierungszeit den Schulen zugebilligt haben - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Zugemutet haben Sie den Schulen viel!)

**(Heike Franzen)**

- Herr Dr. Stegner, halten Sie sich doch da raus! Davon haben Sie doch nun wirklich keine Ahnung.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Frage beantworten!)

Darf ich meine Rede bitte fortsetzen?

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Sie können Ihre Rede fortsetzen. Allerdings haben Sie die Redezeit von 3 Minuten bereits etwas überschritten.

**Heike Franzen [CDU]:**

Ich möchte darauf hinweisen, dass der Vertretungsfonds, von dem immer wieder behauptet wird, die Mittel würden nicht ausgeschöpft, in diesem Jahr mit 3 Millionen € überzeichnet ist. Deshalb haben wir gesagt, dass 15 Millionen € in den Vertretungsfonds einbezahlt werden müssen, damit kein weiterer Unterrichtsausfall stattfinden kann.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Sehr geehrtes Präsidium! Meine Damen und Herren! Ich möchte die **sozialpolitischen Aspekte** unseres **Änderungsantrags** zum Haushalt beleuchten; denn diese sind heute ein bisschen untergegangen. Sie erwecken immer den Eindruck, als engagierten wir uns sozialpolitisch nicht, als seien wir die reine sozialpolitische Kälte. Das möchte ich widerlegen.

(Beifall CDU)

Wir haben uns überlegt, ein **Landarztprogramm** aufzulegen. Das haben Sie selbst beklatscht, allerdings auch ein bisschen belächelt. Wir wollen ein Landarztprogramm für die Regionen Schleswig-Holsteins auflegen, in denen die ärztliche Versorgung schon in naher Zukunft nicht mehr gewährleistet werden kann.

Wir wollen eine Fördersumme auskehren und jungen Ärztinnen und Ärzten zur Verfügung stellen, damit sich diese in ländlichen Bereichen ansiedeln können, damit sie die ersten Investitionsbarrieren gut bewältigen können. So können wir die Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum sicherstellen.

Einige von Ihnen schütteln schon wieder den Kopf. Das gibt es aber bereits in Baden-Württemberg, in Sachsen, in Rheinland-Pfalz und in Bayern. Bekanntlich können es die Bayern immer besser.

Außerdem möchte ich noch auf die 400 **Ausbildungsplätze** eingehen, die wir sofort schaffen wollen. Wir finden es gut, dass die Koalition dies nun auch so sieht. In unserer Haushaltsplanung hatten wir nicht so viele Mittel hierfür vorgesehen. Wir wollen 400 Ausbildungsplätze zusätzlich für Altenpflegeausbildungswillige schaffen.

(Zurufe SPD)

- Das steht in unserem Antrag. Wir dürfen doch wohl eine Alternative bieten. Wir halten es für sinnvoll, diese 400 Plätze jetzt schon einzurichten und sich Gedanken darüber zu machen, wo diese Plätze angesiedelt sein sollen. Es kann nicht sein, dass es in Kiel nur eine Schule gibt, die geförderte Ausbildungsplätze anbieten kann. Dabei wollen wir Veränderungen. Das sind unsere Alternativen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU - Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Sie können sich ja melden, Frau Pauls.

Außerdem haben wir uns Gedanken über den **Fonds für Barrierefreiheit** gemacht. Wir möchten Menschen mit Behinderung bessere Lebensbedingungen bieten. Wir sind für bessere Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung. Wir sind für Investitionen im öffentlichen Raum. Wir sind für neue Behindertenleitsysteme für hör- und sehgeschädigte Menschen.

Meine Damen und Herren, das ist konkrete Hilfe vor Ort, die ankommt und die abgerufen werden kann. Auch barrierefreie Internetzugänge sind eine gute Alternative für die Menschen vor Ort.

Das möchte ich Ihnen näherbringen. Deshalb ist es auch Wert, dass Sie zuhören. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat die Frau Abgeordnete Anke Erdmann.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ganz kurz auf Frau Franzen eingehen. Frau Franzen, Sie können es wenden, wie Sie wollen: Am Ende dieses Jahres wird die **Unterrichtsversorgung** in den Schulen 300 Stellen besser sein

(Anke Erdmann)

als zu Ihrer Regierungszeit. Das können Sie auch nicht wegdiskutieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie haben gesagt, Sie wüssten gern, wo die Planstellen bisher waren. Wir haben lange darüber diskutiert, ob wir einen Nachtragshaushalt aufstellen wollen oder nicht. Für die Schulen war es jedoch wichtig, dass sie Verfügungsmittel haben, um Leute einstellen zu können. So weit es möglich war, ist dies an den Schulen auch schon passiert. Zum 1. Februar 2013 werden feste, unbefristete Planstellen eingerichtet. Das konnte man zu Ihrer Regierungszeit in der Form nicht erwarten.

Jetzt möchte ich noch einmal auf den **Vertretungsfonds** eingehen, den Sie angesprochen haben. Sie müssen feststellen, dass wir auch in diesem Bereich draufgesattelt haben im Gegensatz zu dem, was Sie als CDU-Regierung lange als auskömmlich bezeichnet haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Draufgesattelt?)

- Ich habe mit Frau Franzen gesprochen. Bei diesem Ansatz, der unter Rot-Schwarz und später unter Schwarz-Gelb jahrelang eine Rolle gespielt hat, haben wir draufgesattelt. Erst im Wahlkampf sind Sie auf die Idee gekommen, dass die Vertretungsfondsmittel nicht auskömmlich sind. Dann haben Sie aufgestockt. Jetzt haben wir auf 15 Millionen € aufgestockt. Sie haben einen Änderungsantrag gestellt, mit dem Sie die Mittel auf 18 Millionen € erhöhen wollen. Ich erkenne das Problem insofern überhaupt nicht.

Insgesamt kann man sagen, dass wir im Bereich der Bildung an ganz vielen Stellen im Vergleich zu Ihnen draufgesattelt haben. Das gilt für die Kitas, für die Hochschulen und so weiter. Wir haben Wort gehalten. Das mit den 300 Planstellen haben wir hier schon rauf und runter diskutiert. Das müsste inzwischen auch Ihnen klar geworden sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Der Abgeordnete Koch hat sich zu Wort gemeldet.  
- Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Es krönt die Debatte, wenn Sie zum Schluss reden!)

Sie können eine Redezeit von 5 Minuten 17 Sekunden ausschöpfen. Das ist die Restredezeit. - Ent-

schuldigung, ich höre gerade, dass Sie noch eine Redezeit von 9 Minuten haben.

**Tobias Koch [CDU]:**

Ich werde meine Redezeit von 9 Minuten nicht vollständig ausschöpfen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Keine Drohung bitte!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ministerin hat heute eingeräumt, dass die **Zinsausgaben** im Haushalt zu hoch veranschlagt sind. Sie sagten, Sie hätten einen Puffer eingebaut. Da mag man fragen, ob das mit den Grundsätzen der **Haushaltsklarheit** und der **Haushaltswahrheit** vereinbar ist.

Der Vergleich mit dem Jahresabschluss 2012 trifft natürlich mitnichten zu; denn den damaligen Haushaltsansatz für die Zinsausgaben haben wir Ende Dezember 2010 festgelegt. Damals konnte niemand wissen, wie niedrig die Zinssituation im Jahr 2012 sein wird. Jetzt stellen Sie in Kenntnis des Zinsniveaus einen überholten Ansatz ein.

Bei den **globalen Steuermindereinnahmen**, die Sie einstellen, ist der Begründungstatbestand entfallen. Mit dem Scheitern des Jahressteuergesetzes 2013 im Bundesrat und im Bundestag gibt es keine Steuermindereinnahme, die im laufenden Jahr zu erwarten ist. Deshalb muss man sich fragen, warum Sie diese beiden überhöhten Positionen einstellen: überhöhte Zinsausgaben und globale Steuerminderausgaben.

Das hatte der Kollege Harms im Ausschuss auch schon einmal deutlich gemacht. Das machen Sie, um die **Flexibilität** zu erhalten, dieses Geld auszugeben. Das ist das Risiko. Das ist keine Vorsorge, die Sie betreiben. Das ist ein **Risiko für Mehrausgaben**, weil Sie ohne eine weitere Parlamentsbefassung darauf zugreifen und diese Mittel als Deckungsvorschlag für jede x-beliebige Mehrausgabe heranziehen können, die Sie gern tätigen möchten.

Was ist der Unterschied zu uns? - Wir treffen diese Vorsorge, aber rechtlich abgesichert, indem wir von vornherein per Landtagsbeschluss die **Neuerschuldung** reduzieren. Dann ist es nur im Wege eines Nachtragshaushalts möglich, auf diese Sicherheitspuffer zuzugreifen. Dann steht das nicht im alleinigen Ermessen der Landesregierung, sondern dann ist der Beschluss dieses Hauses notwendig. Das sollte doch unser aller Parlamentsverständnis

(Tobias Koch)

sein. Die Haushaltshoheit sollte nicht allein bei der Regierung, sondern beim Parlament liegen.

(Beifall CDU - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Da haben Sie recht!)

- Dann können Sie auch klatschen, Herr Dr. Stegner.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich bin dabei.

(Christopher Vogt [FDP]: Ein bisschen klaukiger! Das mag er lieber!)

- Das werde ich nicht hinbekommen.

Nun zu den **Lehrerstellen**. Wir konnten mittlerweile nachvollziehen, dass Sie im Laufe der Jahre genauso viele, wenn nicht sogar noch mehr Lehrerstellen abbauen werden, wie wir es vorgesehen haben. Insofern ist es ein kurzzeitiges Strohfeuer, das Sie mit Ihren 300 Lehrerstellen entfachen. Insofern steht dem auch nichts entgegen. Der **Stellenabbaupfad** bis zum Jahr 2020 wird von Ihnen eingehalten. Sie bauen sogar noch mehr Lehrerstellen ab, als wir vorgesehen hatten. Insofern gibt es keinen Grund für uns, gegen den Abbau von 300 Lehrerstellen zu stimmen.

Beim **Vertretungsfonds**, Frau Kollegin Erdmann, ist es anders.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, genau, das wird Ihnen gerade erklärt. Ich erkläre es Ihnen von hier vorn auch gern noch einmal.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe mich nur auf Ihren Antrag bezogen, Herr Koch!)

- Ja, da werden Sie sehen, dass wir den Vertretungsfonds auf 15 Millionen € aufstocken, orientiert an dem - -

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf 18 Millionen €!)

- Um 3 Millionen € aufstocken, entsprechend den tatsächlichen Abflüssen des Jahres 2012! Wir haben geguckt, in welchem Umfang er in Anspruch genommen worden ist und wie groß der **Bedarf** war. Diese Mittel möchten wir auch 2013 zur Verfügung stellen. Sie halten einfach stur an den alten Haushaltsansätzen fest, ohne die Realitäten zur Kenntnis zu nehmen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Erdmann?

**Tobias Koch [CDU]:**

Wenn sie mit mir sprechen möchte, ja, sehr gern.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Immer gern. - Herr Koch, ich möchte zwei Punkte anmerken. Doch, wir setzen natürlich drauf. Der Vertretungsfonds war lange Zeit bei 13 Millionen €. Es gab nur eine Ausnahme. Wir haben ihn aufgestockt. Ich habe vor zwei, drei Sitzungen hier im Parlament auch schon einmal über die Zahlen gesprochen. Er ist unter anderem deshalb so massiv in Anspruch genommen worden, weil Sie im Sommer angefangen haben, 300 Lehrerstellen herauszunehmen. Deshalb haben wir eine ganz andere Grundlage. Er ist ein bisschen aufgestockt, weil wir auch gemerkt haben, an welchen Stellen mehr herausfließt. Das können Sie aber nicht wedgiskutieren.

- Doch, Frau Kollegin, das kann man wedgiskutieren, weil es nicht stimmt. Ihre Haushaltsansätze sind identisch mit dem Soll des Jahres 2012. Sie stocken nicht auf, wenn Sie die gleichen Zahlen übernehmen. Wir stocken auf. Das zeige ich Ihnen gern gleich noch im Haushalt. Das ist eindeutig nachzuvollziehen. Sie stocken nicht auf. Deswegen haben wir ja unseren Antrag eingebracht, den Sie im Ausschuss leider abgelehnt haben.

Meine Damen und Herren, ich hätte immer noch über 5 Minuten Redezeit. Vielleicht komme ich darauf zurück. Das hängt von Ihren weiteren Redebeiträgen ab. Jetzt bin ich erst einmal fertig. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Rainer Wiegard das Wort.

**Rainer Wiegard [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich schicke einmal voraus, dass dies wohl die unverschämteste Rede eines Regierungschefs war, die ich in meiner Zeit als Abgeordneter hier gehört habe.

(Vereinzelter Beifall CDU und PIRATEN)



(Rainer Wiegard)

Es ist schon ziemlich unerhört, dass Sie jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten hier für zu dämlich halten, Ihre hehren Absichten zu erkennen.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie sollten vielleicht noch einmal den Originaltext im Protokoll nachlesen und dann den Versuch machen, sich bei den Abgeordneten, die Sie - wie ich finde - unflätig beschimpft haben - was Ihnen nicht zusteht -, zu entschuldigen.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das müssen Sie gerade sagen! Steht das im Protokoll?)

Wenn man manche Äußerungen rot-grüner Abgeordneter und von der Regierungsbank hier vernimmt, dann ist man doch versucht, den Vergleich zu der ersten rot-grünen Regierung, die es ja hier gegeben hat und die 2005 mit dem größten Finanzdesaster, das unser Land je erlebt hat, beendet wurde, anzustellen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Genau!)

Herr Andresen, in Bezug auf das, was Sie kürzlich geschrieben haben, sollten Sie vielleicht einmal etwas weiter in die Geschichte zurückgehen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Viele, viele Parallelen bei den Äußerungen und **politischen Absichten**, die man heute zu dem erkennt, was 1996 und auf dem Weg bis 2005 ebenfalls dann auf den Weg gebracht wurde: die allerhöchsten Steuereinnahmen - alle weg -, die allerhöchsten Zuwendungen anderer Länder im Länderfinanzausgleich - alle weg -, neue Schulden auf höchstem zulässigen Niveau, genau wie in den 90er-Jahren und Anfang dieses Jahrhunderts, Stillstand beim Ausbau der Infrastruktur. Ich wundere mich, dass Sie heute immer von Wachstum und Ausbau der Infrastruktur geredet haben.

Sie legen mit diesem Haushalt die niedrigsten aus Landesmitteln finanzierten Investitionen seit mehr als 25 Jahren vor. Meine Unterlagen reichen leider nur bis 1987. Niemals in diesen 25 Jahren hat es so niedrige Investitionen aus Landesmitteln gegeben. Sie reden vom Ausbau der **Infrastruktur**, kürzen aber bei den Kommunen die Infrastrukturmittel, halbieren die Mittel für den Ausbau der Landesstraßen und stellen alle großen Projekte infrage. Da frage ich, wo hier der Ausbau der Infrastruktur ist. Ich sehe überall **Stillstand**.

Sie erhöhen die **Konsumausgaben** von 2012 auf 2013 um sage und schreibe 500 Millionen €!

500 Millionen € - dafür habe ich zwei Koalitionen gebraucht, mehr als fünf Jahre, um die Konsumausgaben um 500 Millionen € zu steigern. Sie schaffen das locker in einem Jahr und reden davon, dass dies für die Zukunft unseres Landes notwendig sei.

Bei der Zukunft unseres Landes nennen Sie vor allen Dingen PROFI. Wenn Sie den Menschen in Schleswig-Holstein vor der Wahl gesagt hätten, Sie wollen die Zukunft Schleswig-Holsteins retten, indem Sie die Ministerien des Landes mit Isolierwolle umwickeln, würden Sie jetzt nicht hier auf diesem Stuhl sitzen. Das ist doch Ihr Programm.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Kollege Stegner, hätten Sie mal im Bundesrat dem Programm der Bundesregierung, steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen bei Wohngebäuden, zugestimmt, dann hätte das etwas gebracht.

(Beifall CDU und FDP)

Das ist doch Käse. Das ist doch kein Zukunftsprogramm für Schleswig-Holstein. Man fragt sich: Woher kommt eigentlich dies, was Sie uns hier erzählen? Wir haben ja einen kleinen Briefwechsel über Ihre Regierungserklärung gehabt. Ich hatte Sie nachdrücklich gebeten, noch einmal zu überlegen, ob Sie das wirklich so stehen lassen wollen, wie Sie das gesagt und geschrieben haben. Sie haben mir geantwortet: Nein, das ist richtig. Sie betonen das noch einmal ausdrücklich. Deshalb sage ich hier noch einmal, was für einen Unsinn Sie diesem Land hier erklären wollen.

Wir werden die **Schuldenbremse** einhalten, haben Sie gesagt, und das kann man nachlesen, haben Sie geschrieben. Das heißt, Sie wollen das strukturelle Defizit auf null reduzieren. Zwei Sätze später sagen Sie doch tatsächlich: Niemand in diesem Land hat auch nur eine Ahnung davon, wie man das strukturelle Defizit auf null reduzieren kann, ohne dieses Land in Schutt und Asche zu legen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, Sie haben Ihre Redezeit schon um 1 Minute überschritten. Wir beraten gerade darüber, ob wir Ihnen die Restredezeit zuschreiben, wenn die Fraktion einverstanden ist. Dann könnten Sie noch 4 Minuten weitersprechen. - Ich sehe Kopfnicken. Herr Abgeordneter, Sie haben also das Wort. Wir lassen die Uhr noch einmal etwas zurücklaufen.

**Rainer Wiegard [CDU]:**

Wer einen solchen Unsinn verzapft, Herr Ministerpräsident, der sollte nicht mit so hohen hehren Ansprüchen, wie Sie es mit Ihrer Rede vorhin getan haben, auftreten.

(Beifall CDU und FDP)

Sie haben vor diesem Landtag einen Eid abgelegt, den Nutzen des Landes zu mehren und Schaden von ihm zu wenden. Sie sind dabei, beides zu beschädigen.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Bevor wir die Abstimmung zum Haushaltsentwurf 2013 beginnen, stelle ich zunächst fest, dass der Tagesordnungspunkt 28, Struktureller Abbaupfad bis 2020, mit der Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Weiter weise ich darauf hin, dass sich der Ältestenrat darauf verständigt hat, zunächst die Änderungsanträge nach Stärke der Oppositionsfractionen und dann die der Koalitionfrac­tionen aufzurufen.

Wir treten jetzt in die Abstimmung zum Haushaltsgesetz, zum Haushaltsplan 2013, Drucksache 18/220, sowie dem Haushaltsbegleitgesetz zum Haushaltsplan 2013, Drucksache 18/221, Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 18/420, Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/456 (neu), Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksachen 18/458, 18/467 und 18/468, Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/459, Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN, Drucksachen 18/460, 18/463 und 18/464, ein.

Wir treten jetzt in die Abstimmung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Haushaltsbegleitgesetz, Drucksache 18/221, in der durch den Finanzausschuss empfohlenen Fassung, Drucksache 18/420, ein.

Ich rufe zunächst die Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/459 auf. Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW haben Einzelabstimmung über die Nummer 1 des Änderungsantrags, Änderung des Landesblindengesetzes, beantragt. Wer dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! -

Enthaltungen? - Dann ist das mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen von PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD abgelehnt - -

(Zuruf FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben abgestimmt! Das war unser Antrag!)

- Und der FDP! Entschuldigung. Das ist ja klar. Das hatte ich fast vorausgesetzt. Aber das gehört zum vollen Programm; ich muss das protokollieren. Enthaltene hatte sich niemand? Hatte sich eine Einzelperson enthalten, die ich übersehen habe? - Nein. Gut. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir auf Antrag der Fraktion der CDU zur Einzelabstimmung über die Nummer 4 des Änderungsantrags - Streichung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens energetische Sanierung. Wer diesem Antrag der CDU zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Dann kommen wir zu weiteren Änderungsanträgen der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/459, Nummern 2 und 3 - Änderung des Schulgesetzes. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag der FDP-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, der Abgeordneten des SSW und der CDU-Fraktion abgelehnt.

(Zurufe)

- Enthaltungen habe ich keine gesehen. Gibt es eine Enthaltung? - Entschuldigung, es gibt eine Enthaltung bei den PIRATEN. Sie haben mich dadurch etwas aus dem Konzept gebracht, es war vorher so schön glatt.

(Heiterkeit)

Dann rufe ich die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW aus der Drucksache 18/456 (neu) auf. Das sind alles Einzelpositionen.

Ich lasse zunächst über die Änderung des Artikel 7 - Änderungen des Schulgesetzes - abstimmen. Wer den Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW, der Fraktionen von PIRATEN und CDU gegen die Stimmen der FDP-Fraktion angenommen. Das war ein Antrag der Koalition.

Dann kommen wir jetzt zum nächsten Antrag. Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW haben Einzelabstimmung über Artikel 10 - Gesetz zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe - beantragt. Wer dem zustimmen will, den bitte jetzt ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und Oliver Kumbartzky [FDP] - Zurufe)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2013. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/221 in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung, geändert durch den soeben angenommenen Antrag aus der Drucksache 18/456 (neu), zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und einem Abgeordneten der Piratenfraktion gegen die Stimmen der restlichen Mitglieder der Piratenfraktion, der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion angenommen.

Ich rufe **Einzelplan 01** - Landtag - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus Drucksache 18/467, laufende Nummern 8 und 9, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann sind diese Anträge der Fraktion der CDU mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW, den Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf die Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus Drucksache 18/459, die laufenden Nummern 1 bis 4, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Jetzt kommen wir zu den Enthaltungen. - Enthaltend hat sich die CDU-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW aus der Drucksache 18/456 (neu) zu Titel 0101-526 01, Gerichts- und ähnliche Kosten. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das bei den Gegenstimmen von zwei Abgeordneten der PIRATEN fast einstimmig angenommen.

(Zurufe)

- Drei. Waren das drei? Entschuldigung, bitte. - Es waren drei Gegenstimmen der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag trotzdem angenommen.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der FDP-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 01 aus der Drucksache 18/459. Wer den Änderungen zu den Titeln 0102-428 01 und 0105-428 01 zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW, der Piratenfraktion und der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung einschließlich des soeben angenommenen Änderungsantrages zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN von allen anderen Fraktionen und den Abgeordneten des SSW so angenommen worden.

Damit kommen wir jetzt zum **Einzelplan 02** - Landesrechnungshof.

Wer dem Einzelplan 02 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Das ist schön.

Jetzt rufe ich **Einzelplan 03** - Ministerpräsident, Staatskanzlei - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 18/467, laufende Nummern 10 bis 12, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und vier Mitgliedern der Piratenfraktion gegen die Stimmen von

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

zwei Mitgliedern der Piratenfraktion sowie der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/459, laufende Nummern 5 und 6. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und drei Abgeordneten der PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU und drei Abgeordneten der PIRATEN abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 03 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist der Einzelplan 03 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 04** - Innenministerium - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 18/467, laufende Nummern 13 bis 17, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann sind diese Anträge mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/459 auf. Zur laufenden Nummer 9 - Titel 0405-685 61, Institutionelle Förderung Landesfeuerwehrschule - ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Nach § 63 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung des Landtags muss eine namentliche Abstimmung stattfinden, wenn sie von 18 Abgeordneten oder zwei Fraktionen verlangt wird. Wer den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Eine namentliche Abstimmung ist bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen beschlossen. Ich bitte jetzt die Schriftführungen, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)<sup>1</sup>

Das Ergebnis ist Folgendes: Der Antrag der Fraktion der FDP ist von sieben Abgeordneten angenom-

men und von 35 Abgeordneten abgelehnt worden; enthalten haben sich 23 Abgeordnete. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Zurufe)

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/459, laufende Nummern 7 und 8 sowie 10 bis 13, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 04 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 05** - Finanzministerium - auf.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der CDU aus der Drucksache 18/467, laufende Nummer 18, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

(Beifall Tobias Koch [CDU] - Zurufe: Abgelehnt!)

- Abgelehnt! - Entschuldigung.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/459, laufende Nummern 14 bis 17, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW - -

(Johannes Callsen [CDU]: Wir haben uns enthalten, Herr Präsident!)

- Ich wiederhole das Abstimmungsergebnis: Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Fraktion der

<sup>1</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 1 bei

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

CDU gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und PIRATEN abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 05 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 05 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 06** - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 18/467, laufende Nummern 1, 19 bis 22, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/459, laufende Nummern 18 bis 28, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist bei Enthaltung der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der FDP-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/460, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag der Fraktion der PIRATEN ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/463. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 06 aus der Drucksache 18/459. Wer der Änderung des Titels 0601-422 01 zustimmen will, den bitte ich um

<sup>2</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 2 bei

das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, vier Abgeordnete der PIRATEN gegen zwei Abgeordnete der PIRATEN -

(Zurufe)

- waren das Enthaltungen? -, Entschuldigung, bei zwei Enthaltungen der Piratenfraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Einzelplan 06 selbst. Wer dem Einzelplan 06 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 06 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 07** - Bildung und Wissenschaft - auf.

Die Fraktionen von CDU und FDP haben mit ihren Änderungsanträgen jeweils zu Titel 0720-685 20, Exzellenz- und Strukturbudget, namentliche Abstimmung beantragt. Nach § 63 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung des Landtages muss eine namentliche Abstimmung stattfinden, wenn sie von 18 Abgeordneten oder zwei Fraktionen verlangt wird. Die Fraktionen haben gegenseitig Unterstützung für ihre Anträge auf namentliche Abstimmung erklärt. Das erforderliche Quorum ist damit gegeben. Ich lasse dennoch abstimmen. Ich bitte um Zustimmung für eine namentliche Abstimmung. - Das Quorum ist geblieben. Dann ist es so, wie ich sagte. Ich bitte die Schriftführer, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)<sup>2</sup>

Das Ergebnis lautet: 32 Jastimmen und 33 Neinstimmen. Damit ist der Antrag abgelehnt. Enthaltungen gab es nicht.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der CDU aus der Drucksache 18/467, laufende Nummer 2, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW sowie fünf Abgeordneten der Piratenfraktion bei Enthaltung eines Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN und der Abgeordneten der FDP gegen die Stimmen der CDU und

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

den anderen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN abgelehnt.

Bitte, Herr Dr. Breyer, Sie haben das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ich bin irrtümlich davon ausgegangen, dass es um die Frage geht, ob wir namentlich über diesen Antrag abstimmen wollen, und nicht um die Sachabstimmung. Daher bitte ich höflich darum, diese Abstimmung noch einmal aufzurufen. Ich wollte anders abstimmen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Okay. Wenn kein Proteststurm aufbrandet, dann wollen wir das der vorgerückten Stunde geschuldet so machen. Ich wiederhole also diese Abstimmung. Es geht um den Antrag der Fraktion der CDU aus der Drucksache 18/467, laufende Nummer 2.

Wer diesem Antrag der CDU seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das Ergebnis ist deutlich einfacher auszuzählen. Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/459 auf. Auf Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW erfolgt zunächst eine Einzelabstimmung über Nummer 31 des Änderungsantrags, Zuschüsse an die Schulen der dänischen Minderheit. Wer dem Einzelpunkt 31 des Antrags der FDP seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Diesem Antrag hat die FDP zugestimmt, und er wird auch von allen anderen Oppositionsfraktionen befürwortet. Der Rest des Parlaments hat diesen Einzelpunkt 31, Zuschüsse an die Schulen der dänischen Minderheit, abgelehnt.

Wir kommen zu weiteren Änderungsanträgen der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/459, laufende Nummern 29, 30 sowie 32 und 33. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Stimmenthaltungen? - Die CDU-Fraktion. Dieser Antrag ist so abgelehnt.

Es gibt eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg? - Herr Abgeordneter Dr. Garg, Sie haben das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident, ich möchte zum Abstimmungsverhalten meiner Fraktion über den Antrag, über den jetzt abgestimmt werden soll, zu Protokoll geben, dass wir dem Antrag zustimmen, weil wir grundsätzlich damit einverstanden sind. Wir sind aber mit der Verteilung der Lehrerstellen nicht einverstanden. Ich bitte, dass dies zu Protokoll genommen wird.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Sie unterscheiden also. Sie akzeptieren den finanziellen Aspekt, aber Sie wollen politisch zum Ausdruck bringen, dass Sie das Geld anders verwenden wollen? - Okay. Das ist vom Parlament so wahrgenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte Veranschlagung von 300 Lehrerstellen in den Stellenplankapiteln 0711 bis 0716 insgesamt.

Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist einstimmig beschlossen.

(Zurufe)

- Gibt es Enthaltungen? - Es gibt zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion der PIRATEN. Entschuldigung, ich war so überwältigt, dass ich das nicht gesehen habe. Damit sind alle Änderungen abgearbeitet.

Wer dem Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 07 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 09** - Ministerium für Justiz, Kultur und Europa - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 18/467, laufende Nummern 23 und 24, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW sowie drei Abgeordneten der Piratenfraktion gegen die Stim-

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

men von zwei Abgeordneten der Piratenfraktion, der Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP bei einer Enthaltung aus der Piratenfraktion abgelehnt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die FDP-Fraktion hat den Antrag abgelehnt, und zwar geschlossen!)

- Abgelehnt. Ich korrigiere das eben Verkündete und rufe aus, dass die FDP-Fraktion mit zu den Ablehnenden gehört. Damit haben wir also nur zwei Abgeordnete der PIRATEN und die CDU-Fraktion als zustimmend zu registrieren.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/459, laufende Nummern 35 bis 46, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag der FDP-Fraktion mit den Stimmen der FDP-Fraktion und von drei Abgeordneten der Piratenfraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW, den Stimmen von drei weiteren PIRATEN bei Enthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW haben Einzelabstimmung über Titel 0309-511 01, Geschäftsbedarf und Kommunikation - Abschiebehaftanstalt Rendsburg, beantragt. Wer zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und den Abgeordneten der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

(Zuruf PIRATEN)

- Das Problem waren die PIRATEN. Ich habe mich zu sehr ablenken lassen. Ich muss das wiederholen. Ich werde mich jetzt einmal voll auf die PIRATEN konzentrieren.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN)

Das ist in der Tat schwierig, zumal manche Hand ein wenig später gehoben wird. Dadurch komme ich aus dem Konzept. Ich werde das jetzt genau verfolgen. Entschuldigung!

Ich wiederhole die Abstimmung zu dieser Einzelposition zur Ausstattung der Abschiebehaftanstalt Rendsburg. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Da hat sich jetzt etwas verändert. - Gegenprobe! - Das ist eine klare Aussage. - Dann ist dieser Antrag

mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW, der Fraktionen von PIRATEN - vielen Dank! - und FDP gegen die Stimmen der CDU-Fraktion so angenommen.

Wer dem Einzelplan 09 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Einzelplan 09 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 10** - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion CDU aus der Drucksache 18/467 auf. Von den Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Abgeordneten des SSW ist Einzelabstimmung über die laufende Nummer 33 des Änderungsantrages, Landesblindengeld, beantragt. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag der CDU-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und von einem Abgeordneten der Piratenfraktion gegen die Stimmen der anderen Abgeordneten der Piratenfraktion, der Abgeordneten des SSW und der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 18/467, die laufenden Nummern 3 bis 6, 25 bis 32 sowie 34 und 35, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag bei Enthaltung der FDP-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der antragstellenden CDU-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/459, laufende Nummern 47 bis 61, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der CDU-Fraktion und Zustimmung der FDP-Fraktion abgelehnt. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN aus der Drucksache 18/464 zum Einzel-

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

plan 10, Kapitel 12 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag der Piratenfraktion mit den Stimmen aller anderen Fraktionen des Hauses und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 10 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 10 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 11** - Allgemeine Finanzverwaltung - auf.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/458 Nr. 2, Beihilfen für Versorgungsempfänger, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag der CDU-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt. - Die Piratenfraktion hat sich wem angeschlossen? -

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Wir sind falsch ausgezählt worden!)

- Habe ich eine Hand übersehen? Ich wiederhole die Abstimmung gern. Es gibt also eine Wiederholung der Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/458 Nr. 2, Beihilfen für Versorgungsempfänger. Wer diesem Antrag der CDU-Fraktion seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag, den die CDU-Fraktion gestellt hat, der von der Piratenfraktion einstimmig unterstützt worden ist und bei dem sich die FDP-Fraktion enthalten hat, von den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie den Abgeordneten des SSW abgelehnt worden.

Ich rufe nun die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 18/468, laufende Nummern 1 bis 6, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag der CDU-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW sowie drei Mitgliedern der Piratenfraktion bei Enthaltung der FDP und drei weiterer Abgeordneter der Piratenfraktion abgelehnt. Die antragstellende

CDU-Fraktion ist damit unterlegen, und der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/459 auf. Zunächst soll auf Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Einzelabstimmung über die laufende Nummer 64 des Änderungsantrags, Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen, durchgeführt werden. Wer zustimmen will, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einfach. Der Antrag der FDP-Fraktion ist bei einer Enthaltung und Zustimmung der kompletten FDP-Fraktion bei Ablehnung aller anderen Fraktionen des Hauses abgelehnt.

Zur laufenden Nummer 65 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Titel 1106-461 01, Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten, ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Nach § 63 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung muss eine namentliche Abstimmung stattfinden, wenn sie von 18 Abgeordneten oder zwei Fraktionen verlangt wird. Wer einen solchen Antrag stellt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das genügt. Gegenprobe und Enthaltungen erspare ich mir. Es ist fast einstimmig eine namentliche Abstimmung beantragt. Ich ziehe mich zurück und bitte um Abstimmung. - Der Abgeordnete Callsen wünscht noch, eine Anmerkung zu machen.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Ich möchte zum Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion erklären: Wir haben uns klar und eindeutig für die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses auf die Beamten ausgesprochen. Allerdings haben wir keinen konkreten Betrag in den Haushalt eingestellt, weil wir den Tarifverhandlungen nicht vorgreifen wollen.

(Beifall und Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Einen Moment bitte! Ich will gern hören, was dabei herauskommt.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Wir werden uns deswegen enthalten; aber es gilt die klare politische Botschaft. - Danke.

(Lachen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)



**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Danke für die geschäftsleitende Anmerkung. Ich bitte die Schriftführer hier vorne, die Abstimmung vorzunehmen.

(Namentliche Abstimmung)<sup>3</sup>

Meine Damen und Herren, das Ergebnis liegt vor: 12 Abgeordnete haben zugestimmt, 33 Abgeordnete haben abgelehnt, 19 Abgeordnete haben sich enthalten. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/459, laufende Nummern 62 und 63 sowie 66 und 67, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktion der FDP und vier Stimmen der Fraktion der PIRATEN gegen zwei Stimmen der Fraktion der PIRATEN, der Stimmen der Abgeordneten des SSW, der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW haben Einzelabstimmung über den Titel 1102-633 01, Förderung von unter dreijährigen Kindern, beantragt. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig angenommen.

Ich komme nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW aus der Drucksache 18/456 (neu) zu Titel 1116-325 01, Nettokreditaufnahme. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer dem Einzelplan 11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung einschließlich des soeben angenommenen Änderungsantrages zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 11 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 12** - Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes - auf.

Ich rufe zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/467, laufende Nummer 36, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um

das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei den Piraten vier zu zwei!)

- Das ist ganz schwierig zu erkennen; dann wollen wir das einmal so sehen. - Damit ist der Änderungsantrag der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, zwei Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und vier Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/459, laufende Nummer 68, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und PIRATEN bei Enthaltung der CDU-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW aus der Drucksache 18/456 (neu) zu den Titeln 1221-119 02, Erstattung überzahlter Bewirtschaftungsentgelte durch die GMSH, sowie 1221-712 02, Brandschutzmaßnahmen. - Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer dem Einzelplan 12 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der soeben angenommenen Änderungsanträge zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 12 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 13** - Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume auf.

Ich rufe zunächst die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 18/467, laufende Nummern 37 bis 39, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktionen von SPD,

<sup>3</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 3 bei

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Drucksache 18/459, laufende Nummern 69 bis 91, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind die Änderungsanträge der FDP-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 13 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 13 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 14** - Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation - auf.

Wer dem Einzelplan 14 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 14 gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN mit den Stimmen aller anderen Fraktionen angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die **Feststellung eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013**.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/456 (neu), laufende Nummer 1, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag einstimmig angenommen.

Nach den Abstimmungen über die Einzelpläne und dem Antrag zum Haushaltsgesetz kommen wir nun zur Feststellung des Haushaltsplanes und zur Schlussabstimmung.

Ich stelle fest, das Haushaltsvolumen in § 1 beträgt 12.398.733.200 € für das Haushaltsjahr 2013. Die Verpflichtungsermächtigungen in § 1 betragen 579.508.000 € für das Haushaltsjahr 2013. Die Kreditermächtigung in § 2 beträgt 3.190.717.200 € für das Haushaltsjahr 2013.

Bevor wir zur Schlussabstimmung über den Gesamthaushalt kommen, bitte ich diejenigen, die dem Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013 in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das Haushaltsgesetz 2013 ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten der SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP angenommen.

Wir kommen nun zur **Schlussabstimmung** insgesamt.

Wer dem Haushaltsgesetz 2013, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der beschlossenen Änderungen zu den Einzelplänen 01, 11 und 12 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist der Haushalt 2013 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP angenommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, bevor wir die Beratung mit der Behandlung des Sparkassengesetzes fortsetzen, frage ich Sie, ob Sie zur Erledigung persönlicher dringender Angelegenheiten eine Sitzungsunterbrechung von fünf Minuten wünschen.

(Zurufe)

- Dann unterbreche ich die Sitzung bis 18:35 Uhr.

(Unterbrechung: 18:30 bis 18:42 Uhr)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, wir sind unter uns. Allmählich haben wir aber die Hälfte der Abgeordneten zusammen und damit die Beschlussfähigkeit erreicht.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Abstimmung mit den Füßen! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Es sind noch ausreichend Leute in der Kantine!)

40 Abgeordnete sind nun anwesend. Somit sind wir beschlussfähig. Jetzt strömen immer mehr Abgeordnete hinein, sodass sich die Reihen füllen.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 6 und 8 auf:

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

## Gemeinsame Beratung

### a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Sparkassengesetz - SpkG) vom 11. September 2008

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/421

### b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Sparkassengesetz - SpkG)

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/435

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem CDU-Abgeordneten, Herrn Tobias Koch, das Wort.

(Zuruf)

- Gut, dafür spricht dann der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Johannes Callsen. - Entschuldigung, ich hatte das hier falsch notiert.

#### Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Koalition in diesem Haus will heute, morgen und übermorgen im Schweinsgalopp beim **Sparkassengesetz** eine **Gesetzesänderung** durchpeitschen. Ich bleibe bei dem, was ich heute Morgen gesagt habe: So, wie Sie das vorsehen, ist das ein unparlamentarischer Stil.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Der SPD-Fraktionsvorsitzende begründet das Verfahren damit, dass es sich - wie er sagt - um ein Gefahrenabwehrgesetz handele. Es ist schon bemerkenswert, dass sich der Schleswig-Holsteinische Landtag einzig und allein auf die Rechtsexpertise von Dr. Stegner verlassen soll. Wo bleibt die rechtliche Bewertung durch den Innenminister dieses Landes?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Denn, so die Begründung von Herrn Dr. Stegner: Wenn das Innenministerium dem von der Bankenaufsicht BaFin und dem Kartellamt bereits genehmigten Antrag der HASPA Finanzholding stattgeben würde, sich an der Sparkasse Hohenwestedt zu beteiligen, dann drohe über die Europäischen Gerichte der Einstieg der europäischen Großbanken in unserem beschaulichen Land Schleswig-Holstein.

Nichts, aber auch wirklich gar nichts an diesen vorgetragenen Argumenten ist wirklich neu. Alle Argumente dazu sind bereits im Rahmen der Sparkassennovelle 2010 ausführlich erörtert worden.

(Vereinzelter Beifall CDU)

SPD, Grüne und SSW hätten, wenn es denn ihrer Ansicht nach eine dringliche Gefahr gegeben hätte, nach der Regierungsübernahme im Mai letzten Jahres schon genug Zeit gehabt, hier etwas zu tun. Nunmehr sind sieben Monate Zeit zum Handeln gewesen. Nichts haben Sie getan, und jetzt plötzlich diese Eile. Deshalb fragt man sich: Was ist jetzt konkret passiert?

Die Kritik an diesem **Schnellverfahren** zum Sparkassengesetz wird im Land immer lauter. So äußert sich der Präsident des UVNord, Uli Wachholtz - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -:

„Da außer der geplanten Aussperrung der Haspa bis heute kein Alternativkonzept zur Zukunft der Sparkassen und der Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis vorliegt, wächst nicht nur bei mir die Sorge um die künftige Finanzierung des Rückgrats der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, des Mittelstands.“

Weiter warnt er, dass die Wirtschaft und die Sparkassen selbst durch das „parlamentarische Hauruckverfahren“ vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Selbst die sonst so hanseatisch zurückhaltende HASPA Finanzholding sagt - ich zitiere erneut mit Genehmigung -:

„Die amtierende Regierungskoalition will die HASPA Finanzholding als Mitglied der Sparkassenfamilie ausgrenzen. Dies ist ein eindeutiges Signal, dass Partnerschaften mit uns nicht mehr erwünscht sind.“

Der Aufsichtsratschef der Sparkasse Mittelholstein, Rolf Teucher, der nicht im Verdacht steht, CDU-Mitglied zu sein, schreibt Ihnen unmissverständlich ins Stammbuch:

„Sie stoppen keinen schwarz-gelben Blindflug, sondern Sie entmündigen die Sparkassen in Schleswig-Holstein.“

Ich kann nur sagen: Recht hat er.

(Johannes Callsen)

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Die fachliche Resonanz auf Ihren ideologischen Schnellschuss ist vernichtend. Fest steht, dass die CDU/FDP-Landesregierung das im Jahr 2010 beschlossene **Sparkassengesetz** aufgrund einiger Bedenken so in den Landtag eingebracht hat, dass mittels der Aufnahme einer **Rückabwicklungsklausel** die Beteiligung auch wieder aufgelöst werden kann. Eine kluge und weitsichtige Politik. Klug und weise deshalb, weil bei einer Entscheidung Europäischer Gerichte die Beteiligung der Haspa rückgängig gemacht werden könnte. Nach meiner Kenntnis ist dies im Fall der Sparkasse Hohenwestedt auch vertraglich in einer Weise geregelt worden, dass das Land keinen einzigen Euro dazugeben muss. Fakt ist, dass die Gewährträger, das sind die 22 Kommunen, bereits erklärt haben, die Kosten für eine mögliche Rückabwicklung - wenn sie denn überhaupt käme - zu leisten.

Die Sparkasse Hohenwestedt, die Kommunen und der Landkreis beweisen, dass sie sehr wohl in der Lage sind, in der nötigen und gebotenen Ruhe die Dinge auszuloten und dann voranzutreiben, um die **Zukunft der Sparkasse in Hohenwestedt** aus eigenem Antrieb heraus sicherzustellen. Sie sorgen gemeinsam dafür, eine mit der Region fest verwurzelte Sparkasse auf soliden Füßen zu behalten. Sie sorgen dafür, mehr als vierzig Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Arbeitsplatz zu sichern. Viele von ihnen sind ja heute Mittag auch hier vor dem Landeshaus gewesen. Sie sorgen dafür, die Region wirtschaftlich stark und entwicklungsfähig zu machen.

Nun fragt man sich: Was tun Sie als Regierungskoalition? Im Ergebnis werden SPD, Grüne und SSW den Sparkassen jetzt mit der Brechstange die Chance nehmen, das unter den Basel-III-Kriterien dringend benötigte Eigenkapital zu generieren. Die CDU erkennt nicht einmal im Ansatz, wie SPD, Grüne und SSW bei dieser Politik eine Alternative anbieten wollen. Deshalb sollten wir alle Möglichkeiten nutzen, den **Sparkassen die Chance auf neues Eigenkapital** zu geben. Wir wissen, welche Herausforderungen auf sie zukommen. Fusionen bringen auf jeden Fall zunächst einmal kein frisches Eigenkapital, während die Haspa ein starker Partner, um frisches Eigenkapital zu bekommen, sein kann.

Diese Koalition, diese Regierung, schlägt den Sparkassen eine Hilfsmöglichkeit aus der Hand, zusätzliches Eigenkapital zu beschaffen, schlimmer noch: Sie haben keine Idee davon, wie denn den Sparkas-

sen auf andere Weise überhaupt geholfen werden kann und soll.

Dass der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein der HSH Nordbank im „sh:z“-Interview Ende Dezember - wir haben heute Morgen schon darüber diskutiert - empfiehlt, auch noch in den Markt der Sparkassen einzudringen und ihnen Konkurrenz zu machen, schlägt nun dem Fass wirklich den Boden aus.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Sie, Herr Ministerpräsident, wenn Sie denn hier wären, haben wirklich keinen Plan. Wir jedenfalls machen zur Haspa-Beteiligung entsprechend unserem Gesetzentwurf einen ergänzenden Vorschlag. Als eine weitere Möglichkeit bietet sich nämlich an, dass sich der schleswig-holsteinische Sparkassen- und Giroverband, dass sich andere Sparkassen und der Bundesverband bei uns im Land als Träger beteiligen können. Genau das schlägt Ihnen die CDU-Landtagsfraktion mit ihrem Gesetzentwurf heute schon vor.

Wir brauchen die **Sparkassen** in der **Region**, eine Sparkasse, die den vielen Handwerksbetrieben genauso zur Seite steht wie dem Landwirt oder dem Häuslebauer. Deshalb ist es wichtig, die Sparkassen zu stärken und sie nicht erst kaputtzureden und ihnen anschließend per Eilgesetz jedweder Option zu berauben.

Im „Schleswig-Holstein-Magazin“ wurde letzte Woche noch einmal sehr deutlich, wie planlos diese Landesregierung, diese Koalition und insbesondere der SPD-Fraktionschef in dieser Angelegenheit agiert. Er nennt es ein Vorschaltgesetz zur Gefahrenabwehr. Auf die sogenannte **Gefahrenabwehr** bin ich schon eingegangen. Eine Gefahr gibt es nicht, aber es gibt eben auch keinen Plan B dieser Regierungskoalition, wie man den Sparkassen helfen will.

Die plötzliche Wende des Sparkassenpräsidenten gibt nun komplett Anlass zum Rätseln.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Man muss sich nach dieser gemeinsamen Pressekonferenz, die mitnichten eine Anhörung im Ausschuss ersetzen kann, fragen, was denn nun gilt: Gibt es kein Privatisierungsrisiko, wie Herr Boll noch vor wenigen Wochen behauptet hat? Oder war der Meinungsumschwung jetzt schlicht einer Mehrheitsentscheidung im Verband geschuldet? Auch diese Fragen müssten bei einer ordentlichen Anhörung geklärt werden.

(Johannes Callsen)

(Lars Harms [SSW]: Wenn es so wäre! - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Zwar wolle man mit den Sparkassen reden und über mögliche Lösungen sprechen - so sagen Sie. Hier soll aber wieder der von Ihnen viel zitierte Dialog außer Kraft gesetzt werden. So schließt deswegen auch der NDR-Beitrag. Er trifft es exzellent mit den Worten: Am Ende sollen die Sparkassen selbst eine Lösung finden.

Es ist nicht gut, dass das **Parlament** bei dieser wichtigen Thematik nicht ausreichend und hinlänglich beteiligt wird. Wir als CDU-Fraktion werden trotzdem für die **Anhörung** für das weitere Verfahren die mehr als 30 Sparkassen, Verbände und Fachleute benennen, die bereits 2010 im Ausschuss richtigerweise Stellung genommen haben; denn Fakt ist, dass das jetzt geltende Sparkassengesetz mit seiner Klausel für eine Rückabwicklung von Beteiligungen den heimischen Sparkassen alle Möglichkeiten zur Weiterentwicklung gibt. Fakt ist auch, dass es Sparkassen bei uns im Lande gibt, denen das Wasser bis zum Halse steht. Es wird **frisches Kapital** gebraucht, um die Eigenkapitalbasis zu erhöhen. Fakt ist zu guter Letzt, dass einige **Sparkassen** - dazu gehört Hohenwestedt - keine Stützungshilfen benötigen, sondern weiteres Kapital durch eine strategische Beteiligung generieren wollen, um sich auf die Gegebenheiten des Marktes in der Zukunft noch besser und im Sinne ihrer Kunden einstellen zu können. Darum geht es.

Es geht um die Zukunft, es geht um Arbeitsplätze, es geht um Wirtschaftswachstum. Da es auch um die Fragen der Versorgung des Mittelstandes mit Krediten geht, ist es nur richtig, dass wir im weiteren Verfahren - wie übrigens 2010 auch - nicht nur den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss mit dieser Frage beschäftigen, sondern auch den Wirtschaftsausschuss. Ich beantrage deswegen auch Überweisung mitberatend an den Wirtschaftsausschuss des Landtages.

Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, Sie treiben die Sparkassen in eine Sackgasse. Nichts anderes ist das Ergebnis Ihrer verantwortungslosen Politik, die Sie hier offenbaren. Gutes Regieren sieht anders aus. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bevor wir die Beratung fortsetzen, noch eine Mitteilung: Nach Absprache mit der FDP-Fraktion ist

der Ministerpräsident zu einem Termin nach Lübeck aufgebrochen, und die Abgeordnete Angelika Beer von der Piratenfraktion hat sich krankgemeldet. - Wir wünschen ihr von dieser Stelle gute Besserung.

(Beifall)

Das Wort für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Tagen ist viel geschrieben, gemutmaßt und gerätselt worden. Das Ergebnis war leider vielfach Unsicherheit, Unsicherheit vor allem bei den Beschäftigten der Sparkassen in Schleswig-Holstein. Uns geht es um die Beschäftigten, ihre Arbeitsbedingungen, die Menschen und ihr Vertrauen in die Sparkassen, und ja, es geht auch um das regionale Engagement der Sparkassen. Gerade sie sind innerhalb des Drei-Säulen-Modells unserer Bankenlandschaft ein wichtiger Erfolgsfaktor für unsere mittelständische Wirtschaft.

Wir wollen nicht das Ende der **öffentlich-rechtlichen Säule** in der **Finanzwirtschaft**, sondern die Stärkung dieser Säule. Wir wollen die Sparkassen in der öffentlich-rechtlichen Familie halten. Wir sind gegen eine Privatisierung. Wir wollen die Sparkasse als Kreditinstitut in der Fläche und als Kreditgeber für den Mittelstand erhalten und stärken,

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

anders als die Opposition, die sich - angetrieben durch die FDP - schon in der Vergangenheit für Privatisierungen ausgesprochen hat. Wo ist eigentlich die Volkspartei CDU mit ihrer kommunalen Verantwortung? - Sie laufen immer wieder willenlos den neoliberalen Privatisierern hinterher.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Volker Dornquast [CDU]: Das ist doch Unsinn!)

Wir haben uns in den vergangenen Monaten viel Zeit für verschiedene Gespräche und Beratungen genommen. Leider ist für eine erste Änderung die Zeit nun sehr drängend geworden, aber wir müssen handeln, wenn wir Risiken minimieren wollen. Die frühere schwarz-gelbe Landesregierung hat gegen unseren Protest und mit ihrer vom Verfassungsgericht kassierten fragwürdigen Einstimmigenmehrheit das Privatisierungsrisiko im Sparkassengesetz erst geschaffen. Sie wollten den Beteiligungswettbewerb über die Grenzen des bewährten Drei-Säulen-

(Dr. Ralf Stegner)

Modells von Genossenschaftsbanken, öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Privatbanken hinaus. Das allerdings bedeutet eine **Teilprivatisierung**.

Das Bundesverwaltungsgericht hat festgestellt, dass es sich bei der Haspa um ein privates Rechtssubjekt handelt, und auch die Mitteilung der EU-Kommission zeigt, dass eine Einordnung der HASPA Finanzholding als privater Akteur auf europäischer Ebene wahrscheinlich ist. Wir haben leider denkbar schlechte Erfahrungen mit dem **Wettbewerbsfundamentalismus**, der in **Brüssel** leider politische Mehrheiten und Justiz dominiert

(Lachen Christopher Vogt [FDP])

und öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Wohlfahrtsverbände, aber eben auch unsere Sparkassen immer wieder bedroht. Kurz: Wer Privatisierung verhindern will, handelt fahrlässig, wenn er oder sie jetzt nicht handelt. Darum geht es.

Auch die sogenannte **Rückabwicklungsklausel** öffentlich-rechtlicher Verträge bietet da nur trügerische Sicherheit und hat in Wirklichkeit viele Untiefen. Es geht uns in dem heute eingebrachten Gesetzentwurf nicht um die Haspa im Speziellen. Gegen sie richtet sich das Gesetz überhaupt nicht.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen! - Weitere Zurufe)

Viele von Ihnen wissen noch, dass ich vor Jahren mit verhindert habe, dass der SGV an Hamburg vorbei mit dem niedersächsischen Verband fusioniert hat. Wir haben wirklich nichts gegen die Haspa, aber sie ist eben auch nicht der Weiße Ritter, für den manche Beteiligte sie halten und der in Wirklichkeit nur in Märchen oder in der Fantasie von Herrn Kubicki existiert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollen und werden die **Gefahr von Privatisierungen** ausräumen. Wer das jetzt für abwegig erklärt, hätte nicht im Landtag erklären sollen, dass das alte schwarz-gelbe Gesetz nur die zweitbeste Lösung ist, um die Privatisierung der Sparkassen zu erreichen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Die FDP verfolgt seit Jahren das Ziel, die Sparkassen zu privatisieren. 2009 hatte sie vorgeschlagen, die Sparkassen in Aktiengesellschaften umzuwandeln und bis zu 49,9 % privates Kapital zuzulassen. Dazu erklärte ihr Vorsitzender Kubicki am 29. Januar 2009 im Landtag

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nicht schon wieder!)

- ich zitiere das noch sehr oft; Ihre Presseerklärung war irreführend -: „Meine Fraktion“ - in dem Fall von Herrn Kubicki - -

(Unruhe)

- Das Lärmen verstehe ich sehr wohl, Herr Präsident,

(Glocke des Präsidenten)

aber vielleicht wollen andere Menschen hören, was ich zu sagen habe, und sie können hinterher antworten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das glaube ich nicht! - Zuruf CDU: Da täuschen Sie sich!)

Dazu erklärte ihr Vorsitzender Kubicki am 29. Januar 2009 im Landtag - ich zitiere -:

„Ich will sagen, dass meine Fraktion selbstverständlich als Second-best-Lösung dem Beitritt der Haspa zum schleswig-holsteinischen Sparkassenmarkt zustimmen wird. ... Wir sind uns nämlich definitiv sicher, dass dies der Einstieg in die weitere Öffnung des Sparkassenwesens in Schleswig-Holstein sein wird.“

(Zuruf)

In den „Kieler Nachrichten“ vom 17. Januar 2013 bezeichnen Sie die von mir gesehene Privatisierungsgefahr als „Quatsch“, Herr Kubicki.

Ich wiederhole noch einmal, damit es wirklich jeder versteht, ganz langsam zum Mithören und Mitschreiben:

„Ich will sagen, dass meine Fraktion“

- die FDP -

„selbstverständlich als Second-best-Lösung dem Beitritt der Haspa zum schleswig-holsteinischen Sparkassenmarkt zustimmen wird. ... Wir sind uns nämlich definitiv sicher, dass dies der Einstieg in die weitere Öffnung des Sparkassenwesens in Schleswig-Holstein sein wird.“

Herr Kubicki mag nicht zur Spitzenklasse der deutschen Jurisprudenz gehören, aber das **Restrisiko**, das er heute ausschließt, hat er selbst begründet. Sie müssen schon damit leben, dass wir einmal einen FDP-Politiker ernst und beim Wort nehmen, so ungewöhnlich Ihnen das auch erscheinen mag.

**(Dr. Ralf Stegner)**

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist so erbärmlich, was Sie sagen!)

Das ist der Punkt, den wir hier machen müssen.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, ein FDP-Politiker hat eine Zwischenfrage. Lassen Sie die zu?

(Christopher Vogt [FDP]: Der FDP-Politiker hat einen Namen! - Unruhe)

- Entschuldigung, ich wollte Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg zulassen.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Sehr gern.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Dr. Garg, Sie haben das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Dr. Stegner, können Sie sich erinnern, dass Sie mir heute Morgen auch mit einer Zwischenfrage eine Lehrstunde über Zitierweisen gegeben haben, in der Sie angemahnt haben, man solle Zitate - das betraf in dem Fall Sie - nicht aus dem Zusammenhang reißen und so zitieren, wie es einem gerade gefällt, das sei unanständig? Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie genau das gerade tun. Ich stelle auch fest, dass es offensichtlich ein Unterschied ist, ob ein Politiker Ihrer Partei Zitate aus dem Zusammenhang reißt oder ob ein Politiker meiner Partei ein Zitat aus dem Zusammenhang reißt.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Nein, Herr Kollege Dr. Garg, das stellen Sie nicht zu Recht fest. Denn dieses Zitat ist eindeutig, völlig egal, in welchem Zusammenhang es hier im Parlament geäußert worden ist.

(Lachen FDP)

Es sagt nämlich, der Einstieg der **Haspa** sei nur die Second-best-Lösung, man wolle eigentlich die beste Lösung, und das heißt doch weitere Öffnung und Privatisierung. So weit reicht mein Sprachschatz, um das zu begreifen - und der der Abgeordneten im Parlament übrigens auch.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP] - Zurufe)

Ich wiederhole den Zusammenhang. - Vielleicht können Sie sich jetzt auf die Debatte konzentrieren und nachher antworten. Ich lasse jetzt keine Zwischenfrage des Kollegen Kubicki zu. Dem tut das nämlich auch gut, wenn er einmal einen Moment zuhören muss.

(Zurufe)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Reif ist, wer auf sich selbst nicht hereinfällt. Herr Kollege Kubicki, wir jedenfalls fallen auf Sie nicht mehr herein. Sie haben das öffentlich mehrfach erklärt, und wir nehmen Sie beim Wort.

Wir sehen die Notwendigkeit mehrerer **Änderungen des Sparkassengesetzes**, damit unsere Sparkassen künftigen Herausforderungen begegnen können. Heute, morgen im Ausschuss sowie am Freitag soll es um die erste Stufe gehen. Dabei geht es nur darum, das Einfallstor für private Beteiligungen an öffentlich-rechtlichen Sparkassen zu schließen - und zwar nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in ganz Deutschland.

Ihre Filibusterei mit 97 Anzuhörenden ist doch lächerlich, sie wird an der Mehrheit von SPD, Grünen und SSW in diesem Hause scheitern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist der Dialog! - Widerspruch CDU und FDP)

Vielmehr gilt, was Sie uns zweieinhalb Jahre mit Häme immer wieder vorgehalten haben - heute sage ich es Ihnen ganz ohne Häme -: Mehrheit ist Mehrheit, und die haben wir in diesem Hause.

(Zurufe CDU und FDP)

Der schleswig-holsteinische **Sparkassen- und Giroverband** hat am Dienstag auch öffentlich unseren Gesetzentwurf begrüßt.

(Zurufe CDU und FDP)

Das freut uns und zeigt, dass auch wir im Sinne der Sparkassen handeln. Ja, Herr Boll, wir geben Ihnen damit die dringend notwendige Rechtssicherheit. Herr Kollege Callsen, dass Sie Probleme mit Mehrheitsentscheidungen haben, spricht nicht gegen uns, sondern gegen Sie - um das hier einmal sehr deutlich zu sagen. Das ist nämlich ein Prinzip der Demokratie.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW - Zurufe)

„Der Ausschluss eines noch so kleinen Restrisikos ist uns demzufolge sehr wichtig“,

**(Dr. Ralf Stegner)**

sagt der Präsident - -

(Anhaltende Zurufe CDU und FDP)

- Herr Präsident, ich wäre sehr dankbar, wenn Sie für ein bisschen Ruhe im Haus sorgen könnten.

(Glocke Präsident)

Ihre Lärmerei ist wirklich kaum zu ertragen. Hätten Sie Argumente, müssten Sie nicht so schreien.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie schreien doch auch!)

„Der Ausschluss eines noch so kleinen Restrisikos ist uns demzufolge sehr wichtig“,

sagt der Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Schleswig-Holstein.

Auch der Deutsche Sparkassen- und Giroverband unterstützt unseren Gesetzentwurf. Ich zitiere:

„Es müsse ausgeschlossen werden, dass Sparkassen eines Tages zum Spekulationsobjekt privater Investoren werden könnten.“

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So steht es in einer Pressemitteilung des DSGVO-Präsidenten Georg Fahrenschon vom Dienstag - übrigens kein sozialdemokratischer Ideologe, sondern ehemaliger CSU-Finanzminister aus Bayern.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist fast das Gleiche! - Heiterkeit)

Ich hätte Sie hören wollen, wenn wir die Vertretung der Sparkassen in Land und Bund gegen uns hätten. Sie hätten uns vorgehalten, wir machten Politik gegen die Sparkassen. Wir haben aber den Sparkassenverband in Land und Bund hinter uns und auf unserer Seite. Wir handeln also für die Sparkassen und nicht gegen sie. Sie sind diejenigen, die hier die Gefahren auslösen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Schauen wir mal, wie lange das so ist!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der zweiten Stufe geht es dann um die Rahmenbedingungen, die die Politik verändern muss, damit unsere Sparkassen als Kreditgeber für den Mittelstand und flächendeckende Versorger mit Bankdienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger langfristig erhalten und dem Gemeinwohl verpflichtet bleiben. Von Letzterem profitieren durch Ausschüttungen der Sparkassen kommunale Sport-, Kultur-, Jugend- und Sozialförderung. Die wichtigsten Fragen sind

die nach der Beteiligung von Verbänden öffentlich-rechtlicher Sparkassen und der Möglichkeit zur Bildung von Stammkapital. Das ist eigentlich nicht sparkassentypisch, aber das ist eine Lösung, von der auch der DSGVO sagt, man könne sich das vorstellen.

Keine Frage: Unsere Sparkassen brauchen Veränderungen. Einige unserer Sparkassen brauchen auch Hilfe. Wie diese Hilfen aussehen können, darüber gibt es auch innerhalb der Sparkassenfamilie unterschiedliche Ansichten. Aber was ist es denn für ein Politikverständnis zu fordern, jetzt müsse die Landesregierung oder die Koalition hingehen und sagen, wie das gehe, statt erst einmal mit den Sparkassen darüber zu reden, was sie sich wünschen!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was wünscht sich denn die Sparkasse Hohenwestedt?)

Wir machen die Rahmenbedingungen und lösen die Probleme der Sparkassen nicht selbst. Sie fordern immer nur Dinge, die die Sparkassen gar nicht wollen. Der Sparkassen- und Giroverband hat sich klar erklärt.

(Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ihr Lärmen ersetzt keine Argumente. Ich sage es Ihnen zum dritten Mal.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Sparkasse in Hohenwestedt will das!)

Die Beratungen zur Änderung des Sparkassengesetzes werden wir fortführen mit anderen Vorschlägen in der zweiten und dritten Phase, und dazu wird es dann natürlich Anhörungen und Debatten geben.

(Christopher Vogt [FDP]: Großzügig! Herr Stegner, Mensch! - Weitere Zurufe CDU und FDP)

Meine Damen und Herren auf der rechten Seite dieses Hauses,

(Christopher Vogt [FDP]: Rechts außen!)

Ihr heutiger Widerstand beeindruckt uns nicht. Er hindert uns auch nicht. Wir handeln aus Verantwortung für das Land und für die öffentlich-rechtlichen Sparkassen.

Ich will es noch einmal ganz deutlich sagen: Wir haben schon vor zehn Jahren in Brüssel und anderswo für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesens argumentiert, weil schon damals begonnen wurde zu sagen, die müssten eigentlich weg, weil sie unangenehme Wettbewerber für die Privatbanken sind, die hauptsächlich Investmentbanking gemacht haben.



(Dr. Ralf Stegner)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist Unsinn!)

Da geht es um Renditeerwartungen und bei den **Sparkassen** und Genossenschaftsbanken eben nicht. Das ist unsere Vorstellung von **Gemeinwohl**, und die unterscheidet sich von Ihrer fundamental. Das ist der Unterschied in diesem Hause.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wir halten auch den Teil der Kritik in der veröffentlichten Meinung aus, denn der Weg zu den Quellen geht immer noch gegen den Strom.

Wir werden hier am Ende ein Gesetz haben, nicht nur in der ersten Stufe, sondern in den weiteren Beratungen, das dafür sorgt, dass die Sparkassen das bleiben, was sie heute sind, nämlich unverzichtbar, und eben nicht das, was wir in England und anderswo haben, wo Ihre Parteifreunde, die die gleiche Ideologie haben wie Sie, die **Privatisierung** eingeleitet haben. Wir wissen aus vielen anderen Zusammenhängen: Wer der Privatisierung die Tür öffnet, der beseitigt am Ende das Gemeinwohl. Das gilt an dieser Stelle allemal. Das lassen wir nicht zu, und wir haben die Mehrheit dafür, das zu verhindern. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die aufgewühlte Debatte zur Provinzial Versicherung im letzten Monat hat uns gezeigt, dass der öffentlich-rechtliche Finanzsektor den Menschen in Schleswig-Holstein sehr wichtig ist. Die Sparkasse ist mehr als nur irgendeine Bank. Die meisten Menschen hatten hier beispielsweise ihre erste Spardose oder ihr erstes Konto. Doch es geht bei den Sparkassen um weit mehr als nur um Sentimentalitäten. Es geht um eine wichtige Säule des deutschen Bankensektors.

Wir wissen es alle: **Sparkassen** sind nicht der bloßen Gewinnmaximierung verpflichtet, sondern haben einen öffentlichen Auftrag, der sich am **Gemeinwohl** orientiert. Mit ihrer regionalen Veranke-

rung sichern sie die Versorgung mit Krediten und den Zugang zu Privatkonten auch abseits der großen Städte und Finanzmetropolen. Sie haben eine wichtige sozialpolitische Funktion, denn Sparkassen bieten jedem Menschen ein Girokonto an, unabhängig von der Einkommenssituation. Die Sparkassen fördern den Mittelstand, jede zweite Existenzgründung in Schleswig-Holstein wird von den Sparkassen unterstützt.

Doch auch wenn der marktradikale Abgesang auf das deutsche Drei-Säulen-Bank-Modell nach der Finanzkrise zum Glück leiser geworden ist - die Privatisierungsgefahr ist noch nicht gebannt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Gerade in Schleswig-Holstein nicht, denn Schwarz-Gelb hat uns ein **Sparkassengesetz** hinterlassen, das zum Einfallstor für **Privatisierung** werden kann.

Das Problem ist hinlänglich bekannt, und wir haben zu Oppositionszeiten immer davor gewarnt: Das Gesetz schafft die Möglichkeit, dass die HASPA Finanzholding Stammkapital von schleswig-holsteinischen Sparkassen kauft. Die **Haspa** ist zwar eine Sparkasse, aber kein öffentlich-rechtliches Institut. Sie ist eine Sparkasse nach altem Hamburgischen Recht. Der Einkauf der Haspa könnte also den Einstieg eines Privaten in die Sparkassen bedeuten. Selbst wenn beteiligte Akteure, zum Beispiel die Sparkasse Hohenwestedt - auch jetzt noch einmal in Briefen an uns -, den Rechtsstatus der Haspa anders einschätzen, ist das erst einmal nicht der entscheidende Punkt. Relevant ist, wie die EU das am Ende einschätzt.

Die EU-Kommission hat bereits einmal deutlich gemacht, dass sie die Haspa für privatrechtlich halten könnte. Bleibt sie bei dieser Einschätzung, ist nach dem Haspa-Einstieg der weiteren Privatisierung unserer Sparkassen Tür und Tor geöffnet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Denn dann könnten andere private Banken, wie beispielsweise die Commerzbank oder die Deutsche Bank, wegen Verstoß gegen die Kapitalverkehrsfreiheit klagen und uns zu einer weiteren Öffnung der Sparkassen drängen. Genau deshalb ist auch eine Mindestbeteiligung von bis zu 25,1 %, wie es § 5 Abs. 4 des Sparkassengesetzes bisher vorsieht, äußerst problematisch.

Eine Lehre aus der weltweiten Finanzkrise ist doch, dass kapitalgetriebene, deregulierte und entdemo-

**(Rasmus Andresen)**

kratisierte Banken ihren Teil zum Crash der Finanzmärkte beigetragen haben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie die Landesbank!)

- Herr Kubicki, selbst ehemalige Befürworter der Laissez-faire-Bankenpolitik auf den Finanzmärkten, wie zum Beispiel der Wirtschaftswissenschaftler Robert Shiller an der Yale University, setzen sich inzwischen für öffentliche Banken, wie es die Sparkassen sind, ein.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Stärkung von öffentlichen Banken ist deshalb nicht nice to have, sondern laut Shiller ein absolutes Muss.

Der prominente und bekannte Wirtschaftswissenschaftler Paul Krugman macht in einer seiner letzten Werke sehr deutlich, dass Deregulierung und die weitere Privatisierung der amerikanischen Sparkassen in den 80er-Jahren unter Ronald Reagan nicht zur Problemlösung, sondern zur Problemverschärfung geführt haben. Die Sparkassen sollten mehr Eigenkapital bekommen und widerstandsfähiger werden. Doch das Gegenteil ist passiert. Sie haben sich verzockt und innerhalb nur weniger Jahre, gemessen am Bruttoinlandsprodukt der USA, 300 Milliarden Dollar Verluste eingespielt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Rechnung zahlten am Ende die amerikanischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Aber auch das öffentliche Sparkassenwesen in Deutschland hat in der Finanzkrise Fehler gemacht - da muss man ehrlich sein. Trotzdem kann man sagen, dass ohne **Sparkassen** in öffentlicher Hand und ohne **Genossenschaftsbanken** die Folgen der **Finanzkrise** in Deutschland wesentlich dramatischer gewesen wären, als hätten wir sie nicht gehabt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer will das beseitigen?)

Lassen Sie es mich hier noch einmal ganz deutlich sagen: Ein starker öffentlicher Bankensektor ist finanzpolitisch nachhaltig und ökonomisch ein großer Standortvorteil. Sparkassen dürfen nicht zu bloßen Finanzbeteiligungen verkommen. Allein der Vertrauensverlust, der bei der Bevölkerung entstehen würde, hätte massive Folgen.

Die Küstenkoalition will den öffentlichen Gedanken der Sparkassen wieder stärken. Mit unserem Gesetzentwurf schließen wir das Einfallstor für die Privatisierung und treffen eine wichtige politische Grundsatzentscheidung, die uns langfristig vor Schaden bewahrt. Unsere Sparkassen sind ökonomisch zu bedeutsam, um sie zu Spekulationsobjekten verkommen zu lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Es geht darum, das Schlimmste zu verhindern. Deshalb ist es zwar verfahrenstechnisch - das gestehe ich ein - nicht besonders schön, aber angesichts der drohenden Privatisierung dringend geboten, in dieser Tagung im Eilverfahren zu handeln.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welche Privatisierung? - Dr. Heiner Garg [FDP]: Welche Privatisierung denn?)

- Ein Haspa-Einstieg wäre der Beginn einer Privatisierung. Das habe ich gerade eben ausgeführt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer behauptet das außer Stegner?)

- Noch viele andere.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer denn?)

- Ich komme noch dazu. Wir begrüßen ausdrücklich - das hat der Kollege Dr. Stegner auch schon gesagt -, dass sowohl der Präsident des **Sparkassen- und Giroverbands** Schleswig-Holstein, Herr Boll - den ich hier herzlich begrüße; er ist anwesend -, als auch der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, Herr Fahrenschon, unsere Gesetzesänderung unterstützen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich nehme dazu Stellung, wie sie sich zu aktuellen Gesetzentwürfen verhalten. Sie haben gestern beide sehr deutlich gemacht, dass wir den richtigen Weg gehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo denn? Wo nehmen Sie das her?)

Was sie vor ein paar Jahren gesagt haben, war vor ein paar Jahren. Jetzt unterstützen sie unsere Gesetzentwürfe. Es mag sein, dass Ihnen das nicht passt, aber das ist die finanzpolitische Realität in Schleswig-Holstein und darüber hinaus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir wären natürlich schlecht beraten, nähmen wir - darauf ist der Kollege Stegner auch eingegangen -

**(Rasmus Andresen)**

die Sorgen der Angestellten der **Sparkasse in Hohenwestedt** nicht ernst. Das ist nichts, was wir nebenbei irgendwie abtun, sondern in der Debatte sehr ernst nehmen. Wir können in der Debatte deutlich sagen, dass wir sie unterstützen, auch wenn wir in dieser Frage zurzeit eine andere Meinung haben. Sparkassen haben unsere Unterstützung als öffentliche Arbeitgeber.

Ich möchte noch eines zu dem Personalrat der Sparkasse Hohenwestedt sagen. In dem Brief, den er den Fraktionsvorsitzenden, aber auch den finanzpolitischen Sprechern geschrieben hat, macht er unter Punkt 4 selbst deutlich, dass er sich die Möglichkeit einer Rückabwicklung der Haspa-Klausel offenhalten will.

(Johannes Callsen [CDU]: Das steht im Gesetz! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das steht im Gesetz! - Johannes Callsen [CDU]: Aus gutem Grund!)

Sie sagen nur: Lasst erst einmal die EU entscheiden. Unsere Einschätzung ist: Dann ist es zu spät. Das ist der Unterschied. In der Sache gibt es keinen Unterschied zwischen unserer Auffassung und der des Personalrats in Hohenwestedt, der sich selbst in seinem Brief als eine Option den Weg offenhält, den wir jetzt gehen.

(Widerspruch CDU)

Das heißt, wir haben Dissens in der Zeitperspektive, aber nicht grundsätzlich.

Einfach nur die Tür zuzuschlagen, wäre zu einfach. Wir stehen jetzt in der Pflicht, zusammen mit den Sparkassen - auch so lese ich die Stellungnahmen der beiden Sparkassenverbände - nach Alternativen zu suchen. Dafür haben wir nicht unendlich viel Zeit, weil die Lage bei drei der 14 Sparkassen in Schleswig-Holstein sehr angespannt ist.

Die Kapitaldecke wird immer dünner, beispielsweise wegen der hohen Abschreibungen auf die Beteiligungen an der HSH Nordbank im dreistelligen und bei der Landesbank Berlin im zweistelligen Millionenbereich. Hinzu kommen neue Eigenkapitalanforderungen und Basel III. Wann genau sie verbindlich werden, ist noch nicht ganz klar, doch dass sie kommen werden, ist sicher.

Ich weise einen Vorwurf scharf zurück, Herr Koch und Herr Garg, der in den vergangenen Tagen von der Opposition immer wieder erhoben wurde. Das ist die Frage, was Ihr Haspa-Gesetz bisher eigentlich erreicht hat. Ist das Haspa-Gesetz so, wie es derzeit vorliegt, in der **Eigenkapitalfrage** eine Lösung gewesen? Da muss man doch sagen, dass das

bisher gar nicht der Fall gewesen ist, weil der einzige Fall, bei dem es relevant hätte werden können, nämlich bei der Sparkasse Lauenburg, vom Bundeskartellamt gestoppt wurde. Sie sind da auf den Bauch gefallen. Wir müssen andere Wege gehen.

Etwas Versöhnliches zum Schluss: Es lohnt sich, über den CDU-Vorschlag, der auf dem Tisch liegt, weiter nachzudenken. Das kann ein Schritt sein, mit dem wir uns in der weiteren Beratung beschäftigen werden. Wir müssen auch darüber diskutieren, ob ein Zusammenschluss zu einer Landessparkasse oder eine andere Möglichkeit eine Lösung sein könnte. Dies werden wir gemeinsam mit den Sparkassen diskutieren. Auch die Frage, ob die Bildung von Stammkapital der einzige und richtige Ausweg ist, um die Eigenkapitalbasis zu stärken, muss in der Folge beantwortet werden.

Der Kollege Stegner hat sehr deutlich gemacht, dass wir das aufgrund der Eile in zwei Schritten machen müssen. Das werden wir tun. Wir werden im Laufe dieser Tagung einen wichtigen Beschluss treffen. Das ist der Anfang und nicht der Abschluss. Über alle anderen Fragen werden wir in den nächsten Wochen und Monaten intensiv mit den Sparkassen, aber auch mit anderen Akteuren im Finanzsektor, beispielsweise auch aus der Wissenschaft - da gibt es kluge Köpfe, die man zu den Folgefragen anhören kann -, beraten. In dieser einen Frage müssen wir dringend handeln, bevor es zu spät ist. Deswegen stehen wir komplett hinter dem Verfahren und tun dies mit gutem Gewissen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki, das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehöre mittlerweile seit über 20 Jahren diesem Hohen Hause an. Aber mir ist eine Debatte mit so vielen Unwahrheiten, mit so viel Unwissenheit und so vielen bewussten Täuschungen nicht bekannt. Wir diskutieren heute nicht über die Möglichkeit einer Privatisierung von Sparkassen, sondern wir reden einzig und allein davon, dass den **Sparkassen** in diesem Land mit einer **Minderheitsbeteiligung** von 25,1 % anderer Sparkassen eine langfristige Überlebensperspektive geboten werden kann, und nicht mehr.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall FDP)

Lassen Sie mich, bevor ich in die Debatte einsteige, zwei Äußerungen ansprechen, über die ich mich in den vergangenen Tagen sehr geärgert habe und über die ich mich heute auch noch geärgert habe, Herr Dr. Stegner. Man darf in der Sache anderer Auffassung sein, man darf auch darüber Argumente austauschen, ja sogar streiten. Aber man darf dabei nicht historische Errungenschaften infrage stellen. Das haben Sie zweimal gemacht. Erstens wurde durch plumpe und ungerechtfertigte Anmerkungen über die **Haspa** die von Ihnen immer so hochgehaltene Zusammenarbeit mit Hamburg beschädigt, und zweitens werden Rechtsprechungen des Europäischen Gerichtshofs von Ihnen ständig diffamiert, nur weil sie Ihnen nicht passen. Das ist nicht mein Rechtsstaatsverständnis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beides gehört sich für achtbare Demokraten nicht. Ich hätte mir gern das eine oder andere Wort aus der Regierungskoalition gewünscht. Das hat das Maß des Anstandes nach meiner Auffassung bei Weitem übertroffen.

(Beifall FDP)

Nun zur Sache. Viele Sparkassen befinden sich bereits heute in einer Schieflage. Schwere Managementfehler, eine unprofessionelle und unzureichende Aufsicht und Überwachung - übrigens auch durch den Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein - sowie hohe Abschreibungen an ihren Beteiligungen bei der HSH Nordbank und der Landesbank Berlin haben viele **Sparkassen** in unserem Land in eine fast aussichtslose **Notlage** gebracht. Der hohe Abschreibungsbedarf bei der HSH Nordbank resultiert auch aus einer unzureichenden Überwachung des Aufsichtsrats - Herr Dr. Stegner! - vor dem Jahr 2008. Es waren Sozialdemokraten, die aus der Landesbank eine Aktiengesellschaft gemacht haben. Das waren nicht wir, das waren Sie, die Sie jetzt vehement gegen private Rechtsformen auftreten. Mit welcher Überheblichkeit sich manche heute hier aufblasen, obwohl sie selbst maßgeblich an diesem Dilemma beteiligt waren, ist wirklich kaum zu glauben.

Verwunderlich ist auch, dass die Regierungsfractionen an der Möglichkeit festhalten wollen, dass eine Bildung von Stammkapital auch künftig möglich sein soll. Ich kann mich an eine Debatte erinnern, Herr Dr. Stegner, in der Sie und andere erklärt haben, die Bildung von Stammkapital sei das Einfallstor für Privatisierung, das sei eigentlich ganz schlimm, öffentlich-rechtliche Sparkassen brauchten kein Stammkapital. Das aber halten Sie in dem

Gesetz, und ich bin gespannt, wie der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes den anderen Sparkassen in Deutschland erklären will, dass der DSGVO nun mittlerweile diese Form der Stammkapitalbildung für ein wunderbares Modell in ganz Deutschland hält.

Noch in der letzten Legislaturperiode haben Sie das als ein „wesensfremdes Merkmal“ der Sparkassen bezeichnet. Ich würde gern wissen, warum sich dieses wesensfremde Wesen auf einmal zu einer natürlichen Spezies entwickelt hat.

Die **Eigenkapitalquote** vieler Sparkassen im Land bewegt sich bereits heute am Rande der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen. Durch Basel III werden diese Eigenkapitalforderungen bis 2014 sukzessive sehr stark ansteigen. Zugleich müssen viele Kredite mit einem höheren Eigenkapitalanteil der Sparkasse hinterlegt werden.

Die Sparkassen müssen nun innerhalb weniger Jahre ihre Eigenkapitalquote massiv steigern. Das geht durch folgende Möglichkeiten: durch die Bildung einer **Gewinnrücklage**, das heißt, höhere Einbehaltung der Nettoerträge, wie hoch auch immer diese im Zweifel ausfallen mögen. Dies wäre nur zu einem geringen Teil möglich, hätte aber zugleich massive Konsequenzen für das kulturelle und sportliche Leben in den Regionen. Die von den Sparkassen bezeichnete Bürgerdividende würde in vielen Fällen ganz entfallen.

Eine Beteiligung am **Stammkapital** durch andere öffentlich-rechtliche Sparkassen oder deren Träger ist eine vollkommene Illusion, weil erstens für jede Sparkasse die erhöhten Eigenkapitalforderungen durch Basel III eine Herausforderung darstellen. Zweitens ist die Beteiligung an einer Sparkasse, die sich in einer Schieflage befindet, betriebswirtschaftlich wenig attraktiv und den Gremien kaum vermittelbar. Drittens sind die Kommunen überhaupt nicht in der Lage, die erforderlichen Mittel in der entsprechenden Höhe aufzubringen. Diese bewegen sich finanziell auf noch viel dünnerem Eis. Das haben zum Glück auch Sie, Herr Dr. Stegner, bei Ihrer Pressekonferenz in der vergangenen Woche bestätigt.

Man kann noch eine Verringerung des **Kreditengagements** heranziehen. Von allen vorgestellten Lösungsmöglichkeiten wäre dies die schlimmste. Es würde das Handwerk und die regionale Wirtschaft mit ihren kleinen und mittleren Unternehmen ebenso treffen wie die Verbraucher. Viele Sparkassen wären nicht mehr in der Lage, ihren gesetzlichen

(Wolfgang Kubicki)

Aufgaben nachzukommen, die flächendeckende Versorgung mit kredit- und finanzwirtschaftlichen Dienstleistungen in der Fläche für die Wirtschaft und alle Bevölkerungsteile sicherzustellen. Herr Boll ist ja hier. Ich sage noch einmal: Es ist schön, dass Sie erklärt haben, dass das, was jetzt vorgeschlagen wird, in Schleswig-Holstein auch Arbeitsplätze kosten wird. Vielen Dank für eine solche Einschätzung.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Gesetz erlaubt höchstens eine Beteiligung von 25,1 % und das nur von Mitgliedern eines regionalen Sparkassen- und Giroverbands, die unter staatlicher Aufsicht zur Wahrung sparkassentypischer Aufgaben verpflichtet sind und Ausschüttungen gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken zuführen müssen. Nur das erlaubt das Gesetz und nichts anderes. Strenger kann man ein Gesetz nicht fassen. Wo also ist die hier angebliche **Privatisierung** von Sparkassen gesetzlich festgeschrieben? - Das wurde auch in der Anhörung trotz kritischer Nachfragen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW so bestätigt.

Wer nun immer noch beunruhigt ist, den bitte ich doch, sich vom Innenministerium den genauen Wortlaut des Vertrages mit der **Sparkasse Hohenwestedt** im Innen- und Rechtsausschuss erklären zu lassen. Im Vertrag zwischen der **Haspa** und der Sparkasse Hohenwestedt gibt es eine Klausel, die garantiert, dass die Haspa im Fall einer erfolgreichen Klage einer Privatbank wieder aussteigen würde. Für eine Haftungsinanspruchnahme bleibt kein Raum. Die Haspa bekommt ihr eingezahltes Kapital zurück, Ende der Fahnenstange. Wo da ein Schaden für die Bank, für die Kommune oder für das Land entstehen soll, möge mir einmal jemand erklären.

(Beifall FDP und CDU)

Es zeigt sich, dass selbst für den äußerst unwahrscheinlichen Fall des Erfolgs einer Klage Vorsorge getroffen ist. Eine Rückabwicklung wäre problemlos möglich. Dem Land würden keine Kosten entstehen.

Dass das Gesetz übrigens kein Teufelszeug ist, haben auch viele vernünftige Sozialdemokraten anerkannt. Im Kreistag des Herzogtums Lauenburg hat eine Vielzahl sozialdemokratischer Kreisräte, darunter auch der anwesende Landtagsabgeordnete Peter Eichstädt, im Juni 2011 einer 25,1-prozentigen Beteiligung der Haspa an der **Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg** zugestimmt.

(Beifall FDP)

Glauben Sie wirklich, die örtliche SPD und Herr Eichstädt hätten dem zugestimmt, wenn das die Privatisierung der Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg zur Folge gehabt hätte?

Lassen Sie mich auf die von Ihnen skizzierten Lösungsvorschläge kurz eingehen. Der Lösungsansatz der Vergangenheit, Konsolidierung durch Fusionierung, hat sich nicht bewährt. Es zeigt sich immer wieder, dass durch den Zusammenschluss zweier angeschlagener Institute kein gesundes entsteht. Solche Fusionen stoßen zudem beim stärkeren Partner auf massiven Widerstand. Warum soll der, der besser gewirtschaftet hat als der andere, für die Fehler des anderen aufkommen?

Vielleicht noch ein Hinweis: Herr Dr. Stegner, reine Größe ist vor allem bei Banken kein Garant für Erfolg. Wäre das nämlich so, dann würde die WestLB heute noch bestehen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Eine Beteiligung durch den Dachverband der Sparkassen, den Deutschen Sparkassen- und Giroverband, wird europarechtlich schlicht und ergreifend nicht möglich sein, Herr Dr. Stegner. Der **Deutsche Sparkassen- und Giroverband** hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Er ist ein privater Verein, nicht mehr und nicht weniger. Wer also dem DSGVO die Möglichkeit einräumen will, sich an Sparkassen zu beteiligen, der kann es anderen Vereinen nicht verbieten; weder dem Allgemeinen Deutschen Automobilclub noch einem Verein, gegründet von einer privaten Bank, der ausschließlich den Zweck verfolgt, sich an Sparkassen zu beteiligen. Wie absurd es ist, was Sie treiben, zeigt die Tatsache, dass sich der DSGVO beteiligen soll, die Haspa als dessen mittelbares Mitglied jedoch nicht. Das ist besonders komisch.

(Beifall FDP)

Dieser Gesetzentwurf schwächt die Sparkassen und stärkt sie nicht. Er gibt ihnen keine Lösungen für die künftigen Probleme, außer jene, ihr Geschäft zurückzufahren und das Feld den anderen Banken zu überlassen. Wer diesem Gesetz zustimmt, der stärkt nicht das bewährte **Drei-Säulen-Bankenmodell**, sondern er schwächt es eklatant.

Herr Dr. Stegner, Sie haben in der Pressekonferenz gesagt: „Landespolitik kann und will nicht die Probleme der Sparkassen lösen.“ Die Aufgabe der Politik ist es aber doch, pragmatische, zeitgemäße Lösungen für auftretende Probleme zu liefern. Dabei darf ideologische Verblendung kein Maßstab sein.

(Wolfgang Kubicki)

Ihr Gesetz wird viele Sparkassen im Land ruinieren, das sage ich Ihnen voraus. Sie ruinieren die Sparkassenlandschaft insgesamt. Deshalb bitte ich Sie alle: Lassen Sie uns den Gesetzentwurf ausführlich und sorgfältig in einer Anhörung beraten. Sie sind frei gewählte Abgeordnete. Sie sind einzig und allein Ihrem Gewissen verpflichtet. Heute geht es nicht um Gelb, Grün oder Rot, heute geht es um die Überlebensfähigkeit der Sparkassen, wie Ihnen die Sparkasse Hohenwestedt ziemlich deutlich gemacht hat. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt das Wort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Situation der **Sparkassen** ist, wie wir heute schon mehrfach gehört haben, dramatisch. Scheinbar ist sie aber noch nicht dramatisch genug, wenn weiterhin Gelder für Einladungen zu Luxustagungen an politische Entscheidungsträger verwendet werden können. Verzeihen Sie mir diese Spitze. Die Einladung des Sparkassen- und Giroverbands kommt schon recht komisch, wenn wir parallel dazu über notleidende Banken diskutieren.

(Beifall PIRATEN)

Es drohen weitere Abschreibungen aufgrund von Beteiligungen an der HSH Nordbank und der Landesbank Berlin. Die Mindestanforderungen der Basel-III-Kriterien rücken in weite Ferne. Eine Möglichkeit, diesen wieder näherzukommen, ist die Bindung neuer Eigenkapitalgeber. Sie können sich derzeit als 25,1-prozentige Minderheitsbeteiligung am Stammkapital der schleswig-holsteinischen Sparkassen beteiligen und so zu einer Erhöhung des Kernkapitals führen.

Einen Interessenten gibt es bereits, nämlich die **Hamburger Sparkasse**. Was noch den Namen einer Sparkasse trägt, ist in Wirklichkeit eine Aktiengesellschaft. Sie wird zu 100 % von der HASPA Finanzholding gehalten. Diese hält unter anderem weitere Beteiligungen an der LBS Schleswig-Holstein AG und der Sparkasse zu Lübeck AG.

Ihre einmalige Struktur nach dem alten hamburgischen Recht ist zugleich der Grund für die Beteiligungsproblematik. Sie kann zum Einfallstor einer kompletten **Privatisierung** dieser Säule des Bankensystems werden. Wir halten entsprechende Klä-

ren auf europäischer Ebene für nicht ausgeschlossen, aber auch nicht für realistisch. Wie die **Sparkasse Hohenwestedt** in ihrem Faktenpapier vom 21. Januar 2013 mitteilte, gehen die Verhandlungen bereits bis auf das Jahr 2010 zurück. Das Kartellamt erteilte seine Genehmigung am 10. Juli 2012. Die BaFin bestätigte am 10. Dezember 2012, dass es sich bei den zur Verfügung gestellten Mitteln um **Kernkapital** handele.

Die regierungstragenden Fraktionen möchten nun im Eilverfahren das **Sparkassengesetz** ändern und die anstehende **Minderheitsbeteiligung** der Haspa bei der kleinen Sparkasse Hohenwestedt abwenden. Dabei bleiben noch ein paar offene Fragen: Was bedeutet dies für die bisherige Beteiligung an der Sparkasse zu Lübeck AG? Möchte die Regierung auch an diese Struktur langfristig ran und eine Rückabwicklung der AG bewirken?

Es kann nicht sein, dass eine so weitreichende Gesetzesänderung in einer Zwei-Tages-Frist überhastet entschieden werden soll. Aufgrund eines Präzedenzfalls soll nun die komplette Beteiligungsstruktur über den Haufen geworfen werden.

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt CDU)

Die weitreichenden Auswirkungen auf die Struktur der Sparkassen und die Stabilität des Bankensystems können nicht über ein **Eilverfahren im Parlament** ignoriert werden. In jedem geordneten Verfahren würde man zunächst die Bankenaufsicht, bestehend aus BaFin und Bundesbank, anhören.

Der vorliegende Gesetzentwurf der CDU-Fraktion sieht - wenn auch schön umschrieben - eine Umgehung von Basel III vor. Stille Einlagen sollen durch die Anteile am Stammkapital substituiert werden. Entscheidend dabei ist, dass sich nicht die Finanzgeber ändern sollen, sondern ihr Mitspracherecht. Bisher sahen die Fraktionen keinen Anlass, die Struktur der stillen Einlage zu kritisieren. Dies allein zu tun, um die Rahmenbedingungen von Basel III zu umgehen und die Kriterien zu erfüllen, kann nicht ernsthaft unsere Zustimmung erhalten.

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt CDU)

**Basel III** wurde entwickelt, um den Bankensektor und die Bankenstruktur nachhaltig zu stärken und zu stabilisieren. Schon bei der Einführung soll nun getrickst werden. Ich dachte, die HSH Nordbank reicht uns diesbezüglich.

Es gibt aber noch eine zweite Problematik, die gegen den Vorschlag spricht, dass sich der **Deutsche**

(Torge Schmidt)

**Sparkassen- und Giroverband** sowie die regionalen Mitgliedsverbände nun auch am Stammkapital beteiligen können: Im Gegensatz zu einzelnen Sparkassen ist der Verband in der Lage, flächendeckend Beteiligungen einzugehen. Das vorgesehene Stimmrecht und die gegenseitige Einflussnahme werden dazu führen, dass sich langfristig in allen Sparkassen mit einer solchen Beteiligungsstruktur eine gleiche Geschäftspolitik durchsetzen wird, und zwar trotz der Minderheitsbeteiligung. De facto nehmen der Gleichklang und die Verknüpfung der Institute zu.

Können Sie ausschließen, dass es so zu einer indirekten Fusion kommt? Welche Auswirkungen dies auf das systemische Risiko - „too connected“ oder sogar „too big to fail“ - und auf die Bankenstabilität hätte, muss ich Ihnen doch nicht erklären. Der gut gemeinte Vorschlag kann leider auch zum Bumerang werden.

(Beifall PIRATEN)

Wie Sie sehen, gibt es noch viele offene Fragen, die im Raum stehen. Vieles müsste in einem ordentlichen **Anhörungsverfahren** geklärt werden. Man kann zum Beispiel über eine Befristung des Entwurfs der Regierung nachdenken. Damit würden wir uns Zeit verschaffen, um ausführlich über die Auswirkungen der vorhandenen Gesetzentwürfe zu sprechen.

(Beifall PIRATEN)

Jetzt aber hier einen Blindflug der regierungstragenden Fraktionen zu unterstützen, der im Hausrückverfahren durchgesetzt werden soll, kann ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren. Eigentlich müsste man das komplette Verfahren im Ausschuss boykottieren; aber ich bin ein gesitteter Mensch.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ungefähr die Hälfte aller Bürger in Schleswig-Holstein sind Kunden einer Sparkasse. Die Sparkassen finanzieren jede zweite Existenzgründung in Schleswig-Holstein, auch im ländlichen Raum. Mit über 55 % im Jahr 2012 liegt der **Marktanteil der Sparkassen** über dem aller anderen Bankengruppen im Land, wenn es um Kredite

an Unternehmen und Selbständige geht. Mit ihrem regionalen Profil sind sie selbstverständlich in allen Regionen des Landes vertreten und für alle Bürger zugänglich, und das nicht nur im pragmatischen Sinne.

Die Sparkassen sind das **Rückgrat der Geld- und Kreditversorgung** der überwiegend mittelständischen Wirtschaft, des Handwerks und natürlich auch der Privatkunden. Die Sparkassen gehören unbestritten zum täglichen Leben bei uns im Land. Wir als Küstenkoalition wollen die Sparkassen - in diesem Fall die öffentlich-rechtlichen - in unserem Land schützen. Gerade weil die Sparkassen nicht privatisiert, sondern überwiegend in öffentlicher Hand sind, können sie ihre Geschäftspolitik sehr viel stärker auf die regionale Wirtschaft und den Mittelstand ausrichten als die Privatbanken der großen deutschen Kreditanstalten.

Die Sparkassen unterscheiden sich in ihrer Geschäftspolitik von privaten Banken. Sie sind nicht rein renditeorientiert, und sie sind flächendeckend vertreten, insbesondere in ländlichen Regionen. Vor allem unterscheiden sich die Sparkassen aber von vielen anderen Großbanken durch das Regionalprinzip und durch die Gemeinwohlorientierung, welche gesetzlich verankert ist.

Wir wollen die Sparkassen vor einer Privatisierung bewahren, und das lieber heute als morgen. Schon lange ist das Interesse der Haspa bekannt. Nun liegt der Antrag vor. Wir haben es also auf Papier, schwarz auf weiß. Deshalb besteht hier und heute **Handlungsbedarf**. Schon 2010 haben wir als SSW uns zu diesem Thema positioniert. Im Koalitionsvertrag ist unser Nein zur Privatisierung fixiert. Der politische Wille ist also keineswegs eine Überraschung.

Grundsätzlich haben wir vom SSW natürlich nichts gegen die Haspa an sich; im Gegenteil: Wir halten sie für ein verantwortungsvoll wirtschaftendes Institut. Doch in diesem Fall ist Vorsicht geboten. Wir brauchen jetzt eine Korrektur des Sparkassengesetzes. Man könnte es auch, wie mein Kollege Stegner das schon formuliert hat, **Gefahrenabwehrgesetz** nennen.

Das jetzige zügige Handeln sind wir nicht nur den Sparkassen schuldig, sondern - das vergisst man immer leicht - auch allen anderen Ländern in der Bundesrepublik. Die Haspa ist rechtlich ein echter Sonderfall. Sie ist weder eine öffentlich-rechtliche Sparkasse noch eine Privatbank. Zur Erinnerung: Die Hamburger Sparkasse ist eine AG, die Finanz-

(Lars Harms)

holding darüber ist eine Gesellschaft, die nach altem Hamburger Recht ihre Geschäfte betreibt.

Bisher gibt es von der EU nur **Einschätzungen** bezüglich der **Kategorisierung der Haspa**. Es ist jedoch nicht auszuschließen - das ist die entscheidende -, dass die Haspa als eine Privatbank angesehen wird. Mit dem Argument der Wettbewerbsbenachteiligung könnten sich dann aber andere Banken wie zum Beispiel die Deutsche Bank bei der EU einklagen. Damit wäre das Sparkassenwesen in ganz Deutschland auf den Kopf gestellt.

An dieser Stelle müssen wir uns auch einmal Gedanken darüber machen, was bei einer solchen Klage von Privatbanken passiert. Was wird die Europäische Kommission darauf antworten? Wird die EU den Klägern recht geben? Wenn ja, dann müsste das Gesetz beziehungsweise die **Kooperation** zwischen der Haspa und den Sparkassen **rückgängig** gemacht werden. Dass das geht, ist klar. Aber wie das finanziert werden soll, weiß kein Mensch. Das ist eine Schwäche der jetzigen Gesetzesgrundlage. Es ist schön, dass gesagt wird, dass man rückabwickeln kann, dass das Kapital der Haspa in einem solchen Fall wieder abgezogen werden könnte. Aber das sind 25 % der Anteile. Das ist eine Menge Geld. Das sind nicht nur ein paar Hunderteuroscheine, sondern dabei geht es um Millionen. Ob die Kommunen als Träger dieses Geld bezahlen könnten, wage ich zu bezweifeln. Und dass kurzfristig ein Weißer Ritter erscheint und sagt: „Ich gebe da Geld rein“, glaube ich auch nicht. Deshalb ist es, wie ich finde, nur fair und sauber, wenn man vorher eine gesetzliche Regelung schafft, die dieses Problem aus der Welt schafft. Wir werden das tun.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was bedeutet also die **mögliche Privatisierung einzelner Sparkassen** durch die Hintertür? In diesem Fall würde sich demzufolge eine Privatbank Anteile an einer Sparkasse hier im Land kaufen. Mit einem Anteil von beispielsweise 25 % hätte die Privatbank als Teilhaberin einen bedeutenden Einfluss auf die Geschäfte der Sparkasse. Die kommunalen Sparkassen würden dann extrem unter Druck geraten, und sie müssten ihre Geschäftspolitik auf mehr Renditeorientierung umstellen. Aus der Bankenkrise der Vergangenheit haben wir aber eines gelernt, nämlich, dass das genau der falsche Weg ist. Die Sparkassen sind zu einem großen Teil gut durch diese Krise gekommen, weil sie eben nicht eine so immense Renditeorientierung hatten wie die Privatbanken.

Ich halte also fest: Die **eigenständige Geschäftspolitik der Sparkasse** wäre passé, und eine charakterlose Pseudo-Sparkasse stünde demnach vor der Tür, die sich nur noch scharf am Gewinn orientieren würde, auf Druck eines Anteilseigners, einer privaten Bank. Ich glaube, das ist genau das, was wir nicht haben wollen. Deswegen wollen wir heute schnell diesen Schritt gehen, damit dies überhaupt nicht erst in Erwägung gezogen werden kann.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der SSW möchte ein solches Szenario nicht mittragen. Doch was sind die Alternativen, um unsere Sparkassen zu schützen und zu unterstützen? - Im Antrag der CDU wird eine Möglichkeit beschrieben. Das ist aber nicht die einzige Möglichkeit. Eine ordentliche **Anhörung**, in der alle Anregungen diskutiert werden können, kann anhand des **CDU-Gesetzesentwurfs** durchgeführt werden. Beispielsweise bestünde die Gelegenheit zur Fusion der Sparkassen in Schleswig-Holstein. Das müssen und können die Sparkassen faktisch aber nur selbst entscheiden. Wir von der politischen Seite dürfen die Entschlusskraft und die Verantwortlichkeit der Sparkassen nicht antasten. Jedoch können wir den Weg bereiten, um eventuelle Fusionierungen zu erleichtern.

Natürlich können die jeweiligen Sparkassen sich auch selbst Anteile von anderen Sparkassen verschaffen. Das ist schon jetzt für schleswig-holsteinische Sparkassen möglich. Vielleicht ist es eine Option, diese Möglichkeiten auch für Sparkassen außerhalb von Schleswig-Holstein zu eröffnen. Außerdem könnte darüber debattiert werden, ob die Kommunen sich stärker am Stammkapital beteiligen wollen beziehungsweise ob sie dies überhaupt können.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen, dass es ohne unsere Sparkassen im Land nicht geht und schon gar nicht mit eigenkapitalschwachen schleswig-holsteinischen Sparkassen. Der Aspekt der Privatisierung ist die eine Sache, zukunftsorientierte Sparkassen aber eine andere.

Heute werden wir handeln, um eine Privatisierung in wirklich jedem Fall zu verhindern. Danach werden wir mit den Kommunen und den Sparkassen, lieber Kollege Arp, darüber reden, welche Möglichkeiten sie haben, ihre Situation zu verbessern und welche gesetzgeberischen Schritte hierfür notwendig sind. Diesbezüglich sind wir uns nicht nur mit dem Sparkassen- und Giroverband in Schleswig-Holstein, sondern auch auf Bundesebene einig - ge-



(Lars Harms)

nauso wie wir uns einig sind, was den Schutz vor Privatisierung angeht.

Wenn Sie von der CDU und der FDP uns nicht folgen wollen, nehmen Sie sich wenigstens die Stellungnahmen der beiden großen Verbände noch einmal vor, die sich eindeutig für unseren Weg ausgesprochen haben. Sie bestärken uns darin, dies möglichst schnell zu tun. Wenn Sie nicht auf uns hören wollen, dann hören Sie wenigstens auf die Verbände der Sparkassen. Damit würden Sie etwas Gutes tun. Dann können Sie vielleicht doch noch zustimmen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. - Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Tobias Koch von der CDU-Fraktion.

(Zuruf SPD: Abschiedssinfonie!)

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Stegner, Sie haben in Ihren Ausführungen vorhin behauptet, die damaligen Regierungsfractionen hätten, angetrieben von der FDP, die **Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen** betrieben. Das ist eine ungeheuerliche Unterstellung, Herr Dr. Stegner, die ich hier in aller Schärfe zurückweise.

(Beifall CDU und FDP)

Sie selbst haben heute Morgen sehr empfindlich reagiert, als verallgemeinernd davon gesprochen wurde, die damalige Opposition hätte das Pairing-Verfahren nicht eingehalten. Sie haben sehr großen Wert darauf gelegt, dass die SPD in diese allgemeine Formulierung nicht einbezogen wird. Hier behaupten Sie ganz bewusst, die CDU-Fraktion hätte die Privatisierung der Sparkassen betrieben; denn es gab neben der FDP-Fraktion nur die CDU-Fraktion als Regierungsfraction. Herr Kollege Dr. Stegner, Sie werden nicht ein einziges Zitat finden, keine einzige Aussage, keine einzige Abstimmung, keine Willensbekundung unsererseits, die belegt, dass wir die Privatisierung unserer öffentlich-rechtlichen Sparkassen zum Ziel hatten.

Wir haben uns immer für öffentlich-rechtliche Sparkassen und für deren Stärke eingesetzt. Wir wollten starke regionale Sparkassen, mitnichten eine Privatisierung. Unterschiedliche Rechtsauffas-

sungen haben wir, das mag sein. Ihre gesamte Argumentation basiert auf einem theoretischen Schreckgespenst, dass Sie hier auf der Grundlage einer vielfachen **Unterstellung** aufbauen.

Sie unterstellen erstens, die Hamburger Sparkasse gehöre nicht dem öffentlichen Sektor an, obwohl Sie keine privaten Eigentümer hat und obwohl sie dem Allgemeinwohl verpflichtet ist. Zweitens unterstellen Sie, es gäbe Privatbanken, die versuchen würden, sich im Falle einer Haspa-Beteiligung einzuklagen. Drittens unterstellen Sie, dass der EuGH diesen Privatbanken recht gäbe. Viertens unterstellen Sie, dass die extra auf unser Anliegen hin eingebaute Rückabwicklungsklausel im Sparkassengesetz in einem solchen Fall nicht griffe. - Das ist das theoretische Gebäude, das Sie aufbauen und mit dem Sie hier versuchen, Ihr Schreckgespenst einer drohenden Privatisierung zu begründen.

Eigentlich ist es nicht wert, hier weiter auf diese fadenscheinige Argumentation einzugehen. Dass Sie uns aber unterstellen, wir betrieben aktiv eine Privatisierung der öffentlichen Sparkassen, ist wirklich unanständig und zeigt, auf welcher schwachen Basis Ihre Argumentation steht und dass Sie es nötig haben, zu solchen Argumenten zu greifen. Ich erwarte dazu hier und jetzt eine Klarstellung von Ihnen.

(Zurufe SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dr. Ralf Stegner, das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Tatsache, dass die Reihen hier so aussehen, wie sie aussehen, sprechen wirklich für sich selbst. Dass Sie hier vor leeren Rängen sitzen, zeigt die Glaubwürdigkeit Ihres Engagements für die Sache, meine sehr verehrten Damen und Herren.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Kubicki?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Wenn Sie die Uhr anhalten, ja.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Es geht nicht um eine Zwischenfrage, sondern um eine Bemerkung, Herr Dr. Stegner. Vielleicht nehmen

(Dr. Ralf Stegner)

Sie freundlicherweise zur Kenntnis - es kommt bei Ihnen nämlich auch vor -, dass wir in fast allen Kreisverbänden bei uns heute Abend Parteitage für die Aufstellung der Kandidaten zur Kommunalwahl und der Direktkandidaten zur Bundestagswahl haben.

- So viel Parteitage, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie hier Abgeordnete auf der rechten Seite fehlen, kommen im ganzen Jahr nicht zusammen. Das können Sie mir nicht erklären. Schauen Sie einmal, wie leer die Reihen sind. Nein, das ist erstens ein Punkt, der die **Glaubwürdigkeit** dessen, was Sie hier ausgeführt haben, sehr infrage stellt.

Zweitens möchte ich sagen: Die Behauptung, die hier aufgestellt wurde, ich hätte mich negativ über die **Haspa** geäußert, ist falsch. Ich habe kein einziges negatives Wort über die Haspa gesagt, sondern festgestellt: Wir haben überhaupt nichts gegen die Haspa. Allerdings ist die Gefahr, die damit verbunden ist, das Problem.

Übrigens hat der Präsident des DSGV zu mir gesagt, er habe die Haspa gebeten, den Vorgang Hohenwestedt nicht zu beschleunigen, damit man in Ruhe prüfen kann, was das heißt. Das hat die Haspa abgelehnt und gesagt: Wir wollen das jetzt mit aller Kraft durchziehen. Deswegen sagt Herr Fahrenschon: Kümmern Sie sich darum, dass es möglichst schnell geht, dass diese Gefahr ausgeräumt wird. - Das ist der Sachverhalt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Im Übrigen muss ich Ihnen sagen: Es ist der zweite Vorgang, bei dem Sie uns eigentlich vorschlagen, einen **Sonderweg Schleswig-Holsteins** gegen 15 andere zu gehen. Ich sage Ihnen: Das ist falsch. Wir wollen keine Sonderregel, sondern wir wollen bei diesem und anderen Themen in der öffentlichen Familie in Deutschland insgesamt bleiben.

(Beifall SPD)

Drittens ist es natürlich auch falsch, zu sagen, dass die **Sparkassen** insgesamt in einer **problematischen Situation** seien. Das sind sie nicht. Einzelne haben - das ist wahr - Probleme, anderen geht es prächtig. Herr Fahrenschon hat zu mir gesagt: Wir lösen die Probleme der Sparkassen in der S-Gruppe selbst, denn das Modell der Sparkassen, nicht auf hohe Renditeerwartungen aus zu sein, sondern ein Modell für Privatkunden sowie kleine und mittlere Unternehmen zu betreiben, ist ein Erfolgsmodell, um das wir weltweit beneidet werden. Das wollen wir nicht kaputt machen und nicht durch artfremde Einflüsse von Privaten ruinieren. Das ist der Punkt,

um den es uns geht, und dafür treten wir hier auch ein.

Ich will noch eines sagen: Das **Restrisiko** mag klein sein. Das mag sein. Ich kann das nicht beurteilen. Fünf Juristen, sechs Meinungen! Die Schadenhöhe aber ist, wenn das eintritt, groß. Wir haben das zu verhindern. Das ist der Punkt, um den es uns hier geht.

Ich lasse mich von Ihnen auch nicht zum Antieuropäer stempeln, wenn ich hier **europäische Gerichtsurteile** kritisiere. Das Recht haben wir; denn es ist natürlich so, dass die Mehrheiten in Europa leider neoliberal sind. Auch in den Gerichtsurteilen, die da gefällt werden und wo in der Tat Wettbewerbsfundamentalismus zu sehen ist, kommt das zum Ausdruck. Immer, wenn es um öffentlich-rechtlichen Rundfunk, um Wohlfahrtsverbände und auch um Sparkassen geht, gibt es etwas, was Sie gerne ändern wollen. Wir sind der Meinung, dass das verteidigt werden muss.

Ich will noch ein Letztes sagen: Ich habe mit dem Vorstandsvorsitzenden der **HASPA Finanzholding** gesprochen und ihn gefragt, ob er uns denn das Risiko abnehmen und - in Kenntnis des Vertrages mit Hohenwestedt, den wir gesehen haben - so eine Art **Lebensversicherungspolice** bei der **Rückabwicklung** ausstellen würde. Er sagte, er halte das Risiko zwar für klein, sei aber - obwohl die sonst Risikofinanzierungen machen - nicht willens, uns das abzunehmen. Das spricht doch nur dafür, dass wir mit unserer Befürchtung recht haben.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Vorsicht ist besser, als am Ende den Scherbenhaufen aufzukehren, den wir hätten, wenn wir uns auf den Weg einließen, den CDU und FDP hier vorhaben zu gehen.

Es ist durchsichtig, was Sie hier versuchen. Wenn Sie glauben, Sie könnten das mit irgendwelchen parlamentarischen Mätzchen verhindern, täuschen Sie sich. Wir werden das machen, was die Kollegen Harms und Andresen hier gesagt haben. Die Koalition ist hier komplett einig. Der Innenminister wird sicher auch noch etwas zu den Risiken zu sagen haben. Sie werden uns daran nicht hindern - und wenn Sie noch so viel Klamauk veranstalten.

(Beifall SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort hat jetzt für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Thomas Rother.

**Thomas Rother [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schade, dass Herr Koch jetzt weg ist. Er kann das aber auch alles nachlesen. Sonst hätte ich ihn gerne noch einmal darauf hingewiesen, was das Ergebnis der Anhörung gewesen ist, die vor gut drei Jahren stattgefunden ist. Danach ist nämlich die **Haspa** nach Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes eindeutig dem **privaten Sektor** zuzuordnen. Auch die Mitteilung der EU-Kommission, die vielleicht in seinen Unterlagen ist, weist deutlich darauf hin, dass die Haspa wohl dem privaten Sektor zuzuordnen ist. Das ist das eine.

Bei dem anderen geht es um die Frage: Warum ist es denn nun die Sparkasse Hohenwestedt? Es sind Sparkassen gewählt worden. Vorher war es - wie der Kollege Eichstädt immer korrekt sagt - die Kreissparkasse des Herzogtums Lauenburg, die für eine **Haspa-Beteiligung** ausgewählt worden ist. Das ist also keiner der berühmten Stützungsfälle, sondern es ist natürlich eine Sparkasse gewählt worden, der es gut geht, eben um diesen Stein ins Rollen zu bringen, der dann weitere Steine zum Fallen bringen soll.

Wenn die Träger der Sparkasse in Hohenwestedt die **Rückabwicklung** auch finanzieren und das sogar zusichern könnten, frage ich mich zum einen: Warum stecken Sie das dann nicht ins Eigenkapital der Sparkasse? Ich möchte auch gern die Debatte erleben, wenn so etwas beispielsweise bei der Sparkasse Südholstein passieren würde. Es würde gefragt werden, wo dann das Geld herkommen soll.

Ich bin Herrn Kubicki im Prinzip dankbar für all die Punkte, die er hier in Bezug auf weitere Lösungsmöglichkeiten hinsichtlich der Krise der Sparkasse genannt hat. Es ist natürlich so, wie Herr Koch in seiner Presseerklärung vom 11. Januar 2013 beschrieben hat, dass der von der Regierungsfraktion vorgelegte Gesetzentwurf offenkundig allein dazu diene, den Einstieg der Haspa bei der Sparkasse Hohenwestedt zu verhindern. Das stimmt. Mehr ist es tatsächlich nicht. All die Punkte, die angesprochen worden sind, Herr Kubicki, sollten wir im weiteren Verfahren - meinetwegen auch mit 36 oder 37 Anzuhörenden - in aller Ruhe und mit aller Sorgfalt beraten können. Dabei geht es unter anderem auch um den Vorschlag, den die CDU gemacht hat, natürlich auch um die Frage der Beteiligungsmöglichkeit anderer öffentlich-rechtlicher Sparkassen.

Weiter geht es um die Frage, inwieweit eine Beteiligung das Wesen der Sparkasse - von der Gemein-

wohlorientierung hin zu einer Renditeorientierung - verändern würde. Auch ging es um mögliche Fusion und so weiter, und so fort. - Das sollten wir dann auch mit dem CDU-Gesetzentwurf machen und es zum Anlass nehmen, das, was wir eigentlich vorhatten - nämlich eine Evaluation des Sparkassengesetzes vorzunehmen -, auch tatsächlich durchzuführen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer von der Piratenfraktion.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Aussage von Herrn Dr. Stegner kann ich so nicht stehen lassen. Sie haben eben erklärt: Wenn es in Europa eine konservative Mehrheit gebe, dann sei es kein Wunder, dass der **Europäische Gerichtshof** entsprechend entscheide. Eine solche Unterstellung, dass **politische Mehrheiten** bei unabhängigen Gerichten eine Auswirkung auf die Rechtsprechung hätten, kann ich nur mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Wenn es aber so wäre, dass politische Ernennungen die Gefahr einer Einflussnahme in sich bergen würden, würde ich Sie hier in aller Deutlichkeit auffordern, bei der Ernennung des nächsten Präsidenten des Landesrechnungshofs keine politische Besetzung vorzunehmen, sondern eine Ausschreibung zu machen und nach Qualifikation offen auszuwählen. Dann würden wir nämlich nach Sachkunde auswählen und nicht auf der Grundlage politischer Hinterzimmerdeals. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen des Parlaments sehe ich nicht. - Jetzt spricht die Landesregierung. Das Wort hat Herr Innenminister Breitner.

**Andreas Breitner, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Keine Besetzung der Abgeordnetenbank der Fraktion der CDU und geringe Besetzung der Abgeordnetenbank der Fraktion der FDP)

(Minister Andreas Breitner)

- Es ist einfach, ich brauche nur noch in diese Richtung zu sprechen.

Mit ihrem **Gesetzentwurf** zur Änderung des schleswig-holsteinischen Sparkassengesetzes wollen die **Regierungsfractionen** einen Irrweg beenden. Wie Sie wissen, wurde im Juli 2010 das Sparkassengesetz vor dem Hintergrund der Stärkung der Eigenkapitalbasis der Sparkassen geändert.

Damit sollten sich an öffentlich-rechtlichen Sparkassen neben anderen Sparkassen und Trägern von Sparkassen, also den Kommunen, noch andere sogenannte vergleichbare Träger mit bis zu 25,1 % am Stammkapital beteiligen können. Mit dieser Regelung - jetzt gucke ich doch lieber zu Ihnen, weil da die Aufmerksamkeit größer ist, Herr Kubicki - wurde auch der HASPA Finanzholding eine Beteiligung einschließlich schleswig-holsteinischen Sparkassen ermöglicht. Diese Regelung ist problematisch. Es ist nicht auszuschließen, dass damit die Tür zur **Privatisierung** der **Sparkassen** geöffnet wird. Mit Blick auf die nach Artikel 63 Abs. 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu gewährleistende Kapitalverkehrsfreiheit ist nämlich folgendes Szenario vorstellbar:

Die HASPA Finanzholding beteiligt sich an einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse. In einem möglichen künftigen Verfahren vor der EU-Kommission kommt diese zu dem Ergebnis, die HASPA Finanzholding sei nicht dem öffentlichen Sektor zuzuordnen. Dann würde es sich bei der **Haspa-Beteiligung** um eine **Privatisierung** handeln. Damit läge ein Verstoß gegen die EU-Regelungen zur Kapitalverkehrsfreiheit vor, da in § 4 Abs. 5 des Sparkassengesetzes Schleswig-Holstein der Kreis der möglichen Beteiligten begrenzt wird.

Es gäbe dann für das Land die folgenden zwei Möglichkeiten: erstens die Änderung des § 4 Abs. 5 Sparkassengesetz dahin gehend, dass sich jedermann an den öffentlich-rechtlichen Sparkassen beteiligen kann. Das hieße Privatisierung.

Zweitens die Wiederherstellung der Eigentumsordnung. Dies würde bedeuten: Änderung des Sparkassengesetzes dahin gehend, dass die HASPA Finanzholding keine Stammkapitalanteile an Sparkassen halten darf, und Rückkauf der Anteile von der HASPA Finanzholding. Die Berechtigung zum Erwerb oder zum Halten von Stammkapitalanteilen erlischt gemäß § 4 Abs. 5 letzter Satz des Sparkassengesetzes, sobald die in den voranstehenden Sätzen beschriebenen Voraussetzungen entfallen, also die Zulässigkeit des Haltens von bis zu 25,1 % des Stammkapitals durch andere öffentliche Sparkas-

sen, deren Träger oder vergleichbarer Träger. Nach § 4 Abs. 6 Satz 2 des Gesetzes sind die Folgen des Erlöschens einer Berechtigung als vergleichbarer Träger gemäß Absatz 5 zwischen den Beteiligten in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zu regeln. Daraus kann gelesen werden, dass die Vertragspartner im Falle der entsprechenden Rechtsänderung zu einer **Rückabwicklung** der inzwischen unzulässig gewordenen Beteiligung verpflichtet sind. Dieser Weg ist jedoch äußerst risikobehaftet, da er in eine nach Artikel 14 Grundgesetz geschützte Eigentumsposition eingreifen würde.

Ob im Rahmen einer Gesetzesänderung von der Haspa als vergleichbarer Träger eine vollumfängliche entschädigungsfreie Rückabwicklung der Beteiligung überhaupt gefordert werden kann, ist fraglich. Auch das geltende Gesetz bleibt in diesem Punkt sehr unbestimmt. Es gibt lediglich vor, dass die Folgen des Erlöschens einer Berechtigung unter anderem zum Halten von Stammkapital in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zu regeln sind. Offen bleibt aber, ob das zwingend eine Rückabwicklung bedeutet und wie diese ausgestaltet sein muss. Unverzüglich, vollständig, entschädigungsfrei?

Dementsprechend risikobehaftet wären auch entsprechende aufsichtliche Maßnahmen zur Umsetzung einer Rückabwicklung. Zwar können entsprechende vertragliche Vereinbarungen zwischen den Beteiligten die Rechtsunsicherheit ein Stück weit reduzieren. Letzte Sicherheit schaffen aber auch sie nicht. Die Durchsetzung des Vertrages ließe sich gegebenenfalls nur gerichtlich erstreiten.

Ungeachtet dieser Fragen stellt sich auf jeden Fall ein **Finanzierungsproblem**. Wer kauft die Anteile zurück, und wer finanziert dies? Leidtragende werden die kommunalen Träger sein. Das Problem kann in einem Beteiligungsvertrag wohl gemildert, aber nicht beseitigt werden. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass es zum Zeitpunkt der Entscheidung der EU-Kommission möglicherweise bereits mehrere Beteiligungen geben könnte. Um mögliche Rechtsunsicherheiten zu beseitigen, soll mit dem Gesetzentwurf die Beschränkung auf sogenannte vergleichbare Träger gestrichen werden. Die Möglichkeit der Bildung von Stammkapital sowie die Beteiligungsmöglichkeiten Dritter, also anderer öffentlich-rechtlicher Sparkassen und deren Träger, sollen bestehen bleiben.

Angesichts der oben beschriebenen **Risiken** ist eine schnellstmögliche Gesetzesänderung erforderlich, um jedweden **Präzedenzfall** zu vermeiden.

(Minister Andreas Breitner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Würde vor der Gesetzesänderung eine erste Beteiligung der Haspa am Stammkapital einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse genehmigt und würde sich im Anschluss eine Rückabwicklung dieser Beteiligung rechtlich nicht durchsetzen lassen, wäre das **Risiko einer Privatisierung** extrem groß, und das - so habe ich heute gelernt - will niemand hier.

Der Gesetzentwurf ist dabei nur ein erster Schritt, mit dem allein den Sparkassen in Schleswig-Holstein selbstverständlich nicht geholfen ist und auch das benötigte Eigenkapital weiter ausbleibt; denn unsere **Sparkassen** stehen vor erheblichen **Herausforderungen**. Drei der 14 Sparkassen mussten in den letzten Jahren gestützt werden. Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank drückt auf die Ertragslage aller Kreditinstitute. Wertberichtigungen auf Beteiligungen wie an der HSH Nordbank und der Landesbank Berlin belasten die Ertragslage zusätzlich. Gleichzeitig ist durch die Umsetzung von Basel III mit höherem Kapitalbedarf zu rechnen. Die Wettbewerbssituation im Kreditwesen hat sich in den letzten Jahren - beispielsweise durch Angebote im Internet - verschärft. Es ist in erster Linie die Aufgabe der Sparkassen, und zwar der Vorstände und Verwaltungsräte, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Dabei bedürfen sie der nachhaltigen Unterstützung des Sparkassen- und Giroverbandes, der auch überregionale Gesichtspunkte in den sparkasseninternen Diskussionsprozess einbringen kann. Auch der Gesetzgeber in Schleswig-Holstein nimmt seine Verantwortung gegenüber den Sparkassen wahr. Dazu gehört, zügig eine Option zu schaffen, die **Eigenkapitalbasis** von einzelnen Sparkassen zu stärken.

Eigentlich hatte ich vor, jetzt etwas zum CDU-Antrag zu sagen. Aber der Antragsteller bringt seinem eigenen Antrag nicht die nötige Wertschätzung entgegen. Insofern verzichte ich darauf.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eine realistische Möglichkeit stellt dabei jedoch lediglich der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein dar. Nur er wird tatsächlich willens sein, sich an unseren Sparkassen zu beteiligen. Ich halte es für sehr erwägenswert, ihm diese vorübergehende Möglichkeit der Beteiligung einzuräumen. Meiner Meinung nach sollten wir auch über eine erhöhte, über 25,1 % liegende Kapitalbeteiligungsquote nachdenken, um die Möglichkeit

der einzelnen Sparkassen zur Aufnahme von Stammkapital weiter auszubauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegt in unser aller Interesse, dass die **Sparkassen** auch zukünftig gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken eine **flächendeckende Versorgung** der Bevölkerung und der mittelständischen Wirtschaft mit Bankdienstleistungen sicherstellen. Wir räumen jetzt aufgrund der aktuellen Risiken erst einmal den Tisch frei, um dann wieder neu aufzubauen. Wir wissen, was wir an unseren Sparkassen im Land haben, und werden sie schützen. Wir schaffen einen rechtlich sicheren Rahmen. Ich danke den regierungstragenden Fraktionen für ihr schnelles und umsichtiges Handeln.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Landesregierung wird bis zum Herbst einen Gesetzentwurf vorlegen, um ihre Ziele weiter zu verfolgen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist beantragt worden, die Gesetzentwürfe in den Drucksachen 18/421 und 18/435 dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Finanzausschuss und dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Die Gesetzentwürfe sind mit den Stimmen des verbliebenen Abgeordneten der FDP, der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW in diese Ausschüsse überwiesen.

(Zuruf SPD)

- Richtig, gegen die Stimmen der PIRATEN; das nehmen wir auch noch zu Protokoll.

Herr Fraktionsvorsitzender, Sie möchten noch eine Anmerkung zur Geschäftsordnung machen.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident, ich beantrage, dass morgen nach Behandlung des ersten gesetzten Punktes der Ältestenrat zusammentritt. Wir wollen das Verhalten hier im Parlament morgen zur Sprache bringen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Präsidium wird den Ältestenrat informieren.

Ich danke Ihnen für die heute geleistete Arbeit - bis 20 Uhr; das ist schon viel.

Ich wünsche Ihnen für den weiteren Verlauf des Abends noch gute Gespräche und eine angenehme

Nachtruhe. Wir sehen uns morgen um 10 Uhr wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 20:00 Uhr**

## Anlage 1

## Namentliche Abstimmung

16. Sitzung am 23. Januar 2013

## a) Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013 b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache 18/459 Nr. 9

(Seite 1184 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Jürgen Weber	Nein
Hans-Jörn Arp	Enthaltung	Lars Winter	Nein
Dr. Axel Bernstein	Enthaltung		
Johannes Callsen	Enthaltung	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Astrid Damerow	Enthaltung	Rasmus Andresen	Nein
Volker Dornquast	Enthaltung	Dr. Marret Bohn	Nein
Heike Franzen	Enthaltung	Anke Erdmann	Nein
Hauke Göttisch	Enthaltung	Marlies Fritzen	-
Daniel Günther	Enthaltung	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	-	Detlef Matthiessen	Nein
Karsten Jasper	Enthaltung	Burkhard Peters	Nein
Klaus Jensen	Enthaltung	Ines Strehlau	Nein
Tobias Koch	Enthaltung	Dr. Andreas Tietze	-
Peter Lehnert	Enthaltung	Bernd Voß	Nein
Jens-Christian Magnussen	-		
Hans Hinrich Neve	Enthaltung	<b>FDP</b>	
Petra Nicolaisen	Enthaltung	Dr. Heiner Garg	Ja
Barbara Ostmeier	Enthaltung	Anita Klahn	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Enthaltung	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Heiner Rickers	Enthaltung	Wolfgang Kubicki	Ja
Klaus Schlie	Enthaltung	Oliver Kumbartzky	Ja
Peter Sönnichsen	Enthaltung	Christopher Vogt	Ja
Rainer Wiegard	Enthaltung		
<b>SPD</b>		<b>PIRATEN</b>	
Torsten Albig	Nein	Angelika Beer	Nein
Wolfgang Baasch	Nein	Dr. Patrick Breyer	Nein
Dr. Kai Dolgner	Nein	Wolfgang Dudda	Ja
Peter Eichstädt	Nein	Uli König	Enthaltung
Kirsten Eickhoff-Weber	Nein	Sven Krumbeck	Enthaltung
Martin Habersaat	Nein	Torge Schmidt	Enthaltung
Bernd Heinemann	Nein		
Birgit Herdejürgen	Nein	<b>SSW</b>	
Simone Lange	Nein	Lars Harms	Nein
Serpil Midyatli	Nein	Flemming Meyer	Nein
Birte Pauls	Nein	Jette Waldinger-Thiering	Nein
Tobias von Pein	Nein		
Regina Poersch	Nein		
Beate Raudies	Nein		
Sandra Redmann	Nein	<b>Zusammenstellung:</b>	
Thomas Rother	Nein	Abgegebene Stimmen	65
Olaf Schulze	Nein	davon	
Dr. Ralf Stegner	Nein	Jastimmen	7
Dr. Gitta Trauernicht	Nein	Neinstimmen	35
Kai Vogel	Nein	Enthaltungen	23

## Anlage 2

## Namentliche Abstimmung

16. Sitzung am 23. Januar 2013

## a) Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013 b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache 18/459 Nr. 34

(Seite 1185 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Jürgen Weber	Nein
Hans-Jörn Arp	Ja	Lars Winter	Nein
Dr. Axel Bernstein	Ja		
Johannes Callsen	Ja	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Astrid Damerow	Ja	Rasmus Andresen	Nein
Volker Dornquast	Ja	Dr. Marret Bohn	Nein
Heike Franzen	Ja	Anke Erdmann	Nein
Hauke Göttisch	Ja	Marlies Fritzen	-
Daniel Günther	Ja	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	-	Detlef Matthiessen	Nein
Karsten Jasper	Ja	Burkhard Peters	Nein
Klaus Jensen	Ja	Ines Strehlau	Nein
Tobias Koch	Ja	Dr. Andreas Tietze	-
Peter Lehnert	Ja	Bernd Voß	Nein
Jens-Christian Magnussen	-		
Hans Hinrich Neve	Ja	<b>FDP</b>	
Petra Nicolaisen	Ja	Dr. Heiner Garg	Ja
Barbara Ostmeier	Ja	Anita Klahn	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Ja	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Heiner Rickers	Ja	Wolfgang Kubicki	Ja
Klaus Schlie	Ja	Oliver Kumbartzky	Ja
Peter Sönnichsen	Ja	Christopher Vogt	Ja
Rainer Wiegard	Ja		
<b>SPD</b>		<b>PIRATEN</b>	
Torsten Albig	Nein	Angelika Beer	Ja
Wolfgang Baasch	Nein	Dr. Patrick Breyer	Ja
Dr. Kai Dolgner	Nein	Wolfgang Dudda	Ja
Peter Eichstädt	Nein	Uli König	Ja
Kirsten Eickhoff-Weber	Nein	Sven Krumbeck	Ja
Martin Habersaat	Nein	Torge Schmidt	Ja
Bernd Heinemann	Nein		
Birgit Herdejürgen	Nein	<b>SSW</b>	
Simone Lange	Nein	Lars Harms	Nein
Serpil Midyatli	Nein	Flemming Meyer	Nein
Birte Pauls	Nein	Jette Waldinger-Thiering	Nein
Tobias von Pein	Nein		
Regina Poersch	Nein		
Beate Raudies	Nein		
Sandra Redmann	Nein	<b>Zusammenstellung:</b>	
Thomas Rother	Nein	Abgegebene Stimmen	65
Olaf Schulze	Nein	davon	
Dr. Ralf Stegner	Nein	Jastimmen	32
Dr. Gitta Trauernicht	Nein	Neinstimmen	33
Kai Vogel	Nein	Enthaltungen	-



## Anlage 3

## Namentliche Abstimmung

16. Sitzung am 23. Januar 2013

## a) Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013 b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache 18/459 Nr. 65

(Seite 1189 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Jürgen Weber	Nein
Hans-Jörn Arp	Enthaltung	Lars Winter	Nein
Dr. Axel Bernstein	Enthaltung		
Johannes Callsen	Enthaltung	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Astrid Damerow	Enthaltung	Rasmus Andresen	Nein
Volker Dornquast	Enthaltung	Dr. Marret Bohn	Nein
Heike Franzen	Enthaltung	Anke Erdmann	Nein
Hauke Göttisch	Enthaltung	Marlies Fritzen	-
Daniel Günther	Enthaltung	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	-	Detlef Matthiessen	Nein
Karsten Jasper	Enthaltung	Burkhard Peters	Nein
Klaus Jensen	Enthaltung	Ines Strehlau	Nein
Tobias Koch	Enthaltung	Dr. Andreas Tietze	-
Peter Lehnert	Enthaltung	Bernd Voß	Nein
Jens-Christian Magnussen	-		
Hans Hinrich Neve	Enthaltung	<b>FDP</b>	
Petra Nicolaisen	Enthaltung	Dr. Heiner Garg	Ja
Barbara Ostmeier	Enthaltung	Anita Klahn	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Enthaltung	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Heiner Rickers	Enthaltung	Wolfgang Kubicki	Ja
Klaus Schlie	-	Oliver Kumbartzky	Ja
Peter Sönnichsen	Enthaltung	Christopher Vogt	Ja
Rainer Wiegard	Enthaltung		
<b>SPD</b>		<b>PIRATEN</b>	
Torsten Albig	Nein	Angelika Beer	Ja
Wolfgang Baasch	Nein	Dr. Patrick Breyer	Ja
Dr. Kai Dolgner	Nein	Wolfgang Dudda	Ja
Peter Eichstädt	Nein	Uli König	Ja
Kirsten Eickhoff-Weber	Nein	Sven Krumbeck	Ja
Martin Habersaat	Nein	Torge Schmidt	Ja
Bernd Heinemann	Nein		
Birgit Herdejürgen	Nein	<b>SSW</b>	
Simone Lange	Nein	Lars Harms	Nein
Serpil Midyatli	Nein	Flemming Meyer	Nein
Birte Pauls	Nein	Jette Waldinger-Thiering	Nein
Tobias von Pein	Nein		
Regina Poersch	Nein		
Beate Raudies	Nein		
Sandra Redmann	Nein	<b>Zusammenstellung:</b>	
Thomas Rother	Nein	Abgegebene Stimmen	64
Olaf Schulze	Nein	davon	
Dr. Ralf Stegner	Nein	Jastimmen	12
Dr. Gitta Trauernicht	Nein	Neinstimmen	33
Kai Vogel	Nein	Enthaltungen	19